ALEJANDRO GRIMSON

DIE EMOTIONALEN LANDSCHAFTEN DER EXTREMEN RECHTEN

BIELEFELD UNIVERSITY PRESS

Alejandro Grimson

Die emotionalen Landschaften der extremen Rechten

BIELEFELD UNIVERSITY PRESS

Alejandro Grimson ist Professor für Zeitgenössische Anthropologische Theorien an der Universidad Nacional de San Martín sowie Principal Investigator des CONICET. An der Universidad Nacional de San Martín leitet er das Promotionsprogramm für Sozialanthropologie und steht dem Doctoral College vor. Von 2005 bis 2014 war er Dekan des Instituto de Altos Estudios Sociales (IDAES) der UNSAM. Für sein Werk Los límites de la Cultura wurde er 2012 von der Latin American Studies Association mit dem Preis für das beste iberoamerikanische Buch ausgezeichnet. Darüber hinaus erhielt er den FELAFACS-Preis für die beste Dissertation im Bereich Kommunikationswissenschaft sowie den Bernardo-Houssay-Preis, der vom argentinischen Staat für herausragende wissenschaftliche Leistungen vergeben wird. Von März 2017 bis Februar 2020 war Grimson Regionaldirektor des CALAS für den Cono Sur und Brasilien. Dieses Amt legte er nieder, nachdem er unter der Regierung von Alberto Fernández zum Präsidialberater berufen wurde.

ALEJANDRO GRIMSON

Die emotionalen Landschaften der extremen Rechten

BIELEFELD UNIVERSITY PRESS

CALAS. Krisen bewältigen
Transdiziplinäre Perspektiven aus Lateinamerika

Dieses Buch ist Teil der Aufsatzreihe, die aus der interdisziplinären Forschung des Maria Sibylla Merian Centre for Advanced Latin American Studies in the Humanities and Social Sciences (CALAS) hervorgegangen ist. Am CALAS versuchen wir, die Analyse kritischer Aspekte sozialer Transformationsprozesse zu fördern. CALAS wurde als Netzwerk konzipiert, das die Perspektiven der an verschiedenen Universitäten in der ganzen Welt eingerichteten Centers for Advanced Studies miteinander verbindet, um sich als wissenschaftlicher Knotenpunkt zu konsolidieren, der die Entwicklung und Verbreitung von Wissen über Lateinamerika und seine globalen Interaktionen fördert. CALAS arbeitet als Netzwerk mit Hauptsitz an der Universidad de Guadalajara (Mexiko) und Regionalsitzen an der Universidad de Costa Rica, Flacso Ecuador und der Universidad Nacional de General San Martín in Argentinien befinden. Die lateinamerikanischen Gasteinrichtungen sind mit vier deutschen Universitäten assoziiert: Bielefeld, Kassel, Hannover und Jena. Diese Partnerschaft wurde durch die großzügige Unterstützung des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt in Deutschland gefördert.

Die Bedeutung dieser Bücher, die sich auf die Analyse sozialer Probleme konzentrieren, geht über akademische Grenzen hinaus. Es geht darum, die kritische Reflexion über die drängendsten Konflikte in Lateinamerika zu fördern, um Dialoge aus verschiedenen Disziplinen und Perspektiven anzuregen. Darüber hinaus ist es das Ziel dieser Veröffentlichungen, Wege zu finden, um die vielfältigen Krisen zu bewältigen.

Als anerkannte Analytiker in ihren jeweiligen Forschungsbereichen laden die Autoren uns ein, an ihren Überlegungen teilzuhaben und die Wirkung ihrer Vorschläge durch die Lektüre zu vervielfachen.

Für meinen Vater, du kannst dir nicht vorstellen, wie präsent du warst.
Für meine Mutter, für deine bedingungslose Unterstützung, immer.

Die Finanzierung dieser Publikation erfolgte durch das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt, sowie durch den Publikationsfonds der Universität Bielefeld.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über https://dnb.dnb.de abrufbar.

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz CC-BY 4.0 veröffentlicht. Diese Lizenz ermöglicht es Dritten, das Material in jedem Medium oder Format zu verbreiten, zu bearbeiten, anzupassen und darauf aufzubauen, solange der / die Urheber:in genannt wird. Der Inhalt darf kommerziell genutzt werden.
Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten ausschließlich für Originalinhalte. Jede Nachnutzung von Materialien Dritter (wie durch Quellenangaben kenntlich gemacht), einschließlich, aber nicht beschränkt auf Diagramme, Bilder, Fotografien oder Textauszüge, kann zusätzliche Genehmigungen der jeweiligen Rechteinhaber*innen erfordern.
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

Erstveröffentlicht im Jahr 2026 durch Bielefeld University Press, Bielefeld
www.bielefelduniversitypress.de
© Alejandro Grimson, *Dialogische Intervention* © Philipp Wolfesberger

Übersetzung: Dr. Matti Steinitz
Umschlagsgestaltung: Max Hoffschmidt, Bielefeld
Satz: Max Hoffschmidt, Bielefeld
Druck: mediaprint solutions GmbH, Paderborn

Print-ISBN: 978-3-69129-054-7
PDF-ISBN: 978-3-69129-055-4
https://doi.org/10.64136/szjg3678

Inhalt

Dialogische Intervention von Philipp Wolfesberger 9

Einleitung: Wie lässt sich die rechtsextreme Massenbewegung erklären? 15

Perspektivwechsel, jetzt 19

- Kurz vor der globalen politischen Katastrophe 19
- Heterogenitäten erfassen, Perspektiven dezentrieren 20
- Die blinden Flecken der demokratischen Kräfte 26
- Objektivismus: Hegemonisierung der demokratischen Kräfte 29
- Vier politisch-theoretische Wendungen 31
- Eine dritte Option überwindet den Binarismus 33

Das neue Zeitalter des Massenfanatismus 39

- Transversale soziale Unterstützung 41
- Tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen 43
- Die globale Strategie der extremen Rechten 46
- Ungewissheit verändert die Subjektivitäten 49

Die Entzauberung der real existierenden Demokratie 53

- Antwort auf eine spezifische Nachfrage 55
- Die Reduktion des *demos* 56
- Die traditionellen Parteien übernehmen keine Verantwortung für die soziale Unzufriedenheit 58
- Bedingungen für die Krise der Demokratie 60
- Das Ende des Horizonts der aufsteigenden sozialen Mobilität 63

Die emotionalen Landschaften der extremen Rechten 67

- Die neuen Konfigurationen der Sensibilität wahrnehmen 70
- Die politische Zentralität der Affekte verstehen 72
- Aufkommende Sensibilitäten 75
- Was verbindet die verschiedenen extremen Rechten? 76
- Emotionale Landschaften: Der Aufstieg der extremen Rechten 79
- Wut, Ressentiment und Angst 85
- Kontraste zwischen Norden und Süden 92

Politische Ethik und die Universalität der Affekte 95
Mit Gefühlen Feinde schaffen 98
Die individualistischste Gesellschaft der Geschichte 100
Wir leben in parallelen Realitäten 102
Die Herausforderung, Affekte zu steuern 105

Javier Milei. Der argentinische Fall in vergleichender Perspektive 109

Von der Krise 2001 zu Javier Milei 111
Soziogenese der neuen Sensibilität: Individuen, Anstrengung und Polarisierung 113
Die Pandemie hat die Subjektivitäten verändert 121
Die Pandemie als traumatische Erfahrung 127
Von der Ungewissheit zur Gewissheit 131
Eine Regierung, die ihre Sensibilität verloren hat 135
Spezifika der argentinischen Konfiguration 138
Abwesenheit affektiver Governance in Argentinien 139
Daten kommunizieren, um Emotionen wiedereinzufangen: ein Scheitern 143
Neue Sensibilitätskonfiguration 145
Neue emotionale Landschaft 147
Ein Außenseiter wird Präsident 150
Der Erfolg von Javier Milei 155
Politik als Hyperstress 157
Die ersten Monate der Regierung und aktuelle Dilemmata 162
Streit um das *Nunca Más* und die politische Gewalt 165
Abschließende Fragen 168

Postskriptum. Die Kraft der Enttäuschung 175

Literaturverzeichnis 184

Danksagung 199

Dialogische Intervention

Philipp Wolfesberger (Center for InterAmerican Studies, Bielefeld)

Politiker*innen-Verdrossenheit nicht Politikverdrossenheit

Die Analyse des Rechtsextremismus der Massen, wie ihn Alejandro Grimson beschreibt, verlangt nach globalen Dialogen. Nur so kann man seiner Vielschichtigkeit gerecht werden. In der Folge diskutiere ich Grimsons Fokus auf die Figur der Politiker*innen und setze sein Argument in Beziehung zu soziologischen Studien zur Polarisierung und zum libertären Autoritarismus in Deutschland sowie zur weltweiten Austeritätspolitik. Abschließend ergänze ich mit den Logiken der Militarisierung und Medialisierung um zwei mögliche zusätzliche Analyseinstrumente für die aktuelle rechte Massenbewegung.

Die Thesen der Postdemokratie prägen seit mittlerweile Jahrzehnten politisch-theoretische und empirische Debatten. Das Elektorat beteilige sich nur minimal an politischen Prozessen, vor allem jüngere Generationen leben zwischen Sozialen Netzwerken und Einkaufszentren, Krisen würden ohnehin abseits der Betroffenen verhandelt. Statt auf diese Meistererzählung der Politikverdrossenheit wirft Grimson einen entscheidenden Blick auf die Akteure der institutionellen Politik. Die Abneigung der Massen richte sich demnach in aktuellen Kontexten nicht gegen die Politik als solche, sondern eigentlich gegen Politiker*innen. Somit kann er analysieren, wie in Argentinien der selbsternannte Anarcho-Kapitalist Javier Milei ins Präsidentenamt gewählt wurde. Nicht die Politikverdrossenheit ist demnach für die Wahlsiege und den Aufstieg einer rechten Massenbewegung entscheidend, sondern die Politiker*innenverdrossenheit. Von den üblichen Fragen, was die populistischen Akteure ausmache oder welcher Praktiken sie sich bedienen, kommt man somit zur Frage, wer ihr konstruiertes Anderes sei. Diese vermeintlichen Gegenspieler des Volkes bereichern sich auf dessen Kosten, sonnen sich in der Macht anderer und entscheiden in Institutionen und Gremien vor allem für sich selbst, so die Narrative. Da jedoch keine Klarheit darüber herrscht, wer diese sogenannte „Kaste" der Politik genau sei, wird dieser Begriff affektiv aufgeladen. Aus einem Menschenbild wird der Inbegriff der emotionalen Ablehnung gegen den institutionalisierten Staat.

Affekte und Emotionen stehen in weiten Teilen der Sozialwissenschaften, vor allem in feministischen Studien, im Zentrum aktueller Analysen. Auch Grimson argumentiert, dass sich der fast-religiöse Fanatismus, der die rechts-populistischen Figuren begleitet, aus einem Pool aus Wut, Frust,

Angst, und Nostalgie nährt. Die Umbrüche seien einer Zeitenwende in politischer Kultur gleichzusetzen. Sie sitzen tiefer als wirtschaftliche Konjunkturen oder Amtszeiten. Die neue rechte politische Kultur sei jedoch nicht ohne historische Kontextualisierung zu begreifen.

Grimson erläutert, dass das argentinische Demokratieverständnis bis vor kurzem in den Konsens eingebettet war, niemals die totalitären Machenschaften der Militärdiktatur wiederholen zu wollen (*Nunca más*). Milei stellte dieses Minimalverständnis infrage und heizte die Debatten mit seiner ökonomistischen Staatskritik weiter auf. Die extreme Individualisierung, verstärkt durch die neoliberalen Jahre unter Mileis Vorgänger Mauricio Macri, zusammen mit den sozialpsychologischen Belastungen durch Pandemie und Hyperinflation schufen eine affektive Gemengelage für die Abkehr vom traditionellen Parteiensystem. Grimson betont, dass Milei bei den Wahlen 2023 letztendlich durch einen Schulterschluss mit Macri triumphierte, jedoch anders als in anderen Phasen des Rechtsrucks ohne jegliche Zugeständnisse eingehen zu müssen.

Grimsons zugleich analysierender und fragender Zugang geben viel Raum für Dialoge mit globalen und deutschen Debatten zum Aufstieg der autoritären Rechten. Dazu möchte ich drei konkrete Studien mit seinem Vorschlag der emotionalen Landschaften in Beziehung setzen, die direkt und indirekt mit seinen politisch-theoretischen Kipppunkten korrelieren.

Radikalität, Individualismus, Austerität

Alejandro Grimson stellt theoretische Zugänge aus Anthropologie, Mikroökonomie und die affektive Wende ins Zentrum seiner Analyse der aktuellen radikalen Rechten am Beispiel Argentiniens. In der Frage, wie erfolgreich affektiv regiert werden könne, verweist er auf Studien zur „Nie wieder"-Politik in Deutschland. Daher möchte ich zwei aktuellen soziologischen Publikationen Raum geben, die sich mit Narrativen der Radikalität und mit einem autoritären Individualismusverständnis im deutschen Sprachraum beschäftigen. Damit komme ich Grimsons Punkten des Fanatismus und des extremen Individualismus in Zuge der Pandemiepolitik nach. Zusätzlich bringe ich die Austeritätskritik ein, um auch auf globaler Ebene mit den Themen der Schuldenkrise und Hyperinflation zu dialogieren.

Auf der Suche nach typischen Praktiken der Rechtspopulist*innen gilt das Vorantreiben der Spaltung der Gesellschaft mittels diskursiver Logiken als weitgehend gesetzt. Die Frage, wie polarisiert die deutsche politische Befindlichkeit wirklich ist, lässt sich anhand von Narrativen zu ökonomischer Ungleichheit, Migration, Geschlecht und Klima untersuchen.

Die Autoren Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser (2023) kommen zu dem Schluss, dass die breite Konsensgesellschaft nicht als vollends abgelöst zu betrachten ist, es jedoch sogenannte Triggerpunkte gibt, die innerhalb dieser narrativen Kategorien radikale Auswirkungen haben. Der Naturschutz wird weitgehend unterstützt, die Bilder eines Jungvaters auf einem Lastenrad in Berlin, oder einer Klimakleberin rufen jedoch extreme Ablehnung gegen grüne Anliegen hervor. Noch immer könne man sich in Deutschland auf Gleichstellung verständigen, bei geschlechtergerechter Schreibweise kommt es aber zum unüberbrückbaren Bruch. Es wäre somit keine breite Radikalisierung in nur zwei Pole zu beobachten, jedoch eine Radikalisierung an den Rändern der Ungleichheitsarenen. Die öffentlichen Debatten während der letzten Regierungsperiode in Deutschland ließen vermuten, dass die Parteienlandschaft nur aus AfD und Grünen bestanden hätte, so intensiv wurden die beiden als diametral entgegengesetzte Lager medial aufgebaut. Triggerpunkte würden auf der affektiven Ebene erreicht. Vor allem die Pandemiepolitik war geprägt von diesen Konstruktionen, die sicher auch die Verhärtung von Konflikten bedingte. Fanatismus, im Sinne Grimsons, führe dann dazu, auf moralischer Ebene keine Zugeständnisse zu machen. Aufgrund von Triggerpunkten würden ganze Bevölkerungsteile als Gegner abgestempelt, mit denen keine Konfliktlösung mehr angestrebt wird.

Radikalisierung und Fanatismus korrelieren in der aktuellen Phase des Kapitalismus mit einer besonderen Form der Individualisierung. Wie am Beispiel Argentiniens zu sehen, ist die Mischung aus neoliberaler Ich-AG und konservativer Grundeinstellungen durchaus kompatibel. Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey (2022) haben mit „Gekränkte Freiheit" die deutsche Querdenker*innen-Szene und deren Akteur*innen soziologisch analysiert. Freiheit werde vor allem negativ gedeutet und jede Form von Verzicht auf individuelle Rechte als Verstärker der sich ohnehin nicht einfindenden Versprechungen des sozialen Aufstiegs gesehen. Dieses imaginäre Freiheitsgefühl werde um jeden Preis verteidigt und löse bei gefühlter Limitierung enorme Kränkungsphasen aus. Diese Form der individuellen Freiheit ist somit paradoxerweise äußerst empfänglich für autoritäre Praktiken und Grundeinstellungen. Anders als im Autoritarismuskonzept der Kritischen Theorie folge man jedoch nicht einer Figur oder gehe in einer gleichartigen Masse auf, sondern fordere eine Freiheit, die nicht innerhalb gesellschaftlicher Konventionen liegt. Die Verfechter dieses libertären Autoritarismus, und da reihen sich sowohl Javier Milei als auch Donald Trump und ihre Anhänger*innen mit ein, machen keine Konzessionen aufgrund von Wissenschaft oder Expertise. Sie produzieren Verschwörungserzählungen und interpretieren Konflikte vor allem affektiv. Nicht die diplomatische Etikette führe zum Erfolg, sondern Geschäftsverhandlungen und Machtsymbolik.

Alejandro Grimson fordert einen analytischen Blick auf die subjektiven, ökonomischen Verhältnisse, um den aktuellen Rechtsextremismus zu verstehen. Er thematisiert zwar die Hyperinflation, doch nicht als volkswirtschaftliches Phänomen, sondern als Auslöser affektierter Einstellungen. Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus findet nur am Rande Beachtung. In ihrem soeben auf Deutsch übersetzten Erstwerk argumentiert die Ökonomin Clara Mattei (2025), dass die Austeritätspolitiken als Allheilmittel gegen diese Krisen zwar nichts taugen, jedoch in der Geschichte immer wieder in ganz unterschiedlichen Kontexten alternativlos umgesetzt wurden. Die Forderungen nach Austerität, nach wirtschaftlicher Effizienz, finden wir ebenso bei Milei, Trump oder rechtsextremen Parteien auf beiden Seiten des Atlantiks. Dahinter stecke laut Mattei nichts Geringeres als das Unterfangen das kapitalistische System gegen mögliche Umbrüche zu verteidigen. Der Stellenabbau staatlicher Bürokratie und das Zurückschrauben öffentlicher Investitionen dienen nicht der Sanierung, sondern der Eliminierung alternativer Zugänge. Mattei zeigt anhand einer historischen Analyse zu Italien und Großbritannien, wie eine kleine Gruppe von Expert*innen diese Politik salonfähig und alternativlos machte. Das Programm schütze letztendlich immer das Großkapital und würde mit autoritären Maßnahmen abgesichert. Nicht umsonst lautet der Untertitel von Matteis Buch „Wie Ökonomen die Austerität erfanden und dem Faschismus den Weg bereiteten". Zur dialogischen Intervention von Alejandro Grimson mit Thesen zu Radikalität, Individualismus und Austerität möchte ich abschließend auf zwei weitere Punkte eingehen, die in seiner Analyse nur am Rande erscheinen.

Logiken der Militarisierung und Medialisierung

Die rechte Massenbewegung, die von der ständigen Konstruktion neuer Antagonist*innen lebt, wird durch das Zusammenspiel von Logiken der Militarisierung und der Medialisierung verstärkt. Militarisierung bedeutet hier nicht nur das Erhöhen der öffentlichen Verteidigungsausgaben, sondern eine komplexe Logik, wie sich militärisches Denken und Praktiken immer weitreichender in alle Bereiche der Gesellschaft einschreibt. In den USA wurde die Nationalgarde gegen Obdachlose in Washington mobilisiert, in Deutschland versuchte die Polizei zivilgesellschaftliche Proteste gegen einen Rüstungskonzern zu untersagen. Gerade in Lateinamerika übernehmen eine zunehmend militarisierte Polizei oder direkt das Militär selbst die Aufgaben öffentlicher Sicherheit. Dahinter steht auch eine mittlerweile militarisierte Politik, die sich über ein essentielles Freund/Feind-Schema, Befehlsketten im Sinne von *Executive Orders* und vor allem kurzfristigen

und unmittelbaren autoritären Praktiken auszeichnen. Demokratische Prozesse werden als langatmig und ineffizient dargestellt oder sogar als Bedrohung aufgebaut, vor allem wenn staatliche Ordnung Minderheitenrechte schützt. Dann stellt sich die Rechte als Opfer von „spaltender Gleichberechtigung" dar. Nicht die diskriminierenden Praktiken sind es, die Ungleichheit schaffen, sondern die ungleiche Behandlung durch Gesetzgeber*innen lässt diese erst entstehen. Männliche und weiße Privilegien müssten im Sinne einer politischen Maskulinität gegen Gleichberechtigung, Migration und Feminismus verteidigt werden, dies durchaus auch mit Gewalt. Javier Milei, Donald Trump, aber auch die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel verfolgen in ihren jeweiligen Kontexten diese Narrative und politische Praxis.

Zusammen mit der Militarisierung bereitet die aktuelle Medialisierung den Boden für eine rechte Massenbewegung. Allgemein beschreibt die Medialisierung die Art und Weise wie die Bereiche Politik und Zivilgesellschaft von der speziellen Funktion der Medien und ihrer Logik beeinflusst werden. Zum Beispiel wird die Konstruktion von unerbittlichen Widersacher*innen in der Berichterstattung von Wahlkämpfen und Präsidentschaftsdebatten besonders deutlich. Wie in einem mittelalterlichen Duell stehen sich die Gegner*innen in einer öffentlichen Arena gegenüber und schon Sekunden danach erklären die Medien eine Person als Siegerin oder Verlierer der Debatte. Prämiert werden Schlagfertigkeit, Stärke und Unnachgiebigkeit der Kandidat*innen. Konfliktfähigkeit im Prozess kollektiver Problemlösungen kann in dieser Logik gar nicht sichtbar werden. Demokratische Regierungsfähigkeit ist kein Kriterium in dieser Politik-Unterhaltung. Zusätzlich prasseln Nachrichten und Schlagzeilen in rasender Geschwindigkeit auf das Elektorat ein. Keine Zeit bleibt für Analyse und Faktenchecks der Inhalte. Soziale Netzwerke nehmen die Mediatorfunktion von Presseberichten überhaupt aus dem Spiel. Darum auch der Rückgriff der rechten Massenbewegung auf das eigene Heer von wohlgesonnenen Influencern, die Nachrichten in der abgeschirmten Blase verbreiten, aber nicht hinterfragen. Der Schnelligkeit von Postings und ein permanenter medialer Ausnahmezustand scheint nur eine militärische Ordnung gewachsen zu sein. So entstehen die sich gegenseitig verstärkenden Dynamiken aus militarisierter Politik und Propaganda, beides bereitet auf Krieg und ewige Feindschaft vor. Die Frage nach den autoritären Praktiken in demokratischen Systemen seit 2016 hat sich demnach weiter zugespitzt. Als Analyseinstrumente für Fragen zu Faschismus und den Tendenzen der kompletten Abkehr von demokratischen Strukturen auf globaler Ebene führt an Militarisierung und Medialisierung wohl kein Weg vorbei.

Grimson betont schlüssig, dass die Frage, ob mittlerweile zu viele gegen ihre eigenen Interessen wählen, falsch gestellt sei. Menschen wählen gegen Figuren oder jene Affekte mit denen diese Figuren besetzt sind. Die Ablehnung der personifizierten Missgunst ist stärker als die Ablehnung eines nicht geteilten moralischen Kompasses oder schlechteren Argumenten. Gerade die feministischen Studien nach Sarah Ahmed (2004), aber auch die theoretischen Bearbeitungen des feministischen Protests in Argentinien tragen zu einem vertieften Verständnis der affektiven Ebene aktueller Politik bei. Trotz allem zeigen Studien wie die Triggerpunkte, dass die Polarisierung nicht so eindeutig ist, wie sie oft in akademischen Studien dargestellt ist. Die extremen Ränder zu untersuchen, sei es wissenschaftlich oder journalistisch, erregt wesentlich mehr Aufsehen als Arbeiten zur vermeintlichen Mitte. Diese ist eben nicht mittig oder moderat, sondern in sich selbst widersprüchlicher als die Extreme. Die komplexen, pluralen Identitäten sind nie abgeschlossen und gerade hier ist eine emanzipatorische Politik gefragt. Das Momentum einer linken Massenbewegung scheint aktuell in weite Ferne gerückt. Zum einen, weil selbst die marginalisierteste linke Bewegung es fertigbringt, sich nur mit sich selbst zu beschäftigen. Zum anderen, weil bei minimaler Einigkeit die Binarismen über die Austeritätspolitik sofort wiederhergestellt werden. Emanzipatorische Ansätze müssen sich trotzdem immer wieder aufs Neue gegen Essentialisierungen stellen, obwohl die rechte Massenbewegung sie ständig konstruiert und Politik abschließend zu begründen versucht.

Literatur

Ahmed, S. (2004). The Cultural Politics of Emotion. Edinburgh: Edinburgh University Press.

Amlinger, C., & Nachtwey, O. (2023). Gekränkte Freiheit: Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin: Suhrkamp.

Mau, S., Lux, T., & Westheuser, L. (2023). Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp

Mattei, C. (2025). Die Ordnung des Kapitals: Wie Ökonomen die Austerität erfanden und dem Faschismus den Weg bereiteten. Berlin: Brumaire Verlag.

Einleitung: Wie lässt sich die rechtsextreme Massenbewegung erklären?

Eine Frage zu Argentinien haben mir Journalist*innen, Student*innen und Aktivist*innen immer wieder gestellt. Wenn die Arbeitnehmer*innen unter der Regierung von Mauricio Macri Geld verloren haben, warum haben dann einige von ihnen seine Wiederwahl unterstützt? Wenn Javier Milei gesagt hat, er werde „die Kettensäge zur Anwendung bringen" und eine große Steuersenkung vornehmen (und sich damit offen in die Tradition von Carlos Menem, Mauricio Macri und Margaret Thatcher stellt), wie konnte er dann die Wahlen mit einem Erdrutschsieg gewinnen? Warum stimmen die Menschen gegen ihre eigenen Interessen?

Trotz einiger nationaler Besonderheiten stellen sich eben diese Fragen auch bei Bolsonaro, Trump, Orban, Meloni, Bukele und anderen Kandidat*innen, die noch keine Wahlen gewonnen haben, aber bereits jetzt stetig stärker werdende rechtsextreme Parteien anführen. Innerhalb weniger Jahre hat sich dieses Phänomen in ganz Europa und fast ganz Amerika ausgebreitet. Mein Ziel ist es, einige dieser Fragen zu beantworten und andere neu zu formulieren.

Dieser Essay, der sich für ein demokratisches Zusammenleben und soziale Gerechtigkeit einsetzt, basiert auf einer Maxime der Anthropologie: „Wir müssen verstehen, was wir ablehnen." Diesen Grundsatz beziehe ich hier auf die autoritären und totalitären Phänomene, die Arten zu Denken und zu Fühlen der diversen hegemonialen und subalternen Schichten. Was wir nicht teilen können, ist potenziell unendlich. Aber das theoretische und politische Projekt, das immer unvollendet bleibt, besteht darin, es zu verstehen. Nicht nur als Angelegenheit der Sozialwissenschaften. Das demokratische Leben erfordert, diese Maxime der Anthropologie in die Tat umzusetzen: diejenigen zu verstehen, die anders denken und handeln. Wenn wir nicht in Pluralität zusammenleben, wie kann es dann Demokratie geben?

Ich werde die Argumente dieses Aufsatzes in wenigen Zeilen zusammenfassen. Und ich werde die meisten Abschnitte nach den Sätzen gliedern, die ich im Folgenden als Grundlage vorschlage.

Die These dieses Textes lautet, dass der Aufstieg der rechtsextremen Massenbewegung und ihr Einzug in die Regierungen mehrerer Länder das Ergebnis eines tiefgreifenden kulturellen Wandels ist, der sich langsam vollzieht. Dieser Wandel steht in Zusammenhang mit technologischen, wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Veränderungen und ihren Auswirkungen auf unsere Lebensweise.

Die Art und Weise, wie die Menschen denken, fühlen und die Welt sehen, verändert sich. Es hat sich eine neue Befindlichkeit herausgebildet, die eine globale, nationale und lokale Dimension hat.

Um dies zu verstehen, analysieren wir einen globalen Wandel. In den meisten Ländern Amerikas und Europas sind neue emotionale Landschaften entstanden, neue Arten, die Welt wahrzunehmen und ihr einen Sinn zu geben. Wir sind in eine neue Ära des quasi-religiösen Fanatismus eingetreten. Gleichzeitig hat es in der Geschichte der Menschheit noch nie eine individualistischere Gesellschaft gegeben.

In der Politik geht es immer um Kräfteverhältnisse. Ein Grund für den Vormarsch der extremen Rechten liegt in den Versäumnissen der demokratischen Kräfte. Das binäre Denken ist in diesem Kontext weiterhin hegemonial. Mit konkreten Vorschlägen werden wir vier theoretisch-politische Wendungen und eine Alternative vorschlagen, um das binäre Denken zu überwinden.

Bei der Analyse der Massenunterstützung für die extreme Rechte werden wir erläutern, warum wir der Überzeugung sind, dass sich diese Unterstützung nicht auf eine bestimmte soziale Schicht beschränkt, sondern klassenübergreifend ist. Warum ist das so? Weil wir alle von den tiefgreifenden Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen, der Technologie und der Politik betroffen sind. Im Gegensatz zu den von weitreichenden Verwerfungen beeinträchtigten demokratischen Kräften verfügt die extreme Rechte über ein Netzwerk und eine globale Strategie. Sie ist daher in der Lage, aus dem emotionalen Erdbeben der Unsicherheit, das die subjektive Wahrnehmung verändert, Kapital zu schlagen.

Anschließend werden wir uns mit der Enttäuschung über die bestehende Demokratie befassen. Ausgehend von dieser Desillusionierung reagiert die extreme Rechte auf eine spezifische soziale Nachfrage. Den traditionellen Parteien fällt es sehr schwer bzw. ist es unmöglich, die tiefgreifende soziale Unzufriedenheit zu adressieren. In vielen Ländern sind sie zunehmend von den wichtigsten Forderungen der Mehrheit der Gesellschaft abgekoppelt. Dies wirft die Frage nach den notwendigen und ausreichenden Bedingungen für das Entstehen einer Krise der Demokratie auf.

Die theoretisch-politische Verschiebung, die darin besteht, Affekten politische Zentralität zuzugestehen, kristallisiert sich in der Erkenntnis, dass wir einen Epochenwechsel erleben, der sich in emotionalen Landschaften manifestiert, in denen die extreme Rechte Auftrieb erhält. Ein Verständnis der neuen Formen von Wahrnehmung und Bedeutungsstiftung, die in verschiedenen Gesellschaften hegemonial werden, ist von fundamentaler Bedeutung. Es entstehen Befindlichkeiten, die sich in der gestiegenen Bedeutung von Neo-Individualismus und Alterophobie (Abneigung gegen

„Andersartige") niederschlagen. Wir werden uns auf die Beziehung zwischen Wut, Ressentiment, Angst und den gegensätzlichen Bedeutungen von Nostalgie konzentrieren. Wir werden uns Tendenzen zur unzulässigen Vereinfachung entgegenstellen, indem wir darauf beharren, dass die politischen Bedeutungen von Affekten stets kontextabhängig sind. Diese weisen nicht nur bemerkenswerte Unterschiede zwischen Nord und Süd auf, sondern auch innerhalb dieser Länder.

In der individualistischsten Gesellschaft, die es in der Menschheitsgeschichte je gegeben hat, leben wir in parallelen Realitäten. Die extreme Rechte kreiert politische Feinde, indem sie Gefühle manipuliert. Welche Politik haben die demokratischen Kräfte den so aufkommenden Befindlichkeiten entgegenzusetzen?

Der letzte Teil des Buches konzentriert sich auf die Analyse des argentinischen Falles, insbesondere auf den Aufstieg von Javier Milei und eine detailliertere Untersuchung der Soziogenese dieser Transformation. Es wird analysiert, inwiefern die Pandemie eine traumatische Erfahrung darstellte, die die Subjektivitäten veränderte. Und wie Milei angesichts einer Regierung, die ihr Gespür für die Befindlichkeiten der Massen verlor, die neu entstandenen emotionalen Landschaften kanalisierte. Wie er angesichts der herrschenden Ungewissheit einfache Antworten anbot, die eine Vielzahl von Menschen verführten. Wir analysieren seinen Aufstieg und seine Praxis der Politik als Hyperstress und stellen schließlich einige beunruhigende Fragen über die Zukunft der Regierung, Argentiniens und der extremen Rechten.

Es liegt auf der Hand, dass die in diesem Aufsatz behandelten Themen komplex sind, sowohl in theoretischer als auch in empirischer Hinsicht. In den Jahren 2021 und 2022 führte und koordinierte ich Interviews mit jungen Menschen, die Milei mit wachsender Sympathie betrachteten. Im Jahr 2022 führte ich eine Reihe von Interviews mit Psychotherapeut*innen, die in privaten und öffentlichen Praxen arbeiten, die ich als mögliche Resonanzböden für Stimmungsschwankungen und soziales Unbehagen verstand. Im Jahr 2023 nahm ich an Dutzenden von Fokusgruppen zur politischen Stimmung und zum Wahlprozess teil. Anstatt jedoch eine Abhandlung über dieses empirische Material zu schreiben, wurde ich durch die daraus erwachsenden Überlegungen (die ich im letzten Kapitel des Buches erwähne) dazu angeregt, eine theoretische Untersuchung dieser und anderer empirischer Studien durchzuführen. Als die Pandemie ausbrach, fiel mir auf, dass einige intellektuelle Bezugspersonen angesichts eines in der Geschichte der Menschheit noch nie dagewesenen Phänomens Aufsätze schrieben, in denen sie erklärten, dass das Geschehen ihre bisherigen Theorien bestätige. So schrieb der brasilianische Philosoph Marco Nobre zur aktuellen

politischen Krise: „Die Welt ist auf den Kopf gestellt worden, und wir haben oft das Gefühl, dass die Theorie immer noch am selben Ort ist“ (2022, 41). In seinem Aufsatz versucht Nobre, einige der Beiträge zum Verständnis des weltweiten Aufstiegs der extremen Rechten sowohl theoretisch als auch empirisch zusammenzufassen. Er formuliert eine Synthese, die meiner eigenen Interpretation des richtungsweisenden Moments entspricht, den wir gerade durchleben.

Dieses Buch würde ohne die durch die Pandemie entstanden neuen sozialen Landschaften, die ich auf den Straßen meines Landes beobachten konnte, nicht existieren. Eine urbane Landschaft, in der unzählige Menschen täglich große Mülltonnen betreten und verlassen und zunehmend auf der Straße leben, selbst in eisigen Wintern. Affektive Landschaften mit politischer Bedeutung, die von Traurigkeit, Desillusionierung und Frustration bestimmt werden. Die unerträgliche Trauer über so viele Verluste und eine Wut, die mindestens so stark gewachsen ist wie die Inflation. Der nicht heilbare Schmerz, den diese tägliche Erfahrung in mir hervorrief, und auch das Hören auf die Wahrheit dieser leisen Stimmen sind der Ursprung der Reise, die mich bis hier gebracht hat.

Perspektivwechsel, jetzt

Kurz vor der globalen politischen Katastrophe

Es ist nicht auszuschließen, dass das Ende der Welt auf politische Entscheidungen zurückzuführen ist, die eine noch nie dagewesene Katastrophe herbeiführen werden. In weiten Teilen Amerikas und Europas herrschen heute fanatische Denkweisen und starke Ressentiments, verbunden mit einer wachsenden Wut. Diese Frustration richtet sich in immer mehr Ländern gegen Einwanderer, gegen den Sozialstaat, gegen die Vielfalt der Geschlechter und gegen die Politiker der traditionellen Parteien. Die aktuelle Welle des Fanatismus ist bei weitem nicht die erste in der Geschichte der Menschheit. Wir sehen uns mit Ereignissen konfrontiert, die Ähnlichkeiten mit der Inquisition, dem islamischen Fundamentalismus, dem Nationalsozialismus, den ethnischen Säuberungen in Ruanda und im ehemaligen Jugoslawien aufweisen.

Die Leser*innen mögen zu Recht denken, dass ich übertreibe, weil die jetzige Welle des Fanatismus ein solches Ausmaß an Gewalt noch nicht erreicht hat. Doch im Jahr 2024 hat die Welt den höchsten Stand an Kriegen seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht. Laut dem Bericht des Institute for Economics and Peace (2024) gibt es heute 56 bewaffnete Konflikte, an denen 92 Länder außerhalb ihrer Grenzen beteiligt sind. Ich behaupte, dass, wenn wir die Verbindung von Kriegssituationen und Kriegssprache analysieren, eine Katastrophe politischen Ursprungs denkbar ist. Die Kritik am Katastrophismus ist allgegenwärtig – und durchaus berechtigt, wenn es unrealistisch wird. Aber in den 1930er Jahren war es unrealistisch, sich auf Pakte mit Hitler zu verlassen. Heute reicht der Pessimismus der Intelligenz nicht aus; der Katastrophismus der Intelligenz ist angemessener. Wenn es keinen Optimismus gäbe, warum sollte man dann diese Fragen diskutieren und analysieren?

Im Moment stürzt der Fanatismus die Demokratien und die Grundprinzipien des politischen Liberalismus in eine Krise. Dies ist nicht das Ergebnis eines bestimmten Wahlergebnisses, sondern eines tiefgreifenden kulturellen und subjektiven Wandels, der mit der Zeit immer stärker um sich greift. Das ist die These dieses Aufsatzes. Dieser Wandel wird sich noch verschärfen, wenn, was sehr wahrscheinlich ist, die traditionellen demokratischen Akteure so weitermachen, wie sie es jetzt tun.

In unseren Gesellschaften ist etwas zerbrochen. Die Konsolidierung rechtsextremer Massenbewegungen in Europa und Amerika macht eine theoretische und politische Debatte dringend erforderlich. Diese Debatte

muss die verschiedenen Strömungen des kritischen Denkens und des öffentlichen Engagements einbeziehen. Sie betrifft die Sozialwissenschaften, den Journalismus und die Politik.

Der Vorabend der kommenden Katastrophe wird von einem Dreiklang der Problemfelder bestimmt. Erstens, die sich verschärfende soziale Ungleichheit; zweitens, der Klimawandel mit seinen katastrophalen Folgen für ganze Regionen, seien es Dürren, Wüstenbildung oder Überschwemmungen; drittens, die in Wahlen zum Ausdruck gebrachte Präferenz von Millionen von Menschen für autoritäre oder undemokratische Führer, die keine Verantwortung für ein pluralistisches und internationales Zusammenleben und die Zukunft des Planeten übernehmen.

Die verfügbaren Daten geben Auskunft über den stetigen Anstieg der ökonomischen Ungleichheit auf ein Niveau, das es bis jetzt noch nicht gegeben hat und welches auch nicht vorstellbar erschien. Langfristig gesehen sind die Maßnahmen gegen Rassismus und Geschlechterungleichheit in vielen Ländern zu begrüßen, aber die Persistenz, die Massivität und der verhängnisvolle Einsatz dieser Diskriminierungsformen im Kontext wirtschaftlicher und sozialer Krisen sind ebenfalls alarmierend. Hinzu kommt der konservative Backlash, der sich gegen Frauenrechte, Vielfalt und die Gleichheit der Menschen richtet.

Obwohl die Daten, die diesen Diagnosen zugrunde liegen, allen zur Verfügung stehen, ist die extreme Rechte auf dem Vormarsch. Der Referenzrahmen dieses Textes ist Europa und der amerikanische Kontinent, wobei im letzten Abschnitt ein besonderer Schwerpunkt auf Argentinien liegt. Kein nationaler Kontext bietet allgemeingültige Antworten, aber jeder erlaubt es bestimmte Fragestellungen, Hypothesen und Interpretationen zu generieren.

Neue rechtsextreme Führungspersönlichkeiten wachsen oder triumphieren oft auf der Grundlage sehr unterschiedlicher Bedürfnisse und Visionen, und werden so zum Artikulationspunkt für multiple Unzufriedenheiten. Die demokratischen Kräfte müssen diese Heterogenität verstehen.

Heterogenitäten erfassen, Perspektiven dezentrieren

Wir können uns auch andere Fragen stellen als die im ersten Absatz dieses Aufsatzes: Wer sagt eigentlich, dass diejenigen, die für die extreme Rechte stimmen, denken, sie hätten Geld verloren? Und wenn ja, wer hat gesagt, dass dies das Kriterium ist, nach dem sie ihre Stimme abgeben wollen? Der Glaube, dass „die Menschen gegen ihre Interessen stimmen“ ist ein Symptom für eine falsche Sichtweise auf die Welt, ein Verständnis politischer

Prozesse, das als *Ökonomismus* definiert werden kann und welches nach wie vor einen Großteil der Gesellschaft und der politischen Analyse bestimmt. Wenn die Menschen trotz so vieler Diagnosen auf scheinbar unerwartete Weise handeln, liegt das Problem vielleicht in unserer Sichtweise. Wir müssen die Art und Weise, wie wir denken und unsere Gegenwart diagnostizieren, ändern.

Wir können das Wahlverhalten nicht allein auf der Grundlage wirtschaftlicher Variablen vorhersagen, denn diese haben in verschiedenen Ländern für verschiedene Menschen oder Gruppen unterschiedliche Bedeutungen. Die Wirtschaft ist natürlich per se relevant, aber insbesondere ist es die Bedeutung, die wir der Wirtschaft geben: wie wir Einkommen verstehen, wie es erwirtschaftet wird, was mit der Inflation geschieht, ob und wem Kredite zur Verfügung stehen, der Wert der Währung, die Verteilungsgerechtigkeit und das Vertrauen der beteiligten Personen und Gruppen.

Soziale und in der Bevölkerung beliebte Narrative haben „einen kausalen Einfluss auf das wirtschaftliche Verhalten" (Schiller 2021, 9). Der Wirtschaftsnobelpreisträger von 2013, Robert Schiller, hat eine Abkehr vom Ökonomismus gefordert. Die Geisteswissenschaften, so argumentiert er, wissen, dass der Verstand der Menschen weitaus komplexer ist, als eine Maschine, die „optimale Erwartungen an wirtschaftliche Dimensionen" berechnet. Außerdem argumentiert Schiller, dass Narrative „wirtschaftliche Ereignisse formen und gestalten" (11).

Politische und kulturelle Konfrontationen überschneiden sich mit wirtschaftlichen Fragen und geben diesen neue Bedeutungen. Als der Krieg in der Ukraine begann, stiegen die Getreide- und Ölpreise. Mehrere Länder verzeichneten als direkte Folge eine Inflation von fast 10 % pro Jahr. Aus der Sicht der Argentinier sind 10% ein sehr niedriger Wert und stellen kein Problem dar. Was stimmt ist, dass aus der Perspektive der Argentinier im Jahr 1989, als die Inflation bei über 200 % pro Monat lag, die Klage über eine Inflation von fast 300 % im Jahr 2024 übertrieben erscheinen mag. Die Länder und die sozialen Schichten messen der Inflation, den Lohnschwankungen, dem Mindestlohn und den Rentenerhöhungen unterschiedliche Bedeutungen bei. Die Wirtschaft hat eine mathematische Dimension, aber auch eine semiotische, anthropologische, politische und kulturelle Dimension.

Die Wichtigkeit dieser Bedeutungsvielfalt zeigt sich auch in der abgrundtiefen Diskrepanz zwischen den Prognosen über die diesem Planeten unmittelbar bevorstehenden Katastrophen und den alltäglichen Sorgen der Familien, die in armen Vierteln leben. Es scheint, als handele es sich um zwei verschiedene Welten. Makrodiagnosen sind wichtig, aber sie helfen uns wenig, wenn es darum geht zu verstehen, warum sie sich nicht unmittelbar auf die Bewältigungsstrategien der meisten Menschen auswirken.

Wenn wir diese konkreten Voraussetzungen des täglichen Lebens ignorieren, laufen wir Gefahr, Gefangene von Sichtweisen zu werden, die uns sehr rational und vernünftig erscheinen. Eine reine „Objektivität", die die real existierenden Subjektivitäten nicht berücksichtigt, kann auch eine andere Form des Fanatismus sein.

Fanatismus bedeutet hier, zu glauben, dass ich im Besitz einer Wahrheit bin und dass diejenigen, die diese Wahrheit nicht erkennen, sich irren, verblendet sind oder einfach schwachsinnig. „Die Saat des Fanatismus", sagt Amos Oz, „geht immer auf, wenn man eine Haltung der moralischen Überlegenheit einnimmt, die eine Einigung verhindert" (2019, 21). Wenn der Fanatiker „etwas für schlecht hält, will er es vernichten, anstatt das Leben an die erste Stelle zu setzen und dem Pragmatismus Raum zu geben" (2019, 12).

Ich möchte ein paar einfache Beispiele nennen. Eines ist der Diskurs über die Rechte der Natur, und die ökologische Nachhaltigkeit, der aus Europa kommt. In Lateinamerika gibt es die gleiche Sorge, vor allem bei den indigenen Völkern, aber wie bringen wir das mit Maßnahmen zur Verringerung von Armut und Ungleichheit in Einklang? So wie sich die Kontexte ändern, verschieben sich auch die gesellschaftlichen Prioritäten, was bedeutet, dass die Diskurse und Programme neu formuliert werden müssen.

Der klassische Liberalismus stand vor einem ähnlichen Problem: Gibt es Freiheit ohne Gleichheit? Nein, obwohl die Liberalen immer noch glauben, dass Freiheit die Bedingung für Gleichheit ist. Nehmen wir also die Gleichheit: Geht es nur um wirtschaftliche Aspekte, oder gibt es auch viele andere Gleichheiten? Wir sprechen von Gleichheit vor dem Gesetz, was wichtig ist, aber wir müssen auch den Ausgang eines Gerichtsverfahrens vorhersagen, indem wir soziale Variablen wie Klasse, Ethnie oder Bildung einbeziehen, ganz zu schweigen vom Zugang zu den teuersten, wettbewerbsfähigsten und erfahrensten Anwälten.

So wie wir nicht alle gleich im Leben stehen, sind wir auch nicht gleich im Angesicht des Todes. Die Bewegungen *Black Lives Matters* und *Ni Una Menos* bringen eben diese Ungleichheit zum Ausdruck, von der auch indigene Völker, viele Immigrant*innen und andere Gruppen betroffen sind. Wir leben in Ländern, in denen die Opfer von Gewalt nicht alle gleich sind, d. h. es gibt große Unterschiede, je nachdem, ob es sich um jemanden „wie man selber" handelt oder um jemanden, der unter eine der zahlreichen Kategorien des Andersseins fällt. Wir sprechen hier von Ländern, in denen es unsichtbare Tote gibt, während andere im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen.

Nichts ist törichter als der Versuch, die Politik und ihre Dynamik zu verstehen, ohne Subjektivitäten und Befindlichkeiten miteinzubeziehen, ohne ihre Heterogenität und verschiedenen Artikulationen zu verstehen. Es geht

darum, die Standpunkte *der Anderen* zu verstehen. Ihre Art zu denken, die Welt zu sehen und zu fühlen ist tatsächlich unterschiedlich. Und warum? Das ist die klassische Frage derer, für die ein Phänomen nur dann existiert, wenn es eine einfache Ursache hat. Ist es die Klasse, die Bildung, die ethnische Gruppe oder das Alter? Es kommt auf den Kontext an, es gibt keine allgemeinen Gesetze. Jeder erlebt das in seinem persönlichen Leben. Der Partner, die Eltern, die Kinder – alle haben unterschiedliche Ansichten über Arbeit, Schule, Urlaub oder Freizeit. Es gibt Streit, Meinungsverschiedenheiten, Unstimmigkeiten. So ist es auch mit dem sozialen Anderssein, nur mit einem komplexeren Grad an Unterschiedlichkeit.

Einer der Gründe, warum wir das Wachstum und in einigen Fällen den Siegeszug der extremen Rechten nicht verstehen, liegt darin, dass wir nicht von Unterschieden ausgehen (wie denken und fühlen diejenigen, die anders wählen als ich?), sondern von einer gewissen Homogenität. Es ist eine sehr verbreitete Vorstellung, dass diejenigen, die anders gestimmt haben als wir, dies tun, weil es ihnen an Informationen und Bildung mangelt oder weil sie gekauft worden sind; andernfalls würden sie so wählen wie wir. Aber das ist nicht der Fall. Sie wählen anders, weil sie anders denken, anders denken und anders fühlen. Sie wählen anders, nicht weil es ihnen an etwas fehlt (Bildung), sondern weil sie anders sind oder sich in einer anderen Situation befinden. Viele politische Analysen versuchen, diesen Unterschied auszuradieren. Das ist der Grund, warum sie scheitern.

Es gibt keine Gesellschaft, nicht einmal eine staatenlose Gesellschaft oder eine Jäger- und Sammlergesellschaft, in der es keine Unterschiede in der Art und Weise gibt, wie die Menschen ihre Beziehungen zu ihrer Umwelt gestalten. Als Faustregel gilt, dass es in jeder bekannten Gesellschaft Heterogenität und Ungleichheit in mindestens zwei Bereichen gibt: Alter und Geschlecht. Die Komplexität wird durch Faktoren wie soziale Klasse, ethnische, rassische und territoriale Dimensionen verstärkt.

Die heutigen Gesellschaften sind zutiefst heterogen. So sehr, dass sie in der Lage sind, all jene „verrückt zu machen", die nicht von diesem Prinzip der Differenz ausgehen. Diejenigen, die glauben, dass alles homogen sein sollte, können depressiv werden, weil sie es nicht verstehen. Häufiger jedoch werden sie zu großen Narzissten, die so reden, als seien sie im Besitz der Wahrheit. Wer die Unterschiede ignoriert, verurteilt die demokratischen Kräfte, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen, durch radikales Unverständnis zur politischen Niederlage. Wie kann jemand, der eine Niederlage erleidet und die Gründe dafür nicht versteht, seinen Narzissmus wiederherstellen? Eine Möglichkeit, die schlimmste von allen, besteht darin, zum Fanatiker zu werden, und so aus einem Blickwinkel der Minderheit eine Haltung der moralischen Überlegenheit einzunehmen.

Fanatiker, die davon überzeugt sind, dass sie im Besitz der Wahrheit sind, dass sie wissen, wie die Dinge sind, die sich aus intellektuellen, ethnischen oder geschlechtlichen Gründen überlegen fühlen und auf Andersdenkende herabschauen, geraten in einen Teufelskreis. In ihrer Sprache gefangen, genießen sie zunehmend ihre eigenen Monologe oder hören anderen zu, die ihre eigenen Ideen bestätigen. Sie applaudieren inbrünstig bestimmten Phrasen. Besiegt und ohne Verständnis verkennen sie den intersubjektiven Charakter der politischen Konstruktion.

Was ist Uneinigkeit? Uneinigkeit bedeutet nicht immer, dass Juan weiß und Pedro schwarz sagt. Rancière (1996) betont, dass auch Uneinigkeit bestehen kann, wenn beide weiß sagen, aber Weißsein unterschiedlich verstehen oder sich weigern zu hören, dass der andere weiß gesagt hat. Dies ist entscheidend, um zu verstehen, was wir meinen, wenn wir sagen, dass Politik notwendigerweise dialogisch und intersubjektiv ist.

Bei vielen geht es nicht so weit, dass sie den Grad des Fanatismus erreichen und dennoch verharren sie in einer kulturell-politischen Einsprachigkeit und gehen davon aus, dass jeder das „Weißsein" auf dieselbe Weise versteht. Für sie ist es klar, wie man das „Weißsein" verstehen sollte, nur dass es so viele fehlerhafte und manipulierte Menschen auf der Welt gibt. Dies führt zu einem Grad an politischer und kultureller Kurzsichtigkeit, der so schwerwiegend ist, dass er auf die Konstruktion von Mehrheiten verzichtet.

Die Absage an den dialogischen Charakter der Politik zielt darauf ab, den Schmerz der eigenen Niederlage und die Infragestellung der eigenen Einsprachigkeit zu vermeiden. Aber diese Absage an den vielstimmigen Charakter der politischen Massenströmungen ist eine enge Sackgasse. Sie wiederholen dieselben Ideen, für dieselben Menschen, über dieselben Kanäle oder Portale und warten - mit wachsendem Unmut - darauf, dass sich die Selbstprophezeiung erfüllt, dass eines Tages die Anderen erkennen, dass sie immer Recht hatten und denken werden wie sie. Und so fliehen sie vor der Fassungslosigkeit. Doch eine homogene gesellschaftliche und politische Mehrheit hat es nie gegeben. Mehrheiten sind heterogen.

Die Stärke der extremen Rechten lässt sich in fast allen europäischen Ländern, den Amerikas, Indien, auf den Philippinen, in Australien und anderswo konstatieren. Es gibt Gemeinsamkeiten aber auch große Unterschiede in den Ausprägungen des Phänomens. Das Erscheinungsbild der extremen Rechten ist äußerst heterogen, die Differenzen existieren nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch innerhalb Europas, innerhalb Lateinamerikas und sogar innerhalb einiger Länder.

Die neuen Emotionen, Empfindungen, Gefühle und Beschwerden schaffen eine neue globale Situation, die sich in jedem Land auf spezifische Weise manifestiert. Die extreme Rechte kanalisiert und repräsentiert

nicht nur diesen tiefgreifenden Wandel, ihre Gruppierungen, Organisationen und Anführer schaffen es auch, Gefühle wie Wut, Unbehagen, Stress, Niedergeschlagenheit, Groll, Angst und Hoffnung zu erzeugen und für sich auszunutzen.

Zu diesem Zweck haben sie eine neue Ästhetik, eine neue Art der Ansprache, eine neue Weise die Nation, die Geschlechterbeziehungen und die ökonomischen Verhältnisse zu denken und zu fühlen ins Spiel gebracht. Sie haben der sogenannten politischen Korrektheit den Kampf angesagt, sie haben eine Attitude des „Basta" in Bezug auf den Status quo etabliert, sie haben neue Narrative gegen den „Kommunismus" und den „kulturellen Marxismus" entwickelt und gleichzeitig die uns bekannte liberale Demokratie in Frage gestellt. Wenn sie in die Regierung kommen, machen sie sehr unterschiedliche wirtschaftliche, kulturelle und kommunikative Experimente. Es ist eine andere Zeit als die des Washingtoner Konsenses von 1990, als sich der neoliberale Diskurs als globale Wirtschaftssprache durchsetzte.

Wir befinden uns in den ersten Jahren einer historischen Phase, die mit dem Triumph von Donald Trump, dem Brexit und Jair Bolsonaro begann. Diese Phase wird wahrscheinlich noch einige Jahre andauern. Wenn dies der Fall ist, besteht die einzige Gewissheit darin, dass die ultrarechte Massenbewegung dynamisch sein wird. Sie wird ihre ökonomischen Visionen in die eine oder andere Richtung modifizieren, vielleicht eher neoliberal im Süden und eher nationalistisch im Norden. Und sie wird ihre politischen Visionen modifizieren, insbesondere in Bezug auf die Demokratie, den Pluralismus und die Menschenrechte. Wahrscheinlich wird sie sich in den nächsten Jahren eben der ungeschminkten Version ihres Denkens annähern, die sie derzeit in den meisten Ländern noch nicht in die Praxis umsetzen kann.

Wir verwenden den Begriff der „extremen Rechten" oder „radikalen Rechten", weil dies die am weitesten gefassten Kategorien sind. Gehen wir von einem transzendentalen oder einem situierten Verständnis dieser Kategorien aus? Hier verwenden wir sie in einem kontextuellen Sinn. Es handelt sich um eine politische Kraft, die rechts von der traditionellen Rechten angesiedelt ist und sich extremer Diskurse und Handlungen bedient, wie beispielsweise Fremdenfeindlichkeit, ganz allgemein die Alterophobie, die politische Polarisierung, in einigen Fällen Beleidigungen oder Beschimpfungen, und in zwei berühmten Fällen die physische Besetzung von Gebäuden der Republik, wie z. B. des Kapitols in den Vereinigten Staaten und der Praça dos Três Poderes in Brasilien. In einigen Ländern regiert die extreme Rechte oder hat regiert. Aber jedes Jahr wird sie in immer mehr Ländern zu einer Massenbewegung und nirgendwo scheint es sich um ein vorübergehendes Phänomen zu handeln.

Zu den vielen Ursachen, die zu dieser neuen weltgeschichtlichen Phase geführt haben, gehören die tiefgreifenden Defizite der Linken, der Mitte-Links-Bündnisse und der traditionellen Parteien. Diese Jahre waren bisher durch eine tiefe Instabilität gekennzeichnet: Die Kräfte der gemäßigten Linken und der Mitte gewinnen und verlieren gegen diese neue extreme Rechte. Nichts ist gefestigt. Es gibt keine neue Hegemonie, wie in der Nachkriegszeit oder nach dem Fall der Berliner Mauer.

Die demokratischen Kräfte haben keines der Probleme gelöst, die uns an diesen Punkt gebracht haben. Neben der Verteidigung der demokratischen Werte und der Grundrechte wird es unabdingbar sein, dass eine große Debatte eröffnet wird, im Rahmen derer wir die Gegenwart und die Zukunft überdenken. Das ist dringend notwendig, aber es wird Zeit brauchen. So wie die Dinge heute stehen, wird es der Welt noch viel schlechter gehen, bevor es ihr besser geht.

Die blinden Flecken der demokratischen Kräfte

Politik ist immer eine Wechselbeziehung. Das Verhältnis zwischen den demokratischen und den autoritären Kräften deutet darauf hin, dass sich die extreme Rechte festigen und weiter ausbreiten wird, wenn die ersteren einen ähnlichen Kurs wie bisher einschlagen. Im breiten Spektrum der Kräfte, die sich für den Erhalt der Demokratie und soziale Gerechtigkeit einsetzen, hat es viele Jahre hohle Debatten gegeben, die keine Ergebnisse gebracht haben, weil die Institutionen und die Protagonist*innen selbst nicht dazu beigetragen haben, die Konzepte und Begriffe der Kontroverse, um die es geht, zu erläutern. In diesem Aufsatz stelle ich einige dieser Debatten vor. Ich schlage Alternativen zu einigen Dichotomien vor, aber diese Vorschläge sind als eine Art Notruf zu verstehen: Wir müssen nicht Punkt für Punkt übereinstimmen, sondern herausfinden, wie wir zusammenarbeiten können, um zu versuchen, den Binarismus zu überwinden, der wie eine Fabrik funktioniert, die blinde Flecken am Fließband produziert. So entstehen gesellschaftlich relevante Problemfelder, die zwar unbeachtet bleiben, aber dennoch wachsen und reifen, bis sie explodieren.

Die Liste ist lang: Es fällt uns schwer, die schwerwiegenden Fehler charismatischer Führungspersönlichkeiten einzugestehen - nichts, was sie tun, kann diskutiert werden. Demokratische politische Organisationen erscheinen wie eine Reliquie des 20. Jahrhunderts. Der Umgang mit Geld hat für die Politik in mehreren Ländern zu Problemen geführt. Transformative ökonomische Projekte stehen nicht auf der Agenda. Wenn jemand einige dieser blinden Flecken vorausgesehen haben sollte, schweigen seine Kollegen, weil

es ein reflexartiges Eingeständnis wäre, dass etwas hätte getan werden müssen. Ja, es hätte etwas getan werden müssen: So wie das Glück fällt auch das Unglück nicht einfach vom Himmel.

Die Theoriebildung in den Sozial- und Geisteswissenschaften wird angesichts des exponentiellen Wachstums der extremen Rechten und der sich daraus ergebenden Dynamik auf den neuesten Stand gebracht. Was genau sollten wir als etwas Überraschendes begreifen? Dass Bolsonaro Präsident von Brasilien gewesen ist? Dass Lula ihn bei den Wahlen besiegt hat? Dass er ihn nur mit einem sehr knappen Stimmenvorsprung besiegt hat? Dass Trump Präsident wurde, dass er verloren hat? Oder dass er wieder gewonnen hat?

Es gibt eine Tradition des kritischen Denkens, die sich auf die Beantwortung der folgenden Frage konzentriert: Wie herrschen die dominanten Schichten und was sind die Mechanismen dieser Herrschaft? Angesichts des gegenwärtigen Prozesses gibt es einschlägige Texte, die die wirtschaftlichen, kulturellen und technologischen Transformationen analysieren. Eine andere Tradition des kritischen Denkens stellt die Frage, wie die subalternen Schichten Widerstand leisten und Alternativen schaffen. Angesichts der aktuellen Entwicklungen gibt es Texte, die sowohl die zeitgenössischen sozialen Bewegungen und politischen Prozesse als auch ihre vielfältigen und disparaten Agenden analysieren.

Es gibt eine dritte Tradition, die versucht hat, Elemente aus beiden zu kombinieren und Binarismen zu überwinden. Hierfür ist es hilfreich, den Fokus nicht zu stark auf bestimmte große Autor*innen zu legen, sondern vielmehr auf deren Texte, die sich teils verschiedenen Denkschulen zuordnen lassen. Das beste Beispiel ist Karl Marx. Im Vorwort seiner Schrift *Zur Kritik der politischen Ökonomie* beschreibt er den sozialen Wandel als eine rein objektivistische, subjektlose Frage, in der die berühmte architektonische Metapher von Basis und Überbau auftaucht. Im Gegensatz dazu greift er in seinen politischen Analysen seine berühmte Idee auf, dass „die Geschichte der Menschheit die Geschichte des Klassenkampfes" ist, d. h. eine Frage des Handelns von Subjekten aus Fleisch und Blut, und kehrt damit zu der ursprünglichen Idee zurück, dass „der Mensch" sich selbst schafft, indem er seine Lebensmittel selbst produziert. In *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* verbindet Marx jedoch ausdrücklich das Handeln dieser Subjekte mit der historischen Sedimentation und bringt einen seiner meistzitierten Sätze hervor: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freiem Willen, unter selbstgewählten Umständen, sondern unter jenen Umständen, denen sie unmittelbar begegnen, die existieren und die ihnen von der Vergangenheit vermacht worden sind." Es handelt sich um eine Synthese aus Willen und Handeln und jenen Kräften,

die weit jenseits des Willens liegen: die Hinterlassenschaften der vorangegangenen Generationen. „Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden", sagt Marx. In welchen Zusammenhängen wurde diese brillante Beobachtung wirklich verstanden? In welchen hingegen hat dieser Alptraum „wie von alleine" die Handlungen der Akteure bestimmt?

Die Lektüre der klarsten zeitgenössischen Analysen darüber, wie der Prozess der Beherrschung generiert und aufrechterhalten wird, hat den Effekt, dass wir auf unsere Rolle als Zuschauer*innen reduziert werden. Wir sind Zeugen des Spektakels eines tadellosen Designs, das die großen Ungleichheiten unserer Zeit aufrechterhält und dürfen live dabei sein, wenn dessen Funktionsweise von brillanten Analytiker*innen klug erklärt wird. Reine Zufälle dürfen nicht ungenutzt bleiben. Während die Narrative der Rechtsextremen den Schwerpunkt auf die Verschwörung legen (des „Kulturmarxismus", der sozialen Bewegungen, der politischen Parteien), beruhen einige Erzählungen, die die Herrschaft anprangern, ebenfalls auf einer Verschwörungsthese, die die Macht der Mega-Milliardäre, der Eigentümer der sozialen Netzwerke und der großen Plattformen adressiert. So ist das sogenannte „Zeitalter der Verschwörungen" sowohl Realität als auch Mythos.

Was sind unsere Optionen? Einen weiteren Beitrag zu dieser Tradition schreiben, Studierenden die Geschichte von Herrschaftsregimen lehren und Zuschauer*innen der Prozesse bleiben, in der andere die Protagonist*innen sind. Klassische kritische Texte wie die *Dialektik der Aufklärung* von Adorno und Horkheimer oder Althussers *Ideologie und ideologische Staatsapparate* können im Kontext der großen politischen und kulturellen Kämpfe gelesen werden. Oder auch innerhalb der erstgenannten Tradition, in der die Lücken, die Grauzonen der Ambivalenz, die Räume der Auseinandersetzung und die großen Konflikte fehlen.

Wenn wir nun die klarsten Analysen darüber lesen, wie die subalternen Schichten Widerstand leisten und wie sie ihre eigenen Räume der Organisation und der Macht schaffen, gibt es eine lange Tradition der Romantisierung und Idealisierung, die jetzt auf nie dagewesene Weise in eine Krise geraten ist. Seit den 1980er Jahren gab es große Debatten über die neuen sozialen Bewegungen. So gewannen der Feminismus, die Umweltbewegungen, die indigenen Völker, die Afroamerikaner*innen, LGBTQI+ und andere Gruppen immer mehr Sichtbarkeit. In Mexiko entstand der Zapatismus, in Brasilien die Bewegung der Landlosen Landarbeiter (MST), in Argentinien die *piqueteros* und auch in anderen lateinamerikanischen Ländern traten neue politische Bewegungen in Erscheinung. Um die Jahrhundertwende wurden neue Konzepte wie der *autonomismo*, der Aufbau einer *poder popular* („Macht von unten") und deren komplexe Beziehungen zur Politik, die sogenannte

marea rosa („Rosaflut“) und der Linksruck (mit der die Serie von Wahlsiegen linker Parteien in Lateinamerika in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts beschrieben wurde) diskutiert.

Die extreme Rechte verändert jedoch die Grundvoraussetzungen aller bisherigen Debatten. Denn zum ersten Mal seit 1945 gibt es Kräfte dieser Art, die auf eine Massenbasis zählen und die in die Arbeiterviertel und die Herzen der Menschen in den subalternen Schichten vordringen. Wir können nicht weiterhin eine hohle Debatte darüber führen, wie die unteren Schichten Widerstand leisten, wenn ein Teil dieser aus Gründen, die wir wissenschaftlich noch nicht vollends erfasst haben, die soziale Basis der extremen Rechten stellen. Bis wir uns nicht dieser Realität stellen, versuchen, sie zu verstehen und darüber diskutieren, wie wir sie verändern können, werden wir weiterhin mit rechtsextremen Massenbewegungen leben müssen.

Objektivismus: Hegemonisierung der demokratischen Kräfte

Wenn man die klassische marxistische Literatur über den sozialen Wandel oder die Revolution noch einmal liest, fällt auf, dass diese sich geradezu obsessiv mit der Frage nach dem Subjekt beschäftigt. Im Kommunistischen Manifest ist es das Proletariat, in der Russischen Revolution die Arbeiter-Bauern-Allianz, in China sind es die Landarbeiter – und so gibt es zur Beschreibung des revolutionären Subjektes in jedem Kontext eine Unzahl von Substantiven und Adjektiven, die man auf die eine oder andere Seite stellen kann. Was diese Vielfalt gemeinsam hat, ist der klassifizierende Blick (Quijano 2015). Man ging davon aus, dass es offensichtlich sei, wer „die Arbeiter“, „die Bauern“, „das Kleinbürgertum“ waren und dass die Analyse es ermögliche, ihre wirklichen Interessen mit Sicherheit zu bestimmen. Warum waren sie beispielsweise nicht perfekt organisiert? Warum gab es ein irgendwie geartetes politisches Defizit? Weil zwischen den real existierenden Arbeiter*innen und dem Bewusstsein für ihre wirklichen Interessen das „falsche Bewusstsein“ und die Taktik der herrschenden Klasse standen. Die Partei existierte, um sicherzustellen, dass die Arbeiter*innen ihr korrektes Bewusstsein, die richtigen Organisationsformen und ihre entsprechenden Strategien entwickeln konnten. Sobald dies erreicht war, würde die Arbeiterklasse (in welcher Form auch immer) ihre Verbündeten zur Eroberung der Macht führen.

Was wissen wir heute? Drei grundlegende Dinge. Erstens, es gibt keine einfach zu definierenden „objektiven“ Klassen (Chakrabarty 2009). Wo die Grenze verläuft, hängt immer von der Perspektive und der Definition ab, die Grauzonen sind fließend. Zweitens gibt es abgesehen von offensichtlichen Dingen (Verbesserung der Löhne, der Arbeitsbedingungen usw.), die der

Debatte keinen spezifisch politischen Charakter verleihen (Finanzierungsformen, öffentliches Eigentum, Steuer- und Produktionsstruktur, Genossenschaften, Autonomien) keine „wahren Interessen", die definiert werden könnten. Drittens: Es gibt keine Teleologie, es gibt kein vorbestimmtes, notwendiges Ziel. Das heißt, es gibt *a priori* niemanden, der über Dinge nachdenken oder Dinge tun muss, die in einer Handlungsanleitung vorgegeben sind. Weder für die Arbeiter*innen noch die Frauen noch die indigenen Völker gibt es eine vorbestimmte Route und ein vorab definiertes Ziel.

Im Gegenteil, die Menschen und Gruppen, die das Netzwerk bilden, das wir „Gesellschaft" nennen, konstruieren Beziehungen, Vereinigungen, Institutionen und politische Organisationen. Diese realen Formationen stehen in komplexer (nicht mechanischer) Beziehung zu ihren Klassenpositionen, ihrer Selbstdefinition, der Sprache des Antagonismus, die in einer Gesellschaft gesprochen wird, einer besonderen Kulturgeschichte sowie den affektiven Kreisläufen und Rationalitäten, die dies impliziert.

Der klassische Objektivismus, den wir auf brutale Weise zusammenfassen, weil er Gegenstand vieler Kritiken war, hat zum Scheitern der transformativen Kräfte geführt und ist darüber hinaus ein erkenntnistheoretisches Hindernis, das uns daran hindert, das politische Funktionieren der Gesellschaften zu verstehen. Da dieser Objektivismus der kleinste gemeinsame Nenner von weiten Teilen der demokratischen Kräfte für soziale Gerechtigkeit ist, wird in vielen Ländern beim Erstarken der extremen Rechten als Massenphänomen die oben erwähnte Frage gestellt: „Warum wählen die Menschen gegen ihre Interessen?" Wir müssen davon ausgehen, dass diejenigen, die diese Frage stellen, wissen, was diese Interessen sind, während die Menschen, die für die extreme Rechte stimmen, dies nicht wissen. Offensichtlich sind die „Interessen", auf die sich die Frage bezieht, unmittelbare oder vermittelte wirtschaftliche Interessen in dem Sinne, dass diese Kräfte ihren Wähler*innen ökonomisch schaden. Wir werden feststellen, dass es auch andere Möglichkeiten gibt, über Interessen nachzudenken.

Ein zentraler Punkt der Erneuerung des kritischen Denkens wird darin bestehen, die Vorstellung von objektiven, universellen, transzendentalen Interessen für immer aufzugeben. Damit einhergehend wird die Idee des „falschen Bewusstseins" aufgegeben, und zwar nicht nur in Bezug auf die Arbeiterklassen. Es gilt auch für Frauen, Menschen anderer sexueller und geschlechtlicher Orientierung, indigene Völker und andere nicht-weiße und nichteuropäische Gruppen. Der Begriff des „falschen Bewusstseins" ist eng mit der teleologischen Perspektive verwoben. Nach dieser Vorstellung entwickelt sich die Welt in eine Richtung, zum Beispiel hin zum Sozialismus. Die Arbeiterklasse muss nach dieser Vorstellung nichts tun, außer weiter quantitativ zu wachsen und ihre Organisation und ihr Bewusstsein zu verbessern.

Eine Lehre des 20. Jahrhundert besteht darin, dass die Teleologie eine völlig falsche Perspektive ist. Geschichte wird von Individuen, von Gruppen, von großen Konflikten gemacht. Aber Geschichte hat kein Ziel oder Ende. Und deshalb haben die Protagonist*innen auch kein vordefiniertes Bewusstsein, das sie „nur" erlangen müssen. In jeder Situation, in jedem Kontext, müssen wir analysieren, wer die Rolle des Protagonist*innen übernimmt und mit welcher Identifikation dies getan wird. Denn auch das ist nicht vorgegeben.

Warum also haben Trump und Bolsonaro nach vier Jahren im Amt viele Millionen Stimmen gewonnen und nur knapp verloren? Es reicht nicht aus, den klassischen Objektivismus abzulehnen. Noch weniger reicht es aus, zu einem absurden Subjektivismus überzugehen, der mit der Idee kokettiert, dass alles mit „politischem Willen" gelöst werden kann. Der Voluntarismus kann, wie er es schon mehrfach bewiesen hat, ebenfalls ein Grab für transformative Projekte sein, die Wünsche verfolgen, die von den realen Kräfteverhältnissen im jeweiligen historischen Kontext losgelöst sind.

Vier politisch-theoretische Wendungen

Es gibt viel Positives, das wir tun können. Daher schlage ich vor, dass wir über vier relevante theoretische Wendungen nachdenken.

Erstens, die anthropologische Wende. Um die Triumphe der Rechtsextremen zu verstehen, muss man wissen, wie die Millionen von Menschen, die sie wählen, denken und fühlen. Wir müssen sie studieren, einen Dialog mit ihnen führen, sie nicht stigmatisieren und nicht herablassend sein. Wir müssen verstehen, dass viele von ihnen eine Sprache sprechen, die wir nicht einmal verstehen.

Zweitens, die subjektive ökonomische Wende. In jedem Fall ist es notwendig zu fragen, welche Variablen für Einzelpersonen und Gruppen relevant sind. Anstatt ökonomische Ungleichheit als allesentscheidendes Schlüsselproblem festzuschreiben, muss man auch herausfinden, was die individuellen wirtschaftlichen Kriterien von Menschen sind, die rechtsextreme Parteien wählen. Zum Beispiel kann es sein, dass die Art der Beschäftigung, die Arbeitsbedingungen und die Kaufkraft für einige Menschen viel wichtiger sind, als der Gini-Index oder bestimmte Ungleichheiten. Es kann sein, dass für sie ihre tatsächliche Fähigkeit zu konsumieren und der Zugang zu den in dieser Gesellschaft identitätsstiftenden Gütern viel entscheidender ist. Es gibt globale Identitätsgüter, wie z. B. Smartphones, und es gibt Güter, die in bestimmten Ländern von größerer Bedeutung sein können, wie Kleidung, Autos oder Motorräder, bestimmte Lebensmittel oder Getränke. Wenn wir die Dimension dieser politischen Ökonomie des

Konsums nicht miteinbeziehen, können uns die Variablen zwar relevante kartographische Informationen liefern, sie werden uns aber nicht helfen zu verstehen, wie die Wähler der extremen Rechten denken und fühlen.

Drittens, eine Hinwendung zu den subjektiven Interessen. Der Begriff „Interessen" muss neu definiert werden. Viele Menschen sind bereit, Geld zu verlieren, wenn sie dafür nicht ihren Platz in der Hierarchie über den ihnen untergeordneten sozialen Schichten verlieren (Grimson, Guizardi und Merenson 2023). Andere mögen bereit sein, im Gegenzug für ein gewisses Maß an Vorhersehbarkeit auf Einkommen zu verzichten, zumindest in Ländern mit dreistelligen jährlichen Inflationsraten (wie Argentinien Ende 2023). Vielleicht sind andere bereit, auf Einkommen zu verzichten, wenn sie den Eindruck haben, dass sie dadurch Sicherheit oder das Gefühl der Ruhe gewinnen. Dies muss noch untersucht werden. Aber sie stimmen nicht gegen ihre Interessen, sondern für die Art und Weise, in der sie die Konstruktion ihrer Interessen kanalisieren.

Viertens, die affektive Wende, die bei Spinoza einen entscheidenden philosophischen Bezug hat. Es geht nicht um „Ich denke, also bin ich". Es geht nicht um das Vorhandensein oder die Abwesenheit von Rationalität, denn Rationalität wird nicht nur durch Interessen und Werte definiert, sondern auch durch Gefühle und Emotionen. Ich beziehe mich auf das, was Spinoza „Affekte" nannte und damit eine entscheidende und konstitutive Dimension aller menschlichen Handlungen beschrieb. Es gibt keine Politik ohne die Zirkulation von Affekten. Es gibt nicht einmal Vernunft oder Rationalität ohne Affektivität. Es ist nicht möglich, ohne Gefühle zu denken.

Obwohl in den Sozialwissenschaften seit etwa fünfzehn Jahren von einer „affektiven Wende" die Rede ist (Clough und Halley 2007; Leys 2011; McElhinny 2010), müssen wir uns von jeder Interpretation distanzieren, die Gefühle oder Emotionen als das Gegenteil von Rationalität begreift. Affekt ist relational, intersubjektiv, konstitutiv für verschiedene Rationalitäten und für bestimmte historische Kontexte (Berg und Ramos-Zayas, 2015). Sowohl politische Analysten als auch einige Forscher stellen emotionales Verhalten dem rationalen Verhalten gegenüber. Diese Trennung war der „Irrtum von Descartes" (Damasio 2010), und zwar zu einem entscheidenden Zeitpunkt in der Geschichte des Denkens. „Lange Zeit wurden die Leidenschaften als Störfaktor oder natürlicher Verlust der Vernunft verurteilt" (Bodei 1995, 9).[1] Die affektive Wende entfaltet ihr ganzes Potenzial, wenn wir diese

1 „‚Vernunft' und ‚Leidenschaften' sind also vorverurteilte Begriffe, die man lernen muss, als korrelative und nicht offensichtliche Begriffe zu betrachten, die sich nur innerhalb bestimmter Begriffshorizonte (durch Kontrast oder durch Differenz) gegenseitig definieren" (Bodei 1995, 9). Bodeis ganzes Bemühen zielt darauf ab, zu zeigen, dass beide Begriffe Möglichkeiten sind, sich den miteinander verwobenen Dimensionen des Menschlichen zu nähern. Er lehnt sowohl Ansätze

künstliche Trennung in Frage stellen und soziale Praktiken als emotional konstituiert verstehen.

Wir könnten mit der Leidenschaft beginnen (auch wenn wir es hier nicht tun werden), die der Kampf für die Vernunft selbst in seiner Blütezeit erweckte. Die Vorstellung einer Gleichung, die besagt, dass mehr Emotionen weniger Rationalität bedeuten und umgekehrt, ist völlig falsch. Natürlich kann es - wie man so schön sagt - Emotionen geben, die „die Vernunft trüben". Aber das können sowohl traurige Leidenschaften (wie Hass) als auch freudige Leidenschaften (wie die Idealisierung des anderen) sein. Es kann rationale Argumente und Interessen geben, die die Prioritäten vernebeln. Sklaverei, Rassismus, Konzentrationslager repräsentierten nicht den Sieg der Gefühle über die Vernunft. Es waren Interessen auf der einen Seite und die Dialektik der Aufklärung auf der anderen. Und es kann sehr rationale, zutiefst logische Leidenschaften geben. Die Schwierigkeit besteht darin – und dieser wollen wir uns hier stellen - die rationale Logik vieler Leidenschaften zu identifizieren und zu rekonstruieren.

In der Vergötterung der Rationalität liegt ein grundlegender philosophischer Irrtum: der Glaube, dass rationale Entscheidungen in der Regel angemessen und gerecht sind. Im Normalfall sind die Entscheidungen eines kompetenten Richters sowohl rational als auch gerecht. In mehreren Ländern gibt es Gewerkschaften, sogar im öffentlichen Dienst, wo die Gewerkschaften nur neue Arbeitnehmer*innen aufnehmen, die mit den bestehenden Arbeitnehmer*innen verwandt sind. Sogar im Justizwesen. Es gibt Universitäten, an denen öffentliche Auswahlverfahren niemals vom Kandidaten mit den besten Leistungen gewonnen werden, sondern von der Person, die zum lokalen sozialen Netzwerk gehört. Es gibt Beamte, die ihre Macht ausnutzen, um Verwandte zu ernennen. All diese Fälle sind von enormer Ungerechtigkeit, aber auch von enormer Rationalität geprägt. Eine egoistische Rationalität, natürlich. Und in einigen Fällen korrupt, wenn es um die Verwendung öffentlicher Mittel geht.

Es wird klar, dass es keine direkte Korrelation zwischen den Maßnahmen gibt, die wir für gerecht halten, und denen, die wir rational nennen.

Eine dritte Option überwindet den Binarismus

Im Angesicht der sich vermeintlich ausschließenden dezidiert objektivistischen und subjektivistischen Perspektiven besteht die Lösung nicht darin, sich in der Mitte zu treffen, indem man beide Alternativen in der „korrekten"

ab, die behaupten, dass es in der Leidenschaft keine Intelligenz gibt, als auch solche die diese ausschließlich als „Verblendung" denken, die es zu verteufeln gilt.

Dosierung miteinander verbindet. Um eine Vision zu entwerfen, die den vorherrschenden Binarismus überwindet, ist es notwendig, Beiträge aus allen Sozial- und Geisteswissenschaften auf der Grundlage einer Überwindungsvision einzubeziehen. Diese Vision ist nicht gänzlich neu, sondern vielmehr Teil einer theoretischen Tradition, die gewissermaßen unsichtbar gemacht wurde. Es handelt sich um eine theoretische Perspektive, die in den Werken der großen klassischen Autor*innen präsent ist. Die bedeutenden Beiträge von Norbert Elias und Pierre Bourdieu lassen sich in diese Richtung interpretieren.

Diese theoretischen Perspektiven stellen Möglichkeiten dar, soziale Prozesse zu betrachten und zu interpretieren. Wir glauben, dass es notwendig ist, von objektiven Bedingungen auszugehen, im Sinne von Prozessen, die vom Willen der Subjekte unabhängig sind; und gleichzeitig zu verstehen, dass die Bedeutungen eines jeden Ereignisses nicht aus dem Ereignis selbst stammen, sondern aus den hermeneutischen Konfigurationen von Gruppen und sozialen Sektoren. Diese Perspektiven sind umstritten, heterogen und widersprüchlich. Natürlich gibt es empirische Wahrheiten. Aber ob Gesellschaften diese Tatsachen anerkennen oder ignorieren und sie auf die eine oder andere Art und Weise interpretieren, ist eine andere Tatsache, die unabhängig vom Willen der Forscher oder Politiker ist. Diejenigen, die die Realität in ein bestimmtes Korsett zwängen wollen, damit sie besser in bereits bestehende Schemata passt, verstoßen gegen das Soziale und stellen ein Hindernis für die Bewältigung der wissenschaftlichen, ethischen und politischen Herausforderungen der Gegenwart dar.

Die in den verschiedenen Wissenschaftstraditionen entwickelten Konzepte und Instrumente können dazu beitragen, die Blackbox der extremen Rechten zu öffnen. Aber anstatt alle dort formulierten allgemeinen Gewissheiten zu übernehmen, müssen wir akzeptieren, dass es nicht darum geht, sich zwischen Objektivismus und Subjektivismus zu entscheiden. Eine Möglichkeit, diesen Binarismus zu überwinden bietet der Intersubjektivismus, ein Begriff, der sich auf eine relationale, situierte Konfiguration bezieht, mit verschiedenen Abstufungen und Sprachen, die die Grenze zwischen einer politisch-kulturellen Konfiguration und einer andersgearteten bestimmt.[2]

2 Vor einigen Jahren (Grimson 2011) schlug ich den Begriff der kulturellen Konfiguration vor, um ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie sich in einem sozialen Raum (einer Nachbarschaft, einer Stadt, einer Provinz, einem Land), der per definitionem vielfältig ist, eine Logik der Heterogenität, eine gemeinsame Sprache des Konflikts, ein Horizont der Möglichkeiten etabliert. In Bezug auf den Begriff der *Konfiguration* gibt es also mindestens zwei Arten von Grenzen, namentlich jene die Räume von Konfigurationen trennen und die Grenzen zwischen den Kontrahenten oder Protagonisten jeder Konfiguration, also die Grenzen zwischen verschiedenen Identifikationen.

Wir brauchen alle verfügbaren Inputs, um diese verschiedenen Bedeutungen und Blickwinkel zu verstehen und sie den totalisierenden, verallgemeinernden Visionen des Sozialen, der Wirtschaft und der Politik, die jegliche Komplexität auslöschen, entgegenzustellen. Komplexität lässt sich am besten mit Pluralismus und theoretischer Heterodoxie vereinbaren. So erklärt es Siri Hustvedt, Neurologin und Schriftstellerin: „Meine Lösung ist der Pluralismus. Es ist möglich, ein und dasselbe Problem aus mehreren Blickwinkeln zu betrachten. Man kommt nicht zu einer einzigen Antwort, aber man kann das erreichen, was ich ‚eine Zone der fokussierten Mehrdeutigkeit' nenne, die hilft, gute Fragen zu formulieren" (Gigena 2018, zitiert in García Canclini 2019, 27). Theoretische Heterodoxie ermöglicht einen Dialog zwischen theoretischen Kategorien und verschiedenen Kontexten und mildert oder löst universalistische Ansprüche auf, die den Vergleich von spezifischen Realitäten beeinträchtigen könnten.

Hinzu kommt eine deontologische oder ethische Herausforderung. Wenn kritisches Denken geschlechtsspezifische Ungleichheiten analysiert, besteht die Intention darin, diese zu verringern oder zu beseitigen. Dasselbe gilt für Ungleichheiten, die auf ethnischer Zugehörigkeit oder Ethnie beruhen. Für keine dieser Ungleichheiten gibt es eine Rechtfertigung.

Die Vorstellung einer vollständig egalitären und horizontalen Gesellschaft ist jedoch viel komplexer. Es wurden außergewöhnliche Bücher geschrieben, in denen das Prinzip der Meritokratie als Legitimation für Klassenungleichheiten, die von Generation zu Generation fortgeschrieben werden, kritisiert wird (Sandel 2020; Passeron und Bourdieu 2014). Dies bedeutet nicht, dass Verdienste irrelevant sind oder dass es ungerecht wäre, diese in einem beliebigen Kontext zu berücksichtigen. Es bedeutet auch nicht, dass die persönliche Anstrengung irrelevant wäre. Wie kann ich einem Arbeitnehmer, der früh aufsteht und hart arbeitet, um seine Arbeit gut zu machen, sagen, dass Anstrengung und Verdienst irrelevant sind? Wäre es etwa irrelevant, ob ein Busfahrer seine Arbeit gut oder schlecht macht? Wäre es irrelevant, ob jemand ein guter Lehrer, Müllmann, Toilettenreiniger, Bankangestellter oder Arzt ist? Oder ist die berufliche Leistung nur durch die soziale Herkunft vorbestimmt?[3]

Dies ist keine Debatte darüber, wie die ideale Gesellschaft aussehen sollte, auch wenn hier einige dieser Fragen implizit ebenfalls adressiert werden. Hier geht es um die Art und Weise, wie wir heute in die gesellschaftliche

3 Es ist schwer zu sagen, wie weit der binäre Dogmatismus gehen kann. Aber wenn jemand argumentieren würde, dass die berufliche Leistung nur durch die soziale Herkunft bestimmt wird (was mir absurd erscheint), würde ich antworten, dass dies auf ein durchschlagendes Versagen der öffentlichen Bildung hindeuten würde, zu deren Zielen es gehört, die Privilegien der Herkunft abzuschwächen und allen Kindern und Jugendlichen Wissen von höchster Qualität zu bieten.

Debatte intervenieren und welche Folgen das für die politische Vorstellungskraft hat. Wenn wir mit Nachdruck die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit erheben (was meiner Meinung nach getan werden muss), sagen wir, dass wir alle ungerechten Ungleichheiten abschaffen und geringere und gerechte Ungleichheiten aufrechterhalten werden. Wenn sich jemand bereit erklärt, in einer Gegend zu lehren oder Medizin zu praktizieren, in der dies niemand tun will, sollte er oder sie Anerkennung erhalten, möglicherweise auch finanzieller Art. Wenn er oder sie mehr Stunden arbeitet, sollte er oder sie das auch. Und wenn er oder sie sich entschließt unter Bedingungen der Gleichheit seine oder ihre Freizeit zu nutzen, um sich weiterzubilden, dann sollte es dafür auch eine Form der Anerkennung geben. Diese Debatten müssen geführt werden.

Wir haben bereits festgehalten, dass alle geschlechtsspezifischen, ethnischen und rassistischen Ungleichheiten abgeschafft werden müssen. Aber es geht nicht um die Abschaffung aller ökonomischen Ungleichheiten, sondern um eine dritte Option: Soziale Gerechtigkeit setzt voraus, dass diese drastisch reduziert werden und dass die bestehenden Ungleichheiten gerechtfertigt und gerecht sind.

Hier kommt eine weitere Facette des Binarismus zum Vorschein, den wir bereits kritisiert haben. Das Gemeinwesen zu verteidigen bedeutet, dass man dafür Sorge tragen muss, dass das Gemeinwesen zum Wohle der Bürger*innen funktioniert. Was subventioniert werden muss (Verkehr, Flüge in Gebiete, die von kommerziellen Fluggesellschaften nicht angeflogen werden wollen, Tarife für vulnerable Schichten), wird mit staatlichen Geldern finanziert. Das Gleiche gilt für Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Wissenschaft, die Kunst. Gleichzeitig brauchen wir eine gewisse Besessenheit von Seiten progressiver Kräfte, sorgsam mit öffentlichen Geldern umzugehen. Die Verschwendung der öffentlichen Gelder ist undemokratisch und ungerecht. Wir müssen die Argumente und die Politik für soziale Gerechtigkeit verfeinern.

Das Gegenteil von einer Politik „der harten Hand" ist nicht die „der weichen Hand", Abolitionismus oder einfach nur antipunitivistische Militanz. Die demokratische Lösung liegt nicht in dem von Nayib Bukele, dem Präsidenten El Salvadors, eingeschlagenen Weg. Aber wenn die Alternative zu El Salvador Länder sind, in denen die Komplizenschaft zwischen den Sicherheitskräften und dem organisierten Verbrechen das friedliche Zusammenleben in Städten oder ganzen Gebieten bedroht und das Leben von Tausenden und Abertausenden Menschen in direkter Gefahr ist, dann ist es sehr wahrscheinlich, dass sich an den Wahlurnen das Modell von Bukele durchsetzt. Denn gerade in solchen Momenten fordern große Teile der Bevölkerung *die Herrschaft einer Ordnung, die über dem Gesetz steht* (siehe Nunes 2022).

Die großen Verwerfungen, die den Gesellschaften Schaden zufügen, werden durch das organisierte Verbrechen, durch die Arroganz des Großkapitals, der mächtigen Staaten, durch diskriminierenden Fanatismus oder durch die Passivität der öffentlichen Institutionen angesichts dieser oder anderer Bedrohungen verursacht. Die extreme Rechte verspricht eine neue Ordnung, aber die durch sie provozierten Formen der Gewalt werden unweigerlich zu einer stärkeren politischen Polarisierung, zu wachsendem sozialem Stress und großem Leid führen.

Die Kräfte der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit müssen den Horizont einer stabilen und gerechten Ordnung entwerfen, der die Unsicherheiten der heutigen Welt auf ein Minimum reduziert. Angesichts des Chaos des Kapitals, der Kriminalität und der diskriminierenden Gewalt müssen wir ein pluralistisches und friedliches Zusammenleben wiederherstellen, das keinen Platz für wirtschaftliche oder soziale Abgründe bietet. Wir müssen die demokratische Öffentlichkeit wiederaufbauen, indem wir das Bewusstsein für die großen Dilemmata und Debatten schärfen und uns für eine stärkere Bürgerbeteiligung einsetzen. Wir brauchen eine demokratisierende Ordnung.

Das neue Zeitalter des Massenfanatismus

Warum gibt es in den meisten europäischen und amerikanischen Ländern rechtsextreme Massenbewegungen? Liegt es an den wirtschaftlichen und politischen Defiziten der traditionellen Parteien? Welche Bedingungen können zu einer Krise der Demokratie führen? Sind die Rechtsextremen autoritär? Sind sie neoliberal? Ist die Demokratie wirklich gefährdet?

Diese Welt durchlebt gerade eine ähnliche Periode wie die Zeit zwischen dem Ende des Ersten und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges.[4] Eine Periode, die geprägt ist von hoher politischer Instabilität, von Niederlagen der Kräfte, die die unteren Schichten vertreten, von Schwierigkeiten bei der Vorhersehbarkeit. Kann der Massenfanatismus dieses Mal anders enden? Ist es unvermeidlich, dass die Dinge schlechter werden, bevor sie besser werden?

Heute geraten die Demokratien in mehreren Ländern Amerikas und Europas ins Wanken - ohne zu sterben. Das globale Wachstum des Konsenses der 1990er Jahre, der darin bestand, unter dem Dach der liberalen Demokratien neoliberale Anpassungen vorzunehmen, geriet nach der durch die Lehman Brothers ausgelöste Wirtschaftskrise im Jahr 2008 in Schwierigkeiten und brach 2016 mit dem Brexit und den Triumphen von Trump und dann Bolsonaro zusammen. Zu dieser Liste globaler Symptome eines epochalen Wandels ist hinzuzufügen, dass in den meisten Ländern Amerikas und Europas eine Phase des „Post-Wohlstands" begonnen hat. Ein globales Narrativ, das sich nach dem Fall der Berliner Mauer mit seinen Versprechen der Verbindung von Globalisierung, Kapitalismus und Demokratie durchgesetzt hatte, war an einem Bruchpunkt angelangt. Die große Erzählung von einer globalisierten Welt ohne Grenzen, die parallel zu hegemonial gewordenen postmodernen Diskursen zirkulierte, die behaupteten, dass die großen Erzählungen tot seien, erwies sich als Lüge. Sie wurde selbst für ihre fanatischsten Anhänger*innen unplausibel, nicht zuletzt, weil ein ihr zugrundeliegender Trick ans Licht kam. Dieser bestand darin, den freien Verkehr des Finanzkapitals zuzulassen und gleichzeitig das Mittelmeer in einen Meeresfriedhof für die Schiffbrüchigen von Kriegen, Hungersnöten und gescheiterten Staaten zu verwandeln und überall Mauern zu errichten, um den Zugang zu den Orten einzudämmen, die sich selbst als das Zentrum für Wohlstand und Freiheiten verstanden. Die globale Pandemie führte zu einem signifikanten Anstieg des Nationalismus. Es liegt auf der Hand, dass die zunehmenden Kriegs- oder Quasi-Kriegssituationen in diesem Zusammenhang zu verstehen sind.

4 Diese Idee hörte ich zum ersten Mal in einem Vortrag von Álvaro García Linera, dem bolivianischen Intellektuellen und Politiker, der Vizepräsident von Evo Morales war. Für den Rest der Implikationen bin ich selbst verantwortlich.

In den fünfundzwanzig Jahren zwischen 1990 und 2015 gab es Ereignisse von großer Tragweite wie den Anschlag auf die Zwillingstürme im September 2001, den Krieg in Afghanistan und die anschließende Umsetzung der Sicherheitsagenda der USA und der EU zur Terrorismusbekämpfung. Darüber hinaus ist in dieser Periode in einigen südamerikanischen Ländern die Krise des Neoliberalismus ausgebrochen, was sich in der so genannten „Linkswende" in dieser Region äußerte. Der erwähnte Wendepunkt des Jahres 2016 hatte jedoch eine einschneidende Konsequenz, denn er machte deutlich, dass das 1990 entstandene Narrativ nicht mehr funktionierte. Die Fortschritte bei den Bürgerrechten, die sich in der gleichberechtigten Ehe, dem Recht auf legale und kostenlose Abtreibung oder der Politik zur Anerkennung unterdrückter ethnischer Gruppen manifestierten, kamen ins Stocken und führten zu einem konservativen Backlash. Sowohl konservativere Kräfte als auch progressivere Strömungen fügten sich in dieser Periode der wirtschaftlichen Hegemonie der neoliberalen Politik. Dies ist es, was Nancy Fraser (2017) kritisch als „progressiven Neoliberalismus" und Stuart Hall als „neoliberalen Multikulturalismus" bezeichnete (Hall 2014, 633), d. h. eine Koexistenz von effektiven Fortschritten bei den Bürgerrechten mit einer äußerst regressiven Wirtschaftspolitik.[5] Was die hegemonialen Kräfte an Anerkennung abtraten oder gewährten, verwehrten sie an wirtschaftlicher Umverteilung.

Die Regierungen von Donald Trump und Jair Bolsonaro standen und stehen sinnbildlich für die konservative Offensive zur Einschränkung der Bürgerrechte und der Rechte von Minderheitengruppen. In beiden Fällen gab es Frauenfeindlichkeit, Rassismus, Klassismus oder Homophobie sowie die Leugnung der Pandemie und des Klimawandels. In beiden Fällen kam es zu einem starken Anstieg von Fake News und Hassreden mit antipluralistischen Gesten und Aktionen. Der Angriff auf demokratische Institutionen war ein greifbarer Beweis für die Verwerfungen, die diese beiden Regierungen in den öffentlichen Diskurs eingebracht haben.

5 „In seiner amerikanischen Version ist der progressive Neoliberalismus eine Allianz zwischen Hauptströmungen der neuen sozialen Bewegungen (Feminismus, Anti-Rassismus, Multikulturalismus, LGBT-Rechte) auf der einen Seite Anti- Frauenrechte, Anti-Frauenrechte) und den neuen sozialen Bewegungen (Feminismus, Anti- Rassismus, Anti-Frauenrechte) auf der einen Seite und den „symbolischen" Schichten, die an Luxus und den Diensten der Geschäftswelt (Wall Street, Silicon Valley und Hollywood) interessiert sind, auf der anderen. In dieser Allianz verbünden sich die fortschrittlichen Kräfte mit den Kräften des kognitiven Kapitalismus, insbesondere im Sinne der Vermögensbildung, und verleihen ihnen, wenn auch ungewollt, ihr Charisma. Ideale wie Diversität oder Empowerment, die im Prinzip anderen Zielen dienen, verleihen am Ende einer Politik Glanz, die die verarbeitende Industrie vernichtet und die Mittelschichten ihrer früheren Lebensgrundlage beraubt hat" (Fraser 2017, 67).

Transversale soziale Unterstützung

In den letzten Jahren sind Kräfte mit einer „antipolitischen" oder „Anti-Status-Quo"-Rhetorik stark geworden, die sich auf ihre Identifikation mit „dem Volk" berufen, mit alterophoben Diskursen und Praktiken, in denen die jeweiligen nationalen Geschichten und Konfigurationen einen strukturierenden Einfluss haben.[6] Eine wichtige Frage, auf die es je nach Fall unterschiedliche Antworten gibt, ist, was diese Entwicklungen mit dem Interpretationsrahmen der Wähler*innen und den jeweiligen Diskursen der Führungsfiguren zu tun haben.[7] Es ist nicht ausgemacht, dass die Qualifikation als rechtsextrem, die wir auf einen politischen Führer oder eine Führerin anwenden, auch auf seine oder ihre Anhänger*innen anwendbar ist. Unsere Hypothese ist, dass es mindestens drei zentrale Antworten gibt, wenn wir nach dem ideologischen Gepäck der Wähler*innen fragen. Erstens, es ist wahrscheinlich, dass die Anhänger*innen Teile des Diskurses oder der ideologischen Vision des Anführers oder der Anführerin teilen. Zweitens, es gibt in verschiedenen Ländern Anti-Status-Quo-Bewegungen oder allgemein „antipolitische" Bewegungen, die durch eine ultrarechte Führungsfigur kanalisiert werden.[8] Und drittens gibt es tiefgreifende Veränderungen in den Gesellschaften, die, wenn sie diesen Kanal finden, zu einer deutlicheren ideologischen Verschiebung nach rechts führen.[9]

Auf welche sozialen Schichten stützt sich dieser politische Wandel? Auf der Klassenanalyse basierende Interpretationen können für spezifische nationale Kontexte nützlich sein. In Europa und Amerika gibt es jedoch Unterstützung für rechtsextreme Kräfte von den Opfern der Deindustrialisierung, den neuen Arbeitslosen, den historisch privilegierten Gruppen, die durch den „neoliberalen Multikulturalismus" Macht und Einfluss verloren

---

6 Wir verwenden den Neologismus *Alterophobie*, um darauf hinzuweisen, dass es sich nicht um Phobien gegenüber der einen oder anderen Gruppe handelt, sondern gegenüber dem, was als anders wahrgenommen und als „anders" eingestuft wird.

7 „Jüngste Studien haben gezeigt, dass die Wahlunterstützung für Bolsonaro mit einer bestimmten Ausrichtung seiner Wähler in verschiedenen Dimensionen verbunden ist: wirtschaftlich-verteilungspolitisch, kulturell, sicherheitspolitisch, Beziehung zur Demokratie. In diesem Zusammenhang wird argumentiert, dass Bolsonaro-Wähler dazu neigen, Positionen zu vertreten, die mit der Rhetorik und den Positionen ihres Kandidaten übereinstimmen (Rennó 2020; Layton et al. 2021; Setzler 2021)" (Kessler, Vommaro und Assusa 2023, 4).

8 Ich verwende den Begriff „Anti-Politiker", weil den von mir geführten Interviews zufolge die meisten jungen Menschen nicht gegen „Politik" im Allgemeinen sind, sondern eine Politik wollen, die nicht von den Politikern der traditionellen Parteien geführt wird.

9 Für eine detaillierte Analyse der ideologischen Neigungen und des Wahlverhaltens ist die von Balsa (2024) für den Fall Argentinien durchgeführte Analyse, auf die wir im letzten Kapitel dieser Arbeit näher eingehen werden, ebenfalls relevant.

haben, den aufstrebenden Mittelschichten in den Ländern der Peripherie, den nicht registrierten Arbeitnehmer*innen, den Mitgliedern des neuen Unternehmertums und des neuen Prekariats, jungen Männern, die von der sogenannten „grünen Flut“[10] überfordert sind, jungen Menschen aller Geschlechter, die mit den enormen Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu kämpfen haben, Frauen, die Teil evangelikaler Bewegungen sind. Es ist unmöglich, den globalen Rechtsruck mit einer bestimmten sozialen Schicht zu identifizieren, wie es beim Faschismus, bei den klassischen lateinamerikanischen Populismen und bei so vielen anderen politischen Bewegungen der Fall war. Wir haben es mit verschiedenen komplementären Phänomenen zu tun. Da wo es wirtschaftliche Verbesserungen für weite Teile der Bevölkerung gab, entstanden als Reaktion auf den Abbau von Hierarchien und „naturalisierten Distanzen“ (Grimson, Guizardi und Merenson 2023) auch starke Ressentiments in den Mittelschichten. Hier handelt es sich um Ressentiments, die man als Affekt des „angegriffenen Privilegs“ beschreiben kann, oder auch als „die Wunde, die von Gruppen gefühlt wird, die verlorene Privilegien beanspruchen“ (Illouz 2023, 130). Überall da wo Politiken der Inklusion oder der sozialen Sicherheit implementiert wurden, kamen auch horizontale Fragen auf („er arbeitet nicht, aber hat das gleiche Einkommen wie ich“, „er ist ein Ausländer und der Staat hilft ihm“). Überall auf der Welt gibt es einen wachsenden konservativen kulturellen Backlash gegen Fortschritte in der Geschlechtergleichstellung oder der kulturellen Anerkennung von Minderheiten. Hinzu kommt, dass große Teile des informellen Sektors das subjektive Modell der Plattformökonomie übernehmen und sich als Selfmademan verstehen (Pinheiro und Vargas 2023). Ein sehr großer Anteil der lateinamerikanischen Arbeiter*innen war über Jahrzehnte von allen Systemen des Sozialschutzes und der Arbeitnehmerrechte ausgeschlossen. Die meisten Uber-, Rapi- oder Order-Now-Beschäftigten sind durch keinerlei Schutz abgedeckt. Wir werden jedoch weiter unten zeigen, dass sie zumindest in einigen Ländern verlangen, dass der Staat sich nicht in ihre Angelegenheiten einmischt, da sie der Meinung sind, dass sie ihre eigene Produktionseinheit über ihr Smartphone verwalten. Was Natalia Radetich (2022a) die *Smartphonisierung* der Welt nennt, steht in direktem Zusammenhang mit dieser meist illusorischen Verschiebung vom Prekariat zum Unternehmertum.

Dardot et al. (2024) analysieren das neoliberale Projekt als eines welches auf die Abschaffung der mit dem „Fordismus“ verbundenen Institution der Lohnarbeit abzielt, „um sie durch diese andere Norm des selbständigen Unternehmers zu ersetzen, der flexibel arbeitet und keinen sozialen und

10 *Marea verde* bezeichnet eine feministische Kampagne für das Abtreibungsrecht, die in Argentinien lanciert wurde und sich in ganz Lateinamerika verbreitete.

rechtlichen Schutz genießt. Dieses neue Modell, das oft mit verschiedenen Begriffen bezeichnet wird (Uberisierung, Gig Economy, Plattformkapitalismus)" (2024, 212), impliziert eine subjektive Veränderung. Daher „erlaubt uns ein Verständnis der psychologischen Mechanismen des Konkurrenzkampfes, zumindest teilweise nachzuvollziehen, dass diejenigen, die seine Hauptopfer sind, sich ihm manchmal mit einer gewissen Begeisterung unterwerfen können" (218).

Diese Phänomene sind mit einer Veränderung der Affekte und der Sensibilitätskonfigurationen verbunden.

> Wir stehen also vor dem „Niedergang der Affekte", wie wir sie in einer früheren Phase des Kapitalismus kannten, und vor dem Aufkommen einer neuen Logik, in der die Affekte wieder eine zentrale Rolle in der Produktion und Unterwerfung des Subjektes des Kapitalismus spielen: ein selbstmotiviertes, begeistertes, euphorisches Subjekt, ein Teilnehmer an einer Ökonomie, die von ihm mehr Verfügbarkeit und Flexibilität für die Arbeit verlangt (Besserer 2015, 57).[11]

Tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen

Wir hören oft, dass die extreme Rechte wächst, weil Hassdiskurse an Einfluss gewinnen, und dass sich das Eigentum an den bedeutungsstiftenden Medien in den Händen einiger weniger Mächtiger konzentriert. Dies gibt uns jedoch noch keinen Hinweis darauf, warum es gerade jetzt zu dieser Entwicklung kommt, denn diese Phänomene gab es mit gewissen Variationen schon immer.

Wir müssen uns also fragen, was sich in den Regionen der Welt verändert hat, in denen die extreme Rechte stark geworden ist. Und hier finden wir eine Vielzahl von Erklärungen. Ich möchte kurz auf Elemente zurückkommen, die wir bereits erläutert haben.

1. Auf globaler Ebene vollzieht sich ein Strukturwandel der Arbeitsbeziehungen oder, wie Marx es nannte, der Produktionsverhältnisse. Es gibt einen Rückgang der registrierten Lohnarbeit und ein Wachstum des Prekariats und der Plattformökonomien. Im Taylorismus und Fordismus hatten wir „die klassische Verkapselung von Arbeiter und Maschine, im *Uberismus* bleibt diese Verkapselung bestehen, ist aber jetzt mit einem allgemeinen Bewegungsprinzip verbunden" (Radetich 2022b, 198-199). Offensichtlich gibt es im *Uberismus* kein Fließband, der Arbeitsprozess wird gänzlich über die Kette Individuum

11 Federico Besserers (2015) anthropologische Arbeit über die politische Ökonomie der Affekte und die Regime der Gefühle spricht viele weitere faszinierende Dimensionen an.

- Smartphone - Individuum abgewickelt, wobei es sich um eine sehr eigentümliche Konfiguration von Intersubjektivität handelt. Der *Uberismus* ist die soziale Basis und die Metapher des Neo-Individualismus - der Wandel der Subjektivitäten, der den Grundstein für diese epochalen Transformationen bildet. In deindustrialisierten Gesellschaften nimmt das Prekariat nur begrenzt am Konsum teil, und seine Fähigkeit, sich an politischen Kämpfen auf der Grundlage seines Klassenstandpunkt zu beteiligen, ist geschwächt (Harvey 2001; Banks und Gingrich 2006; Shoshan 2017). Seit zwei Jahrzehnten experimentiert Argentinien mit einer „wundersamen" Form der Organisierung der Arbeitslosen, aber heute befinden sich ihre Organisationen in der Defensive und stellen keine politische Alternative für die große Masse derjenigen dar, die sich von der Arbeitswelt und dem Sozialstaat (wie prekär er auch sein mag) ausgeschlossen fühlen.

2. Weltweit findet eine Kommunikationsrevolution statt, die auf die neuen Technologien, die *Smartphonisierung* und die sozialen Netzwerke zurückzuführen ist und immense Auswirkungen auf die sozialen Beziehungen hat. Das Kleinstunternehmertum, die Technologien und die individualisierende Struktur dieser neuen ökonomischen Formen fördern eine neue Subjektivität. Ich schlage hierfür den Begriff des Neo-Individualismus vor, der eng mit dem verwandt ist, was Adamovsky als „autoritären Individualismus" bezeichnet (2023). Die Selbstwahrnehmung der Subjekte hat sich gewandelt. Byung Chul-Han erörtert den Übergang von der Disziplinargesellschaft zum Informationsregime: „Das Subjekt des Informationsregimes ist weder fügsam noch gehorsam. Vielmehr hält es sich für frei, authentisch und kreativ. Es produziert und verwirklicht sich selbst" (Han 2022, 10).
3. Heute gibt es kein einziges Land in der Welt, das als Vorbild für progressive Kräfte dienen könnte. In den 1980er Jahren verglich die Linke die UDSSR, China, Kuba und die skandinavischen Modelle. Niemand im globalen Süden kann sich an einem Land wie Norwegen orientieren, weil es Ölreserven, eine Viehzuchtkultur und eine kleine Bevölkerung hat. Man kann sich auch nicht auf die Errungenschaften von Pedro Sánchez in Spanien oder ähnliche Fälle berufen, denn es handelt sich nicht um ein Entwicklungsmodell, sondern um Regierungen, die angesichts von Pandemien, Energiekrisen und Inflation entschlossen gehandelt haben. Oft wurden diese Leistungen von der Bevölkerung anerkannt. In Lateinamerika haben wir eine Reihe von Niederlagen von progressiven oder Mitte-Links-Regierungen hinter uns, und gegenwärtig gibt es kein wirtschaftliches und politisches

Projekt auf nationaler oder globaler Ebene, das als Vorbild für diese Kräfte dienen könnte. Ihre Krise ist ein weiteres Kapitel der globalen Krise und stellt keine Alternative für eine überzeugende Lösung dar.

4. Das Ausmaß der intellektuellen und politischen Auflösungserscheinungen der Kräfte, die sich für Demokratie und soziale Gerechtigkeit einsetzten, ist schockierend. Die Förderung strategischer Debatten durch Institutionen, Universitäten oder Stiftungen tendiert gegen null. Es gibt thematische Netzwerke zu den Themen Gender, Arbeit, indigene Völker, afroamerikanische Bevölkerungsgruppen oder Kritik am Neoliberalismus. Aber es gibt keine strategischen Netzwerke, keine Räume, in denen darüber diskutiert wird, wie Wissen für den Aufbau einer politisch-ökonomischen Alternative genutzt werden kann. Die Wirtschaftsprojekte, die im letzten Jahrhundert in die Krise gerieten, sind nicht neu konzipiert worden, um auf die heutigen Trends zu reagieren. Es gibt Versäumnisse bei der makroökonomischen Nachhaltigkeit (wie in Argentinien), der politischen Nachhaltigkeit (wie in mehreren Ländern, in denen die Mitte-Links-Parteien Wahlen verloren haben) oder in der Wirksamkeit konkreter Veränderungen (wie in Chile).

Was die letzten beiden Punkte betrifft, so stimme ich persönlich mit Nancy Frasers Aussage überein, dass

> der (Neo)Liberalismus weit davon entfernt ist, ein Gegenmittel gegen den Faschismus zu sein, vielmehr ist er sein Komplize im Verbrechen. Der wahre Talisman gegen den Faschismus (ob Protofaschismus, Quasi-Faschismus oder echter Faschismus) ist ein linkes Projekt, das die Wut und den Schmerz der Besitzlosen in eine tiefgreifende Umstrukturierung der Gesellschaft und eine demokratische politische „Revolution" umlenkt (Fraser 2017, 74).

Angesichts der Tatsache, dass die wenigen interessanten Beispiele, die Fraser damals erwähnte (Sanders, Corbyn, Syriza, Podemos), ihre stärksten Momente bereits hinter sich haben und nicht durch andere ersetzt wurden, bin ich der Meinung, dass es nicht ausreicht zu sagen, dass die extreme Rechte auf dem Vormarsch ist, weil es von Seiten der demokratischen Linken keine attraktiven Optionen gibt. Ich bin überzeugt, dass wir dieses globale Phänomen untersuchen müssen: Was haben der zeitgenössische Kapitalismus, die Arbeitsverhältnisse und die neuen Subjektivitäten an sich, das es verhindert, dass es überhaupt eine Reihe von Büchern gibt, die die politische Vorstellungskraft öffnen? Es ist eine unaufschiebbare Aufgabe, kollektiv neue Utopien zu produzieren. Wenn, wie Eduardo Galeano sagte,

Utopien nützlich sind, um vorwärts zu gehen, dann gilt auch das Gegenteil: ohne Horizonte der Hoffnung würde man stehenbleiben. Für den Moment wissen wir, dass die Alternative zur extremen Rechten und zum Neoliberalismus auf der Grundlage der Demokratisierung der Demokratie und der Entwicklung gemeinsamer Grundsätze der Verteilungsgerechtigkeit geschaffen werden muss.

Nun mag es trivial sein, den Satz von Gramsci zu missbrauchen, dass eine Krise dann vorliegt, wenn „das Alte nicht stirbt und das Neue nicht geboren werden kann." Und wer hat überhaupt gesagt, dass das Neue geboren werden wird und dass es nur eine Frage der Zeit ist? Ich denke, es ist nicht eine Frage der Zeit, sondern der fehlenden politischen und strategischen Orientierung, wie umzugehen ist mit den Formen der Produktion, den Arbeitsverhältnissen, den Idealisierungen, dass die Menschen „im Inneren" freundlich und liebevoll sind, den Differenzen in Bezug auf politischen Pluralismus und die Visionen von Demokratie und Staat.

Die globale Strategie der extremen Rechten

Der Planet ist globalisiert und die extreme Rechte hat eine reaktionäre Internationale geschaffen (Tokaltlian 2018). Seit 2018 sind Treffen zwischen Vertretern von Trump, Bolsonaro, Orban, Duterte, der italienischen extremen Rechten und anderen reaktionären Bewegungen bekannt, die zur gleichen Zeit, aus ähnlichen Motiven und mit einer ähnlichen Identität entstanden sind. Diese reaktionäre Internationale, die unter der Präsidentschaft von Trump an Bedeutung gewonnen hat, setzt sich fort und hat bei der Teilnahme an den heiß umkämpften Stichwahlen in Chile 2021 sowie in Kolumbien und Brasilien 2022 oder bei der Machtübernahme von Milei nach seinem Sieg in der Stichwahl im November 2023 eine Rolle gespielt. Sie kann definiert werden als „eine globale ideologische Bewegung, die in einer historischen Tradition verwurzelt ist" (Michelsen, De Orellana und Costa Buranelli, 2023) und die danach strebt, eine originäre Weltgesellschaft auf der Grundlage ihrer eigenen Überzeugungen und Werte zu gestalten. Die Definition von *Reaktion* ist mit ihrem restaurativen oder „gegenreformatorischen" Geist verbunden, der auf der politischen Nostalgie beruht, dass die Vergangenheit besser war als die Gegenwart, und dem Wunsch, diese Zeit wiederherzustellen. Tokaltlian stellt fest, dass es eine anorganische Koordination gibt, d. h. reaktionäre Führer würdigen und unterstützen reaktionäre Kandidaten, die in verschiedenen Ländern triumphieren oder kurz davorstehen. Sie identifizieren sich miteinander. Im Mittelpunkt ihrer Agenda stehen die Kritik

an einer angeblichen globalistischen Verschwörung, die Ablehnung von Grundrechten, sozialem Fortschritt und multilateralen Institutionen.

Diese zeitgenössische extreme Rechte weist die Merkmale auf, die einige Autor*innen als dem Kapitalismus inhärent betrachten. Nancy Fraser (2023) hat versucht zu zeigen, dass der Kapitalismus unweigerlich mit Geschlechterungleichheit, Rassismus, Bedrohungen für den Planeten und Spannung in der politischen Organisation der Gesellschaft verbunden ist. Ihre These wird mit Sicherheit zu faszinierenden Debatten und neuen Überlegungen zur politischen Strategie führen. Ich sage dies, weil es in historisch eindeutig kapitalistischen Kontexten war, dass es zur Abschaffung der Sklaverei, der Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechts, dem Zugang von Frauen (in ungleichen Verhältnissen) zu den höchsten Machtpositionen und zur Entstehung liberaler Demokratien (über die man viel diskutieren kann, in denen aber bestimmte grundlegende Bürgerrechte garantiert werden sollten) kam. In den 1980er Jahren gab es in Lateinamerika Autor*innen, die behaupteten, Demokratie und Kapitalismus seien unvereinbar. Aber bisher haben die längsten demokratischen Perioden in der Region in kapitalistischen Kontexten stattgefunden. Diese Frage wird also noch lange Gegenstand von Kontroversen sein. Ich meine damit nicht philosophische, sondern empirische Kontroversen.

Es steht außer Zweifel, dass diese reaktionäre Internationale in der gegenwärtigen globalen Konjunktur einen politischen Versuch darstellt, die Freiheit des Kapitals, die Freiheit zur Ausbeutung und Enteignung, die Freiheit zur Zerstörung des Planeten, die Freiheit zur Rassendiskriminierung, die Freiheit zur Infragestellung der Rechte der Frauen und die Freiheit zur gewaltsamen Durchsetzung undemokratischer Regime zu vereinen. Mit anderen Worten, ich werde mich nicht dazu äußern, ob der Kapitalismus so war und immer so sein wird, wie Fraser es postuliert.

Es gibt drei Themen, bei denen es große Unterschiede zwischen diesen Kräften gibt: Wirtschaft (im Norden sind die meisten nicht neoliberal), Werte (Marine Le Pen hat festgestellt, dass sie einige feministische Diskurse zur Stärkung ihrer islamophoben Argumentation instrumentalisieren kann) und Geopolitik (es gibt Gruppen, die mit den Vereinigten Staaten verbündet sind, und andere, die zu Putin halten). Gemeinsam sind ihnen die genannten Faktoren, und in Anlehnung an Forti „leugnen sie nicht formell die Demokratie an sich, sondern kritisieren die liberale Demokratie als undemokratisch, d.h. als vom Willen des Volkes abgekoppelt“ (2021, 104).

Die demokratischen Kräfte für soziale Gerechtigkeit hingegen denken jeweils nur an ihr eigenes Land, ohne Netzwerke, die über taktische Fragen oder kurzfristige Interventionen hinausgehen. Hier zeigt sich eine prototypisch defensive Antwort, ohne globale Strategie, ohne eigene Impulse

und ohne die Fähigkeit zur politischen Vorstellungskraft. Dardot und andere Autoren (2024) verstehen den Neoliberalismus als eine Entscheidung für den Bürgerkrieg im Sinne einer massiven Gewaltausübung gegen die Gesellschaft. Es lohnt sich jedoch zu spezifizieren, welche Dimensionen einer Metapher in einer anderen Situation repliziert werden und welche nicht. Im spanischen oder amerikanischen Bürgerkrieg, um zwei Beispiele zu nennen, standen sich zwei Armeen gegenüber. Heutzutage gibt es auf der einen Seite eine Netzwerkorganisation, es gibt Armeen von Trollen, es gibt Stiftungen, es gibt bewaffnete Gruppen, und auf der anderen Seite gibt es einfach Menschen. Es handelt sich eher um systematische institutionelle Gewalt und in einigen Fällen um Völkermord als um eine Konfrontation zwischen Armeen in einem Krieg. Es gibt keine „Armee" für Demokratie und soziale Gerechtigkeit mehr. Es gibt nur noch von der eine Seite geplante Gewalt. Wenn wir dies als Bürgerkrieg bezeichnen würden, wäre es der erste Krieg, in dem nur eine Armee kämpft.

Die Relevanz regionaler Kontexte ist ebenso signifikant wie das Fehlen eines Dialogs über die extreme Rechte zwischen demokratischen Intellektuellen aus dem Norden und dem Süden. So fehlt es einigen der brillantesten Analysen von Trump und der neuen Rechten (Brown 2021) an diesen entscheidenden Ergänzungen, um die Auswirkungen auf den Süden zu verstehen. Die Einbeziehung einer lateinamerikanischen Perspektive würde es Brown verunmöglichen, zu argumentieren, dass „die Konstellation der herrschenden Prinzipien, Politiken, Praktiken und Formen der Vernunft, die unter dem Zeichen des Neoliberalismus zusammengefasst werden können und die katastrophale Gegenwart hervorgebracht haben, keine absichtliche Abweichung des Neoliberalismus war, sondern seine Frankensteinsche Schöpfung" (Brown 2021, 32). Nur in einer ausschließlich auf die europäischen und US-amerikanischen Erfahrungen beschränkten Perspektive kann argumentiert werden, dass „der Neoliberalismus, geschmiedet in der Feuerprobe des europäischen Faschismus, auf die permanente Immunisierung der liberalen Marktordnungen gegen eine Renaissance faschistischer Gesinnungen und totalitärer Mächte" (31) gesetzt hatte. Friedrich Hayek, neben Milton Friedman einer der Gründerväter des Neoliberalismus, verabscheute die totalitären Staaten, die aus der europäischen Erfahrung hervorgegangen waren. Als jedoch der Neoliberalismus mit dem Putsch in Chile in den 1970er Jahren zur offiziellen Wirtschaftspolitik wurde (wie Brown betont), gaben Friedman und Hayek einer totalitären und völkermordenden Regierung wie der von Pinochet intellektuellen Rückhalt.[12] Und das taten sie,

12 Mehr zu Hayeks Denken: „Ein Individuum kann in einem demokratischen System unterdrückt werden und in einem diktatorischen System frei sein. In dieser Frage gibt es eine radikale Divergenz zwischen Raymond Aron und Hayek. Für Aron sind alle Freiheiten

bevor der Neoliberalismus in der Welt hegemonial wurde. Die Ideen hatten ihren Ursprung im Norden, zur Umsetzung kamen sie im äußersten Süden. Der real existierende Neoliberalismus war nicht Pinochets Frankenstein, sondern die spezifische Form, die er zu jedem historischen Zeitpunkt annahm.[13]

Anders als in Europa und den Vereinigten Staaten, wo die extreme Rechte zumeist kein neoliberales Wirtschaftsprogramm vertritt, repräsentieren im Süden sowohl Bolsonaro und Milei als auch Kast in Chile das wirtschaftliche Denken und den kulturellen Konservatismus von Friedman und Hayek. In Lateinamerika stellt der derzeitige Aufstieg der extremen Rechten ein weiteres, verschärftes Kapitel der Neoliberalismen dar, die ihren Anfang mit den genozidalen Diktaturen der 1970er Jahre, dem Washington Consensus und den Demokratien der 1990er Jahre nahmen und die nun zurückkehren, um sich für die mehr oder weniger großen Fortschritte zu rächen, die die Regierungen der „Linkswende" der frühen 2000er Jahre in Fragen der Umverteilung gemacht haben.

Ungewissheit verändert die Subjektivitäten

Wie konnte diese extreme Rechte zu einem Massenphänomen werden? Am Anfang stand die Ungewissheit, dann die Verallgemeinerung derselben. Ich will nicht behaupten, dass Ungewissheit etwas radikal Neues ist. Die Ära des Kalten Krieges war von der Ungewissheit geprägt, ob ein Atomkrieg ausbrechen würde oder nicht. Aber die Geistes- und Sozialwissenschaften haben diese Epoche im Vergleich zu dem, was seit den 1980er Jahren und dem Fall der Berliner Mauer geschah, als eine Zeit beschrieben, in der uns die „großen Erzählungen" des Marxismus, der Religionen und der politischen Versprechungen ein Gefühl der Sicherheit gaben. Es handelte sich gewissermaßen um Fabriken der Gewissheit. Heute erfüllen die neuen Fanatismen diese Funktion sogar noch stärker, aber auf eine Art und Weise, die wir immer noch nicht gänzlich erfasst haben und die in einem Spannungsverhältnis zu neuen Ängsten steht, unter anderem denen vor Weltverschwörungen. Heute ist der

---

verteidigungswürdig, und der Gegensatz zwischen Demokratie und Totalitarismus ist der grundlegende Gegensatz. Für Hayek ist die freie Wahl der Individuen im „katalaktischen Spiel" von grundlegender Bedeutung, was zur Folge hat, dass es durchaus akzeptabel ist, die politische und intellektuelle Freiheit einzuschränken oder sogar zu unterdrücken, um die spontane Ordnung des Marktes zu verteidigen. Aus diesem Grund hält er die Gegenüberstellung von Demokratie und Totalitarismus für einen tiefgreifenden Irrtum" (Dardot 2024, 64).

13 Scharfsinnig bemerkt Marcos Nobre: „Der Neoliberalismus hat die institutionelle und ideologische Struktur des in der Periode nach 1945 staatlich regulierten Kapitalismus gehackt und zerstört. Die Ideologen erkennen sich nie in den Monstern wieder, die sie produzieren; dieses Privileg ist den Politikern vorbehalten" (Nobre 2022, Übersetzung von mir).

Fanatismus eine Art, sich inmitten einer Welt, die unüberschaubar scheint, an die Gewissheit zu klammern, einen Feind zu haben, einen Schuldigen.

Was Ulrich Beck (1998) als „Risikogesellschaft" bezeichnet hat, ist äquivalent zum heute herrschenden Gefühl der totalen Ungewissheit. Auf militärischer Ebene nähert sich das Unsicherheitsempfinden immer stärker den schlimmsten Phasen des Kalten Krieges an. Politisch gibt es in Europa und Amerika keine klaren Hegemonien. In einigen Ländern gewinnt die extreme Rechte, in fast allen ist sie ein Massenphänomen, in einigen verliert sie, in anderen behauptet sie sich; Le Pen verlor in Frankreich, die britische Labour-Partei gewann, während die zweite „rosa Welle" in Südamerika mit ernsthaften Probleme und Schwierigkeiten konfrontiert ist. Was die Arbeitsverhältnisse angeht, so wurde bereits festgestellt, dass diese von einer in zwei Jahrhunderten nicht dagewesenen Ungewissheit geprägt sind. Gleichzeitig nimmt die Ungewissheit auch im Zusammenhang mit dem Klimawandel, der Kaufkraft und dem Konsum zu.

Die Pandemie wirkte wie eine Bombe der Ungewissheit. Ihre Scherben sind die apokalyptischen Geschichten, die sich in jedem Winkel des globalen Dorfes erzählt werden. Um es mit den Worten von Žižek zu sagen: Es ist einfacher und üblicher, sich das Ende der Menschheit vorzustellen als das Ende des Kapitalismus mit all seinen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten. An Filmen, Romanen und Zeitungsberichten, die uns mit dystopischen Narrativen versorgen, besteht kein Mangel.

Die Krise macht es zwingend notwendig, über die Gegenwart nachzudenken. Und sie macht die Zukunft zunehmend unvorstellbar. Ihre kulturelle Wirkung besteht darin, die Vorstellung von Neuausrichtungen und neuen Horizonten zu blockieren. Indem die Zukunft auf die Katastrophe, auf die Unmöglichkeit beschränkt wird, wird eine Maschinerie in Gang gesetzt, die den Willen zum Handeln untergräbt. Sie macht das Schicksal zu einem Faktor, der vom Willen und der Gesellschaft entkoppelt ist. Sie versucht Wünsche, Träume und kollektive Konstruktionen zu unterdrücken. Die Zukunft steht auf dem Spiel.

Was bewirkt die Ungewissheit? Gefühle der Angst, der Wachsamkeit, der äußersten Vorsicht und ein großes Verlangen nach Gewissheit. Und ein großes Verlangen nach Gewissheit. Was hat die extreme Rechte anzubieten? Viele Gewissheiten. Über Immigrant*innen, Verschwörungen, Kasten. Es gibt einen Feind, eine genau identifizierte Ursache allen Übels. Es gibt eine einfache Lösung. Das ist das Narrativ, das das allgemeine Unbehagen lindert.

Vor einigen Jahren wunderte sich Regis Debray über den Erfolg der fundamentalistischen Organisation der ägyptischen Muslimbruderschaft, die das gesellschaftliche Leben auf der Grundlage des Korans und der Scharia organisieren will. Ihre Führer waren Akademiker. Ägypten hat seinem

Volk den Zugang zur Moderne versprochen, ohne ihm angesichts des drastischen Wandels der Gesellschaftsformen kulturelle Referenzen anzubieten. Die Macht der Religiosität ist, so Debray, darauf zurückzuführen, dass „sich die Religion letztlich nicht als Opium des Volkes, sondern als Vitamin der Schwachen erweist" (Debray 1994). Inwieweit kann man sich die Gewissheiten der extremen Rechten im gegenwärtigen Kontext der weltweiten Verwerfungen als ein Vitamin der Schwachen vorstellen?

Was tun die Kräfte, die sich für Demokratie und soziale Gerechtigkeit einsetzen, in dieser Situation? Meistens reagieren sie ohne Überzeugung, ohne eine klare Vorstellung von Auswegen, ohne Mechanismen, um Vereinbarungen zu treffen. Was bewirkt ein heftiger „interner" Konflikt zwischen Schlüsselfiguren in einer Regierung, wie in Bolivien oder Argentinien geschehen? Mehr Ungewissheit. Was sollten die Regierungen tun? Das Gegenteil: Berechenbarkeit für die Bürger und Bürgerinnen schaffen.

Vielleicht gibt es ein Beispiel, das zeigt, dass es sich nicht um ein vorübergehendes Phänomen, sondern um einen epochalen Wandel handelt. Es geht hier nicht um das Problem des einen oder anderen Präsidenten, sondern um einen tiefgreifenden Wandel, der sich in unseren Gesellschaften vollzieht. Warum gibt es gemäßigte demokratische Regierungen, die trotz wirtschaftlicher Erfolge ernsthafte politische Probleme haben? Die Volkswirtschaften der Vereinigten Staaten, Spaniens und Brasiliens haben mit Biden, Sánchez und Lula relativ gut funktioniert. In Spanien konnte sich Sánchez trotz eines sehr guten Managements bei den Wahlen nur mit sehr geringem Vorsprung und durch hochkomplexe Bündnisse und Vereinbarungen an der Regierung halten. In den Vereinigten Staaten lauteten die Prognosen vor den Wahlen, dass die Wirtschaft weiterwachsen würde, dass weiterhin Arbeitsplätze geschaffen würden, dass die Inflation unter Kontrolle sei. Dennoch verlor die Regierungspartei die Präsidentschaftswahlen. Natürlich ist es einfach, eine Liste mit den Unzulänglichkeiten Bidens oder eines beliebigen anderen Regierenden zusammenzustellen. Aber es gibt einen epochalen Wandel. Es geht nicht nur darum, dass Trump wieder gewonnen hat, sondern dass die extreme Rechte mittlerweile Teil der politischen Kartographie ist. Manchmal gewinnt sie, manchmal verliert sie. Sie wird stetig präsenter. In Brasilien, wo Mitte des Jahres die Wirtschaft in geregelten Bahnen verlief, begann die Popularität Lulas langsam zu sinken.

In Argentinien hat der Peronismus wegen seiner Wirtschaftspolitik verloren, womit wir uns im letzten Kapitel beschäftigen werden. Aber wie ist es zu erklären, dass die Realität heute so anders wahrgenommen wird, obwohl die wirtschaftlichen Zahlen denen aus den guten Zeiten anderer Epochen ähneln? Die Antwort liegt im entscheidenden Wandel der subjektiven Befindlichkeiten.

Die Entzauberung der real existierenden Demokratie

Im Vorwort zur spanischen Ausgabe seines Buches *The Crises of Democracy* (2022) bemerkt Przeworski: „Was ich nicht vorausgesehen habe, war, dass sich in mehreren lateinamerikanischen Ländern die politische Polarisierung, die Erosion der Parteien der Mitte und das Erstarken der Extreme so schnell vollziehen würden" (10). Dies sind die gleichen Indikatoren, die der Autor im Rahmen seiner Analyse auch in anderen regionalen Kontexten beobachtet. Diese Aspekte werden als gefährlich für die Demokratie eingeschätzt. „Das demokratische System funktioniert dann, wenn die in einer Gesellschaft auftretenden Konflikte, welcher Art sie auch sein mögen, innerhalb des institutionellen Rahmens friedlich ausgetragen werden" (10).

Wissenschaftliche Untersuchungen, die zu einem besseren Verständnis der Faktoren beitragen, die Demokratien schwächen, sind notwendig damit alternative Wege vorgeschlagen werden können, wo dies möglich ist. In welchen Kontexten entsteht die extreme Rechte als Massenphänomen? In Ländern, die als *failed states* gelten? In Staaten ohne politische Autonomie? Mit höheren Armutsraten? Mit größerer Ungleichheit? In Ländern, deren jüngere Geschichte von struktureller Gewalt geprägt ist? Nein, keine dieser Variablen ist hilfreich. Aus diesem Grund schlagen wir eine andere These vor.

In diesem Kapitel werde ich mich auf einige breit diskutierte Variablen und Dimensionen der aktuellen Krise und des Zusammenbruchs der Demokratie konzentrieren, um die Bedeutung des Entstehens einer neuen Konfiguration kollektiver Empfindungen zu unterstreichen. Unsere Gesellschaften bringen emotionale Landschaften hervor, in denen tausend Blumen der extremen Rechten erblühen. Der gesellschaftliche Konsens zugunsten der Demokratie wird schwächer.

Laut dem Bericht von Latinobarómetro für das Jahr 2023 befindet sich Lateinamerika in einer demokratischen Rezession. Dieser Begriff bezieht sich auf den Zustand „des Niedergangs und der Verwundbarkeit, den die Länder der Region nach einem Jahrzehnt des kontinuierlichen und systematischen Verfalls der Demokratie erreicht haben." Diese Entwicklung spiegelt sich in „der geringen Unterstützung für die Demokratie, der zunehmenden Gleichgültigkeit gegenüber der Art des Regimes, der Präferenz für den Autoritarismus, dem Zusammenbruch der Performance der Regierungen und des Images der politischen Parteien" wider. Die Unzufriedenheit mit der Demokratie erreichte 2018 mit 72 % ihren bisherigen Höchststand, ein Wert der im Jahr 2023 um nur drei Punkte sank (Informe Latinobarómetro 2023).

Dieser Prozess hatte in Europa schon früher begonnen. Subjektive und traumatische Erfahrungen von Enteignung auf persönlicher und kollektiver Ebene sind ein fruchtbarer Boden für derartige Entwicklungen, unabhängig von ihrer objektiven, empirischen und messbaren Gültigkeit (Kalb und Halmai 2011). In diesen Erfahrungen kommen sehr reale Wohlstandsverluste und „das Schwinden imaginärer Zukünfte" zum Ausdruck. So haben „die neuen europäischen Nationalismen einen Wortschatz angeboten, durch den solche sozioökonomischen Ängste als kulturelle Anliegen formuliert werden konnten" (Shoshan 2017, 69). In mehreren Ländern ist die Wahlbeteiligung zurückgegangen und das Vertrauen in die Institutionen gesunken, während die wirtschaftlichen und sozialen Probleme ungelöst bleiben oder sich verschlimmern. „Festgefahren in diesem Paradox von Konsens und Unzufriedenheit scheint die moderne Demokratie Zeichen der Erschöpfung zu zeigen" (Aguiar 2020, 11). Die Bürger*innen sind seit langem von der Politik desillusioniert, fühlen sich ungeduldig und wütend, was dazu führt, dass immer mehr unter ihnen der liberalen Demokratie selbst überdrüssig sind (Mounk 2018). Diese Desillusionierung und abnehmende Verbundenheit mit der Demokratie eröffnen die Möglichkeit von autoritären Alternativen. Aus diesem Grund wurde bereits das „Ende des demokratischen Jahrhunderts" (Mounk und Foa 2018) ausgerufen. Zu den Auslösern dieser Demokratiemüdigkeit gehört die Beschleunigung der politischen Zeit, die zum Teil im Zusammenhang mit der Beschleunigung der Medienkommunikation infolge des technologischen Fortschritts steht und wiederum zur Unterwanderung des Wichtigen durch das Dringende führt (Gutiérrez-Rubí 2021).[14]

Die politischen Maßnahmen, die beispielsweise während der Covid19-Pandemie durchgeführt wurden, waren angesichts der damit verbundenen psychologischen, sozialen und wirtschaftlichen Härten ermüdend. Die Ausweitung dieser Maßnahmen trug zur Ermüdung bei und führte zu Misstrauen gegenüber den Regierungen. Außerdem wurde die Gewalt zu einer rhetorischen und politischen Strategie einiger Parteien, was zur Erosion des pluralistischen Zusammenlebens beitrug. Die Mobilisierung von Wut als Gefühl führt zur Logik der Entmenschlichung des Gegners, der zum Feind gemacht wird, weil er so ist, wie er ist, und nicht wegen seiner Argumente oder seiner politischen Haltung.

14 „Es ist nicht so, dass die Menschen neoliberal geworden sind oder dass sie sich danach sehnen, ihre über Jahrhunderte errungenen Rechte zu verlieren, aber wenn Demokratie und Fortschrittlichkeit nicht mit Verbesserungen im Bereich der materiellen und sozialen Gleichheit einhergehen, wird die Suche nach anderen individualistischen und autoritären Optionen befördert. Die Abkehr von der plebejischen Agenda der Demokratie als Gleichheit wird Monster hervorbringen, die damit drohen werden, die Gesellschaft zu verschlingen" (García Linera 2024, 77).

Antwort auf eine spezifische Nachfrage

Die extreme Rechte bietet eine Erklärung dafür, warum Millionen von Menschen Unbehagen, Angst und Unsicherheit empfinden. Und sie unterbreitet ihre Vorschläge. „Wenn es der extremen Rechten gelungen ist, durch Desinformation oder andere Täuschungsmanöver die systemfeindlichen Leidenschaften von Millionen von Menschen zu mobilisieren, die sich nicht unterstützt und ausgegrenzt fühlen, dann deshalb, weil diese Gefühle *existieren*" (Nunes 2022, 43). Diese Perspektive erlaubt es uns, den Irrtum zu erkennen, auf dem die Idee fußt, dass alle Bürger Wert auf die Qualität der Informationen legen, die sie konsumieren, aber ihnen leider von Bösewichtern die Köpfe verdreht werden. Ja, die Bösewichter erreichen das, aber nicht zuletzt, weil sich in der Gesellschaft eine Schicht mit anderen Empfindungen und Forderungen konstituiert.

Die extreme Rechte hat eine einfache und kraftvolle Antwort auf Misstrauen, Frustration und Wut über die liberale Demokratie. Sie führen einen antipolitischen, systemfeindlichen und kritischen Diskurs gegen die „politische Kaste" (Gené und Vommaro 2023). Sie prangern jeden Prozess oder jedes Zeichen an, das es uns erlaubt, die Oligarchisierung der „politischen Klasse" zu imaginieren oder zu konstatieren. Sie vermischen belanglose Angelegenheiten (wie die Tatsache, dass Beamte ein Gehalt beziehen) und habituelle Fragen (wie zum Beispiel, dass die Minister ein staatlich finanziertes Auto zu ihrer Verfügung haben) mit Korruptionsdelikten. Und die Korruption (die nichts mit den Beamtengehältern zu tun hat) ist in vielen Ländern ein wirklich ernstes Problem. Die Wut auf einen Politiker, der sich unrechtmäßig bereichert hat, ist eines der demokratischsten politischen Gefühle, die man haben kann. Denn alles fußt auf dem Versprechen, dass wir vor dem Gesetz gleich sind. Wenn es privilegierte Menschen gibt, ist das undemokratisch. Und wenn jemand öffentliche Gelder verwenden kann, entweder um sich selbst zu bereichern oder zur Finanzierung von Aktivitäten, die nicht auf legalem Wege genehmigt wurden (d.h. von den demokratischen Institutionen), ist das eindeutig eine unmoralische, illegale und undemokratische Handlung.

Die Rechte vermag es, die Frustration über derartige Missstände zu kanalisieren und in eine Stimmung gegen die Existenz von Politiker*innen und gegen die Existenz des Staates umzuwandeln. Nach dieser Logik wäre es nur legitim ein Gehalt zu verdienen, wenn man im privaten Sektor arbeitet. Und was ist mit den Atomingenieur*innen, die für den Staat arbeiten, mit Ärzt*innen, Krankenschwestern, Lehrer*innen, Polizist*innen? Die Haltung der extremen Rechten besteht darin, die Steuern für Millionäre abzuschaffen und alle öffentlichen Aktivitäten als „Korruption" zu bezeichnen.

Sie bezeichnen den Unterricht zu Themen wie Geschichte, Sprache und Verfassungsgrundsätzen als „Indoktrination". Die demokratischen Kräfte befinden sich in der Defensive und müssen erklären, warum es notwendig ist, dass Steuern gezahlt werden und Gesetze existieren.

Dieser Anti-Establishment-Charakter ermöglicht es der extremen Rechten sich als Vorkämpfer einer scheinbaren Rebellion zu positionieren. Stefanoni (2021) analysiert in seinem Buch La *rebeldía se volvió de derecha? [Ist die Rebellion rechts geworden?]* wie die Linke immer mehr in einer politisch konservativen Position verharrt, während die Rechte sich ihre Systemkritik aneignete. Indem er darlegt, wie politische Positionen, die historisch mit Rebellion assoziiert werden, wie die LGTBQI+-Repräsentation, der Umweltschutz und die politische Unkorrektheit nicht mehr ausschließlich dem linken Progressivismus zugeordnet werden können, sondern sich in einigen Fällen zur radikalen Rechten verlagert haben, legt der Autor die Fähigkeit der neuen Rechten offen, „aus der sozialen Empörung Kapital zu schlagen" (Stefanoni 2021, 15). Bürgerrechte im Allgemeinen und die Geschlechtergerechtigkeit im Besonderen sind, gegen starken kirchlichen Widerstand, Kernthemen der progressiven Kräfte in Lateinamerika. Im sozioökonomischen Bereich ist die Linke jedoch nicht aus einer defensiven Position herausgekommen.

Der Mangel an positiver politischer Identifikation lässt Raum für die wirksame Verbindung von Anti-Establishment-Diskursen mit stark entdemokratisierenden Inhalten. Darüber hinaus führt das Fehlen von Narrativen, welche soziale Ansätze zum Umgang mit der Malaise liefern könnten, zu einem Zustand subjektiver Desorientierung, der anfällig für Skepsis, Resignation oder Katastrophismus ist (Ipar, Cuesta und Wegelin 2022).

An diesem Punkt können wir Hinweise darauf finden, warum das Phänomen des Rechtsrucks so stark mit der Unterstützung junger Menschen verbunden ist. Viele junge Menschen wählen die extreme Rechte gegen die politische „Kaste" und gegen das System (Casals 2015). Sicher ist, dass die Rebellion der extremen Rechten und ihr Diskurs, der auf die Forderungen junger Menschen einzugehen scheint, diese dazu veranlasst, diesen Kräften ihre Stimme zu geben. „Die jungen Leute sind vor allem unzufrieden mit *dieser* Demokratie" (Forti 2021, 239).

Die Reduktion des *demos*

Die ausgrenzende Neudefinition des *demos* ist eine Schlüsselstrategie der extremen Rechten (Plot, Slipak und Borovinsky 2024). Dies bedeutet, dass die Zugehörigkeit zum nationalen Kollektiv eingegrenzt wird und wichtige Teile der Bevölkerung des Landes verwiesen werden. Es handelt sich um

eine Neudefinition der Gemeinschaft, die auf der Haltung basiert, dass Teile der Bevölkerung keine Legitimität haben, dazugehören. Wie erfolgt diese Neudefinition? Wird jemand ausgewiesen, der sich bereits im Land befindet? Werden diejenigen herausgegriffen und illegalisiert, über die befunden wird, dass sie die Einreise nicht verdient hatten? Nach welchen Kriterien wird vorgegangen? Diese Politik richtet sich gezielt gegen die Zuwanderung. Aber wie wir im Fall von Deutschland gesehen haben, kann sich das Verständnis von Einwanderung verändern und als exponentiell wachsendes Problem wahrgenommen werden, wenn neue Reinheitskriterien eingeführt werden, um einen Teil der Bevölkerung auszuschließen. In einer argentinischen Provinz wird gerade versucht, indigene Gemeinschaften auszuschließen, weil man ohne jeglichen Bezug zur Realität behauptet, dass sie vor mehreren Jahrhunderten eingewandert seien. Auf der Basis willkürlich ausgewählter anthropologischer Informationen über die Bevölkerung und der Fähigkeit der Rechten, vollständig antiwissenschaftliche Fantasien zu fabrizieren, kann der Umfang des *demos* beliebig groß definiert werden. Seine Begrenzung ist rein politischer Natur. Aber solange sie sich zur Wahl stellen, müssen sie diejenigen, die ihre Stimme abgeben, davon überzeugen, dass die meisten von ihnen dazugehören.

Dies kann direkte Auswirkungen auf die Rechte von indigenen Völkern und „Minderheiten" wie afroamerikanische oder migrantische Communities haben. Es werden auch andere Rechtsgemeinschaften mobilisiert, wenn man sich dafür einsetzt, bei der öffentlichen Gesundheitsversorgung den Bewohnern einer bestimmten Kommune Vorrang gegenüber den Nachbarn mit einer anderen Staatsangehörigkeit zu gewähren. Dort wo die Wirtschaftskrise tiefgreifend ist und wo es Millionen gibt, die vom Staat eine Leistung empfangen, wird der negative Diskurs um Argumente gegen sogenannte „planeros" oder „vagos" (Empfänger von Bargeldtransfers) erweitert. Diese sind zwar schwammiger, aber nicht weniger wirksam und ausgrenzend.

Die extreme Rechte schürt Phobien vor dem Anderssein, um die Ausgrenzung derjenigen zu fördern, die nicht im Land geboren wurden. Diese Ausgrenzung betrifft aber auch jene Staatsbürger, die sie als unzulänglich betrachten, entweder weil ihre Eltern nicht aus diesem Land stammen oder weil sie außerhalb des Landes geboren wurden und dann die Staatsbürgerschaft beantragt haben. Wie wir wissen, kann jedes beliebige Kriterium verwendet werden, um die Grenzen der „nationalen Gemeinschaft" abzustecken.

Es sei daran erinnert, dass der Nativismus neue rassistische Theorien aufstellte, die besagten, dass die Einwanderung Teil einer Verschwörung sei, um das einheimische Blut mit dem von Menschen aus rückständigen Regionen zu vermischen und zu verunreinigen. Die Errichtung von Mauern gegen die Einwanderung stellte sich so als ein Akt zur Verteidigung der Reinheit dar.

Allerdings umfasst, das, was üblicherweise als Fremdenfeindlichkeit bezeichnet wird, immer auch die Ablehnung der Armen. „Trotz der Tatsache, dass das Fremdenfeindlichkeitsthermometer in den EU-Ländern stark angestiegen ist, insbesondere seit Beginn der Krise, ist es bei näherer Betrachtung nicht so klar,... dass eine Haltung wie die Fremdenfeindlichkeit die einzige Ursache hierfür ist" (Cortina 2017, 11). Der Autor führt den Begriff der *Aporophobie* ein und argumentiert, dass es sich dabei eigentlich um eine Ablehnung der Armen handelt, da es in jedem Land Ausländer*innen gibt gegen die keine Phobie besteht, weil sie Reichtum oder einen hohen Entwicklungsstand repräsentieren. Ausgrenzung ist oft eine Kombination aus Fremdenfeindlichkeit, *Aporophobie* und Rassismus. Nach dem russischen Einmarsch wurden Ukrainer*innen (weiß, christlich, slawisch) in vielen Ländern der Europäischen Union willkommen geheißen, während Syrer*innen, die vor dem Bürgerkrieg in ihrem Land flohen, oft auf Ablehnung stießen.

Die traditionellen Parteien übernehmen keine Verantwortung für die soziale Unzufriedenheit

Die Politikverdrossenheit schwächt die Demokratie, weil die traditionellen politischen Institutionen und Parteien immer mehr als alltagsfern wahrgenommen werden. Dies zeigt sich im Rückgang der politischen Beteiligung.

Die wachsende Unterstützung für autokratische Figuren ist einer der Faktoren, die die Demokratie gefährden. Die traditionellen politischen Parteien sind nicht in der Lage, die Unzufriedenheit und die Forderungen des Volkes zu verstehen (Sandel 2020). Das Aufkommen neuer sozialer Praktiken, die mit der heutigen extremen Rechten verbunden sind, „artikuliert sich häufig im Kontext sozioökonomischer Frustrationen" (Feierstein 2023, 38) und ist auf die Unfähigkeit der traditionellen politischen Kräfte zurückzuführen, auf die Forderungen der Bevölkerung zu reagieren. Das fehlende Gehör seitens der progressiveren oder linken Parteien scheint ein Problem und eine der Ursachen für das Wachstum der extremen Rechten zu sein. Die Wählerschaft und die Bevölkerung sind extrem verwirrt und demoralisiert, weil keine Partei ihre Sorgen ernst nimmt, die vor allem mit dem stagnierenden sozialen Fortschritt, der zunehmenden Armut und Ungleichheit zusammenhängen (Chomsky 2019).

Ich möchte vier strukturelle Gründe nennen, warum das Scheitern der Parteien der linken Mitte und der Mitte in den kommenden Jahren in mehreren Ländern das wahrscheinlichste Szenario sein könnte.

Erstes Problem: Es scheint, dass es in keinem der Länder, die von Parteien links der Mitte oder der gemäßigten Mitte regiert werden, ein kohärentes Wirtschaftsprogramm gibt, das der Bevölkerung mehr Vorteile und Schutz bietet. Es könnte darüber diskutiert werden, ob einige Länder Ausnahmen von der Regel darstellen (Norwegen, Spanien, Mexiko). Es handelt sich jedoch um Länder mit besonderen und außergewöhnlichen wirtschaftlichen Bedingungen. Sie taugen nicht als Vorbilder, an denen man sich orientieren könnte.

Zweites Problem: Diese Parteien versuchen im Allgemeinen - mit unterschiedlichem Erfolg - sicherzustellen, dass die Vorteile des Kapitalismus einem möglichst großen Teil der Bevölkerung zugutekommen. Historisch gesehen haben sie dies erreicht, indem sie die Steuereinnahmen, die aus den Gewinnen der Wirtschaftseliten geschöpft wurden, erhöhten und so auch das Haushaltsbudget besser ausstatten konnten. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass die Steuern für Reiche erhöht werden, sinkt mittlerweile jedes Jahr. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Kapital weltweit mit großer Freiheit bewegt wird und dass die Nationalstaaten mit Millionären konfrontiert sind, die den Steuersitz ihrer Unternehmen in Regionen mit niedrigeren Reallöhnen verlegen. Im Wettbewerb zwischen Kapital und Nationalstaaten wird sich ersteres so lange durchsetzen, wie es keine großen Blöcke gibt, die die Kraft haben, globale Steuerregeln durchzusetzen.

Das dritte Problem dieser Parteien besteht darin, dass die Aufstockung der Bildungsbudgets häufig nicht zu konkreten Vorteilen für die Gesellschaft als Ganzes geführt hat. Das heißt, die Verantwortlichen mögen sich zwar um eine Umverteilung bemüht haben, aber die Verwaltungs- und Politikgestaltungskapazitäten haben in einigen Schlüsselbereichen versagt. Dadurch wird die Forderung nach weiteren Erhöhungen dieser Budgets delegitimiert. Wenn die Steuern für die Reichen erhöht werden, führen sie eine brutale Kampagne gegen diese Politik. Wenn die Budgets in sozialen Bereichen aufgestockt werden, werden die positiven Auswirkungen nicht immer in vollem Umfang realisiert, aber es gibt auch Schichten, die der Auffassung sind, dass das „das Mindeste ist, was sie tun können.". Dann gewinnt die extreme Rechte, schließt die öffentlichen Schulen und es gibt einen Tränenausbruch. Fazit: Es ist zwecklos, die Verteilung zu verbessern, wenn gleichzeitig keine Fortschritte beim gesunden Menschenverstand, bei der Festigung der egalitären Werte und bei der Verbesserung der Verwaltungskapazitäten erzielt werden.

Viertes Problem: Für Politiker*innen, deren Kapital auf der erfolgreichen Amtsführung in ihrer eigenen Stadt, Provinz oder Land basiert, erscheint all dies abstrakt. Globale Steuern? Damit haben sie nichts zu tun. Fehlen eines Wirtschaftsprogrammes? Dafür sollte ein Think Tank

gegründet werden. Sie erfüllen nur eine Funktion. Die eigentliche Funktion der Politiker*innen auf lokaler, oder gar nationaler Ebene. Und wenn sie verlieren, verbleiben viele von ihnen in einer bequemen Position und warten auf eine neue Chance.

Bedingungen für die Krise der Demokratie

Welche Bedingungen müssen gegeben sein, damit eine „Krise der Demokratie" entstehen kann? Warum wird eine Wirtschaftskrise manchmal zu einer Krise der Demokratie? Welche Variablen sollten wir berücksichtigen? Was sind die hinreichenden Bedingungen für den Zusammenbruch der Demokratie?

Es besteht ein gewisser Konsens über einige der Variablen, die zur Schwächung von Demokratien beitragen. Die erste ist die extreme politische Polarisierung (Plot, Slipak und Boharinsky 2024). Das heißt, die Radikalisierung von Konflikten zwischen Akteuren und die Identifizierung von politischen Gegnern als Feinde. Dies führt dazu, dass Konfrontationen unumkehrbar und absolut werden und sich in kriegerischen Diskursen und Repräsentationen manifestieren.

Es ist wichtig, den demokratischen Konflikt von der Polarisierung zu unterscheiden. Konflikte sind allen Gesellschaften inhärent. Kapitalistische Gesellschaften sind ungleich und Streitigkeiten sind an der Tagesordnung. In demokratischen Gesellschaften versuchen die Kräfte auf der rechten Seite des Spektrums, Steuern und öffentliche Investitionen zu senken. Die linken Kräfte versuchen, die Steuerprogression zu verbessern und die Investitionen und damit den Wohlstand zu erhöhen. Es gibt nicht nur Wahlkonflikte, sondern auch Streiks, Mobilisierungen, Spannungen und Kulturkampf. In einer Demokratie ist ein Mindestmaß an pluralistischer Koexistenz gewährleistet; die Regierungspartei kann Wahlen verlieren, sie versucht nicht, die freie Meinungsäußerung der Opposition einzuschränken, geschweige denn, Gewalt gegen sie auszuüben. Die Polarisierung hingegen ist eine spezifische Form des Konflikts, die die Grundlagen des pluralistischen Zusammenlebens und des demokratischen Lebens untergräbt.

Es lassen sich drei sich gegenseitig verstärkende Prozesse der Polarisierung unterscheiden: ideologische, affektive und alltägliche (Miller 2020). Die ideologische Polarisierung bezieht sich auf die Ausrichtung der politischen Parteien und ihrer Wähler*innen. Die affektive Polarisierung konzentriert sich auf die Gefühle des Wählers gegenüber der politischen Partei oder Führung: Sie äußert sich in einer stärkeren Bindung an Führungsfiguren oder Parteien, mit denen man sich stärker identifiziert, und in einer großen

Feindseligkeit gegenüber jenen, mit denen man sich nicht identifiziert. Die alltägliche Polarisierung schließlich bezieht sich auf die soziale, demografische und geografische Differenzierung: „In unserem Alltag leben wir in Blasen, umgeben von Menschen, die so sind und so denken wie wir. Dadurch werden die beiden Seiten der Polarisierung verstärkt" (Miller 2020, 58).

Im Fall von Argentinien lässt sich die neue Bedeutung des Konflikts als Gravitationszentrum für politische Aktivitäten erkennen (Quevedo und Ramírez 2021). Die Polarisierung bringt verschiedene Probleme mit sich, wie z. B. ideologische Segregation, Intoleranz, die einen Konsens verhindert, oder negative Parteilichkeit. In einem abgespaltenen öffentlichen Raum herrschen Distanz und Misstrauen vor (Quevedo und Ramírez 2021). Die politische Polarisierung verstärkt die Feindseligkeit zwischen den politischen Parteien und der von ihnen vertretenen Wählerschaft. Wenn der Eindruck entsteht, dass bei jeder Wahl „wesentliche Themen oder Werte auf dem Spiel stehen", beginnen die Parteien, „ihre Rivalen als Feinde zu betrachten, die mit allen Mitteln daran gehindert werden müssen, an die Macht zu gelangen" (Przeworski 2022, 42), was autoritäre Maßnahmen rechtfertigt. Die Polarisierung des Diskurses und der politischen Arena führt zu einer Freund-Feind-Logik (wobei letztere entmündigt werden müssen), und das demokratische Prinzip, dass auch der politische Gegner über Legitimität verfügt, wird zunehmend verdrängt (Strobl 2022). Der konstruierte Feind ist nicht nur die gegnerische Partei, sondern auch ein „außerparlamentarischer Feind".

Was würde passieren, wenn wir es statt mit einer rechtsextremen Massenbewegung mit einer großen Bürgerbewegung gegen ein autoritäres Regime zu tun hätten? Wir würden nicht auf dieselbe Weise über Polarisierung nachdenken.

> **Die Polarisierung hat ungleiche Auswirkungen auf die demokratische Vitalität: Sie organisiert die Unzufriedenheit und schafft ein hohes Maß an Politisierung, aber sie erzeugt auch ein hohes Maß an Feindseligkeit auf gesellschaftlicher Ebene. In Situationen der Polarisierung um eine aufstrebende Persönlichkeit schafft ein geringerer Politisierungsgrad in der Gesellschaft zudem Raum für den Anstieg autoritärer Orientierungen (Kessler und Vommaro 2024, 105).**

Es gibt auch Ausnahmen, wie im Fall des chilenischen Plebiszites von 1988, als die Polarisierung bei der Rechten Angst vor einer Niederlage Pinochets und bei den demokratischen Kräften Hoffnung schürte.

An zweiter Stelle steht das Problem der Gewalt gegen die friedliche Koexistenz. Es geht hier um die Erzeugung von Diskursen, die von

kriegerischer Rhetorik, Hass und Verachtung geprägt sind. Diese diskursive Gewalt ist umso größer, wenn sie sich gegen extrem subalterne Gruppen richtet, die nicht über die Macht verfügen, mit ähnlicher Wirkung zu reagieren, oder auch gegen Individuen, wobei Fake-News-Kampagnen zum Einsatz kommen, die das Leben von Einzelpersonen und ihren Familien zerstören können.

Es macht einen qualitativen Unterschied, wenn Gewalt geduldet und normalisiert wird. Hassreden führen dazu, dass Formen der sozialen Gewalt gegen Einwanderer, gegen Frauen, gegen sexuelle Vielfalt und gegen Menschen, die andere Ansichten vertreten, gesellschaftlich akzeptiert werden. Hier muss erwähnt werden, dass es diese Formen der Gewalt in einigen lateinamerikanischen Ländern schon lange vor den aktuellen Debatten über die extreme Rechte gab (Reguillo 2021). Dies macht komparative Untersuchungen notwendig, denn in jedem Land ist das Ausmaß der sozialen Gewalt unterschiedlich, sei es aufgrund lokaler Traditionen oder aufgrund der Wirksamkeit des Staates bei der Wahrung des Monopols legitimer Gewalt.

Die dritte Achse ist die politische Gewalt, d. h. die Gewalt die gegen Personen oder politische Kräfte mit abweichenden politischen Meinungen ausgeübt wird. Zwar ist jede politische Gewalt verwerflich, doch betonen wir hier die qualitativ besondere Bedeutung des politischen Mordes. Auch hier stellen wir fest, dass dieses Thema nicht isoliert betrachtet werden kann, da es Länder oder Phasen mit sehr bedeutsamen politischen Morden gibt, die nicht in die Debatte über die neue extreme Rechte passen. Nimmt man die Ermordung von Marielle Franco (einer jungen brasilianischen Soziologin, die sich selbst als „Feministin, Schwarze und Tochter der Favela" bezeichnete) oder das versuchte Attentat auf Cristina Fernández de Kirchner in Argentinien, so befinden wir uns im Bereich der Analysen, die wir zur extremen Rechten durchgeführt haben. Betrachtet man jedoch einige Perioden in der politischen Geschichte Kolumbiens oder Mexikos, so findet man mehr politische Attentate in Ländern ohne rechtsextreme Parteien als in jenen, in denen es solche Kräfte gab.

Die Legitimierung von Gewalt macht sie zu einer leicht verfügbaren Ressource, die genutzt werden kann, um in die aktuelle Situation einzugreifen und Einfluss auf die verschiedenen politischen Akteure die öffentliche Meinung auszuüben. Für die, die sie praktizieren, erscheint Gewalt somit als eine notwendige Praxis, um gemeinsame Lebensprojekte zu verfolgen, zu erhalten oder zu verdrängen. In diesem Rahmen wird sie nicht nur als Instrument oder Mittel verstanden, sondern auch als ein Raum, der Träger von Überzeugungen und Identitäten ist. Die extreme Rechte ist in der Lage, sozialen Hass zu mobilisieren. Zahlreiche öffentliche und politisch einflussreiche Persönlichkeiten in Argentinien sowie die Medien und der Journalismus „scheinen

permanent die Grenzen dessen, was als ‚politisch korrekt' konstruiert wird, verschieben zu wollen" (Feierstein 2023, 65). Dies führt auf der politischen Ebene zu einer Veränderung des Denkbaren und Sagbaren, es normalisiert und legitimiert die diskriminierenden Haltungen gegenüber verschiedenen Gruppen. „Als soziale Praxis impliziert der Faschismus die Möglichkeit der aktiven Mobilisierung großer Kollektive und deren aktive Beteiligung an der Stigmatisierung, Bedrohung und Verfolgung von Bevölkerungsgruppen" (Feierstein 2023, 38).

Viertens: Im Kontext sozialer Situationen, in denen grundlegende Referenzen des täglichen Lebens verloren gehen, insbesondere durch die massive Präsenz des organisierten Verbrechens, wächst das Bedürfnis nach Ordnung im politischen und sozialen Leben, wobei in vielen Fällen die demokratische Modalität des Zusammenlebens der Menschen außer Acht gelassen und zurückgelassen wird. Die aktuelle Situation in El Salvador unter der Regierung Bukele ist ein extremes Beispiel für dieses Phänomen.

Schließlich bedeutet die Oligarchisierung des politischen Systems, dass wirtschaftliche, politische und kulturelle Gruppen zu Eliten werden, die sich vom Rest der Bevölkerung abgrenzen. Wenn dies geschieht, ist das tägliche Leben der politischen Führungsebene extrem weit vom Leben ihrer Wählerschaft entfernt (Plot, Slipak und Boharinsky 2024). Das bedeutet, dass die Anführer der traditionellen Parteien sich weigern, an einer Reform der Politik mitzuwirken, die Partizipation der Bevölkerung auszuweiten und die Institutionen zu demokratisieren. Indem sie eine wachsende Distanz zur Gesellschaft schaffen, tragen sie dazu bei, den Weg für die extreme Rechte zu öffnen.

Diese Bedingungen schaffen einen sozialen Kontext, in dem die Mobilisierungen der Rechten und der extremen Rechten zunehmen. Angesichts dieser Entwicklung kommt es zu einer Mobilisierung der Kräfte, die sich für Demokratie und soziale Gerechtigkeit einsetzen. für soziale Gerechtigkeit. Je nach politischer Legitimität der progressiven Strömungen oder ihrem wirtschaftlichen oder sogar moralischen Versagen entfalten diese demokratischen Mobilisierungen mehr oder weniger Wirksamkeit.

Das Ende des Horizonts der aufsteigenden sozialen Mobilität

In Europa, den Vereinigten Staaten, Argentinien und anderen Ländern hat das Versprechen eines sozialen Aufstiegs historisch eine entscheidende Rolle gespielt. Die Aufkündigung dieses Versprechens bedeutete einen immensen Wandel. Ich zitiere noch einmal Przeworski:

> Dieser Zusammenbruch des unerschütterlichen Glaubens an den Fortschritt der Generationen ist ein Phänomen, das die gesamte westliche Zivilisation betrifft. […] Seit etwa 1820 hat jede Generation in Europa und den Vereinigten Staaten die Erfahrung gemacht, besser zu leben als ihre Eltern, und dennoch löst sich dieses Grundvertrauen gerade auf. Dies ist zweifelsohne ein Wandel, der tiefgreifende kulturelle und politische Folgen haben kann (Przeworski 2019, 129).[15]

Diese kulturellen und politischen Entwicklungen führen zu einem Verlust des Gemeinschaftsgedankens und der vollständigen Konzentration des Einzelnen auf sein eigenes Schicksal. Es ist richtig, dass es in den letzten Jahrzehnten des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine massive Auswanderung von Europäer*innen nach Amerika und Australien gab, was für viele damals die einzige Möglichkeit darstellte, wieder von einer besseren Zukunft zu träumen. Aber was uns besonders an der These von Przeworski interessiert, ist die Annahme, dass das Auftreten einer „Wirtschaftskrise" eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für das Aufkommen und die Kompetetivität rechtsextremer Bewegungen bei Wahlen ist. In diesem Fall bedeutet „Wirtschaftskrise" nicht Rezession, geschweige denn eine nennenswerte Inflation. Es ist vielmehr Ausdruck eines *common sense*, der wahrnimmt, dass die Kaufkraft nicht wächst, dass es keine positiven Perspektiven für die Zukunft gibt. Wenn eine solche Krise als ein Problem interpretiert wird, das nicht im Rahmen des herkömmlichen politischen Schemas gelöst werden kann, erscheint es mehr oder weniger unerlässlich, einen Bruch mit dem vorherrschenden politischen, sozialen und ökonomischen System zu vollziehen.

Die Wahrnehmung eines Mangels an Antworten und Lösungen sowie der Verlust eines wirtschaftlichen Wohlstandshorizonts kann bei den Wählern die Bereitschaft wecken, neue rechtsextreme Parteien zu unterstützen. Unter diesen Bedingungen werden Vorschläge und Diskurse plausibel, die einem grundlegenden Bruch mit dem bestehenden System das Wort reden und sich gegen eine Elite, die das „Volk" enteignet/unterdrückt oder ein fremdes Subjekt (versteckte, ausländische Mächte oder Gastarbeiter*innen), das die wirtschaftliche Stabilität oder die eigene Lebensweise gefährdet,

15 Diese Aussage kann Ausgangspunkt einer interessanten Debatte zu den massiven Migrationsbewegungen aus wirtschaftlichen und überlebensbedingten Gründen von Europa nach Amerika zum Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts sein. Die vielen Millionen Europäer, die sich auf zu neuen Ufern machten, glaubten natürlich nicht, dass ihnen die Mobilität zwischen den Generationen sicher sei. Aber auch wenn Przeworskis Behauptung in dieser Hinsicht relativiert werden sollte, entspricht seine These einer in den Gesellschaften weit verbreiteten Wahrnehmung und ist daher politisch relevant.

richten. Der Schlüssel zum Verständnis der verschiedenen Alternativen und Strömungen, die die rechten Bewegungen repräsentieren, liegt in der Art und Weise wie die Wirtschaftskrise durch mit unterschiedlichen Lebensweisen verknüpften Interpretationen vermittelt wird, die definieren, was „Normalität" für soziale Akteure und die allgemeine Bevölkerung ausmacht. Die politische Subjektivität, die in die Interpretation der wirtschaftlichen Situation und der individuellen Erfahrungen eingreift, ist also von grundlegender Bedeutung.

Im Falle der Industrieländer neigen einige rechtsextreme Bewegungen dazu, protektionistische und nationalistische Politiken einzufordern, die den Prozess der Globalisierung, wie er sich seit den 1990er Jahren entfaltet hat, gewissermaßen zurückdrehen. Sie implizieren oft eine nostalgische Vision der Vergangenheit: die glorreichen Jahre des Wirtschaftswunders der Nachkriegszeit, die von schnellem Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung (von Männern), Wohlfahrtsprogrammen und wachsender allgemeiner Prosperität unter den Bedingungen eines Wohlfahrtsstaates gekennzeichnet waren.

Im Falle des globalen Südens hingegen geht der Trend zu einer Vertiefung der neoliberalen Politik der „Integration in die Welt", die insbesondere in lateinamerikanischen Ländern eine Ausrichtung an den kapitalistischen, westlichen und christlichen Ländern impliziert und mit dem Versprechen einer Zukunft mit idealisiertem Wohlstand einhergeht, die es Millionen von Menschen ermöglicht, der Armut auf der Grundlage ihrer eigenen individuellen Anstrengungen, des Unternehmergeistes und des Rückzugs des Staates aus dem Wirtschaftsleben zu entkommen. In diesem Zusammenhang erscheint es notwendig, die Bedeutung des Ökonomischen als gesellschaftlich problematisiertes Thema zu präzisieren: Inwieweit ist es Teil der Spaltung? Handelt es sich um eine eigenständige Dimension oder steht diese im Zusammenhang mit ethnischen, kulturellen und sozialen Fragen?

Um etwas über die „Krise der Demokratie" zu erfahren, wird es jedoch niemals ausreichen, über aktuelle Daten zum BIP, zum Pro-Kopf-BIP, zum Gini-Index, zur Armutsquote und zur Inflationsrate zu verfügen. Erstens, weil identische Zahlen in verschiedenen Ländern unterschiedliche Bedeutungen haben. Zweitens, weil es im 20. Jahrhundert viel mehr Wirtschaftskrisen als „demokratische Zusammenbrüche" mit Massenunterstützung gegeben hat. Es gibt noch eine weitere Dimension, die oft als etwas geheimnisvoll dargestellt wird, die aber heute eine entscheidende Rolle spielt. Sie ist das Thema des nächsten Kapitels.

Die emotionalen Landschaften der extremen Rechten

Es gibt ein wiederkehrendes Muster im Aufstieg der extremen Rechten als Massenbewegung. Es handelt sich nicht um die bereits erwähnten allgemeinen wirtschaftlichen oder politischen Variablen, die in einigen Fällen eine Rolle spielen und in anderen nicht. Vielmehr geht es um den tiefgreifendsten kulturellen Wandel der jüngeren Geschichte. Diese Jahre werden sicherlich als *die große Regression* in die Geschichte eingehen, zumindest was das demokratische Zusammenleben und die soziale Sicherheit betrifft.[16]

Nobert Elias (2009) fragte sich, ob die Kultur in Deutschland eine Rolle beim Aufstieg des Nationalsozialismus gespielt habe. Seine kategorische Antwort lautete ja, sofern „Kultur" als eine in Körpern und Subjektivitäten eingeschriebene Geschichte verstanden wird und nicht als Produkt einer vermeintlichen nationalen biologischen DNA. Elias fand in der deutschen Geschichte, ihrem militärischen Charakter, in der Geschichte des 19. Jahrhunderts, in der Niederlage im Ersten Weltkrieg und natürlich in der Demütigung durch den Versailler Vertrag eine Reihe von Prozessen, die zur Konstruktion eines Staates führten, dessen Habitus durch Machismo, Gewalt und narzisstische Frustration geprägt war. Dieser Blick auf die deutsche Kultur als Produkt komplexer und vielfältiger Geschichten machte es möglich zu verstehen, wie „ein gebrochener Nationalstolz, eine nationale Identität, die sich ihrer selbst nicht mehr sicher ist, ein rückwärtsgewandtes nationales Ideal" (2009, 332) eine Rolle beim Aufstieg des Nationalsozialismus und der breiten Unterstützung, die er genoss, gespielt hatte.

Elias' Argument betonte die historische Dimension. Unsere Argumentation bezieht sich hier auf eine Reihe historischer Prozesse der letzten Jahrzehnte, wie das Ende des Kalten Krieges, die Verheißungen der 1990er Jahre und der Globalisierung, von Krieg und Frieden, von Demokratie und Staatsbürgerschaft und der technologischen Revolution. Ihre Konvergenz in den letzten Jahren führt aktuell zu einem kulturellen Wandel von ungeheurem Ausmaß.

Wo wir in vorangegangenen Perioden Zukunftserwartungen vorfanden, herrscht heute Verzweiflung, wo früher ein auf begründeter Geduld basierendes Zeitverständnis verbreitet war, herrscht heute begründete Ungeduld, wo es grundlegende Gewissheiten gab, nimmt heute die Unsicherheit überhand. Das Misstrauen verdrängt das Vertrauen, die gängigen Vorstellungen werden von einem Neo-Individualismus hinweggefegt, das Gemeinwohl

16 Geiselberger (2017) hat einige der bekanntesten Autoren in dem Sammelband *The Great Regression* zusammengebracht.

erscheint vielen als undurchsichtig oder gar als verdächtig. Es scheint, als hätte ein gewisser Verlust an Naivität über die Funktionsweise der Macht Verschwörungstheorien hervorgebracht, die dazu führen, dass der Einsatz für Solidarität mit den Schwachen und der Kampf gegen Diskriminierung als impraktikabel bewertet werden, weil erstmals behauptet wird, dass es sich dabei um eine Art „Diebstahl" handelt. Grundrechte werden als ungerechte Privilegien delegitimiert und erzeugen Ressentiments. Der allgemeine Glaube an die Existenz eines Gemeinwohls wird dekonstruiert – nach dieser Logik kümmert sich jeder um sich selbst, als ob das möglich wäre. Die Wahrnehmung des Anderen wird zunehmend eingeschränkt und könnte irgendwann nur noch als *Alterophobie* auftreten.

Wenn wir die emotionale Landschaft der extremen Rechten analysieren, können wir ihren Massencharakter nicht nur und nicht in erster Linie durch ihre unmoralischen Manöver und Fake News, die den öffentlichen Diskursraum zerstören, erklären. In den letzten Jahrzehnten ist eine Welt zunehmender sozialer Schutzlosigkeit geschaffen worden, in der der Reichtum einiger weniger zugenommen hat und der Wohlfahrtsstaat ernsthaft geschwächt wurde. Das Gemeinwohl wird beschädigt, während die Erfolgsmodelle rein individueller Natur sind. Je stärker progressive Ansätze die Fähigkeit verlieren, eine glaubwürdige Alternative zum verhängnisvollen Vormarsch des Kapitals zu bieten, desto mehr hat sich das Gefühl verbreitet, dass sich jeder allein retten muss und dass wir uns inmitten eines Kampfes aller gegen alle befinden. Genau wie die Massivität der extremen Rechten hat auch das allgemeine soziale Unbehagen objektive und subjektive Dimensionen.

Grossberg schlägt vor, die Art und Weise, wie wir über das Geschehen denken und sprechen, zu verlangsamen. Wir müssten „darüber nachdenken, wie wir über den gegenwärtigen politischen Kontext denken", anstatt wieder und wieder zu bekräftigen, was wir schon wissen. So könnten wir feststellen, dass wir uns in einer emotionalen oder affektiven Landschaft befinden, die von „Angst, Panik und Hasses" geprägt ist und die „in der Tat ein wesentlicher Teil der politischen Kultur sein kann, die wir herausfordern wollen" (Grossberg 2018, XIV). Für Grossberg gibt es verschiedene emotionale Landschaften, die mit sozialen Prozessen verbunden sind. Er kontrastiert beispielsweise die von einer Organisation des Optimismus geprägte Landschaft, die die Jahrzehnte der Nachkriegszeit prägte mit der Landschaft der Organisation des Pessimismus, die sich danach durchgesetzt habe. Grossberg zufolge ist in den Vereinigten Staaten seit 2009 eine neue Landschaft entstanden, die er als passiven Nihilismus bezeichnet.

Synthetisch gesehen hat die emotionale Landschaft des passiven Nihilismus für Grossberg vier Kernelemente: die Kultur der Grausamkeit,

Angststörungen (Überbeschäftigung und Ablenkung), Narzissmus (der wiederum zu einem Gefühl der Allmacht führt) und zeitliche Entfremdung. Letztere scheint komplexer zu sein, bezieht sich aber auf die Spannung, die entsteht, wenn sich Menschen für eine Zukunft begeistern, die nie kommt, und außer für eine kleine Elite immer nur noch schlimmer wird. Eine seltsame Zeitlichkeit.

Dieser Vorschlag erlaubt es uns (auf eigene Verantwortung) anzunehmen, dass diese emotionalen Landschaften entstehen, wenn eine Emotion zu einer anderen führt und eine affektive Kette bildet. Oder wenn aufgrund wirtschaftlicher oder politischer Dynamiken Emotionen aufkeimen, sich entweder verstärken oder abschwächen. So treiben einerseits der Wohlstand, die Aussicht auf Fortschritt, eine Ethik der Solidarität und die Wahrnehmung von Effektivität die Herausbildung bestimmter emotionaler Landschaften voran, die immense politische Konsequenzen haben. Auf der anderen Seite treiben der Post-Wohlstand, das Nichtvorhandensein eines Fortschrittshorizonts, die Annahme des Endes der sozialen Mobilität und die Wahrnehmung, dass die öffentliche Sphäre ineffektiv ist, die Bildung anderer emotionaler Landschaften an, ebenfalls mit immensen politischen Konsequenzen. Im letzteren Fall kann, in Verbindung mit den Argumenten, die wir über den Neo-Individualismus vorgebracht haben, die wachsende affektive Autonomie in Zusammenhang mit Fanatismus auftreten, was zu einer Dynamik der Erniedrigung des Anderen, zu Ressentiments und Grausamkeit führen kann. Diese Landschaften und die Artikulation der affektiven Ketten im Detail zu beschreiben ist Teil der Aufgabe, der wir uns hier stellen. Eine Veränderung der Landschaften oder der Konfiguration der Empfindsamkeit hat Auswirkungen auf die Organisation des öffentlichen Lebens.

Für einige Leser und Leserinnen mag sich der Begriff der *Landschaft* auf statische Naturlandschaften beziehen. Es erscheint angemessen hier zu erwähnen, dass wir ihn hier anders verwenden. Für uns haben die Begriffe *Konfiguration* und *Landschaft* mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Beide weisen eine Vielzahl komplexer, dynamisch miteinander verwobener Elemente auf. So gibt es beispielsweise Landschaften, in denen sich prähumane Elemente wie Berge oder Meere und die Flora und Fauna von vor tausenden Jahren mit vom Menschen platzierten Elemente der Natur (wie gepflanzten Bäumen oder Haustieren) und urbanen Elementen wie Gebäuden und Autos verbinden. Dieses Ensemble erzeugt einen Bedeutungszusammenhang, während sich seine Farben, Geschmäcker und Geräusche im Laufe des Tages, der Jahreszeiten und der Jahre verändern.

Die neuen Konfigurationen der Sensibilität wahrnehmen

Zum Erstarken der extremen Rechten bemerkt Przeworski: „Es ist schwierig festzustellen, inwieweit diese Veränderungen auf eine allgemeine Ablehnung von Parteien und Politikern zurückzuführen sind und inwieweit auf das Aufkommen einer zweiten, kulturellen Dimension" (2019, 121). Hier wird die These vertreten, dass diese kulturelle und affektive Dimension eine entscheidende Rolle spielt, die bisher nicht erkannt wurde. Zum einen lässt sich beobachten, wie eine neue Affektivität im Begriff ist hegemonial zu werden. Wir können ein Übermaß an Unsicherheit, ein Mangel an Empathie, ein Schwinden der Solidarität, und das Aufkommen eines nicht-gemeinschaftlichen Affektes konstatieren. Es besteht kein Zweifel, dass der Prozess der *Smartphonisierung* des sozialen Lebens untrennbar mit dem Neo-Individualismus verbunden ist. Gleichzeitig befinden sich in dieser algorithmischen Governance andere Sensibilitäten und Affektivitäten auf dem Rückzug: „Die Enteignung von Affekten wird auch von Unternehmen und Institutionen praktiziert" (García Canclini 2019, 152).

In einer Vielzahl von Orten in der Welt hat sich eine neue Konfiguration der Sensibilität herausgebildet. Eine Konfiguration der Sensibilität lässt sich beschreiben als eine spezifische Art und Weise, wie Emotionen, Gefühle sowie verschiedene Formen der Wahrnehmung und der Bedeutungsstiftung in einem bestimmten historischen Moment kombiniert werden. Sie impliziert klare Hierarchien zwischen Neigungen zur Nostalgie oder zur Hoffnung, zum gemeinschaftlichen Zusammenleben oder zum Individualismus, zwischen Formen der Liebe, der Wut, des Grolls, der Empathie, der Sympathie, des Hasses, der Abstoßung, des Gefühls der Zugehörigkeit und des Ausschlusses, der Variation der Intensität zwischen dem Selbst, dem Wir, den verschiedenen Anderen. Jede Konfiguration setzt voraus, dass es sich weder um eine kohärente Struktur noch um ein geordnetes System handelt, sondern vielmehr um eine Artikulation von dynamisch hierarchisierten Heterogenitäten.

Ich habe dieses Konzept erstmals 2019 vorgeschlagen (Grimson 2019). Es befasste sich mit der Analyse des Anti-Peronismus in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts, als vermeintlich unvereinbare ideologische Strömungen aufeinandertrafen. Hinter den politischen Identitäten konnte jedoch eine Konfiguration gemeinsamer Sensibilität wahrgenommen werden, die mit bestimmten Merkmalen in der argentinischen kulturellen Konfiguration fortbesteht (Grimson 2012).

Der Vorläufer dieses Begriffs der „Konfiguration der Sensibilität" ist der Begriff der „Struktur des Gefühls", der von Raymond Williams (1980) vorgeschlagen wurde. In einem Buch, in dem die zentrale Frage nach der „Determination" gestellt wird, aber nicht als Kausalität, sondern als Abgrenzung

dessen, was möglich ist und als Druck in eine bestimmte Richtung, erscheint der Begriff der *Struktur des Gefühls* als Teil der unverzichtbaren Konzepte, wenn auf die architektonische Metapher von Basis und Überbau verzichtet wird, wenn davon ausgegangen wird, dass Kultur und Sprache konstitutiv für das Soziale sind oder gewissermaßen das Gegenteil von Epiphänomenen, die die wirtschaftliche Dynamik widerspiegeln. Vier Jahrzehnte später sollte der Begriff der Struktur durch den der Konfiguration ersetzt werden, da letzterer besser geeignet ist, Heterogenitäten, Fluidität und Dynamik zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist es nach Spinoza, aber auch nach Deleuze, Damasio, Aguiar oder Bodei klar, dass die politische Zentralität der „Affekte" sowohl Gefühle als auch Emotionen einschließt. Daher der Vorschlag, einen Begriff wie Sensibilität zu verwenden, der umfassender sein soll als „Gefühl".

Es gibt keine Trennung zwischen Denken und Fühlen. Es geht nicht um Ideologien oder axiomatische Denksysteme. Es geht um verkörperten, subjektivierten Gemeinsinn, der Wahrnehmungsweisen prägt: des Sehens, Hörens, Tastens, Schmeckens, Riechens – und des Bedeutens. Es geht um Körper als das Fleisch der sozialen Semiose sowie um Prozesse von Bedeutungsgebung und Interpretation.[17]

Nichts hat an sich eine festgelegte, geschlossene Bedeutung, unabhängig vom intersubjektiven Kontakt. Ein Tier kann als Nahrung oder als heiliges Wesen gesehen werden, als Haustier (nicht essbar) oder als Jagdobjekt. Ein Glas kann kein Auto sein, aber durchaus ein Aschenbecher. Eine Königskrone kann Symbol einer überholten Institution oder Ausdruck fesselnder Macht sein. Ein Mann kann eine Frau als gleichwertig und verschieden sehen – oder als minderwertig. Das gilt für alle erfundenen Hierarchien der Menschheitsgeschichte.

Ich behaupte: Auch wenn wir noch immer zwei Augen, zwei Beine und zwei Arme haben, auch wenn die Erde noch rund ist und sich um die Sonne dreht – es haben sich andere Wahrheiten verändert. Revolutionär verändert hat sich die Art, wie die Mehrheit der Menschen diese „objektiven Tatsachen" versteht. Subjektivitäten haben sich grundlegend verändert – und damit verändern sich auch Objektivitäten: Wer Präsident ist, ob man in den Krieg zieht oder nicht, ob man Andersdenkende respektiert, ob Individualismus oder Solidarität vorherrscht.

17 Die Frage, ob eine Verbindung zum Begriff Zeitgeist hergestellt werden kann, lassen wir für spätere Arbeiten offen. Es handelt sich dabei um einen deutschen Begriff, der im Allgemeinen mit „Zeitgeist" oder „Zeitgeist" übersetzt wird. Er bezieht sich auf das intellektuelle und kulturelle Klima eines historischen Moments. Er wurde im 18. Jahrhundert von Herder eingeführt, von Hegel wieder aufgegriffen und im 20. Jahrhundert im Zusammenhang mit der Theorie der sozialen Repräsentationen diskutiert (siehe Jodelet 2020).

Der Kampf um verschiedene Weltanschauungen, um Gemeinsinn und Sensibilität hat nicht aufgehört. Und er wird nicht aufhören. Aber Kräfteverhältnisse, Hegemonien und Bedingungen haben sich dramatisch verändert. Keiner von uns hat je eine Welt erlebt, die so individualistisch war wie die heutige. Die politischen und ökonomischen Folgen sind bereits immens – manche womöglich unumkehrbar. Um die These dieses Essays zu begründen, sind (kurze) konzeptuelle Klärungen nötig.

Die politische Zentralität der Affekte verstehen

Um die politische Relevanz der Veränderungen in Affekten, Sensibilitäten und Subjektivitäten zu verstehen, ist Baruch Spinoza eine unverzichtbare Referenz. Für Spinoza ist die Multitude das Fundament der Politik – sowohl im Naturrecht als auch in der Regulierung jedes politischen Regimes. Die Beziehung zwischen den Regierenden und der Menge ist von einer *gegenseitigen Angst* bestimmt: Angst vor dem „entfesselten", gewalttätigen, korrupten Bruch und Angst vor Bestrafung.[18] Für Spinoza reduziert sich Politik damit auf eine Trägheit der Angst vor dem Tod.

Spinoza stellt die Empörung der Menge als Hauptbremse gegenüber der Macht des Souveräns oder des Staates dar. Antonio Negri und Gilles Deleuze betonen, dass auf diese Weise das Gesetz der Kraft der Macht untergeordnet wird. Der große Umbruch, den Spinoza vollzieht – und der für unsere Diskussion zentral ist – besteht in der entscheidenden Rolle der Affekte bei menschlichen Entscheidungen, im Gegensatz zur klassischen Philosophie der Moderne, die bestrebt war, die Vernunft über die Gefühle zu stellen. Für Spinoza umfassen die Affekte sowohl Angst als auch Hoffnung. Die Menge ist für ihn weder grundsätzlich gut noch schlecht. Sie darf weder idealisiert noch unter moralischen Verpflichtungen analysiert werden. Die Demokratie, von der Spinoza träumt, ist eine Herrschaft der Multitude.

Sein Argument ist, dass Philosophen nicht erkennen, dass Leidenschaften natürliche Dinge sind, die allgemeinen Gesetzen unterliegen.[19] Sowohl

18 „Indem sie Angst als primäre Leidenschaft festlegt, begibt sich die moderne Politik an einen Scheideweg, an dem die Menge die Regierenden fürchtet und die Regierenden die Menge fürchten" (Aguiar 2020, 152).

19 Natürlich spielt in den Schriften von Machiavelli die Frage der Angst eine zentrale Rolle, ebenso wie sie für Hobbes den Ursprung des Staates darstellt. Im Gegensatz zu Hobbes argumentiert Spinoza jedoch, dass der Zweck des Staates „nicht darin besteht, die Menschen zu beherrschen und sie durch Angst zu zwingen, sich dem Recht anderer zu unterwerfen, sondern im Gegenteil darin, jeden von der Angst zu befreien, damit er so sicher wie möglich leben kann. (...) Der wahre Zweck des Staates ist daher die Freiheit" (Theologisch-politischer Traktat, zitiert in Boide 1995, 91).

die Herrschenden als auch die Beherrschten „werden häufiger von Leidenschaften als von der Vernunft geleitet" – sei es durch Angst oder Hoffnung (zitiert nach Aguiar 2020, S. 184).

Und überhaupt – wie sollte man leben können ohne Herz, ohne Leidenschaft?

> **Eine völlige Gefühllosigkeit, das Fehlen von Empathie oder Wieder-Empfindung, die Unfähigkeit, sich zu freuen oder zu trauern, von Liebe, Zorn oder Verlangen „erfüllt" zu sein – ja sogar das Verschwinden der Passivität, verstanden als virtueller und einladender Raum für die Erscheinung des Anderen – käme das nicht dem Tod gleich? (Bodei 1995, S. 11)**

Zumindest würde es den Tod der Beziehung zum Anderen, der Gemeinschaft und der Politik bedeuten. Das Verwelken der Gefühle führt zum Verschwinden der Solidarität (Bodei 1995, S. 13).

Eine Regierung, die sich ausschließlich rationalistisch gibt, kann äußerst wenig Empathie aufbringen. Tritt eine Krise ein – ob ökonomisch oder sozial –, verwandelt sich ein nicht-empathischer Staat rasch in einen gefühllosen. Er verbreitet emotionale Trockenheit und erzeugt Apathie. Für eine Masse, die sich nach Affekten und Interessen richtet, ist diese Gefühllosigkeit ein Einfallstor zur Entzauberung der Welt. Und genau das ist entscheidend, um den derzeitigen Vormarsch der extremen Rechten zu verstehen.

Wendet man den Begriff des *Affekts* auf verschiedene Epochen an, so zeigt sich: Die Ängste und Hoffnungen des 20. Jahrhunderts waren um Vorstellungen von Fortschritt, Wohlstand, sozialem Aufstieg und Entwicklung organisiert. Es gab eine grundlegende Gewissheit und die Hoffnung, dass sich persönlicher und kollektiver Einsatz lohne. Heute haben wir diesen Affekt verlassen – der damals gestützt war auf formelle Arbeitsverhältnisse, die Sicherheit boten, oder auf eine gewisse Wissensverwertung im informellen Sektor. Selbst diese Formen waren an gewisse Sicherheiten geknüpft. Jetzt jedoch leben wir in einem anderen Affektzustand, der geprägt ist von Unsicherheit, Enttäuschung, Skepsis oder Pessimismus, Panik, Enteignung. Dieser neue Affekthorizont kann in einen tiefen Verschwörungsglauben münden – und in eine Politisierung durch Erschöpfung, Wut, Ressentiment und Gewalt.

Im Denken Spinozas haben Affekte größere praktische Konsequenzen als die Rationalität. Freudige Leidenschaften, die mit Hoffnung verbunden sind, tragen im Allgemeinen dazu bei, kollektive Bindungen zu schaffen – etwa Freundschaft, die in diesem Fall horizontal angelegt ist.

Genau das betont Gilles Deleuze (2008), der argumentiert, dass Traurigkeit und die daraus resultierende Ohnmacht das Fundament politischer Herrschaft bilden. Für Spinoza war es zentral, die Macht der Traurigkeit zu

zügeln – jene Kraft, die Menschen davon abhält, sich dem Besseren zuzuwenden. Herrschaft ist darauf angewiesen, traurige Affekte zu erzeugen (vgl. Dubet 2020). Die Verbreitung von Angst, die allgegenwärtige Aggression, die sich in jede Richtung entladen kann, die systematische Lüge, die Abwertung der Arbeit durch Lohnverfall und den Verlust grundlegender Arbeitsbedingungen – all das erzeugt Niedergeschlagenheit und Traurigkeit. Das ist ein Etappensieg der antidemokratischen und individualistischen Kräfte im kulturellen Kampf.[20]

Das Ressentiment scheint heute das am weitesten verbreitete Ablehnungsgefühl zu sein. Es kann eine neue Form des Klassismus, des Rassismus, des Sexismus sein – und ebenso ein Ausdruck des Kampfes der Armen gegen die Armen. Wenn der Staat nicht hilft, entsteht Ressentiment. Wenn er hilft, entsteht Ressentiment gegen diejenigen, die etwas bekommen, gegen jene, die Geld erhalten, die eine Sozialleistung zugesprochen bekommen, die einen Job bekommen. Eine neue Regel hat sich durchgesetzt: Entweder erhalte ich weniger, als ich verdiene – oder andere bekommen zu viel. Man könnte sagen, dass die erste Variante (ich bekomme zu wenig) das am weitesten verbreitete Gefühl unter den Arbeitenden ist. Aber die zweite Sorge, die sich zur Obsession auswächst, markiert den Übergang in eine neue Phase. Wir leben im Zeitalter des Ressentiments, in dem dieses zu einer gemeinsamen Sprache der Auseinandersetzung geworden ist:

> Das Ressentiment ist ein zentraler Prozess der Selbstviktimisierung; seine Rhetorik ist allgegenwärtig, denn alle Gruppen – Mehrheiten wie Minderheiten – berufen sich darauf, um ihre Beziehung zu den Anderen zu beschreiben. Es definiert das politische Selbst über seine Wunden … Wenn alle Gruppen Opfer voneinander sind, entsteht Antagonismus, und das gewöhnliche Verständnis von Gerechtigkeit wird erschüttert. (Illouz 2023, S. 176)

20 Rodrigo Nunes unterstreicht ebenfalls diese Bedeutung: „Ich beziehe mich auf die Dimension, die durch die Auswirkungen der Erfahrungen entsteht, die Individuen machen, und die sich auf ihre Freuden, Abneigungen und Wünsche auswirken und im Laufe der Zeit Liebe, Hass, Ängste, Hoffnungen, Abneigung und Bewunderung hervorbringen. In dem Maße, in dem Affekte Produkte von Interaktionen sind und Interaktionen immer durch die materiellen Gegebenheiten, die unseren Platz in der Welt bestimmen, und durch Institutionen wie Familie, Polizei und Lohnarbeit bedingt (und bis zu einem gewissen Grad festgelegt und etabliert) sind, ist das Affektive niemals rein privat, sondern immer sozial. Es geht jedoch nicht darum, Affekte zu einer rohen und unmittelbaren Gegebenheit zu machen. Tatsächlich stehen Affekte immer in einer zirkulären Beziehung zu den Systemen (die wiederum niemals rein individuell sind), durch die wir das Geschehen interpretieren, verknüpfen und rechtfertigen" (Nunes 2022, 12-13, eigene Übersetzung).

Aufkommende Sensibilitäten

Warum ist es so wichtig, das Aufkommen neuer Sensibilitäten zu untersuchen? Wie verhalten sich Frustration, Wut und konservative kulturelle Reaktionen zueinander?
Der gesunde Menschenverstand, der mit dem Zusammenleben in der Gemeinschaft, der Solidarität, den Menschenrechten und der Rechtfertigung der Politik verbunden ist und unterschiedliche Ausprägungen hat, wird abgeschafft. Es liegt auf der Hand, dass nicht alle Menschen, die zu dieser Konstellation gehören, die politischen Führer*innen, die sie zu vertreten versuchen, auf die gleiche Weise wahrnehmen. Auch die Werte und Sensibilitäten dieser Konstellation werden auf unterschiedliche Art und Weise wahrgenommen.

Das Konzept der Sensibilitäten ist dennoch nützlich, weil es diese Heterogenität respektiert und uns gleichzeitig erlaubt, den Kontrast und die Dynamik zu sehen. Die Dynamik, oder auch die Historizität, spielt auf die Tatsache an, dass in mehreren Ländern ein gemeinsamer Sinn für Solidarität durch eine neue Mehrheit ersetzt wurde: den Neo-Individualismus. Das ist das Resultat jahrzehntelanger Förderung des wirtschaftlichen und moralischen Selbstunternehmertums, welches den Einzelnen für seine Herkunft, seine Armut und seine prekäre Beschäftigung verantwortlich macht.

Schließlich hat der Erfolg dieses kulturellen Wandels seine politische Umsetzung gefunden. Der Neo-Individualismus ist ideologieübergreifend gewachsen – in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen lässt sich ein deutlicher Anstieg von Narzissmus, Selbstzentrierung und der Haltung beobachten, man sei ein „Unternehmer seiner selbst" – selbst bei Menschen, die sich sehr für „die Armut" als abstrakten Begriff interessieren, aber kein Interesse an den damit verbundenen konkreten Schicksalen zeigen. Diese Umkodierung verdrängt die Solidarität als gelebte Praxis und reduziert sie auf eine bloße Abstraktion oder ein idealistisches Postulat.

Es ist wichtig zu verstehen, dass wir hier von sozialen und kulturellen Dynamiken, von massiven gesellschaftlichen Prozessen sprechen. Wir analysieren nicht die Leistung einzelner Politiker*innen oder die Effektivität einer Regierung. Natürlich haben diese Leistungen und deren Wahrnehmung Einfluss auf die Konfigurationen von Sensibilitäten und ihre Dynamik – ebenso wie viele andere Faktoren. Das wird später noch genauer behandelt.

Es gibt unzählige Theorien darüber, wie sich Gemeinsinn und emotionale Konfigurationen herausbilden: Geschichte, politische Macht, Schule, Massenmedien, Kirchen, gelebte Erfahrung, orale Überlieferung – all das und mehr kann eine Rolle spielen. Doch unser Ziel ist es nicht, diese Entstehungsmechanismen zu diskutieren, sondern auf den zentralen Umstand

hinzuweisen, dass diese Konfigurationen real existieren – und nicht einfach Ausdruck politischer Wunschvorstellungen oder Strategien von Politiker*innen oder Analyst*innen sind.

Und sie sind eine entscheidende Voraussetzung für die Entstehung sozialer und politischer Mehrheiten. Wahlen können durch taktische Details knapp gewonnen oder verloren werden. Aber es gibt keine Massenbewegung, keine stabile politische Kraft, die nicht auf einer affektiven Sensibilitätskonfiguration beruht – die ihr in gewisser Weise vorausgeht oder sie übersteigt.

Deshalb gehört zu den größten Herausforderungen der zeitgenössischen politischen Theorie die Frage nach den Mechanismen und Prozessen, durch die Mehrheiten überhaupt entstehen. Manche glauben, es sei „modern", Wahlprogramme zu ignorieren und sich stattdessen auf TikTok-Posts, Themen wie Korruption, Unsicherheit oder Inflation, auf Kampagnenstrategien und Wortwahl zu konzentrieren. Aber die Bedeutung all dessen kann nur dann wirklich verstanden werden, wenn man die dahinterliegenden emotionalen und kulturellen Sensibilitätskonfigurationen analysiert.

Was verbindet die verschiedenen extremen Rechten?

Verschiedene Autoren und Autorinnen betonen bestimmte Merkmale dieser neuen Sensibilitäten. Einige vertreten die Auffassung, dass die extremen Rechten Europas so unterschiedlich seien, dass sie nur eines gemeinsam haben: ihre Fremdenfeindlichkeit, insbesondere ihre Islamfeindlichkeit. Im Gegensatz dazu seien die extremen Rechten in Lateinamerika durchweg konservativ: Sie lehnen das Recht auf Abtreibung und Geschlechterrechte ab, während es in Europa – etwa in Frankreich – Strategien gibt, die darauf abzielen, dass sich die extreme Rechte mit feministischen Sektoren gegen Muslime verbündet. In Lateinamerika orientieren sich die wirtschaftspolitischen Programme häufig an Hayek, von Mises oder Milton Friedman – im Gegensatz zu verschiedenen europäischen Strömungen. Ob sie sich „Libertäre" oder anders nennen: Die Vertreter*innen solcher Programme neigen dazu, klassisch-neoliberale Rezepte radikal umzusetzen, behalten aber dennoch einige Instrumente der Geldtransfers bei, um politisch handlungsfähig zu bleiben. Fragen von Sicherheit und Strafverschärfung sind zentrale Elemente bei Bukele, finden sich jedoch generell bei vielen lateinamerikanischen extremen Rechten. Auch der Kampf gegen die traditionellen politischen Eliten und gegen Korruption ist wesentliches Element ihrer Diskurse.[21]

21 Die Rechte und die extreme Rechte haben eine sehr eigenartige Auffassung von „Korruption". Sie schließen nicht alle privaten Verwendungen öffentlicher Mittel ein, sondern nur diejenigen, die ihre politischen Gegner begehen oder begangen haben.

Obwohl sich die rassistischen und ethnonationalistischen Diskurse stark von Land zu Land unterscheiden, bietet der Geist des Antikommunismus eine Art gemeinsame globale Identität. Doch wie so oft ist nichts linear: Die Basis der extremen Rechten in Ostdeutschland kann eine diffuse Nostalgie empfinden – sowohl für die DDR als auch für das Dritte Reich (Shoshan 2017).

Solche Merkmale – oder andere – lassen sich niemals einfach aus Indikatoren ableiten, nicht einmal aus der Wahlentscheidung einer Person. Menschen sind widersprüchlich. Der Gemeinsinn operiert stets mit Widersprüchen, Ambivalenzen und Nuancen. Es gibt Wähler*innen der extremen Rechten, die für das Recht auf Abtreibung oder für die öffentliche Schule eintreten. Das bestätigt nur die Komplexität der Subjektivitäten.

Ein kritischer Punkt in Amerika ist die sogenannte Gender-Agenda. Die „grüne Welle" („marea verde") – mit ihrer übergreifenden Agenda und der immensen Beteiligung junger Menschen – war zentral für die jüngsten Mobilisierungen in Argentinien und anderen Ländern. Gleichzeitig lässt sich in vielen Teilen der Welt eine konservative Gegenreaktion auf den Feminismus beobachten. Friedrich Hayek maß dem Schutz von Werten zentrale Bedeutung bei – insbesondere der Verteidigung einer hegemonialen Tradition, die sich auf die Familie als Kerninstitution stützt. Deshalb gilt: Während die wenigen tatsächlich existierenden Liberalen Gesetze wie das Recht auf Abtreibung oder die Ehe für alle unterstützen, fordern konservative Neoliberale aktiv deren Abschaffung und verteidigen offen die patriarchale Machtordnung. Sie fordern etwa eine „optionale Vaterschaftsgesetzgebung", die Abschaffung von sexualpädagogischer Bildung in Schulen und stigmatisieren inklusive Sprache. Von Freiheit ist in gesellschaftspolitischen Fragen keine Spur. Für das Kapital soll Anarchie gelten, während indivdiuelle Freiheiten eingeschränkt werden. So sind etwa im US-Bundesstaat Florida bereits mehrere Bücher verboten worden, mit dem Argument, die Schule dürfe sich nicht in das Denken der Kinder einmischen. Es wird wohl einer tiefgreifenden sozialen und feministischen Rebellion bedürfen – Motto: „¡Viva la libertad, carajo!" („Es lebe die Freiheit, verdammt noch mal!")

Die extreme Rechte hat den sogenannten „Kulturkampf" zu einem ihrer zentralen Kampfziele erklärt. Ihre Theorie – formuliert etwa von Agustín Laje (2022) – besagt, dass die Linke nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ihre Strategie auf die kulturellen Institutionen verlagert habe, um von dort aus den *common sense* umzuprogrammieren. Laje liest Antonio Gramsci aufmerksam – allerdings, um dessen Denken für eine rechte Kulturstrategie zu beanspruchen. Er betont die Rolle der Intellektuellen und des Kulturkampfes für einen tiefgreifenden Sieg des Libertarismus oder der extremen Rechten. Der Kulturkampf richtet sich gegen das, was als globaler gleichmacherischer Mainstream wahrgenommen wird – geprägt von der

Menschenrechtsagenda, dem Feminismus, dem Antirassismus, dem Indigenismus und anderen emanzipatorischen Bewegungen (Caggiano 2024). Deshalb bündeln sie ihre Kräfte in diesem „kulturellen Gegenschlag."

Es gibt keinen ökonomischen Kampf ohne Kulturkampf. Milei und seine Partei präsentieren sich als diejenigen, die mit einer „moralischen Revolution" die „Diebstähle der Politik" beenden würden, denn: „Der Graben [zwischen den Menschen] ist real – und er ist moralisch." Wie Caggiano kritisch analysiert, zeigt sich dies besonders deutlich in der Art und Weise, wie soziale Gerechtigkeit erklärt und verteufelt wird. Sie gilt aus dieser Sichtweise als „das größte Übel der argentinischen Gesellschaft" – und wird dabei nicht ökonomisch, sondern kulturell, moralisch und religiös gedeutet. So heißt es: „Soziale Gerechtigkeit ist (ihrem Ursprung nach) Neid, Hass, Ressentiment" – und: „Ursprünglich war der Neid eine Todsünde." Daraus folgt in dieser Logik: „Soziale Gerechtigkeit ist Diebstahl. Sie widerspricht den Geboten Gottes. Sie ist eine Abscheulichkeit." Die Staaten, die soziale Gerechtigkeit umsetzen, seien laut dieser Vorstellung sogar eine „Erfindung des Teufels"[22] (Caggiano 2024). Ihre zwei Hauptschlachtfelder sind die Moralisierung der Wirtschaft und die Verbindung von Wahrheit und Begehren im Markt sowie die Formierung neoliberaler ökonomischer Sensibilitäten. Jede*r soll im Feld der deregulierten Wirtschaft das sein, was er oder sie will (und kann). Gleichzeitig nimmt die moralische Abwertung der „Anderen" massiv zu – doch es fällt schwer, ein „Wir" zu konstruieren:

> Dem Libertären fällt es schwer, sich vorzustellen, dass so etwas wie eine ‚kollektive Identität' existieren könnte … denn sein Ökonomismus geht oft Hand in Hand mit einem methodologischen, ontologischen und moralischen Individualismus, der kaum dazu taugt, etwas so Kollektives wie ein ‚Wir' politisch zu denken. (Laje 2022, S. 463)

Andrea Torricella (2024) analysiert Gruppen, die die Anwendung bestehender Gesetze behindern, sowie politische Parteien, die in ihren Programmen anti-genderpolitische Gesetzesvorschläge aufnehmen. Es kommt zu vermehrter Gewalt gegen sexuelle Minderheiten, antifeministischen Reden, einer Biologisierung politischer Argumente im Zusammenhang mit der Familie, der geschlechtlichen Arbeitsteilung. und der Sexualität. Wir haben es mit einem Neoliberalismus zu tun, der eng mit Konservatismus und dem Familienideal verknüpft ist. Die konservative Gegenoffensive beinhaltet eine reaktive Politisierung des Geschlechterverhältnisses (Vaggione 2005). Dieser „kulturelle Backlash" richtet sich gegen sozialen Wandel in

22 Nada personal, Canal 9 (El nueve). [Youtube]. 10.11.2020. https://www.youtube.com/watch?v=vYQfxvscxrs&t=907s.

der geschlechtlichen Hierarchie, und gegen die Ausweitung staatsbürgerlicher Rechte im Bereich der sexuellen Selbstbestimmung, der sexualpädagogischen Bildung, der reproduktiven Rechte und der Diversität.

Nach Fortschritten im Bereich der Grundrechte folgt oft diese von einem nicht zu vernachlässigenden Teil der Bevölkerung getragene konservative Gegenreaktion. Während in mehreren Ländern Lateinamerikas die Politisierung der Geschlechterfrage entscheidend dazu beigetragen hat, die Gesellschaften zu spalten, war das in Westeuropa weniger häufig. Dort vereint die extreme Rechte vor allem eines: die Politisierung der außereuropäischen Migration.

Emotionale Landschaften: Der Aufstieg der extremen Rechten

Die Analyse von Sensibilitätskonfigurationen ist ein Beitrag zu einem Ansatz, den Néstor García Canclini formuliert hat: „Ein Teil dessen, was die politische Soziologie heute bei der plötzlichen Erscheinung von Phänomenen wie Trump, Bolsonaro und anderen gewählten Autoritarismen verwirrt, muss als kulturelle und kommunikative Krise verstanden werden." (García Canclini 2019, S. 16). Des Weiteren argumentiert er, es seien

> multidimensionale Perspektiven notwendig, die zunächst untersuchen sollten, wie sich die Erfahrungen des Alltagslebens neu konfigurieren – jene Erfahrungen, die die politische Soziologie oft auf Begriffe wie öffentliche Meinung, demokratische Bildung u. ä. reduziert, obwohl doch unterschiedliche Bedingungen den Wahlentscheidungen und der sozialen Teilhabe zugrunde liegen. Es geht darum, die vertikale, politizistische Sichtweise zu überwinden … Die Erosion der Demokratie soll aus der Alltagskultur der Bürger*innen heraus betrachtet werden – nicht nur aus dem, was die Eliten verordnen. (García Canclini 2019, S. 40).

Ein entscheidender Punkt besteht darin, die Demokratiekrise aus der Veränderung von Sensibilitäten heraus zu verstehen, nicht zuletzt um neue Forschungsperspektiven zu eröffnen. Denn eine Konfiguration meint ein nichtsystematisches Ensemble aus Emotionen und Gefühlen, die entscheidend dafür sind, wie wir die Welt wahrnehmen und deuten: das Zusammenleben, die Identität des Anderen, Kleidung, ein Kuss eines Paares im öffentlichen Raum, ein Diebstahl, ein Protest, ein Gegenprotest, Fahnen, Tattoos, Melodien, Lieder, Lachen, Lächeln, Tränen, Polizeiuniformen, Militäruniformen, ein Müllarbeiter, eine Person, die Müll sammelt, eine Person oder eine

Familie, die auf der Straße schläft, verbrannter Geruch, ein lautes Geräusch, Jugendliche, die aus der Schule kommen, Jugendliche, die Bier trinken oder Marihuana rauchen, ein Restaurant von Migrant*innen, eine Polizeiwache, eine dunkle Straße, ein überfüllter Bus, ein Bild im Fernsehen, ein Video auf dem Smartphone, ein mehrdeutiges Wort, eine Farbe, ein Leben, ein Tod.

In den letzten Jahren haben Sozialwissenschaftler*innen – insbesondere solche, die ethnografisch arbeiten –emotionale Landschaften beschrieben und analysiert, die sich sehr von denen früheren Zeiten unterscheiden. Es handelt sich dabei nicht um völlig neue Sensibilitäten. Das Neue liegt vielmehr in ihrer Verbreitung in verschiedenen Gesellschaften, in ihrer prominenten Rolle in den Medien und den sozialen Netzwerken – und somit in ihrer politischen Relevanz. In den letzten Jahrzehnten scheint die Präsenz und Bedeutung folgender Affekte deutlich zugenommen zu haben: Angst (Reguillo 2006; Rico, Guinjoan und Anduiza 2017; Wodak 2015), Frustration, Fremdenfeindlichkeit (Guizardi 2021), Islamfeindlichkeit, Homophobie, Misogynie, Ressentiment (Bonikowski 2017; Cramer 2016; Shoshan 2021a; Illouz 2023), Zorn und Wut (Kimmel 2013; Richmond 2020; Smith & Hanley 2018; Vasilopoulos et al. 2019), Hass (Shoshan 2016; Solano 2018; Guizardi & Mardones 2020; Ipar 2022), Nostalgie (Balthazar 2017; Göpffarth 2021; Richmond 2020), der Wunsch nach Erhalt sozialer Hierarchien oder Ungleichheiten (Grimson 2023; Costa 2023) sowie Gefühle nationaler Entmachtung oder „Kastration" (Shoshan 2016, 2021a).

Ein großer Teil dieser Studien befasst sich mit der politischen Subjektivität von einkommensschwachen Menschen und prekär Beschäftigten in verschiedenen Ländern. Sie zeigen auf, wie sich Tendenzen zur extremen Rechten mit Emotionen verbinden, die Ablehnung gegenüber dem wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Status quo ausdrücken. Auffällig ist, dass die Begriffe, mit denen wir die Emotionen derjenigen beschreiben, die unter der wirtschaftlichen Rezession leiden, oft identisch oder sehr ähnlich sind zu den Emotionen, die auch in breiten Mittelschichten vorherrschen (Grimson, Guizardi & Merenson 2023). Weder Nostalgie, noch Ressentiment, noch Angst oder andere der genannten Affekte sind auf eine bestimmte soziale Schicht beschränkt. In vielfältigen Kombinationen bringen sie die Sensibilitätskonfigurationen zum Ausdruck, die in unserer Zeit zentral sind.

Manche verwechseln diese und andere Emotionen mit einer Diagnose, die besagt, unsere Gesellschaft sei heute emotionaler und weniger rational als früher. Das ist ein schwerwiegender Irrtum. Erstens: Es hat niemals eine Rationalität ohne Emotionen gegeben. Zweitens: Es besteht ein Missverständnis darin, zu glauben, rational zu wählen bedeute, so zu wählen, wie

„man selbst“ es tun würde.[23] Rationalität beginnt dort, wo Menschen nach neuen Wegen suchen, wenn sie mit Misserfolgen, dem Fehlen von Strategien und Vorbildern, logischer Frustration, begründeter Enttäuschung konfrontiert sind. Angesichts von wirtschaftlichem Niedergang und der Wut über die Oligarchisierung großer politischer Lager – was könnte rationaler sein, als sich auf die Suche nach anderen Optionen zu machen? Das Problem ist nicht der Mangel an Rationalität, sondern vielmehr die Art der Optionen, die viele Menschen finden. Doch hier kehren wir zum relationalen Charakter der Politik zurück, die auch schon als nächtliches Kartenbild beschrieben wurde (Martín-Barbero 1998), auf dem ein dynamisches Verhältnis aus Illusionen, Fantasien, dem Bedürfnis zu glauben, dem Bedürfnis zu hassen, emotionalen Polarisierungen, neuen Narzissmen und unmöglichen Rückkehrfantasien zu erkennen ist.

Ich sage es brutal: Wenn so etwas wie der Sozialismus keine funktionierende Lösung ist – dann ist es für manche vielleicht logischer, alle Migranten*innen rauszuwerfen. Natürlich – für uns, die wir das Thema wissenschaftlich untersuchen, erscheint der Mangel an Informationen oft wie reiner Wahn. Aber für Menschen, die vor allem an ihren alltäglichen existenziellen Problemen leiden, stellt sich nur eine Frage: Wenn das nicht die Lösung ist – welche ist es dann? Wenn sie als Antwort hören „es ist kompliziert“, wechseln sie den Kanal. Was den Intellektuellen unlogisch erscheint, ist für viele Wähler und Wählerinnen der extremen Rechten offensichtlich: Wenn eine Partei keine klare Lösung hat – oder zugibt, dass ihre Ideen nicht umsetzbar seien –, dann sucht man sich eben eine andere. Viele entscheiden sich, das Unbekannte zu erkunden – und entwickeln oder übernehmen nachträglich passende Rechtfertigungen. Ein unbedarfter Meinungsforscher mag dann behaupten, bei diesen Argumenten handele es sich um die authentischen Motivationen. Aber die Sache ist komplexer.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen. Auch die rationalistischen Strömungen waren emotional zutiefst aufgeladen. Gefühle von Überlegenheit, ein pädagogischer Gestus, ein zivilisatorisches Sendungsbewusstsein, Gelassenheit, Mäßigung, die Verneinung von Gewalt –und dennoch: mehrere Genozide –all das war Teil jener Sensibilitätskonfiguration, die sich mit dem Begriff „Vernunft“ schmückte. Diese Form der Sensibilität ist in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen bis heute präsent.

23 In einem klassischen Text zeigten Murmis und Portantiero (1971) die Rationalität der Arbeiterklasse in den Anfängen des Peronismus auf. Wir könnten hinzufügen: Die Rationalität der Arbeiterklasse und der einfachen Leute in ihrer Liebe zu Evita und die aristokratische Rationalität im Hass auf Evita. Man darf die Tatsache, dass es nicht in jedem Land Evitas und ähnliche Persönlichkeiten gibt, nicht mit einem Mangel an Rationalität verwechseln.

Gleichzeitig gibt es heute eine neue Konfiguration globaler Sensibilität. Was ist daran spezifisch, was ist das Verbindende? Um das Entstehen dieser neuen Sensibilitäten zu verstehen, ist es möglicherweise sinnvoller, dem Kontext mehr Aufmerksamkeit zu schenken als eindeutige Ursachen identifizieren zu wollen. Die Bedeutung der Krise von 2008 liegt nicht so sehr in der Rezession – denn es hat viele Rezessionen gegeben, ohne dass sich extreme Rechte herausgebildet hätten. Das Entscheidende war, dass die Banken, die die Krise verursacht hatten, mit öffentlichen Geldern gerettet wurden, während Millionen Familien ihre Häuser oder ihr Einkommen verloren. Das war der Tropfen, der das Fass in vielen Ländern des Nordens zum Überlaufen brachte. Es breitete sich das Gefühl aus, der Staat lasse die Menschen im Stich. In anderen Ländern, wo die Folgen des Lehman-Brothers-Kollapses nur indirekt spürbar waren, setzte dennoch eine Entwicklung ein, die ich als „Post-Wohlstand" bezeichne.

Unsere These lautet, dass es eine Vielzahl von Faktoren gab, die eine Krise der politischen Repräsentation und der Legitimität hervorgebracht haben – und damit die soziale Frage was mit dem Staat zu tun ist immer dringlicher machten. In unterschiedlichen Ausmaßen und Ausprägungen geschah in Südamerika mit den Krisen des Neoliberalismus zur Jahrtausendwende etwas Ähnliches. Daraus gingen Regierungen hervor, die die Aktivität des Staates verstärkten, den sozialen Schutz ausbauten, das Einkommen umverteilten und sogar die Frage der ethnischen Ungleichheit angingen. Diese erste Phase endete in den ersten Jahren der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts. Im globalen Norden traten politische Kräfte wie Podemos, Kandidaten wie Bernie Sanders, Jeremy Corbyn oder Jean-Luc Mélenchon auf, die sich aber nicht gegen moderate oder zentristische Kräfte durchsetzen konnten. Musste es erst zu Krisen wie in Bolivien oder Ecuador kommen, damit linke Kräfte überhaupt eine Chance bekamen? War vielleicht die Angst vor dem „Sozialismus" größer als der Wille, mit dem Status quo zu brechen?

Die sogenannte „zweite rosa Welle" in Südamerika ist bislang schwächer ausgeprägt. In Ländern wie Argentinien scheiterte sie wirtschaftlich. In Chile war sie von politischen Schwierigkeiten begleitet, die die Regierungsperformance bisher stark einschränkten. In Bolivien deutet sich möglicherweise ein politischer Bruch an.

In den meisten Ländern Amerikas und Europas setzt sich das Gefühl durch, dass der Sozialstaat in eine tiefe Krise geraten ist. Inmitten wirtschaftlicher Krisen, der Corona-Pandemie oder schwerer Energieversorgungskrisen wie in Europa, kombiniert mit Inflation in unterschiedlichem Ausmaß, nahmen politische Instabilität und das allgemeine Gefühl der Ungewissheit spürbar zu.

Der Zusammenbruch der staatlichen Effizienz und sozialer Schutzmaßnahmen führte dazu, dass sich bei einem wachsenden Teil der Bevölkerung der Eindruck verstärkte, auf sich allein gestellt und dem eigenen Schicksal überlassen zu sein. Dass man sich weder auf den Staat, noch auf das Gemeinwesen oder die Solidarität verlassen kann. Und dass jene, die über eben diese Werte redeten, logen, um sich selbst Vorteile zu verschaffen. Da sie sich zu jenen als unlauter empfundenen Bereichen keinen Zugang verschaffen wollten oder konnten, stellten sich viele auf den moralischen Standpunkt, dass nur sie selber– oder gegebenenfalls ihre direkten Angehörigen –für ihren wirtschaftlichen Aufstieg und die Rettung der eigenen Familie verantwortlich seien. Und in dieser in Eigenregie durchgeführten Rettung des engsten eigenen Umfeldes lag ein eine Herausforderung und auch eine moralische Selbstverwirklichung. So gaben sie ihrer tiefen Frustration eine eigene Bedeutung –und politisierten ihre Erfahrung, was sie in Richtung dieses neuen Neo-Individualismus führte.

Gleichzeitig fand offensichtlich ein anderer Prozess statt, der sich als Aufkommen eines Ressentiments beschreiben lässt, das in direktem Zusammenhang mit dem relativen Verlust von Macht, Status oder Hierarchie stand. Das betraf unter anderem weiße Männer in den USA, die gehobene Mittelschicht in Brasilien und Argentinien, sowie junge Männer, deren alltägliche Beziehungen durch die grüne Welle des Feminismus in Frage gestellt wurden. Diese Gruppen fühlten sich vom Staat aus unterschiedlichen n Gründen im Stich gelassen. Und obwohl ihre Sensibilitäten unterschiedliche Nuancen aufweisen mögen, finden sich doch viele Parallelen im Prozess ihrer Politisierung, die unsere Epoche charakterisieren.[24]

Pinheiro Machado und Lucia Scalco schreiben: „Eine der anthropologischen Lehren für das langfristige Studium der extremen Rechten besteht darin zu verstehen, dass die Sedimentierung der Wut ein langwieriger Prozess ist, eine Emotion, die mit der Zeit still und stetig an Festigkeit gewinnt." (2021, S. 331).

Der Neo-Individualismus wird politisiert, indem er einen riesigen, monströsen „Anderen" konstruiert. David gegen Goliath. Die große internationale Verschwörung, die den Planeten davon überzeugen will, dass die Erde rund ist. „Die zentrale Idee jener, die die politische Korrektheit der Linken ablehnen, ist die Vorstellung, dass eine progressive Elite die globalisierte Welt kontrolliere, verschiedene nationale Ausprägungen habe und

24 In den Ländern, in denen das Gefühl des „im-Stich gelassen Seins" Ressentiments hervorruft, gibt es Muster, die wir derzeit als hegemonial bezeichnen. Kessler, Vommaro, Rodríguez-Raga und Calderón Herrera (2024) beschreiben während der Pandemie in Kolumbien ein weit verbreitetes Gefühl des „im-Stich gelassen Seins" durch den Staat, das jedoch eher zu Distanz und Entfremdung als zu Ressentiments im engeren Sinne führt.

den Menschen ihre eigene Weltanschauung aufzwinge. Mehr noch: Diese Elite habe den ‚einfachen Mann' systematisch missachtet." (Stefanoni 2021, S. 66). Aber Vorsicht: Wenn sich diese Denkmuster in konkrete Politik übersetzen, werden stets bestimmte Gruppen identifiziert, denen der Staat nicht „helfen" oder „Geld schenken" sollte –weil sie es „nicht verdient haben", die ausgegrenzt werden sollten, weil es ihnen an „Anstrengung oder Verdiensten" mangele.

Diese Haltung kann sich auf unterschiedliche Arten ausdrücken. Fremdenfeindlichkeit: Der Staat soll Migranten nicht unterstützen – oder sie gleich abschieben. Aporophobie (Angst oder Abscheu gegenüber Armen): Der Staat soll keine Geldtransfers leisten, oder zumindest nicht an bestimmte Gruppen. Und so geht es weiter: Der Staat soll keinen Zugang zu Abtreibungen garantieren. Alles läuft auf einen gemeinsamen Nenner hinaus: Der Staat tut etwas Unzulässiges – oder unterlässt etwas Notwendiges (z. B. „Kriminelle töten", „Migranten ausweisen").

Das verweist auf einen tiefgreifenden Wandel. Während der Hauptmotor der Politisierung früher die vertikale Ungerechtigkeit war, rückt heute zunehmend die horizontale Ungerechtigkeitswahrnehmung ins Zentrum. Reformistische und revolutionäre Programme basierten auf dem Versprechen, vertikale Ungleichheiten zu beheben oder zu reduzieren – also die extreme Konzentration von Reichtum bei einer kleinen Minderheit auf Kosten der Lebensbedingungen der Mehrheit. Heute wachsen die sozialen Spannungen aufgrund der gestiegenen Wahrnehmung horizontaler Ungerechtigkeiten. Die Empörung über vertikale Ungerechtigkeit scheint sich in vielen Ländern auf die Politiker und Politikerinnen zu beschränken. „Während das Land verarmte, wurden die Politiker reich" – heißt es in Argentinien in der für politische Parolen so typischen Art zu verallgemeinern.

Das Gefühl der horizontalen Ungerechtigkeit stellt infrage, warum jemand mit vergleichbarem sozioökonomischem Hintergrund oder gar jemand, der als besonders verletzlich gilt, staatliche Unterstützung erhält. Warum bekommt mein Nachbar ein Stipendium? Warum erhält jemand Geld vom Staat, ohne zu arbeiten? Warum werden Minderheiten bei der Zulassung zur Universität bevorzugt? Warum bleiben „meine Kinder" außen vor? Warum bekommt jemand Wohnraum oder einen Kredit – und wir nicht? In Frage gestellt werden Direktzahlungen (*cash transfers*), Rechte auf Sozialleistungen, Maßnahmen positiver Diskriminierung (*affirmative action*). Aber damit es überhaupt ein Gefühl von Ungerechtigkeit geben kann, muss es einen empfundenen Anspruch auf Gleichheit gegeben haben, von dem man das Gefühl hat, das er verletzt wurde. Wenn Ungleichheit vollständig als „natürlich" akzeptiert ist, entsteht kein Gefühl der Ungerechtigkeit.

Doch die Ungewissheit über die eigene Lage und das persönliche Gefühl der Verwundbarkeit verstärken die Ängste und befeuern das Empfinden von Ungerechtigkeit. In vielen Ländern ist es mittlerweile unmöglich geworden, den bisherigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. All das, was unerreichbar ist, liegt jetzt offen zutage. Die Zukunft der eigenen Kinder ist nicht gesichert – außer für eine kleine privilegierte Minderheit. Was nützt es, sich über die Betrügereien der Superreichen zu empören, wenn diese völlig straffrei bleiben? Wie viele Länder haben progressive Steuerreformen durchgeführt, deren Vorteile für die Bevölkerung sichtbar und greifbar wären? Es wächst das Gefühl, dass man von denen zum Narren gehalten wird, die wollen, dass man immer wieder an dieselben Grenzen stößt. Also lieber das Leben genießen, und wenn die Dinge nicht gemeinschaftlich zu lösen sind, dann soll sich halt jeder selbst retten, wie er kann.

Es findet also ein Perspektivwechsel statt, die plebejische Abneigung gegen „die da oben" und die damit einhergehenden Spannungen sind weniger spürbar. Stattdessen multiplizieren sich in einer Art umgekehrter Vertikalität die Spannungen zwischen Mittelschichten und relativ privilegierten Gruppen einerseits und den ärmeren Bevölkerungsgruppen andererseits. Auch innerhalb der unteren Klassen nehmen die Spannungen mit einer regelrechten Obsession und Paranoia in Bezug auf horizontale Ungerechtigkeiten zu. Diese Dynamik verbindet sich mit einer Kette der Emotionen, bestehend aus Verachtung, Neid, Groll, Ressentiment, Wut und anderen Affekten. Diese emotionale Kette formt das Landschaftsbild, in dem sich der Neo-Individualismus entfaltet.

Wut, Ressentiment und Angst

Untersuchen wir einige Emotionen und Gefühle, die Teil dieser globalen, emergenten Sensibilitätskonfiguration sind, die sowohl gemeinsame Merkmale als auch Unterschiede zwischen Regionen und Ländern aufweist. Beginnen wir mit dem Ressentiment – eine der am weitesten verbreiteten Emotionen, die sich durch verschiedene soziale Klassen, Schichten, Länder und Regionen zieht.

Das Ressentiment ist eine zornige Reaktion - sowohl auf Ungleichheit als auch auf den Abbau von Hierarchien. Es wäre jedoch nicht korrekt, zu verallgemeinern, dass es sich dabei ausschließlich um ein Gefühl der Armen gegenüber den Mächtigen handelt. Das Ressentiment kann in der weißen Mittelschicht entstehen, weil Menschen afrikanischer Abstammung etwas mehr Aufmerksamkeit erhalten haben als üblich. Es kann aber ebenso in der Arbeiterklasse aufkommen –weil sie im Morgengrauen aufstehen, um

ihr Brot zu verdienen, während andere Subventionen erhalten, die sie „nicht verdienen". Oder es kann in der gehobenen Mittelschicht auftreten –weil diese glaubt, dass die ärmeren Bevölkerungsschichten zwar vielleicht mehr Geld haben, aber dennoch keinen Zugang zu Räumen erhalten sollten, „die ihnen nicht zustehen."

> Alle diese Gruppen –auch die *middle* und *upper class* –haben das Gefühl, etwas verloren zu haben: ihre männliche Vorherrschaft, ein Stück ihres Einkommens – ganz gleich, wie hoch es war –,ihren sozialen Status, die Anerkennung ihrer Arbeit, den Respekt vor ihrem Glauben, ihr Land und ihre Rolle in der Welt, ihre Macht, ihre Hegemonie…Nicht nur das Gefühl, etwas verloren zu haben, sondern auch, von Anfang an um etwas betrogen worden zu sein (Forti 2021, S. 37).

Persönliche Unsicherheit kann sich zu einem Gefühl der Bedrohung auswachsen. In Europa und den USA haben Teile der Medien- und Politdiskurse dieses Gefühl umgewandelt –in ein Ressentiment gegen Eliten, Migranten und ethnische oder religiöse Minderheiten. „Dadurch werden zuvor latente Einstellungen aktiviert und radikale politische Kampagnen legitimiert, mittels derer den gekränkten Anhängern versprochen wird, dass ihnen Macht und Status zurückgegeben wird" (Bonikowski 2017, S. 180–184). Es handelt sich um eine Politik des Ressentiments, die das politische Gleichgewicht zuungunsten etablierter Parteien erschüttert –und langfristig die Gefahr birgt, „die Grundfesten des politischen Konsenses zu verändern, von dem liberale Demokratien abhängig sind" (ebd.). Die Propaganda der extremen Rechten und die damit verbundene öffentliche Angst können somit „die zukünftigen Bedingungen für den Erfolg antidemokratischer Politik schaffen" (ebd.).

In einer sehr prägnanten qualitativen Studie über ländliche Regionen in Wisconsin hebt Katherine Cramer ebenfalls die zentrale Rolle des Ressentiments hervor. Ihr Buch zeigt, dass

> vermeintliche Meinungsverschiedenheiten über grundlegende politische Prinzipien oft in etwas Tieferliegendem wurzeln: Vorstellungen darüber, wer was bekommt, wer Macht hat, wie Menschen „wirklich" sind und wer an allem schuld ist. Was wie eine Debatte über die Rolle des Staates erscheint, könnte in Wahrheit ein Ressentiment gegen unsere Mitbürger*innen sein. (Cramer 2016, S. 13)

Wenn Menschen glauben, dass sie nicht bekommen, was ihnen zusteht, und dass andere mehr erhalten, als sie verdienen, entstehen günstige Bedingungen für eine Politik des Ressentiments (Cramer 2016, S. 15).

Hier sehen wir Formen von verteilungspolitischem Ressentiment. Aber es gibt auch politisches Ressentiment – etwa darüber, dass Gruppen, denen man selbst nicht angehört, Entscheidungen mitbestimmen, die das eigene Leben beeinflussen. Und es existieren weitere Ressentiments aus symbolischen Gründen, etwa wegen kultureller Hierarchien oder der Erfahrung von Inklusion.

Ressentiment ist öffentlich und hartnäckig. Es gilt als sozial akzeptabler als Neid (Feather & Sherman 2002), was es zu einem nützlichen Werkzeug in der politischen Argumentation macht. Eine verwandte Emotion ist die Wut:

> Es sind nicht „die US-Amerikaner", die wütend sind, es sind die US-amerikanischen Männer. Und auch nicht alle Männer, sondern die weißen US-amerikanischen Männer. Dieses Phänomen ist so sichtbar und so verbreitet, dass man, wäre es bei einer anderen Gruppe der Fall (etwa schwarzen Männern oder asiatischen Frauen), unaufhörlich darüber diskutieren würde. Aber gerade, weil es so omnipräsent ist, hat es kaum eine ernsthafte Debatte ausgelöst. (Kimmel 2013, S. 6)

Dieses starke Argument muss durch eine vorherige Erkenntnis ergänzt werden: Weder Ressentiment noch Wut finden sich ausschließlich in einer einzigen Gruppe. Beide können angetrieben werden durch das, was als „horizontale Ungerechtigkeit" empfunden und gedeutet wird. Deshalb finden sich Ressentiments auch unter Latinos, Schwarzen und Schwulen, die Trump unterstützen.

Diese Wut ist die verlorene Tochter der hegemonialen Männlichkeit. Doch sie verbindet sich auf vielfältige Weise mit Verteilungsfragen. Einige sind wütend, weil sie ihre Arbeit verloren haben, wegen Instabilität, wegen höherer Steuern, wegen wirtschaftlicher Situationen, die real sind – oder zumindest als real erlebt werden. „Alle diese Männergruppen erleben auf unterschiedliche Weise Zorn über das, was sie als Enteignung wahrnehmen. Der Zorn weißer Männer ist ‚real', das heißt, er wird tief und aufrichtig empfunden" (Kimmel 2013, S. 9).

Wir dürfen das Thomas-Theorem nicht vergessen: „Wenn Menschen Situationen als real ansehen, dann sind sie in ihren Konsequenzen real." Das heißt: Um die Folgen zu verstehen, muss man nicht darüber streiten, ob die Löhne tatsächlich gestiegen oder gefallen sind. Entscheidend ist, was die gemeinsame Überzeugung (sofern vorhanden) ist. Denn daraus ergeben sich die Konsequenzen.

Und hier kommen wir dem Ressentiment nahe. Männer der oberen Mittelschicht, so Kimmel, „fühlen sich betrogen durch Programme der positiven Diskriminierung, durch Einwanderung, Sozialhilfe, Steuern und das allgemeine Gefühl, getäuscht worden zu sein" (2013, S. 13). Im Grunde deshalb, weil sie in den letzten Jahrzehnten an relativer gesellschaftlicher Stellung verloren haben. „Sie besitzen den Großteil der Macht, aber sie fühlen sich als Opfer" (2013, S. 17). Der Autor beschreibt ein kulturelles und politisches Phänomen zu einem Zeitpunkt, als Trump noch nicht der Kandidat war, der diese Unzufriedenheit kanalisieren würde. Merken wir uns diesen Punkt: Zuerst entsteht das neue emotionale Landschaftsbild, erst danach folgt seine politische Ausformung.

In einer anderen Region, in der Peripherie von São Paulo – ebenfalls vor Bolsonaro –, untersuchte Richmond die Krisennarrative „wütender Arbeiter", einer Gruppe, die in Bezug auf Alter, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Beruf und religiöse Praxis sehr vielfältig war. Es handelte sich nicht um eine politisch engagierte Gruppe, und sie schien stark vom Fernsehen beeinflusst zu sein: „Sie äußerten eine starke Abneigung gegenüber Politikern, waren wütend über Korruption und beschwerten sich über hohe Steuern. … Auch wenn sie den PT oft kritisierten, zeigten sie eine gewisse Rest-Sympathie für Lula und eine ebenso große oder größere Abneigung gegenüber den anderen großen Parteien" (Richmond 2020, S. 18, eigene Übersetzung).

Diese Wut richtet sich häufig gegen diejenigen, die sich auf der anderen Seite der gesellschaftlichen Polarisierung befinden. Autoritäre Führer*innen werden unterstützt, um Teil der Herrschaft über „die Anderen" zu sein: „Menschen mit autoritären Tendenzen folgen dominanten Führern nicht aus dem Vergnügen der Unterwerfung, sondern aus dem Vergnügen, moralisch Fremde zur Unterwerfung zu zwingen." Der Führer oder die Führerin „wird das Böse vernichten und uns zurück auf den wahren Pfad führen." (Smith & Hanley 2018, S. 207). Diejenigen, die Intoleranz ablehnen, sollen bestraft werden.

Wut war bereits die zentrale emotionale Triebkraft der Tea-Party-Bewegung (Banks 2014) und das gilt laut Studien auch für den Trumpismus (Smith & Hanley 2018, S. 207). Das bedeutet, dass „die Herausforderung für progressive Kräfte größer ist, als viele es sich vorgestellt haben", denn „das Spiel mit der Wut ist noch lange nicht vorbei"(ebd.). Auch Vasilopoulos betont, dass nicht Angst, sondern Wut die entscheidende Emotion sei, die zur steigenden Unterstützung für die extreme Rechte führt (Vasilopoulos et al. 2019, S. 679). Unsicherheit erzeugt soziale Angst. Doch wenn sie sich in Wut verwandelt, kann daraus eine bestimmte politische Strömung entstehen.

Wütende Wähler*innen wählen mit höherer Wahrscheinlichkeit Parteien, die sich gegen den Status Quo positionieren, auch als eine Art Bestrafung (Rico et al. 2017). Die Wut beeinflusst auch politische Entscheidungen.

Sie verringert das wahrgenommene Risiko, etwa beim Einsatz von Truppen im Irakkrieg, und erhöht die Bereitschaft, den Krieg zu unterstützen (Huddy, Feldman & Cassese 2007). Nicht-politisch ausgelöste Wut verstärkt rassistische Einstellungen und erhöht die Ablehnung von Umverteilungspolitiken wie z. B. *affirmative action* (Banks 2014). Beim Brexit war Wut mit der Unterstützung für den Austritt aus der EU gekoppelt (Vasilopoulos 2019, S. 681). „Emotionen spielen eine entscheidende Rolle bei der Beeinflussung von Wahlverhalten" (Illouz 2023, S. 19).

Wut spielt auch eine zentrale Rolle bei der Konstruktion paralleler Realitäten. Sie hemmt in der Regel das Interesse an neuen politischen Informationen (MacKuen et al. 2010; Valentino et al. 2008). Wütende Menschen neigen dazu, politische Informationen, die nicht mit ihren bisherigen Überzeugungen übereinstimmen, zu ignorieren (MacKuen et al. 2010; Suhay & Erisen 2018). Der Bestätigungsfehler (*confirmation bias*) führt dazu, dass jede Anekdote oder Erzählung, die das eigene Weltbild bestätigt, als Beweis gewertet wird (Arditi 2021). Wenn solch starke Emotionen einmal etabliert sind, verändert sich der politische Kampf grundlegend – und die Verbreitung von Informationen verliert an Bedeutung. Das wird von Politiker*innen und Aktivist*innen oft nicht verstanden, wenn sie sich fragen, wie ein Politiker trotz so vieler belegter Fakten, die gegen ihn sprechen, weiterhin Unterstützung erhält. Das liegt daran, dass die emotionale Dynamik dazu führt, die Realität auf eine ganz andere Weise wahrzunehmen und Sichtweisen zu entwickeln, die gegenüber widersprechenden Fakten scheinbar undurchdringlich sind.

Gerade deshalb müssen wir eine neue Theorie sozialer Interessen entwickeln, die berücksichtigt, dass Menschen ihre Lage im Vergleich zu anderen und anhand ihrer eigenen Erwartungen beurteilen. Interessen sind relational und dynamisch.

Das erklärt auch, warum sich Gruppen, deren Lebensbedingungen sich objektiv verbessert haben, sich trotzdem schlechter fühlen können, wenn andere in ihrer Umgebung scheinbar stärker profitiert haben; warum es Proteste geben kann, nicht weil sich die Dinge verschlechtert haben, sondern weil die Erwartungen gestiegen sind und warum es der extremen Rechten so leicht fällt, die Verluste die viele Menschen erfahren haben mit den relativen Zugewinnen von Minderheiten und historisch marginalisierten Gruppen in Verbindung zu bringen. (Nunes 2022, S. 14).

Ein einfaches Beispiel: Der sogenannte „Linksruck" in Lateinamerika ermöglichte es durch einkommenspolitische Maßnahmen, dass Millionen Menschen Zugang zu Konsumgütern erhielten, vom Smartphone bis zu Haushaltsgeräten. Millionen wurden dadurch „in den Konsum eingeschlossen." Das wurde zum neuen Maßstab. Als der Boom der Rohstoffpreise zu

Beginn des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts endete, verlangsamten sich die Volkswirtschaften, das Wohlstandsgefühl gemessen am Konsum war immer schwerer aufrechtzuerhalten und ein Teil der Bevölkerung wandte sich anderen politischen Optionen zu –und wählte sie schließlich.

Vielleicht ist die politisch relevanteste Emotion, über die in den letzten Jahren am meisten geschrieben wurde, der Hass. Er steht offensichtlich in Verbindung mit Fremdenfeindlichkeit, Misogynie, Homophobie, Aporophobie, Verachtung politischer Gegner und anderer Formen von „Andersartigkeit". Besorgniserregend ist jedoch, wenn demokratische Kräfte diesen Hass anprangern, während sie von einem Podest moralischer Überlegenheit sprechen. Denn erstens verstärkt das die gesellschaftliche Polarisierung. Und zweitens wird dabei oft nicht erkannt, dass einige Aussagen dieser demokratischen Kräfte, die sich als „antipopulistisch" verstehen, ebenfalls als Hassrede interpretiert werden könnten. Deshalb halte ich es für wichtig, sich dem Thema Hass mithilfe einer dichten Beschreibung anzunähern (im Sinne von Shoshan 2017); das heißt: als subjektives Objekt, das in seinen Nuancen analysiert werden muss, ohne es normativ zu verurteilen oder zu vernichten. Wir brauchen keine weiteren Texte, die nur über die Gefahren des Hasses sprechen. Stattdessen müssen wir ihn verstehen – gerade weil wir ihn nicht teilen. Lassen wir die moralische Anklage beiseite. Daher ist es entscheidend, den Hass als Teil einer emotionalen Konfiguration zu begreifen – als Kettenglied in einem affektiven System, das ihn mit Ressentiment und Wut verknüpft.

Die Beziehung zwischen Wut und Angst stellt ein weiteres großes Thema der politischen Reflexion dar. Denn sie steht in einer komplexen Verbindung mit dem Aufstieg der extremen Rechten (Rico, Guinjoan und Anduiza 2017, S. 444). Der manichäische Antagonismus zwischen dem „reinen Volk" und der „politischen Elite" passt besser zu wütenden Wähler*innen als zu ängstlichen –insbesondere aufgrund der externen Schuldzuschreibung und ihrer heftigen moralischen Konfrontationshaltung (ebd., S. 445). Aus dieser Perspektive wird klar, dass Angst durch die Wahrnehmung einer Gefahr entsteht, die sich aus unkontrollierbaren Umständen ergibt, ohne dass ein bestimmter Akteur dafür verantwortlich gemacht wird (ebd., S. 445). Ohne dass ich mich auf eine dieser Definitionen festlegen möchte, erscheint es mir wichtig zu betonen, dass in Ländern des Südens die Wahrnehmung von Unsicherheit und der Anstieg der Kriminalität, die Angst und sogar Panik ausgelöst haben, wesentlichen Einfluss auf die Forderungen der Massen an die politische Klasse hatten.

So können Ängste vor dem Terrorismus, der Einwanderung oder der Bedrohung einer bestimmten kulturellen Identität das Wachstum und die Unterstützung der extremen Rechten befördern. Bei ausreichender Wiederholung kann Angst zu einer Lebenshaltung werden (Wodak 2015). Deshalb

kann sie sowohl ein Identitätsrahmen sein als auch eine Form sozialer Teilhabe. Die extreme Rechte bietet dabei selbstverständlich vereinfachte Antworten auf reale und imaginierte Probleme. „Wir haben es mit rechten Bewegungen zu tun, die der Linken das Recht auf Empörung über die Realität und den Anspruch, Wege zur Veränderung aufzuzeigen, streitig machen." (Stefanoni 2021, S. 15)

In vergleichenden Studien sollten weitere Gefühle und Emotionen berücksichtigt werden. Besonders lohnenswert ist es, genauer auf das Phänomen der Nostalgie zu achten –auf die Idealisierung der Vergangenheit als Form der Ablehnung einer trostlosen Gegenwart. Diese Nostalgie kann mit neuen Nationalismen einhergehen, mit neuen Formen, glorreiche Geschichten zu erzählen, die verloren gegangen seien und nun zurückgewonnen werden müssten (vgl. Göpffarth 2021). Trump hat diesen Punkt intensiv bearbeitet („Make America Great Again") und Javier Milei, der sich sorgfältig überlegt hat, was er von Trump imitieren will und was nicht, behauptet, Argentinien sei vor einem Jahrhundert eine Weltmacht gewesen und werde es durch libertäre Entscheidungen wieder werden.

Die Nostalgie nach dem Wohlfahrtsstaat ist wohl für einige ein Merkmal des Nordens, weil man voraussetzt, dass es im Süden nie einen Wohlfahrtsstaat gegeben habe. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Heterogenität des Südens zu berücksichtigen und auf die sorgfältige Erfassung tatsächlicher Erfahrungen zu achten. Je nach Land kann es durchaus Nostalgie nach einer guten Zeit der öffentlichen Bildung, des öffentlichen Nahverkehrs, des teilweisen Zugangs zu sozialstaatlichem Schutz oder nach Vollbeschäftigung geben – oder auch nicht. Dass der „Wohlfahrtsstaat" oder eine begrenzte soziale Absicherung immer sehr fragil gewesen ist, bedeutet nicht, dass sein Rückzug in vielen Ländern unbedeutend wäre.

Studien über Europa und die Vereinigten Staaten konzentrieren sich auf Wähler*innen, die unter den Folgen wirtschaftlicher Rezession leiden, nostalgische Gefühle gegenüber einer idealisierten, wohlhabenden Vergangenheit hegen, Einwanderer*innen für ihr Leid verantwortlich machen oder gefestigte liberale Demokratien diskreditieren. Auch wenn diese Emotionen im globalen Süden ebenfalls zu spüren sind, spiegeln sie nicht das gesamte Bild der aufstrebenden Volkswirtschaften wider. Deshalb müssen wir den Blick schärfen, mit dem wir die Unterstützung von einkommensschwachen Wählerinnen und Wählern für autoritäre Regime im Globalen Süden betrachten.

Kontraste zwischen Norden und Süden

Während in einigen Ländern Lateinamerikas nostalgische Gefühle gegenüber Militärdiktaturen fortbestehen, mobilisiert die neue extreme Rechte in Brasilien Einzelpersonen und Familien mit Aufstiegsambitionen – nicht selten auch junge Menschen. Auf diese Weise ist die Kombination aus einer Intensivierung des neoliberalen Neoindividualismus und des Antiliberalismus Teil des rasanten Aufstiegs der radikalen Rechten in einigen aufstrebenden Volkswirtschaften des globalen Südens (Pinheiro Machado und Maia 2023).

Einige Behauptungen über den „Globalen Süden" oder „Lateinamerika" behalten den altbekannten eurozentrischen Universalismus bei – lediglich mit verändertem Zentrum und Maßstab. Die verlockendste Lösung für den vermeintlichen Universalismus des Nordens ist der Kontrast zu Lateinamerika oder dem Globalen Süden. Soweit sich Phänomene in Westeuropa, Osteuropa und den Vereinigten Staaten decken, kann man vom „Globalen Norden" sprechen. Wenn sie jedoch heterogen sind, muss das benannt werden. Vom Globalen Süden ganz zu schweigen, der selbstverständlich weitaus größer und heterogener ist. Kategorien zu verwenden, wenn sie nützlich sind, ist das eine; die gesamte Forschung und Argumentation auf dem binären Gegensatz Nord-Süd aufzubauen, ist schlicht ein neuer Reduktionismus. Es lässt sich leicht feststellen, dass solche Kontraste nur einige Länder des Nordens und einige des Südens berücksichtigen und dabei den Planeten in zwei Farben einteilen.

Ein bedeutender Beitrag von Pinheiro Machado, Combinido und Malini (2023) liegt darin, das Aufkommen des Extremismus in Ländern mit aufstrebenden Volkswirtschaften zu verstehen – in Kontexten, in denen wirtschaftliches Wachstum neue Klassenaspirationen inmitten prekärer Arbeitsverhältnisse beförderte. Außerhalb Europas und der USA ist das Verhältnis zwischen BIP-Trends, Pro-Kopf-BIP, Dynamiken sozialer Klassen und politischen Tendenzen deutlich komplexer als bislang angenommen. Tatsächlich begann die politische Polarisierung in Argentinien in einem wirtschaftlich weitaus besseren Kontext als dem heutigen (Grimson 2019), und die aspirativen Dynamiken der Mittelschichten haben auf jedem Kontinent sehr unterschiedliche politische Konsequenzen gehabt (Grimson, Guizardi und Merenson 2023).

In diesem Sinne weist Pinheiro Machado darauf hin, dass es ein Problem der Forschung zur extremen Rechten ist, diese nur in Kontexten von Verarmung und Rezession zu untersuchen. Denn in Wachstumsphasen müssen reaktive Emotionen im Zusammenhang mit den Aspirationen und der Selbstverwirklichung des neoliberalen unternehmerischen Ideals verstanden werden. Sein Ansatz bezieht auch Länder wie Indien und die Philippinen mit ein – mit sehr relevanten Erkenntnissen.

Es ist notwendig, digitale Arbeiter*innen aus der Perspektive des globalen Südens zu verstehen, wobei man beobachten muss, wie sich die dort dauerhaft bestehenden Formen von Informalität und Prekarität nun in Plattformen der Ausbeutung und Selbstausbeutung verwandeln. Illegale Werkstätten stehen dabei inmitten eines neuen unternehmerischen Imaginären von aspirativem Erfolg und Flexibilität. Es gibt viel Raum für Forschung über die politischen Konsequenzen der Verwandlung früherer massenhafter Marginalität in ein Ideal von Modernität und hochtechnologischer Arbeitskraft. Werden sich die „Plattformarbeiter der Welt" zusammenschließen, wie es manche Wissenschaftler fordern?

Im Gegensatz zur Figur des Verarmten, des „Verlierers der Globalisierung", jenem zurückgebliebenen und nostalgischen Bürger, der den Brexit im Vereinigten Königreich oder Donald Trump in den USA unterstützte, haben die aufstiegsorientierten Klassen in wachsenden Volkswirtschaften eine reale oder imaginierte Erfahrung sozialer Mobilität gemacht, die sich aus der wirtschaftlichen Lage ergab. Es sei klargestellt, dass es sich dabei – verglichen mit anderen Zeiträumen – meist um kurze Mobilitätsphasen handelt, die in den letzten Jahren oft zum Stillstand kamen oder unterbrochen wurden. Wie Kaur (2014) schreibt, handelt es sich um die Veränderungshungrigsten, stolz darauf, nicht arm zu sein, mit einem gewissen Bildungsniveau ausgestattet und in der Erwartung, eine unternehmerische Karriere zu machen. Die Analyse prekärer Arbeit und der extremen Rechten zielt darauf ab, den Einfluss dieser Aspirationen auf die politische Subjektivität zu verstehen:

> Sie haben bereits eine antiprogressive Erzählung und eine antiproletarische Identität angenommen, in der sie die ärmsten Händler für ihre Probleme verantwortlich machen und ihre Mitmenschen bei der Polizei anzeigen. Ein bedeutender Teil der Händler lehnte linke Politiker ab, weil diese sie als Marginalisierte oder mit anderen Etiketten beschrieben, die Konzepte wie „Mangel" oder „Ausgrenzung" wie die Informalität beinhalteten – und sie entschieden sich stattdessen dafür, sich selbst als Unternehmer darzustellen und sich als dynamischer Teil der Wirtschaft zu sehen (Pinheiro Machado et al. 2023, 83).

Es gibt eine Reihe von Übereinstimmungen, die alles andere als zufällig sind. In einem Buch, das Mitte der 1980er-Jahre ein Bestseller war, argumentierte der Ökonom Hernando de Soto (1987) gemeinsam mit anderen Mitautoren, dass informelle Arbeiter und Arbeiterinnen potenzielle neue Unternehmer seien. In *El otro sendero* (*Der andere Pfad*) vertritt er die These, dass die Armen zu einer neuen Unternehmerklasse geworden seien – und erläutert, warum und wie sie sich außerhalb des Gesetzes organisieren.

Er vertritt die Auffassung, dass sozialer und politischer Frieden nicht möglich sein werden, solange alle, die wissen, dass sie ausgeschlossen sind, nicht das Gefühl haben, eine faire Chance zu haben, die westlichen Lebensstandards zu erreichen. Dieses Buch war eine wichtige Inspirationsquelle für den Neoliberalismus in Peru.

Vielleicht werden Wirtschaftswissenschaftler*innen nie begreifen, dass für das Verständnis politischer Dynamiken Identität Gold wert ist. Und wenn ein*e Politiker*in meint, dass ein bestimmter Sektor durch eine Opfererzählung (die an jahrzehntelange Erfahrungen anknüpft) kleine Vorteile erzielen könne, sollte er begreifen, dass sich die Dinge verändert haben. Viele der „informellen" Arbeiter und Arbeiterinnen streben heute ein besseres Leben durch ihr eigenes Unternehmertum an. Da Politik und vorgestellte Gemeinschaften keine Gewissheiten bieten, stellt sich die Frage ob sie diese selbst herstellen können, innerhalb ihrer eigenen Netzwerke oder in kleineren Gemeinschaften? Derzeit verlangt ein Teil von ihnen lediglich, mit ihrer selbstwahrgenommenen Identität in Ruhe gelassen zu werden.

Die Logik der Informalisierung als Mangel an Arbeit oder Arbeitsrechten wird umgekehrt durch die Betonung des vollen wirtschaftlichen und moralischen Werts von Selbstständigkeit, Unternehmertum und Meritokratie. Wieder begegnet uns hier die Erzählung von Hernando de Soto und seinen Mitautoren: Der Marktstand, der Straßenverkauf und der informelle Handel stehen in einer Linie mit der *Uberisierung*. Die Schnellsten unter den informellen Arbeitern beliefern Mercado Libre oder Uber Eats und akzeptieren alle Zahlungsmethoden – auch Kreditkarten.

Dass dieses Phänomen verschiedene Klassen, Sektoren, Geschlechter, Länder in der Krise sowie jene im wirtschaftlichen Aufschwung durchdringt, ist ein deutliches Zeichen für einen tiefgreifenden kulturellen Wandel.

Welche Rolle spielen Religiositäten? In einigen Gesellschaften, etwa in Brasilien und Costa Rica (Treminio und Pignataro 2021; Shoshan 2021b), hat der Aufstieg neuer evangelikaler Bewegungen erheblich zu Wahlerfolgen rechter Kräfte beigetragen, die auf moralischen Konservatismus setzen.

In Brasilien ist der Vormarsch des Evangelikalismus zugleich mit der Abwesenheit des Staates verknüpft. Die Journalistin Lamia Oualalou sagt:

> Als ich die Leute fragte, warum sie zur evangelikalen Kirche gingen, tauchte das theologische Argument gar nicht auf. Tatsächlich ist das Einzige, was existiert, der evangelikale Tempel: Dort kann man singen, Freundschaften schließen, seine Kinder abgeben. Weder der Staat mit seinen öffentlichen Politiken (Gesundheit, Arbeit, Bildung) noch die katholische Kirche sind präsent – aber die Evangelikalen sind es, und sie bieten oftmals einige dieser Leistungen an. In den Tempeln finden die Menschen all das – also einen Ort der Unterstützung. Wenn zum Beispiel jemand seine Arbeit verliert, wird das Netzwerk

> aktiv, bis er eine neue findet. Und wenn jemand Essen braucht, bekommt er Reis. Die Evangelikalen in Brasilien haben den Platz des Staates eingenommen – mit den entsprechenden kulturellen und politischen Auswirkungen. Die Menschen leben dauerhaft in dieser Welt. Und das liegt zum Teil auch daran, dass die progressiven Bewegungen, die linken Parteien, diese Menschen mit einem hohen Maß an Vorurteilen im Stich gelassen haben. Man darf nicht vergessen, dass die PT (Arbeiterpartei) stark mit der katholischen Linken verbunden ist (Febbro 2018, o. S.).

Das erinnert an die Politik der Muslimbruderschaft in Ägypten.

Hier vermischen sich Elemente der neuen Sensibilität mit spezifischen neuen Formen der Kanalisierung. Eine vergleichende Frage stellt sich im Hinblick auf Argentinien: Warum hat dort der Evangelikalismus – obwohl stark gewachsen – keine parteipolitische Entsprechung? Ja, es gab eine Spannung zwischen „Grünen" und „Blauen" beim Thema Abtreibungsrecht. Aber das scheint sich nicht in Wahlergebnissen niedergeschlagen zu haben, und es hat niemals eine evangelikale Fraktion im Parlament gegeben. Eine mögliche Antwort ist, dass die obige Beschreibung nicht auf die Elendsviertel Argentiniens zutrifft, weil die verschiedenen Ausprägungen des Peronismus dort eine starke Präsenz in den gegenseitigen Hilfsnetzwerken, den lokalen Organisationen und als Vermittler gegenüber verschiedenen Ebenen des Staates aufrechterhalten haben.

Politische Ethik und die Universalität der Affekte

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass die sogenannte „affektive Wende" in den Sozial- und Geisteswissenschaften erst seit fünfzehn bis zwanzig Jahren existiert. Das ist sehr wenig Zeit, denn wir sehen darin keine Modeerscheinung, sondern eine theoretisch entscheidende Wende. Ein wiederkehrendes Problem der Produktion sozialer und politischer Theorie zeigt sich auch im Umgang mit Emotionen und Gefühlen: die Tendenz zur Universalisierung. Theoretische Konzepte entstehen in konkreten historischen Kontexten, sollen aber auf jede historische Situation anwendbar sein. Daher hat Chakrabarty (2009) argumentiert, dass zentrale Konzepte des europäischen Denkens wie Demokratie, Gleichheit, Freiheit und viele andere zugleich unentbehrlich und unzureichend sind. Unentbehrlich, weil wir ohne den Begriff der Gleichheit viele Dinge gar nicht denken könnten. Unzureichend, weil die Vorstellung von Gleichheit in mehreren Ländern Lateinamerikas nicht so „angewendet" werden kann, als handele es sich um skandinavische Länder oder das revolutionäre Frankreich. Sie muss vielmehr in ihren eigenen Grenzen und Bedeutungen verstanden werden.

Die Untersuchung emotionaler Landschaften sowie der ethisch-politischen Implikationen von Wut, Ressentiment, Angst und Überdruss muss situiert erfolgen. Es gibt keine ethischen Konsequenzen von Emotionen außerhalb ihres Kontexts. In mehreren Ländern hat die Frustration lohnabhängiger Arbeiter*innen eine wichtige Rolle gespielt, und es gibt Studien, die sich mit reaktionären Emotionen wie Nostalgie, Ressentiment, Wut und Hass befassen (Pinheiro-Machado, Marins, Combinido und Malini 2023). Doch Wut ist nicht universell reaktionär. Sie kann eine reaktionäre oder eine demokratische Funktion erfüllen.

Denn dasselbe Gefühl, das wir verurteilen, wenn es neue Opfer erzeugt oder die Distanz zwischen Opfern und Tätern, zwischen Mächtigen und Enteigneten vergrößert, kann ganz anders bewertet werden, wenn sich die Bedingungen umkehren. Wenn sich Wut und Ressentiment gegen arme Migrant*innen richten, werden viele von uns rationale und ethische Erklärungen suchen, um diese Gefühle abzumildern oder – so gut es geht – umzukehren. Wenn jedoch die Entscheidung eines Autokraten, zehn unschuldige Kinder zu ermorden, Wut und Ressentiment auslöst, erscheint uns das offensichtlich, logisch und wir hoffen, dass es ein Erinnern an das Unrecht und seine Folgen geben wird. Wenn die Ungerechtigkeit eines brutalen Diktators die Wut der Bevölkerung entfacht, ist das ein bedeutender demokratischer Impuls. Wir müssen untersuchen, wie Emotionen, Gefühle und Sensibilitäten in konkreten Kontexten wirken. Es gibt keine universell politisch korrekten Emotionen.

Zu behaupten, dass Nostalgie universell reaktionär sei, kann dazu führen, unterschiedliche Kontexte und Realitäten zu verkennen. Gewiss, die Nostalgie hinter Slogans wie „Make America Great Again" ergibt in Ländern, in denen etwa fünfzig Prozent oder mehr der Bevölkerung im informellen Sektor der Wirtschaft tätig sind und somit eine Identität der Arbeiterklassen praktisch fehlt, wenig Sinn. Ein idealisiertes Bild vergangener Prosperität bildet den Nährboden für Verschwörungstheorien, die wiederum als Grundlage für die Konstruktion von Feindbildern dienen. In anderen Zusammenhängen jedoch kann die Nostalgie gegenüber tatsächlich existierenden Schutzpolitiken die Gesellschaft gegen neue neoliberale Maßnahmen mobilisieren.

Das Konzept der Post-Scham oder Schamlosigkeit (Wodak 2019) setzt sich im Zeitalter des Neo-Individualismus als politisches Kriterium durch, insbesondere wenn dieser in einen reinen Parteikorporatismus mündet. Letzterer entsteht, wenn die politische Identität über sämtliche ethische Maßstäbe gestellt wird. Wir kritisieren einen korrupten Politiker, wenn er ein Gegner ist, aber schweigen, selbst wenn er eine Frau missbraucht hat, sofern er „zu unserem Lager" gehört. Warum sollte das keinen massiven

Zorn und keine kollektive Empörung hervorrufen? Nur ein Mangel an Politisierung könnte das erklären, und genau das ist es, was passiert.

Nietzsche behandelte die Frage des Ressentiments und war dabei äußerst abwertend. Denn über das Ressentiment, so meinte er, „werden die Verworfenen und Entrechteten aller Klassen überzeugt" (2000, 142). Viele Autoren übernehmen diese Aussage als universellen Maßstab, obwohl das, was Arditi (2021) als das „Volk des Ressentiments" bezeichnet, sowohl zerstörerische Triebkräfte wie Antisemitismus als auch demokratische wie Anti-Elitismus enthalten kann. Wenn Ressentiment als eine Charakterschwäche begriffen wird, die in feindseligem Verhalten gegenüber dem Objekt der Frustration mündet, bleibt nur dessen universelle Verurteilung. Damit gäbe es Affekte, die transhistorisch wirken und eine überzeitliche Bedeutung in sich tragen – ein Paradebeispiel wäre etwa die Xenophobie. Doch selbst etwas prinzipiell Verwerfliches muss sie kontextbezogen verstanden werden.

Laut der Real Academia Española sind „Groll, Verdruss, Missgunst, Bitterkeit, Verbitterung, Hass, Feindseligkeit, Abneigung" Synonyme für *Ressentiment*. Sicherlich sind Liebe, Dankbarkeit, Solidarität und Empathie schöner. Aber es wäre absurd, negative Vorurteile gegenüber Gefühlen der Ablehnung oder negativen Emotionen zu haben. Warum sollte sich jemand dankbar fühlen, wenn der Staat ein Familienmitglied illegal entführt? Warum sollte man Empathie für den Kolonisator, den Sklavenhalter oder den Folterer empfinden?

Wie auch Arditi (2021) betont, verweisen verschiedene Autor*innen im Französischen auf *ressentiment*, um die über das rein sprachliche Verständnis hinausgehende emotionale Schwere des Begriffs zu unterstreichen. Diese emotionale Schwere kann je nach Fall mehr oder weniger angebracht sein. Universalisierungen sind stets unangemessen.

Der Titel des Buches *La época de las pasiones tristes* von François Dubet (2020) spricht für sich: Es handelt sich um eine Epoche, nicht nur um eine historische Lage, die von *traurigen Leidenschaften* (also negativen Affekten von hoher Intensität) geprägt ist. In seiner Analyse der Mechanismen des Ressentiments stellt er fest, dass sich angesichts von Verachtung und der Angst, im Hierarchiesystem der Ungleichheiten den eigenen Rang zu verlieren, der Hass meist auf die Schwächeren verschiebt – auf Migrant*innen, auf jene, denen unterstellt wird, dass sie nur vorgeben Opfer zu sein, weil sie von den Machteliten durch Wohlfahrtsprogramme begünstigt würden.

Die Demokratie wird „angeklagt, unfähig und korrupt zu sein, vom Volk entfernt und den Lobbys unterworfen" (Dubet 2020, 9). Daraus entwickelt Dubet eine These zum Ressentiment und dessen sozialem und politischem Gebrauch: „Es gilt zu verstehen, warum sich Zorn über Ungleichheiten in Ausdrucksformen des Ressentiments und der Empörung verwandelt, die

meist in keinerlei organisierte Handlung oder Programme münden" (Dubet 2020, 77). Wir haben bereits gezeigt, dass Zorn ein verbreitetes Phänomen ist – doch sein Gegenstand kann je nach Kontext die Ungleichheit oder auch die Gleichheit sein. Empörung kann als Motor für Handlung und sozialen Protest dienen, aber wenn sie nicht in konkrete Programme mündet, verwandelt sie sich in ziellosen Zorn – und läuft Gefahr, sich mit dem Neoliberalismus oder demokratiefeindlicher Kritik zu verbünden.

Das Ressentiment kann auch verstanden werden als „die Erfahrung und das Wiederkäuen einer bestimmten affektiven Reaktion, die sich gegen einen anderen richtet – ein Gefühl, das sich nach und nach vertieft und in das Herz der Person eindringt, während es gleichzeitig das Feld des Ausdrucks und der Handlung verlässt" (Fleury 2023, 17). Der Schlüssel zur Dynamik des Ressentiments ist das Wiederkäuen – wie etwas, das man immer wieder durchkaut – wodurch sich mit der Zeit die emotionale Reaktion, die ursprünglich gegen eine bestimmte Person gerichtet war, globalisiert und der Adressat unbestimmt wird. Die Gefahr, auf die Cynthia Fleury hinweist, besteht darin, dass sich das Ressentiment nicht beruhigt – nur die Zerstörung des anderen kann Lust verschaffen. Dem Ressentiment reicht es nicht aus, andere zu verleumden – es braucht einen weiteren Schritt: die Schuldzuweisung, die Denunziation und die Desinformation, die zu einer universellen Abwertung führt.[25]

Mit Gefühlen Feinde schaffen

Wieder einmal geht ein Gespenst um in der Welt. Es ist das Gespenst des Antikommunismus. Die Aufregung um dieses antikommunistische Gespenst wächst mit dem Aufstieg der rechtsextremen Massenbewegung. Nach 1989 blieb vom Kommunismus nur noch das Gespensterhafte während sich der Antikommunismus als langlebiger erwies. Die Linken sind „derzeit unendlich viel schwächer als ihr eigenes Gespenst" (Petra 2024).

Im Unterschied zum 20. Jahrhunderts bezeichnen sich heute nur noch sehr wenige Menschen in Europa und Amerika selbst als Kommunist*innen. Noch weniger sind bereit, die Diktatur des Proletariats und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Lösung der Probleme des Kapitalismus zu verteidigen. Doch die extreme Rechte versucht, ihrer globalen Verschwörungstheorie historische Namen zu verleihen – und Gefühle von

25 „Der Faschismus zeichnet sich durch seine Fähigkeit aus, Gefühle anzusprechen, die nicht nur das Verständnis der eigenen Realität vereinfachen, sondern auch unseren Ängsten und Phobien Legitimität verleihen und sogar versuchen, sie durch ‚Handlungsvorschläge' zu ‚lösen'." (Feierstein 2023, 112).

Panik, Ablehnung und Hass zu schüren, die sich gegen demokratische Identitäten in jedem Land richten.

Zudem bedient sich die extreme Rechte bestimmter Ausdrucksformen zur Konstruktion ihrer Feindbilder. Die Performances, die sich gegen „die Politiker" oder „die Kaste" richten, ähneln Reality-Shows: „Es dominieren Unverfrorenheit, die Demütigung anderer Teilnehmer, Verleumdung, Lügen und ad-hominem-Angriffe" (Wodak 2019, S. 197).[26] Offenkundige Vorläufer finden sich in der sogenanten *farandulización* der Politik seit den 1990er Jahren, mit Italien und Argentinien als Referenzpunkten und dem Skandal, der Zurschaustellung, der Unterhaltung und dem Verfall argumentativer Debatten als wesentlichen Merkmalen.

Wodak hat diesen Wandel im Fall Österreichs analysiert, mit einem Fokus auf den Regierungsantritt der extremen Rechten. Sie identifiziert zahlreiche kleine und große Veränderungen, die Österreich auf dem Weg von einer liberalen konstitutionellen Demokratie (seit 1945) zu einer potenziell „orbánesken" illiberalen Demokratie durchgemacht hat, was auf die Grenzen des von den Gründervätern erdachten demokratisch-liberalen europäischen Projekts hinweist. Ich argumentiere, dass es sich dabei um einen Prozess der „Normalisierung" handelt: die Normalisierung rechtsextremer Ideologien sowohl inhaltlich als auch formal (Wodak 2019, 197).

In Orbáns Ungarn wie auch im damaligen Österreich scheint „der Dialog mit Expert*innen, der Opposition und Journalist*innen außer Frage zu stehen. [...] Die rationale Diskussion wurde im Wesentlichen durch symbolische Politik, Unhöflichkeit, eristische Argumentation oder Leugnung ersetzt. [...] Empirisch-wissenschaftliche Beweise wurden häufig ignoriert oder lächerlich gemacht." Auf diese Weise werde „das normalisiert, was zuvor unsagbar und inakzeptabel war" (Wodak 2019, 207).[27]

So wird Papst Franziskus als Vertreter „des Bösen" bezeichnet, und alle neoliberalen Politiker*innen der Mitte-Rechts-Parteien gelten als Sozialdemokrat*innen oder Kommunist*innen. Wenn man ein Mindestmaß an „Rationalität" anlegt, scheint der Vorwurf darauf hinauszulaufen, dass jede Person, die irgendeine Form staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft, ein Mindestmaß an Regulierung oder eine Begrenzung der totalen Freiheit des Kapitals unterstützt, als Kommunist*in gilt. Die Anthropologie weiß: Das

26 Wodak verwendet den Begriff *shamelessness*. Die Übersetzung ins Deutsche lautet „Schamlosigkeit". Wir glauben jedoch, dass er in diesem Zusammenhang eher von Frechheit und Dreistigkeit spricht, von einem Mangel an Schamgefühl. Die wörtliche Übersetzung erscheint uns dafür zu milde.

27 Die „eristische" Argumentation bezieht sich auf eine griechische Schule und bedeutet, dass die extreme Rechte argumentative Kontroversen missbraucht, bis sie zu einem sinnlosen Streit werden.

Nahe erscheint heterogen, das Ferne homogen. Diese Rechte ist derart extrem geworden, dass sie alle politischen Optionen praktisch als gleich ansieht.

In Argentinien verkörpern vor allem die Peronisten „das Böse", in Brasilien die PT, in Europa die Sozialdemokratie oder andere progressive Kräfte. Wenn der Feind *alles* ist, können nur das Kräfteverhältnis und der hegemoniale gesunde Menschenverstand dem Krieg Grenzen setzen. Vorerst ist es ein kriegerischer Diskurs und eine kriegerische Strategie in den Netzwerken. Die Zeit wird es zeigen.

Die individualistischste Gesellschaft der Geschichte

Wir leben in der individualistischsten Gesellschaft der Geschichte. Die anthropologische und historische Forschung hat verschiedene Vorstellungen von Gemeinschaft aufgezeigt, die unterschiedliche Momente der Menschheitsgeschichte geprägt haben. Auch heute bestehen Vorstellungen von Gemeinschaft nebeneinander fort, doch der gesellschaftliche Zerfall ist tiefer und globaler als je zuvor. Es gibt eine massive und weitverbreitete Selbstzentrierung der Individuen, die selbst jene durchdringt, die sich als „solidarisch" verstehen. Diese Entwicklung hängt, wie bereits erwähnt, mit der *Smartphonisierung* des sozialen Lebens zusammen. Aber auch damit, dass sich nur noch sehr wenige Menschen berufen fühlen, Politik zu mache. Es ist heutzutage nicht schwer, Menschen zu finden, die revolutionäre Traditionen hochhalten und gleichzeitig Organisationen auf der Grundlage von Arbeitsverträgen aufbauen.

Wie lässt sich das konzeptualisieren? Es gibt unterschiedliche Ansätze. Persönlich bevorzuge ich den Begriff des *Neo-Individualismus*. Adamovsky (2023) hingegen beschreibt die entstehende Subjektivität, die rechtsextreme Führungsfiguren unterstützt, als *autoritären Individualismus*. Die Rechte radikalisiert sich, weil sie eine „authentische Vertreterin von Subjektivitäten ist, die sich ebenfalls in eine autoritärere Richtung bewegen". Diese Subjektivitäten sind sowohl das Ergebnis von zweihundert Jahren individualisierender, „egoistischer" Erziehung als auch der materiellen Veränderungen des gegenwärtigen Kapitalismus. In gleicher Weise ist es wahrscheinlich, dass „der flexible Kapitalismus die Entwicklung eines narzisstischen Persönlichkeitstyps fördert … der Konservatismus und Autoritarismus begünstigt" (Balsa 2024, 207).

In vielen westlichen Ländern werden Freiheit und individuelle Autonomie stolz verteidigt. Eine extreme Ausprägung dieses Individualismus ist das Recht auf Waffenbesitz in den USA – eine Art „Freiheit" gegen das Zusammenleben. Und diese Freiheit bezieht sich nicht auf das Recht,

Informationen oder Meinungen zu verbreiten, denn man hat noch keinen Libertären gesehen, der die Rechte von Edward Snowden oder Julian Assange verteidigt.

Außerdem lässt sich eine Paradoxie feststellen: Das gemeinschaftlich gelebte Bekenntnis zu einem übersteigerten, staatsfeindlichen Individualismus kann Teil der Unterstützung autoritärer Führungsfiguren sein. Das Paradoxon ist einfach: Es handelt sich um einen antipluralistischen Individualismus – einen so tief verankerten Individualismus, dass er nur für sich selbst Rechte einfordert, jedoch nicht als Konzept des gesellschaftlichen Lebens. Ein alterophober Individualismus, der Frauen, Diversität, Schwarze, und Migrant*innen verachtet. Ein Individualismus, der einen erbarmungslosen kulturellen Konservatismus durchsetzen will. Adamovsky schreibt über die Tea Party:

> Der patriotische Eifer ging bei ihnen Hand in Hand mit der Vorstellung, dass der traditionelle amerikanische Geist mit ihren politischen und moralischen Werten übereinstimmte – und dass eben dieses authentische Herz der Nation durch schlechte Politiker und progressive Sichtweisen in Gefahr sei. Individualismus zu predigen war für sie daher der wahre Ausdruck von Nationalismus. Wie man sieht, handelt es sich um einen Liberalismus mit stark antipluralistischer Tendenz, da er jene, die anders denken, als Feinde der Nation betrachtet (2023, S. 118).

Dieser Individualismus fand zunächst seinen politischen Ausdruck in der Tea Party, mit „libertären" Ideen, Misstrauen gegenüber dem Staat, dem Ruf nach individueller Freiheit, Steuersenkungen und Ausgabenkürzungen, kulturellem Konservatismus, Nationalismus und Anti-Egalitarismus (Adamovsky 2023, S. 119).

Der Sieg Trumps machte eine der paradigmatischen Figuren dieser neuen Subjektivitäten sichtbar: den „beleidigten weißen Mann". Jenseits der Kategorie „weißer Mann" (die je nach Land unterschiedliche Bedeutungen hat) geht es darum, politische und ökonomische Subjektivitäten in verschiedenen Kontexten zu verstehen.

Offensichtlich funktionieren die Dinge in Ländern wie Argentinien anders – dort war die massive Wahlbeteiligung der unteren Schichten, die des Staates überdrüssig waren und aus Familien stammten, die einst peronistisch gewählt hatten, entscheidend. Im US-amerikanischen Kontext hingegen waren die Männlichkeit und der Rassismus einer Demokratie mit harten Grenzen wesentliche Faktoren für den Sieg Trumps.

Aber selbst in den Vereinigten Staaten gibt es andere Untersuchungen. Vielleicht stammt eine der ersten Dokumentationen der postindustriellen

Landschaft mit frühen Anzeichen einer neuen emotionalen Landschaft aus dem Jahr 2005. Wenn man das Thema der weißen Männer absolut setzt, läuft man Gefahr, eine beruhigende Ausrede zu schaffen. Millionen Arme unterstützen sie. Es ist eine extreme Rechte, die das Herz eines Teils der am meisten leidenden Bevölkerung erobert hat. Ein Vorläufer dieser Entwicklungen ließ sich in Kansas City beobachten.

> Es geht nicht nur darum, dass sich die Republikanische Partei seit einiger Zeit als „Verteidiger der einfachen Leute" und „des gewöhnlichen Volkes" bezeichnet, sondern dass tatsächlich ein sehr bedeutender Teil der unteren Klassen sie aktiv und begeistert unterstützt (Frank 2008, S. 7).

Frank fragte sich „Wie können so viele Menschen sich irren?", als er erfuhr, dass George Bush in dem ärmsten Bezirk der USA mit über 80 % der Stimmen gewann. Kansas war ein industrielles, gewerkschaftlich geprägtes, demokratisches und wohlhabendes Zentrum. Doch bereits Ende der 1990er-Jahre brach etwas auseinander. Als eine republikanische Politik Industrie, Gewerkschaften und Stadtviertel zerstörte, „reagierten die Bürger, indem sie gegen die Feinde im Kulturkampf wetterten. … Heute wirkt die Stadt wie ein Miniatur-Detroit. Und mit jeder schlechten Nachricht scheint sie sich weiter mit Bitterkeit zu füllen, noch zynischer und konservativer zu werden – wenn das überhaupt noch möglich ist" (Frank 2008, S. 11).

Wir befinden uns nicht im Jahr 2016. Wir stehen an den Anfängen der Prozesse, die zum Triumph Trumps führen:

> Mit seiner unerbittlichen Bitterkeit ist Kansas ein Spiegelbild von uns allen. Wenn dies der Ort ist, an dem Amerika nach seinem nationalen Geist sucht, wird es feststellen, dass dieser Geist, nachdem er den tiefsitzenden Groll des Backlash verinnerlicht hat, vom Weg abgekommen ist. Wenn Kansas die konzentrierte Essenz der Normalität ist, dürfen wir uns nicht wundern, dass es der Ort ist, an dem das Wahnsinnige allmählich zur Normalität wird, wo wir diese gesunden, vertrauensvollen, beruhigenden, unverkennbar amerikanischen Gesichter sehen … und feststellen, dass wir einem Irren gegenüberstehen. (Frank 2008, S. 45)

Wir leben in parallelen Realitäten

Die extreme Rechte ist nur in Gesellschaften massenhaft wirksam, in denen es mindestens zwei Sektoren gibt, die in parallelen Realitäten leben. Wenn ein*e Ausländer*in hört, wie amerikanische *liberals* und Trump-Anhänger über ihr

Land sprechen, könnte er/sie nicht vermuten, dass sie vom selben Land reden. Dasselbe gilt für Anhänger*innen Lulas und Bolsonaros in Brasilien.

Mit der Metapher zweier magnetischer Pole der Polarisierung (Nobre 2022) ist die zunehmende Distanz und gegenseitige Ablehnung in Kontroversen über große gesellschaftliche Themen gemeint, die je nach Region und Land unterschiedlich gelagert ist (z. B. Abtreibung, Migration, Sicherheit; Kessler und Vommaro 2024) – und die für die Demokratie gefährliche Dynamik, den jeweils anderen als Feind wahrzunehmen und zu definieren.

DiMaggio, Evans und Bryson (1996) argumentieren, dass es vier Dimensionen der Polarisierung gibt: die Meinungen teilen sich in zwei Lager auf, die sehr weit voneinander entfernt sind. Es gibt Konsistenz (die Positionen zu verschiedenen Themen folgen einer bimodalen Logik) und es gibt Konsolidierung (die Übereinstimmung dieser Kategorien mit sozialen Variablen und dem Wahlverhalten). Ideologische Präferenzen unterliegen der sogenannten affektiven Polarisierung, die auf negativen Gefühlen gegenüber der gegnerischen Gruppe basiert (Webster und Abramowitz 2017).

Wenn wir nun hinzufügen, dass wir es mit radikal unterschiedlichen Sensibilitätskonfigurationen zu tun haben, die in diesem politischen Kontext unvereinbar sind, sagen wir damit, dass sich die Öffentlichkeit nicht nur wegen der sozialen Medien, des Bedeutungsverlusts von Büchern und Zeitungen oder der Verbreitung von Fake News auflöst. Wir sagen, dass sich die Öffentlichkeit auflöst, weil ein großer Teil der Bevölkerung in europäischen und amerikanischen Demokratien Tatsachen nicht mehr als heilig betrachtet – ebenso wenig wie die Freiheit dessen, der anders denkt als man selbst.

Der unbestrittene Weltmeister in der Fähigkeit, immun gegen seine eigenen Worte und Taten zu sein, ist zweifellos Donald Trump. Im Januar 2016 erklärte er: „Ich könnte mitten auf der Fifth Avenue stehen und jemanden erschießen, und ich würde keine einzige Stimme verlieren, versteht ihr? Das ist unglaublich!“ Ein großer Teil der Demokraten und des seriösen Journalismus in den USA glaubte, dass Trump sich nicht halten könne, nicht gewinnen könne, nicht konkurrenzfähig sei, weil die Amerikaner*innen so etwas nicht akzeptieren würden. Sie glaubten, es gäbe noch Überreste einer öffentlichen Vernunft. Aber nein – es gibt nur parallele Realitäten.

Während der Wahlkampagne 2016 prahlte Trump in einer von *Access Hollywood* veröffentlichten Aufnahme damit, Frauen ohne deren Einverständnis zu begrapschen. Viele glaubten, das sei das Ende seiner Kampagne – doch er gewann. Andere glaubten, dass der ehemalige FBI-Direktor Robert S. Mueller III Beweise dafür finden würde, dass Trump mit Russland konspiriert hatte, um die Wahl zu gewinnen. Sie glaubten, das wäre sein Ende. Auch der Angriff auf das Kapitol am 6. Januar 2021 wurde als katastrophales Ende seiner politischen Karriere gedeutet. Aber nein. Was geschieht hier? Es geht noch weiter.

E. Jean Carroll verklagte ihn wegen sexuellen Übergriffs und Verleumdung. Trump wurde schuldig gesprochen. Nichts davon beeinträchtigt seine politische Karriere. In den Geschworenengerichten der USA gibt es nur einstimmige Urteile. Wenn im Mai 2024 auch nur ein Mitglied der Jury an Trumps Schuld gezweifelt hätte, wäre der Prozess für ungültig erklärt worden. Die Geschworenen werden ausgelost, und sowohl Anklage als auch Verteidigung lehnen all jene ab, die sie für voreingenommen halten. Das heißt, beide Seiten akzeptieren, dass diese Personen unparteiisch sind. Und genau diese Menschen haben ihn verurteilt.

Mehr als die Hälfte der Argentinier*innen glaubte kurz nach dem Attentatsversuch auf Cristina Fernández de Kirchner, der auf Kamera festgehalten wurde, dass dies nicht wahr sei – dass sie es inszeniert habe, um sich selbst zum Opfer zu stilisieren. Im August 2020 hatte Brasilien 100.000 Tote durch Covid-19 und einen *negationistischen* Präsidenten, der die Pandemie als „Grippchen" bezeichnete. Laut einer Umfrage von Datafolha meinten 47 % der Brasilianer, Jair Bolsonaro habe „keinerlei Verantwortung" für das Ausmaß der Tragödie; 11 % meinten, er habe sie doch.

Man könnte eine lange Liste verbreiteter gesellschaftlicher Überzeugungen in einigen Ländern erstellen: Die Erde ist flach, das, was gestern passiert ist, ist nicht passiert. Dieser Satz ist kein Satz.

Die Lüge ist ein zentrales Element faschistischer politischer Praxis.

> Derrida stellte sich die philosophische Frage: „Ist derjenige ein Lügner, der glaubt, dass das, was er sagt, wahr ist – obwohl es eine Lüge ist?" Meine Antwort ist: Ja, Faschisten sind Lügner, nicht nur weil sie an ihre Lügen glauben, sondern wegen dem, was sie mit ihnen tun. Die Lüge bedeutet nicht nur, die Realität abzulehnen, sondern – und das ist das Schlimmste – zu versuchen, sie zu verändern, damit sie der Lüge ähnelt (Finchelstein 2023, S. 41).

Dies steht im Zusammenhang mit der These, dass der Negationismus – nicht nur in Bezug auf den Klimawandel oder vergangene Verbrechen, sondern als grundsätzliche Haltung zur Wahrnehmung und Analyse der Realität – ein „zentraler affektiver Faktor unserer Zeit, ein wesentlicher Bestandteil unseres kollektiven Gemütszustands" ist (Nunes 2022, S. 8).

Für Nunes, der insbesondere Brasilien untersucht, darf man die Verlogenheit jener, die bewusst Lügen verbreiten, nicht losgelöst vom Publikum betrachten, das diese Lügen konsumiert und sich von ihnen angezogen fühlt. Nunes vertritt die Auffassung, dass der Zustand, den er als „in Verleugnung leben" bezeichnet – ein unbewusster Versuch, sich vor einer traumatischen Erfahrung oder einem Gedanken zu schützen, indem man sich weigert, die Realität anzuerkennen – „eine Nachfrage erzeugt nach der Ware, die

bewusste Negationisten bereitstellen". Der Anstieg des Angebots lasse, so ergänzt er, „auf ein deutliches Wachstum der Nachfrage schließen" (S. 38).

Mit anderen Worten: Neben den bösartigen Lügner*innen gibt es heute viele Menschen, die diese Fake News *brauchen*. Die hegemonialen Emotionen machen sie zu einem alltäglichen Nahrungsmittel für Genuss und Katharsis.

Die Herausforderung, Affekte zu steuern

Es gibt keine menschliche Beziehung, die nicht mit affektiver Zirkulation einhergeht. Es gibt keine politische Verbindung ohne eine konstitutive affektive Dimension. Woher stammen diese Formen der Wahrnehmung, diese Sensibilitäten, diese Gefühle? Offensichtlich entstehen sie nicht *ex nihilo* (aus dem Nichts). Aber sie haben auch keine einfache Kausalität. Ein großer Teil der theoretischen Debatten wird von jenen dominiert, die behaupten, die Ursachen seien wirtschaftlicher, politischer, technologischer oder anderer Art. Seitenweise wird über Kausalitäten geschrieben, als ob das Ökonomische losgelöst von Bedeutungsgebung wäre, das Politische nichts mit Affekten zu tun hätte, das Technologische von alldem unabhängig wäre. In sozialen Prozessen gibt es durchaus Begrenzungen des Möglichen, es gibt Druck in die eine oder andere Richtung. Dennoch weiß man bei Prozessen wie den hier analysierten, dass es keine Mechanismen oder Reduktionismen gibt, die alles erklären könnten.

Über Jahre hinweg wurde der Bruch mit dem Gemeinsinn vorbereitet, der Neoliberalismus mit minimalistischer Demokratie und einigen multikulturellen Gesetzgebungen verband: Wahlen, Ausweitung der bürgerlichen Rechte, Abbau des Wohlfahrtsstaates oder öffentlicher Schutzsysteme. Das geschah in den meisten Ländern Europas und Amerikas, jedes mit seiner eigenen Geschichte. Das führte zu einer abnehmenden Identifikation mit der liberalen Demokratie und erweiterte die Räume und Motive für eine Repräsentationskrise. So entstanden verstärkt Gruppen, die sich gegen den Status Quo richteten.

Eine der originellsten und am wenigsten bekannten Studien ist die ethnografische Untersuchung, die Nitzan Shoshan (2017) über Neonazis im Ostberlin der ersten Dekade dieses Jahrhunderts durchführte. In dem von der Wiedervereinigung geprägten Deutschland wiegt die Geschichte des Nationalsozialismus und der Nachkriegsteilung natürlich besonders schwer. Shoshan betrachtet seine Gesprächspartner*innen als Teil der zeitgenössischen Welt und widersetzt sich jeder Form von Exotisierung. Das ist analog

zur Analyse von Horkheimer und Adorno, die den Faschismus nie als etwas Antimodernes verstanden, sondern als genuinen Bestandteil der Moderne.

Shoshans These ist, dass der Rechtsextremismus ein „konstitutives Außen" der zeitgenössischen deutschen Gemeinschaft darstellt. Einerseits hat er keinen Platz im Projekt einer friedlichen und demokratischen Nation. Andererseits wird dieses Projekt nicht nur gegen die Vergangenheit gebaut, sondern auch gegen die gegenwärtige Existenz von Deutschen, die zur extremen Rechten gehören. Deutschland hat enorme wirtschaftliche und symbolische Investitionen unternommen – und unternimmt sie weiterhin –, um seiner aktuellen nationalen Vision Ausdruck zu verleihen. Meiner persönlichen Erfahrung nach ist diese Investition keineswegs nur eine Maske – und wenn doch, dann nur für einige. Sie bringt vielmehr zum Ausdruck, was sich sehr viele Deutsche für ihr eigenes Land wünschen und aktiv gestalten. Shoshans Argument ist, dass das Management von Hass – mittels unterschiedlichster politischer Maßnahmen – ein zentrales Kapitel dieses zeitgenössischen nationalen Projekts ist, damit jene Vergangenheit, die mit Tattoos und Smartphones zurückkehrt, gezähmt und diszipliniert werden kann. „Der Kreuzzug gegen den schleichenden, unrechtmäßigen Nationalismus, mit seinem obszönen Potenzial, das in gewöhnlichen Lebensformen lauert, ist zum konstitutiven Kern des nationalen Projekts nach der Wiedervereinigung geworden" (Shoshan 2017, S. 39).

Neue Formen sozialer Marginalisierung erzeugen Ängste, die wiederum Herausforderungen für die deutsche Nation darstellen. Das Management „dieser Bedrohung formt den Versuch einer nervösen, kaum kohärenten und dennoch entscheidenden affektiven Regierungsführung", die darauf abzielt, „eine Reihe unverzichtbarer, aber potenziell entzündlicher affektiver Dispositionen zu orchestrieren, hervorzurufen und zu entschärfen" (2017, S. 44). Die Steuerung oder das Management von Hass ist ein Beispiel für affektive Regierungsführung – insbesondere im Hinblick auf die Bekämpfung rechtsextremer Kriminalität in Deutschland. Doch es umfasst auch ein Netz von Institutionen, „die bestrebt sind, bestimmte affektive Dispositionen zu fördern und andere zu behindern" (2017, S. 49).

Die Jugendlichen der extremen Rechten äußern ihre Nostalgie scheinbar beliebig teils für das Dritte Reich, teils für die DDR. Doch das entscheidende Merkmal, das sie definiert, ist die Ablehnung von Migrant*innen. Rechts zu sein bedeutet hier: „für das eigene Land einzutreten", zu verhindern, dass Ausländer „das Sozialsystem ausnutzen". Damit artikulieren sie Selbstviktimisierungsnarrative in kulturellen (nicht rassischen) Begriffen. Das zentrale Problem ist „die kulturelle und ethnische Andersartigkeit, verdichtet im Bild bestimmter migrantischer Ballungsräume" (Shoshan 2017, S. 116). Der ethnisch markierte Migrant stellt „nicht nur ein Objekt tiefen Hasses dar,

sondern auch ein Prisma, durch das politische Kontraste geschmiedet und gemessen werden". Denn, so erklären sie dem Autor der Studie, „die Linken sind für die Ausländer, die Rechten für die Deutschen" (2017, S. 116).

Shoshan konnte seine Feldforschung durch die Vermittlung von Sozialarbeiter*innen beginnen konnte, deren Ziel es war, rechtsextreme Jugendliche zu rehabilitieren:

> Die komplexen rechtlichen und strafrechtlichen Regime der Hass-Governance in Deutschland – ihre polizeilichen Arbeitsweisen, die Durchsetzung des Rechts sowie ihre Überwachungsinstrumente und Wissensproduktion – erscheinen zugleich als die repressive Seite eines noch umfassenderen Gefüges von Diskursen, Institutionen und Techniken, die auch Anstrengungen zur Reform und Rehabilitierung rechtsextremer Jugendlicher einschließen (Shoshan 2017, S. 307).

Nach deutschem Recht gelten diese Jugendlichen als Straftäter*innen, ehemalige Straftäter*innen oder potenzielle Straftäter*innen. Sie zu disziplinieren bedeutet, Verletzte und Tote zu vermeiden – und zudem, die Geister der Vergangenheit fernzuhalten.

Die extreme Rechte, die damals noch marginal war, nimmt heute eine zentrale Position auf der politischen Landkarte ein. In dieser Hinsicht ähnelt Deutschland vielen anderen Ländern, die wir bereits erwähnt haben. Wie viele Früchte wird die streitbare Demokratie Deutschlands ernten können – eine Demokratie, die teilweise durch das Erstarken einer extremen Rechten erschüttert ist, die allerdings noch nicht die Hälfte des Stimmenanteils erreicht hat, wie in vielen anderen Ländern? Diese Frage bleibt offen. Wie Emotionen in anderen nationalen Kontexten gehandhabt wurden und welche Formen von Intersubjektivität dadurch entstanden sind, ist eine zentrale Frage für weitere Forschung. Es gibt eine Sensibilitätskonfiguration innerhalb einer anderen, eine Landschaft innerhalb einer anderen Landschaft. Diese Fragen, zusammen mit jenen, die wir in den vorhergehenden Kapiteln behandelt haben, werden im abschließenden Teil erneut aufgegriffen, der sich auf Argentinien konzentriert.

Javier Milei. Der argentinische Fall in vergleichender Perspektive

Die amerikanische Hauptstadt der Menschenrechte ist zur amerikanischen Hauptstadt der extremen Rechten geworden. Am 10. Dezember 2023 wurde das vierzigjährige Bestehen der Demokratie gefeiert – ein Rekord für das Land. An diesem Tag übernahm mit Javier Milei als Präsident und Victoria Villarruel als Vizepräsidentin eine Regierung der extremen Rechten die Macht.

Der argentinische Fall steht heute im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und ist aufgrund seiner Besonderheiten von großem Interesse. Diese Besonderheiten können zugleich als Ausgangspunkt für Forschungsfragen in anderen Kontexten dienen. Es gibt konstitutive Aspekte Argentiniens, die es dem Leser ermöglichen werden, besser zu verstehen, was gerade geschieht. Ich werde auf sechs davon kurz eingehen.

Erstens: Die für viele Länder typische Spannung zwischen Hauptstadt und Provinzen manifestierte sich in Argentinien in zugespitzter Form mit einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg im 19. Jahrhundert zwischen *unitarios* (Zentralisten) und *federales* (Föderalisten). Obwohl das Land politisch föderal organisiert ist, sagen die Argentinier*innen oft: „Gott ist überall, aber er empfängt in Buenos Aires." Die Spaltung zwischen Hauptstadt und Landesinneren zeigt sich auch im rituellen Kalender Argentiniens, einem Land, das zwei Unabhängigkeitstage feiert: Der 25. Mai (1810) markiert die Mairevolution in Buenos Aires, und der 9. Juli (1816) die Unabhängigkeitserklärung im Kongress von Tucumán (damals im geografischen Zentrum des Landes). Ein Datum für die Hauptstadt, ein anderes für das Landesinnere.

Zweitens: Die Sprache der großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Argentinien ist politisch – nicht ethnisch wie in den USA, auch nicht religiös wie in anderen Teilen der Welt. Seit 1945 verläuft der Binarismus (denn es handelt sich immer um Binarismen) zwischen Peronisten und Anti-Peronisten. Alles, was heute über Polarisierung, affektive Polarisierung, Fake News, parallele Realitäten, Stigmatisierung, Hass auf politische Gegner*innen gesagt wird hat in Argentinien bereits stattgefunden, besonders 1945 mit der Geburt des Peronismus und zwischen 1955 und 1956, als die Streitkräfte mit Unterstützung der Oppositionsparteien Perón mit einem Staatsstreich stürzten, es verboten, seinen Namen oder den von Evita auszusprechen, die Plaza de Mayo mit Flugzeugen bombardierten und dabei dreihundert Zivilisten töteten, sowie Peronisten in den Außenbezirken von Buenos Aires erschossen. All das im Namen eines Wortes, das heute zurückgekehrt ist: Freiheit! Schon damals bedeutete Freiheit vor allem Freiheit für die Macht.

Drittens: Diese Ereignisse leiteten eine Epoche politischer Gewalt ein, die im 20. Jahrhundert beispiellos war. Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre entstanden Guerillaorganisationen mit Massenunterstützung – wie in mehreren lateinamerikanischen Ländern. Der Putsch von 1976 etablierte den Staatsterrorismus, im Zuge dessen dreißigtausend Menschen „verschwanden", lebendige Entführte aus Flugzeugen in den Fluss geworfen wurden und etwa vierhundert in Gefangenschaft geborenen Babys ihre Identität geraubt wurde. Nach der schnellen und beschämenden Niederlage im Falklandkrieg (Guerra de Malvinas) waren die Streitkräfte stark geschwächt, und Argentinien wurde das Land in der Region, in dem die Prozesse wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit am schnellsten und entschiedensten vorangetrieben wurden. In den vierzig Jahren Demokratie, die im Dezember 1983 begannen, zeichnete sich die argentinische Gesellschaft in der Region durch eine große Ablehnung politischer Gewalt aus. Die Intoleranz gegenüber staatlicher Gewalt aus politischen Gründen führte zu massiven Mobilisierungen und Prozessen in mehreren der wenigen Fälle, in denen diese Grenze überschritten wurde.

Viertens: Im pluralistischen Zusammenleben, in der Garantie freier und unangefochtener Wahlen und in der Ausweitung bürgerlicher Rechte war die argentinische Demokratie ein Erfolg. Ein Erfolg mit Grauzonen, aber dennoch ein Erfolg. Leider war sie in Bezug auf wirtschaftliche und soziale Entwicklung ein eindeutiger Misserfolg. Die erste Zäsur war die Hyperinflation von 1989–1990, die das über zehn Jahre aufrechterhaltene Peso-Dollar-Paritätsmodell zerschlug. Die zweite große Krise war die von 2001–2002. Die dritte Schwierigkeit bestand darin, dass Argentiniens heterodoxe Ökonomen der Meinung waren, dass ohne ein gewisses Maß an Inflation ihre Ziele in Bezug auf Umverteilung nicht erreichbar wären. Kurzfristig konnte Argentinien keine außergewöhnlichen Erfolge verzeichnen, die über jene von Brasilien, Uruguay, Bolivien oder Ecuador hinausgingen. Langfristig jedoch geriet die Inflation außer Kontrolle, wurde zur höchsten in ganz Amerika und die gesamte Bevölkerung verarmte. Nur Argentinien überschritt im Jahr 2023 die Marke von 200 % jährlicher Inflation, und das während einer peronistischen Regierung, die vom Kirchnerismus dominiert war.

Fünftens: Der Ingenieur Marcelo Diamand schrieb 1983, dass ein grundlegendes Hindernis für die Entwicklung Argentiniens in dem Pendeln zwischen verschiedenen makroökonomischen Politiken liege. Manche Regierungen verfolgten klassische orthodoxe Maßnahmen, andere setzten auf populäre heterodoxe Politiken, die auf Umverteilung abzielten. In den vierzig Jahren seit Diamands Text hat sich dieses Pendelproblem dramatisch verschärft. Der Menemismus stellte die orthodoxe Phase des Pendels dar, der Kirchnerismus wurde zunehmend heterodox, Macri verfolgte eine graduelle orthodoxe Linie, und Milei ist radikal orthodox – mit einem drastischen

Sparkurs, allerdings (zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Textes) bei gleichzeitigem Festhalten an einer heterodoxen Maßnahme: dem Verbot des freien Kaufs und Verkaufs von US-Dollar.

Sechstens: Die letzten fünfzig Jahre – seit 1976 – waren das wirtschaftlich schlechteste halbe Jahrhundert in der Geschichte Argentiniens. Das Land hat seinen vormals bestehenden Vorsprung in der Region verloren, besonders das relative Entwicklungsniveau, das es einst auszeichnete. Heute ist Argentinien in Bezug auf Armut, Gini-Koeffizient, Qualität der öffentlichen Bildung nur noch ein weiteres Land in der Region – mit über Jahrzehnte hinweg sinkender Position im Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Und es ist das Land mit der heftigsten Inflation.

Seit mehreren Monaten, vielleicht sogar schon seit ein oder zwei Jahren, werden die großen Spannungen in Argentinien von zwei Faktoren bestimmt: Einerseits die tiefe wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit, die enorme Frustration über die über viele Jahre hinweg zunehmende Verarmung, andererseits ein kollektives Gedächtnis, das der politischen Gewalt eine klare Grenze gesetzt hat. Präsident Javier Milei hat mit keiner dieser beiden Dimensionen der jüngeren argentinischen Geschichte etwas zu tun, außer, dass es sich um zwei der zentralen Aspekte des Landes handelt, das er regiert. Und dass diese seine Präsidentschaft auf entscheidende Weise prägen werden.

Von der Krise 2001 zu Javier Milei

In den Jahren 2001 und 2002 wurde der Ruf „¡Que se vayan todos!" („Alle sollen verschwinden!") zur Parole der Massen. Ein Land mit 24 % Arbeitslosen und ebenso vielen Unterbeschäftigten stellte ein katastrophales Scheitern dar. Die Ablehnung war mit einem kulturellen Wandel verbunden. Vor und nach dieser Krise erlebte Argentinien zwei Epochen mit zwei entgegengesetzten kulturellen Hegemonien: In den Neunzigerjahren war es das Land, das davon träumte, Teil der „Ersten Welt" geworden zu sein – mit innigen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, mit einem Peso im festen Umtauschverhältnis zum Dollar und mit wachsender Xenophobie gegenüber Migrant*innen aus den Nachbarländern. Zwischen 2003 und 2015 war es dann ein Land, das auf Wachstum, Umverteilung und Inklusion setzte, die Arbeitslosigkeit und Armut drastisch reduzierte, seine Schulden beim IWF abbezahlte, seine Verbindungen zu dieser ikonischen Institution beendete und Teil des „Linksrucks" in Südamerika war.

Es gab kulturelle und politische Veränderungen, die die argentinische Demokratie nach und nach geschwächt haben. Die hohe Polarisierung wirkte sich negativ auf die demokratischen Kräfte aus. Sie brachte Fanatismus mit

sich und führte somit zu einer schweren Beeinträchtigung des öffentlichen Raums. In Argentinien erleben wir seit mindestens fünfzehn Jahren (seit dem sogenannten Konflikt zwischen dem „Landwirtschaftssektor" und der Regierung im Jahr 2008) eine intensive Polarisierung mit ausgeprägten Hochphasen der Konfrontation. Es greifen verstärkt Sichtweisen um sich, die physische oder symbolische Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern befürworten.

Angesichts der wirtschaftlichen Probleme am Ende der zweiten Amtszeit von Cristina Fernández war sich die Gesellschaft bei den Wahlen 2015 unsicher, in welche Richtung sie gehen sollte. Macri gewann mit eineinhalb Prozentpunkten Vorsprung, doch er änderte die kulturelle Hegemonie nicht. Sein Wahlkampf versuchte, sein neoliberales Programm zu verschleiern und sich den Coaching-Strategien seines ecuadorianischen Gurus Durán Barba anzupassen, der mehrere Bücher zu diesem Thema verfasst hatte. Macri schaffte es in die Casa Rosada, aber wie schon von Gramsci beschrieben, stellte er dort fest, dass die Voraussetzungen für seine Agenda nicht gegeben waren. Und er scheiterte kläglich. Nachdem auch Alberto Fernández gescheitert war (worauf wir später zurückkommen), gibt es wieder eine verstärkte Ablehnung gegenüber Politiker*innen und Parteien, während gleichzeitig ein tiefgreifender kultureller Wandel stattfindet.

In der folgenden Analyse werden wir sehen, dass das Phänomen Milei nicht aus dem Nichts entstanden ist. Er ist eine einzigartige Figur, die die sozialen und kulturellen Veränderungen in Argentinien sehr effektiv mit der Artikulation der eigenen Agenda verbindet. In den vorherigen Kapiteln haben wir gezeigt, wie ein tiefer Wandel in den Sensibilitätskonfigurationen mit dem Aufstieg der extremen Rechten zusammenhängt. Auf den nächsten Seiten werde ich darauf eingehen, wie die wirtschaftliche und politische Dynamik – und insbesondere die Pandemie – entscheidend dafür waren, diese Transformation im argentinischen Fall hervorzubringen. Dank meines Zugangs zu quantitativen und qualitativen Daten aus diesen Jahren,[28] dank früherer Studien und der Interviews, die ich Ende 2021 und Anfang 2022 selbst mit sozialen Führungspersönlichkeiten und Psychotherapeut*innen führen konnte, war ich in der Lage, diese Soziogenese einer neuen Sensibilitätskonfiguration und ihrer politischen Folgen zu rekonstruieren.

28 Von Dezember 2019 bis Dezember 2022 war ich Berater von Präsident Alberto Fernández. Im Dezember 2023 veröffentlichte ich einen Artikel, in dem ich mich entsprechend meiner Position in der Hierarchie zu meiner Verantwortung bekannte. Während meiner Zeit als Berater habe ich keine Artikel veröffentlicht. Meine Schlussfolgerungen habe ich der Regierung mitgeteilt. Zu Beginn der Amtszeit nahm die Pandemie den größten Teil unserer Arbeit in Anspruch. Als sich herausstellte, dass Ratschläge in diesem Kontext nutzlos waren, trat ich zurück und kehrte in die akademische Arbeit zurück.

Soziogenese der neuen Sensibilität: Individuen, Anstrengung und Polarisierung

Die Historizität der neuen Sensibilität, die auf kategorische Weise durch die Stimmen für Milei sichtbar wurde, erfordert einen Rückblick auf die spezifische Form, in der Argentinien die Krise von 2001 überwand. Es war eine Phase bis weit ins Jahr 2003 hinein, die von enormer kreativer Energie der Bevölkerung gegen die Politiker*innen des Establishments geprägt war. Die Partido Justicialista (PJ), die Unión Cívica Radical (UCR) und der Frente País Solidario (Frepaso) hatten auf unterschiedliche Weise das neoliberale Modell der Neunzigerjahre unterstützt. Die *asambleas populares* (Volksversammlungen), die *piquetero*-Mobilisierungen, die im Zentrum der Aufmerksamkeit standen, Tauschklubs, von Arbeiter*innen zurückeroberte Betriebe, Volksküchen – all diese Phänomene bildeten eine lange Liste von Innovationen in den Stadtvierteln und an den Arbeitsplätzen, um der massiven Ausgrenzung durch den Neoliberalismus kollektiv entgegenzutreten und sie zurückzudrängen. Das Jahr 2002 markierte den Höchststand der Armutsquote in Argentinien, zumindest bis die Zahlen von 2024 bekannt werden

Man muss es deutlich sagen: Wenn Eduardo Duhalde und später Néstor Kirchner nicht verstanden hätten, was die Gesellschaft einforderte, und das nicht in konkrete öffentliche Politik übersetzt hätten, wäre der Ausweg aus der Krise von 2001 weitaus traumatischer gewesen. Es wären weitere Regierungen gestürzt worden, wie es in anderen Ländern Südamerikas geschah, bis schließlich ein ähnlicher Kurs wie in den meisten Ländern der Region eingeschlagen worden wäre. Man könnte auch hinzufügen, dass die Folgen deutlich weniger schwerwiegend gewesen wären, hätte die politische Führung vor der Krise den Mut gehabt, das Modell der Währungsbindung (*convertibilidad*) zu verlassen. Aber die Wahrheit ist auch, wenn Argentinien die schlechtesten fünfzig Wirtschaftsjahre seiner Geschichte hinter sich hat, liegt das nicht an den Exportpreisen (die den regionalen Trends folgten), sondern an den Eigenschaften seiner politischen Führung.

Kirchner traf zudem den Nerv der historischen Forderungen der Menschenrechtsbewegungen. Pragmatisch wie er war, verstand er es auch, die von dem Ingenieur Blumberg angeführte sicherheitspolitische Offensive auszubremsen, sobald sich die wirtschaftliche Lage stabilisiert hatte. Es ist kein Zufall, dass er 2007 mit einer Zustimmungsrate von fast 80 % aus dem Amt schied. Und es ist auch kein Zufall, dass er weniger als zwei Jahre später die Wahlen in der peronistischen Hochburg Provinz Buenos Aires verlor.

Was war geschehen? In Argentinien kann die Exekutive Ausfuhrzölle festlegen. Seit 2002 stiegen diese Zölle allmählich an – insbesondere auf Soja und andere Produkte – bis sie 35 % erreichten. Im März 2008 führte die Regierung von Cristina Fernández sogenannte „mobile Ausfuhrzölle" ein

und erhöhte diesen Prozentsatz durch die Resolution 125 des Wirtschaftsministeriums weiter. Große, mittlere und kleine Agrarproduzent*innen lehnten dies ab und begannen sich zu mobilisieren. Sie blockierten Straßen in verschiedenen Landesteilen, erhielten große mediale Aufmerksamkeit und wurden von einem antikirchneristischen städtischen Mittelstand unterstützt. Das Land spaltete sich, und die Regierung weigerte sich zu verhandeln. Néstor und Cristina Kirchner verspielten in wenigen Monaten fast das gesamte politische Kapital, das sie bis dahin akkumuliert hatten.

In einer Rede auf der Plaza de Mayo, fast fünfzehn Jahre später, sprach Cristina Kirchner über die Resolution 125 als jene Entscheidung, „mit der ich fast das ganze Land gegen mich aufgebracht habe". Das war wohl das, was einer Selbstkritik am nächsten kam. Doch 2008 hielten sie bis zur Niederlage stur an ihrer Entscheidung fest. Und aus diesem Konflikt blieben Wunden zurück, die bis heute offen sind. Die Beziehung zwischen dem Agrarsektor und dem Kirchnerismus ist bis heute zerstört. Die Agrarproduzent*innen aus der zentralen Region des Landes (dem wirtschaftlich bedeutendsten Gebiet, das mehrere Provinzen umfasst) betrachten den Kirchnerismus bis heute als ihren Feind. Schon während der zweiten Amtszeit von Cristina Kirchner versuchten mehrere ihrer Minister, darunter Axel Kicillof und Julián Domínguez, intensiv, das Verhältnis wiederherzustellen. Doch in diesen Regionen war das kirchneristische Wahlergebnis nicht mehr zu retten. Bei der Stichwahl 2023 erhielt Massa in Córdoba nur 25 % der Stimmen. Zwar stimmt es, dass der Kirchnerismus dort auch nach 2008 weitere Fehler machte, etwa keine Gendarmerie während eines Polizeistreiks zu entsenden – etwas, das die Menschen in Córdoba bis heute nicht vergessen haben. Aber es ist ebenso richtig, dass dieser Fehltritt nicht aus heiterem Himmel kam, sondern Ausdruck eines Freund-Feind-Denkens war. Es gibt jene, die glauben, die 75 % Stimmen für Milei seien allein der Oligarchie zu verdanken. Doch in einer Provinz, in der 2.300.000 Cordobeser*innen gewählt haben, grenzt ein solches Schema an Wahnvorstellungen. Wie dem auch sei, Milei triumphierte nicht nur in der Provinz des *Cordobazo* und der Universitätsreform. Er tat es in fünfzehn von insgesamt vierundzwanzig weiteren Provinzen.

Ein kurzer Rückblick: Im Jahr 2009 traf die globale Wirtschaftskrise Argentinien hart, doch 2010 erholte sich das Land wieder. Néstor und Cristina Kirchner schafften es, eine neue politische Agenda zu gestalten – mit der *Asignación Universal por Hijo* (Kindergeld für einkommensschwache Familien), der Ehe für alle und dem Gesetz über audiovisuelle Medien (*Ley de Comunicación Audiovisual*). Doch gerade bei Letzterem scheiterte ihr politisches Kalkül erneut und letztlich setzte sich die Mediengruppe *Clarín* durch. Leider begann die kirchneristische Identität nicht nur durch große

Errungenschaften zu wachsen, sondern auch durch viele Niederlagen. Sie waren jene, die sich dem Agrarsektor und dem *Clarín* entgegenstellten. Es scheint, als sei dort, wo weniger gekämpft wurde, auch weniger Identität entstanden. Denn die Umschuldung der Auslandsschulden im Jahr 2005 – gegen den Willen des IWF – war ein historischer Erfolg.

Im Jahr 2010 gab es einen Wendepunkt zugunsten des Kirchnerismus. Die Regierung versuchte, die Feierlichkeiten zu 200 Jahren Unabhängigkeit, dem *Bicentenario*, in ein Volksfest für alle Bürger*innen zu verwandeln und das gelang ihr mit Bravour. Die Bilder aller lateinamerikanischen Präsident*innen, von Millionen Argentinier*innen auf der Avenida 9 de Julio, das groß inszenierte Spektakel – all das erzeugte eine Atmosphäre, in der der Eindruck entstand, dass etwas über den politischen Spaltungen stehen könnte. Eines der Probleme der Opposition war, dass niemand einen wirtschaftspolitischen Plan hatte, der zur damaligen hegemonialen sozialen Sensibilität passte. Die Neoliberalen agierten zwar, doch sie waren eine chancenlose Minderheit.

Im November 2010 verstarb Néstor Kirchner. Sein Trauerakt wurde zu einem Massenereignis. Sein unerwarteter Tod löste ein weitverbreitetes Gefühl der Leere aus, das vor allem progressive junge Menschen zu einem stärkeren politischen Engagement bewegte. Cristina Kirchner erkannte die starke Zersplitterung der Opposition, nahm eine nicht polarisierende Rhetorik an, stellte sich im Jahr 2011 über die politischen Gegensätze und sorgte dafür, dass der Wechselkurs des Pesos gegenüber dem Dollar stabil und stark blieb. Sie erreichte im ersten Wahlgang 54 % der Stimmen. Der zweitplatzierte Kandidat war mit 17% der Anführer der Sozialistischen Partei, Hermes Binner, ein demokratischer und progressiver Politiker. Dritter wurde Ricardo Alfonsín, ebenfalls ein demokratischer und progressiver Kandidat. Der Neoliberalismus erhielt 2011 keine nennenswerte Stimmenanzahl.

Doch dieser Erfolg sollte sich nicht wiederholen. In den drei darauffolgenden nationalen Wahlen wurde der Kirchnerismus deutlich geschlagen. In einer Haltung, die zur Gewohnheit zu werden schien, wurde das riesige politische Kapital von 2011 bereits 2013 wieder zerschlagen. Wie jede andere auch, begann die argentinische Gesellschaft, eine neue Agenda zu entwickeln. Anfangs ziemlich unübersichtlich und chaotisch. Mit einer verstärkten Tendenz zu Law-and-Order-Diskursen, aber auch mit wachsender Kritik an Inflation und Korruption. Es wäre der Moment, gewaltige makroökonomische Ungleichgewichte zu korrigieren: Nicht einen Tag länger hätte man Strom, Gas und Wasser für die obere Mittelschicht und die Reichen subventionieren dürfen. Aber nein, diese Korrekturen wurden erst ein Jahrzehnt später und nur teilweise umgesetzt. In der Zwischenzeit gingen

Milliarden Dollar verloren, die hätten für Entwicklung und Armutsbekämpfung eingesetzt werden können.

Im Jahr 2012 manifestierten sich diese neuen Sensibilitäten in Demonstrationen am Obelisken im Zentrum von Buenos Aires. Während der Kirchnerismus ignorierte, was sich in den subjektiven Tiefen der Gesellschaft abspielte, träumte er von einem überwältigenden Sieg bei den Wahlen 2013, um eine Verfassungsreform und die *Wieder-Wiederwahl* von Cristina Kirchner durchzusetzen. Es formierte sich, um mit Laclau zu sprechen, eine „äquivalente Kette" gegen dieses Vorhaben. 2013 verlor der Kirchnerismus die Provinz Buenos Aires deutlich gegen den Kandidaten Sergio Massa, der von Mauricio Macri unterstützt wurde. Massa begrub die Hoffnung auf eine Verfassungsreform ein für alle Mal.

Trotz allem war 2015 ein Jahr, in dem soziale Sensibilitäten und Wahlabsichten von hoher Komplexität geprägt waren. Zu Beginn jenes Jahres glaubte im kirchneristischen Lager niemand ernsthaft, dass man gegen Macri eine nationale Wahl verlieren könne. Wieder einmal bestätigte sich Laclaus formale Theorie, allerdings diesmal gegen den „linkspopulistischen" Block. Die UCR und Lilita Carrió fassten den für viele undenkbaren Entschluss, ein Bündnis mit Macri zu schließen. Und sie nutzten das von Cristina Kirchner selbst vorgeschlagene Wahlgesetz, um in den Vorwahlen gemeinsam anzutreten und den offensichtlichen Gewinner zu unterstützen. Ein Theaterstück, das man als „Dialektik des Antagonismus" hätte betiteln können.

Doch das allein genügte nicht. Es war nötig, dass Macri versprach, kein Neoliberaler zu sein, um gewählt werden zu können. Sein Wahlkampf 2015 basierte nicht auf seinem eigenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Programm. Er trat mit einer zentristischen Agenda an. Er versprach, keine Staatsbetriebe zu privatisieren, aber sehr wohl die Inflation zu senken. Der Kirchnerismus hatte es sich damals faktisch selbst verboten, das Wort *Inflation* in den Mund zu nehmen. Die Führungsfiguren sprachen stattdessen in Euphemismen wie „Preisangleichung". Die Regierung hörte sogar auf, die Armut zu messen. Ihr gesamter Diskurs drehte sich spätestens seit 2013 nur noch um die Verteidigung der „gewonnenen Dekade", also um die Errungenschaften der Vergangenheit. Der diskursive Raum der Zukunft blieb vollkommen leer. Er war entleert worden.

Als Macri sich den Diskurs der Zukunft aneignete, hatte er reale Chancen, die Wahl zu gewinnen. Und er gewann die Stichwahl mit eineinhalb Prozentpunkten Vorsprung. Doch dann stand er vor einem Problem. Er hatte es in die Casa Rosada geschafft, aber die Gesellschaft hatte nicht für eine neoliberale Agenda gestimmt. Ein *gramscianisches Problem*, wie bereits erwähnt. Der Weg, den er beschritt, war das genaue Gegenteil dessen, was Milei acht Jahre später tun würde. Macri hatte sich so sehr gemäßigt, um

die Wahl zu gewinnen, dass er sich nach seinem Amtsantritt gezwungen sah, eine „gradualistische" Regierungsstrategie zu verfolgen – also den vorsichtigen Übergang vom kirchneristischen Wirtschaftsmodell zu dem von Macri erträumten. Es ist bemerkenswert, dass einige – vielleicht sogar Macri selbst – diese Strategie im Nachhinein für einen Fehler halten und glauben, dass sie sich für die „Schockoption" hätten entscheiden sollen: „Dasselbe tun, nur schneller", wie der Ex-Präsident selbst schrieb. Aber eigentlich lag der Fehler darin, nicht schon vor der Wahl den ideologischen Kampf zu führen – auch auf die Gefahr hin, zu verlieren.

In Argentinien haben sich die Politiker daran gewöhnt zu glauben, dass das Modell von Menem aus dem Jahr 1989 die Norm ist. Er hatte eine produktive und umverteilende Politik versprochen – und setzte dann die bis zur Amtsübernahme Mileis brutalste neoliberale Offensive um, Doch Menem war die Ausnahme, ein Produkt der Hyperinflation. Demokratische Regierungen haben nicht die Macht, unabhängig von sozialen Sensibilitäten, einfach alles durchzusetzen.

Erlauben Sie mir einen kurzen Exkurs. In einem großartigen Buch schreibt Félix Luna, dass im Februar 1946, als Perón gewann, etwas Ungewöhnliches geschah: Eine große Zahl von Menschen, die ihn nicht gewählt hatten, wünschte ihm dennoch aufrichtig Erfolg. Im Jahr 2015 geschah Ähnliches. Selbst viele, die aus ideologischen Gründen niemals Macri gewählt hätten, machten sich ein anderes Argument zu eigen: Die Rechte habe sich modernisiert, es handle sich um einen normalen Machtwechsel, nichts Dramatisches. Oft vermischten sich hier ernsthafte Analysen mit Wunschdenken.

Während der ersten beiden Regierungsjahre, 2016 und 2017, kam es zu keinem Schock für die Bevölkerung. Macri trat mit einer Abwertung an, setzte aber im Wahljahr auf eine Aufwertung des Peso – und gewann 2017. Er schlug mit einem bis dahin völlig unbekannten Kandidaten Cristina Kirchner in der einstigen peronistischen Hochburg Provinz Buenos Aires. Aber unabhängig von politischen Differenzen beging Macri einen fatalen Fehler. Er erlaubte den massiven Zufluss spekulativen Kapitals nach Argentinien. Milliarden US-Dollar flossen ins Land, wurden in Pesos gewechselt, durch verschiedene Mechanismen wurden extrem hohe Gebühren in Landeswährung eingezogen und jederzeit wurden viel mehr Dollar gekauft als ins Land kamen, die dann wieder ins Ausland abflossen.

Aus welchem Grund auch immer (sei es, weil Macri nicht die erhofften Einschnitte durchführte oder es Koordinationsfehler in seiner Regierung gab) begannen diese Kapitalströme Anfang 2018 das Land zu verlassen. Das löste eine Megaabwertung aus. In diesem Kontext wandte sich Macri an den IWF, zunächst unter der Bedingung, dass die Dollar aus dem Mega-Kredit nicht am Markt verkauft werden dürften, später wurde genau das erlaubt.

Mit dieser Genehmigung nahm Argentinien den größten Kredit auf, die der IWF je einem Land gewährt hatte, um damit den Verlust dieser spekulativen Kurzzeitinvestitionen zu kompensieren. Milliarden von Dollar wurden legal aus den argentinischen Reserven abgezogen. Als Macri antrat, lag der offizielle Dollar-Kurs bei unter 10, der Parallelkurs bei 13 oder 14. Als er das Amt verließ, stand der Dollar bei 80. In vier Jahren verdoppelte sich die vorherige Inflationsrate, und die Armutsquote stieg von 25 auf 35 %.

Ich habe Félix Luna zitiert, weil sich 2015 mehr als die Hälfte der Bevölkerung Argentiniens einer Illusion hingab. Man könne „das Gute aufrechterhalten und das Schlechte verändern", versprach Macri. Das erzeugte enorme Hoffnungen bei seinen Wähler*innen – und weit darüber hinaus. Es war die erste große Enttäuschung dieser historischen Phase. Die zweite war die Regierung von Alberto Fernández. Zusammen bilden Beide die entscheidende Grundlage, um zu verstehen, wie Milei der Weg bereitet wurde. Zusammen verkörpern sie *die doppelte Enttäuschung*. Diese doppelte Enttäuschung ist der Schlüsselstein in der Transformation der emotionalen Landschaften Argentiniens.

Gemeinsam mit Cristina Kirchner gewann Alberto Fernández 2019 mit einer Strategie, die darauf ausgelegt war, jene unentschlossenen Wechselwähler*innen anzusprechen, die einmal Cristina, einmal Macri, dann Alberto und schließlich Milei gewählt hatten. Mit dem Slogan „Wir kommen besser zurück" wollte man einerseits die kirchneristische Basis mobilisieren und andererseits vermitteln, dass man bereit sei selbstkritisch Fehler in der eigenen Agenda anzuerkennen und zu korrigieren. Alberto war jemand, der Néstor Kirchner einst als rechte Hand gedient hatte, dann wegen Meinungsverschiedenheiten über die Resolution 125 gegangen war und ein gutes Verhältnis zur Zeitung *Clarín* pflegte. Lässt sich die Entscheidung Cristinas für ihn als ihren Nachfolger als erste Selbstkritik in Bezug auf die Resolution 125 interpretieren? Wurde er ausgewählt, um das Verhältnis zur Mediengruppe *Clarín* zu verbessern? Spielten die in einem Jahrzehnt Kirchnerismus zu Tage getretenen Differenzen plötzlich keine Rolle mehr? Meiner Ansicht nach kehrte der Kirchnerismus an den Punkt seines polarisierenden Fehlers zurück. Er versuchte, mehr zu reparieren, als er in den letzten Jahren seiner Regierung je versucht hatte. Das war Cristinas Entscheidung, denn sie wählte Alberto ohne irgendeinen Konsultationsprozess. Eine sehr persönliche Entscheidung.

Alberto gewann mit dem Versprechen, „die Wirtschaft anzukurbeln", eine simpel erscheinende Wahlkampfmetapher, die der Regierung später Probleme verursachte. Aber er sagte auch, es sei unmoralisch, dass der Staat mehr Zinsen auf seine Schulden in Pesos bezahle als Renten: „Wenn ich mich zwischen den Rentnern und den Banken wählen muss, entscheide ich mich für die Rentner." Ein Land ohne Banken will kein einziger peronistischer

Politiker – aber zweifelsohne hätte es Alberto Fernández niemals gewagt, sie wirklich zu gefährden. Da er es sagte, weckte er aber Hoffnungen. Er sagte auch, er werde sich nie wieder mit Cristina streiten. 2024 waren bereits zwei Jahre vergangen, in denen sie nicht mehr miteinander gesprochen hatten.

Nicht nur die Hälfte der Bevölkerung, die für Alberto und Cristina gestimmt hatte, setzte große Hoffnungen in sie. Die Erwartung reichte weit darüber hinaus.

Es stimmt, dass Fernández es mit sehr schwierigen Jahren zu tun hatte. Aber ebenso richtig ist Folgendes: Er hat die Inflation nie als das vordringlichste Problem erkannt. Während seiner Amtszeit vervierfachte sich die Inflation im Vergleich zu 2019, die Armut nahm zu, und die Einkommen wurden massiv geschwächt. Der Dollar stieg von achtzig auf tausend Pesos. Das wirtschaftliche Desaster des Peronismus übertraf sogar das unter Macri, was schon einiges heißt. Die internen Machtkämpfe der Regierung absorbierten einen Großteil der politischen Energie. Das Versprechen „wir kommen besser zurück" wurde nicht nur gebrochen, es wurde regelrecht verraten. Heute ist bekannt, dass die persönliche Sekretärin des Präsidenten – nur eine Tür von seinem Büro entfernt – mit hochrangigen Regierungsmitgliedern Vorteile für die Firma ihres Ehemannes aushandelte. Noch ist nicht bewiesen, ob der Präsident davon wusste. Nehmen wir für einen Moment an, er wusste es nicht. Und jetzt stellen wir uns vor, dass die Sekretärin irgendeines Präsidenten eines Landes, das wir bewundern vier Jahre lang hinter seinem Rücken Geschäfte machte. Wie würde man das nennen?

Was hatte das Pech der Pandemie mit diesen Machenschaften zu tun, mit der *Fiesta von Olivos*, mit Impfungen, die auf der Basis von Beziehungen vergeben wurden, oder mit den Anschuldigungen der First Lady gegen den Präsidenten? Was hatte die Pandemie mit dem Fehlen eines konsensual abgestimmten wirtschaftspolitischen Plans innerhalb des *Frente de Todos* zu tun? War das die Art, wie man „besser zurückkommen" wollte? Was hatte das Pech mit dem massenhaften Rücktritt von Ministern, die sich gegen den Präsidenten stellten, zu tun? Aus irgendeinem mysteriösen Grund der menschlichen Psychologie gibt es politische Führungspersönlichkeiten, die ihre eigene Rolle bei der Niederlage der von ihnen angeführten Allianzen nicht erkennen. Und sie erwarten, dass sich ihre Leugnung der Realität auf die gesamte Gesellschaft überträgt. Ein unerfüllbarer Wunsch.

Narrative wie „Niemand rettet sich allein", „Die Heimat ist der Andere", „Die Heimat bist Du" oder der Appell an Solidarität

> **entpuppen sich als heuchlerisch für viele Bürger*innen, die seit Jahren Ungerechtigkeiten bei Subventionspolitiken, Verantwortungslosigkeit im Umgang mit öffentlichen Geldern, Korruption und ein erbittertes inneres Machtgerangel**

wahrnehmen, was das dazu führt, dass das idealistische Narrativ von brüderlicher Gegenseitigkeit und Bescheidenheit untergraben wird. (Semán 2023, S. 19).

Tatsächlich ist es so, dass politische Narrative dann ihre Überzeugungskraft gegenüber Unentschlossenen entfalten, wenn sie die verschiedenen sozialen Anliegen aufgreifen und mit ihnen in Dialog treten. Politik sollte ein Dialog sein, einer, in dem man Argumente anhört, darauf eingeht und daraus Synthesen entwickelt. Doch wenn die politischen Führungen Fachleute auswählen, die ihnen helfen, all das zu leugnen oder zu verschweigen, was nicht perfekt in ihr Narrativ passt – seien es Armutszahlen, Inflationsraten, Korruptionsfälle oder offensichtliche Fehler – dann sind diese Narrative nichts weiter als fragile Boote, auf denen Schiffbrüchige dem Untergang entgegentreiben.

Wenn dieses Problem kein Einzelfall ist, sondern Ausdruck einer grundlegenden Struktur, in der die Verleugnung zur Routine wird, erkennt ein Großteil der Bevölkerung nach und nach die Entkopplung der Regierung und ihrer Akteure von den gesellschaftlichen Erwartungen. In dieser Situation kommt es zu einem Bruch der Sensibilitäten, der sich mit der Zeit verfestigt. Von dort aus ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis völlig unterschiedliche Narrative entstehen. Es braucht dann neue Stimmen, die als Katalysatoren für neue Bedeutungen und Wahrnehmungsräume fungieren.

„Besser zurückkommen" hätte bedeutet, harte Zahlen offen zu legen, Erfolge nicht zu übertreiben, als Teil eines transparenten Regierungsstils sorgfältig mit öffentlichen Informationen umzugehen. Solange sich die Verantwortung für schmerzhafte Zahlen auf Vorgängerregierung abschieben lässt, ist das für die neue Regierung sogar vorteilhaft: das Narrativ des „schweren Erbes". Das Problem beginnt dort, wo eine Zahl unmissverständlich auf eigene Verfehlungen hinweist. Die meisten Regierungen beginnen dann, absurde argumentatorische Verrenkungen anzustellen. Im Fall der Fernández-Regierung von 2019 bis 2023 wurde die Taubheit gegenüber Problemen zu einem stetig wachsenden Übel. Die Verleugnung war systematisch. Deshalb kam es nicht nur mit der Wechselwählerschaft zum Bruch, sondern auch mit einem Teil des traditionellen, klassisch-popularen Peronismus.

Nachdem die beiden großen Enttäuschungen stattgefunden hatten, begann die Erosion der beiden großen politischen Lager – und das politische Spektrum teilte sich mit dem Einstieg Mileis in drei Drittel. Millionen verarmter und enttäuschter Argentinier und Argentinierinnen wandten sich Milei zu. Für viele von denen, die ihn bereits bei den Vorwahlen wählten, ist er jemand, der sich mit Wirtschaft auskennt, ein gebildeter Mensch, der weiß, wie Märkte funktionieren und eine Strategie hat, um wirtschaftliche Probleme zu lösen. Diese drei Charakterisierungen wurden in zahlreichen Interviews, Fokusgruppen und Berichten immer wieder erwähnt.

„Ich würde Milei wählen", sagte mir ein junger Mann 2022 in einer ärmeren Zone des Großraums Buenos Aires. „Auch wenn ich bei manchen Aussagen nicht einverstanden bin, weiß ich: Alberto und Macri würde ich nicht mehr wählen. Ich habe dem einen eine Chance gegeben, dann dem anderen – jetzt setzen wir auf Milei."

Was bei diesen Wähler*innen passiert, ist kein Zufall:

> Der Wandel, auch wenn er in den Abgrund führt, war notwendig – als einziger verzweifelter Versuch, die Angst zu bewältigen, die durch eine Kaste erzeugt wurde, die, sollte sie wiedergewählt werden, nur diese Angst und Zersetzung verlängern würde. (Solano et al. 2024, S. 27)

Im selben Forschungsbericht wird vorgeschlagen, die Wähler*innen Mileis in „libidinale" und „moderate" zu unterscheiden. Der fanatische Wähler (ich bevorzuge diesen Begriff) belebt das politische Ökosystem, übertreibt, macht es dadurch aber auch anziehend. Der moderate Wähler hingegen glättet die Themen, bringt sie in die öffentliche Debatte ein, obschon es einige mit mehr Hoffnung und anderer mit mehr Ambivalenz gibt (Solano et al. 2024, 6). In der letzteren Gruppe äußern sich Unsicherheit und Enttäuschung angesichts eines „überzogenen Sparkurses", des Eindrucks, dass „wir selbst die Kaste sind", sowie eines übermäßig konfrontativen Milei, dem das Leid der Menschen gleichgültig erscheint. Die Entwicklung dieses Mangels an Sensibilität von Seiten der Regierung lohnt es sich genau zu verfolgen. Hier muss aber auch festgehalten werden, dass in den Ländern, in denen die Polarisierung zunahm, nach und nach alle moderaten Kräfte schrumpften und sich viele dem Fanatismus zuwandten. Das zeigt, dass diese Kategorien nicht starr sind, sondern dynamisch.

Die Pandemie hat die Subjektivitäten verändert

Die genannten Merkmale der Regierung Fernández und die Pandemie als globales Großereignis trugen in Kombination zur Herausbildung einer neuen emotionalen Landschaft bei. 2022 habe ich versucht zu zeigen, dass die Pandemie, zumindest im Fall Argentiniens, eine traumatische Erfahrung war (Grimson 2023). Eine traumatische Erfahrung kann sich mit sozialen Traumata aus der Vergangenheit verknüpfen. Wenn dies geschieht, gewinnt das gesellschaftliche und subjektive Leid an Tiefe und Komplexität. Es entsteht ein hochgradig verdichtetes Unbehagen und eine schwer vorhersehbare soziopolitische Dynamik.

Im Jahr 2020 wurde Covid weltweit zum dominierenden Thema und hatte enorme Auswirkungen auf Wirtschaft und Alltag. Im argentinischen Fall – und auch in anderen Ländern – fand die extreme Rechte in der Pandemie und der Quarantäne eine entscheidende Bühne für ihren politischen Aufbau und ihre Projektionen. Die Pandemie und die gleichzeitige Wirtschaftskrise verschärften alle bestehenden Ungleichheiten dramatisch: die Verteilungs- und Einkommensungleichheiten, die Geschlechterungleichheit, die Bildungsungleichheit und viele andere. Nur staatliches Handeln und soziale Netzwerke konnten dieser Dynamik zumindest teilweise entgegenwirken.

Gleichzeitig betonte die Epidemiologie, dass nur eine drastische Reduzierung menschlicher Kontakte die Ansteckung bremsen könne. Doch diese Reduzierung ist ein sozial vielschichtiges Problem. Weltweit hatten Lockdown-Quarantänen enorme wirtschaftliche Folgen vom Rückgang des BIP über Arbeitsplatzverluste bis zu Einkommenseinbußen. Die sozialen und subjektiven Folgen wurden hingegen unterschätzt. Es kam zum Verlust von Bildungsräumen, sozialen Beziehungen, vertrauten Alltagsstrukturen. Für die Familien bedeutete dies ein hohes Maß an intensiver Nähe. Es war ein paradoxes Nebeneinander von Distanz und extremer Koexistenz.

So entstand eine „Paradoxie der Alterität". Gerade in der Krise, in einer Phase sozialen Stresses, ist das Bedürfnis nach Nähe, Zusammenhalt und gegenseitiger Fürsorge besonders hoch. Aber um sich zu schützen, erforderte Covid-19 physische Distanz, die in Argentinien (wie anderswo) als „Isolation" bezeichnet wurde. Diese Maßnahmen erschütterten grundlegende soziale Bindungen. Man „isolierte" sich, um sich selbst und andere zu schützen.

Ein Aspekt, der bei der Entscheidung für besonders strenge Quarantänemaßnahmen – wie in Argentinien – nie berücksichtigt wurde, war die Energie der Gesellschaft. Mit „sozialer Energie" ist die Fähigkeit einer Gesellschaft gemeint, kollektive und individuelle Anstrengungen zu bewältigen – etwa drastische Mobilitätseinschränkungen, soziale Distanz, die Organisation des Familienlebens, der Ernährung, der Bildung und anderer Aspekte. Diese „Energie" variierte im Laufe der Pandemie, abhängig von Faktoren wie Angst vor Ansteckung, Anstieg von Fallzahlen und Todesfällen, materiellen Möglichkeiten zur Isolation, Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, politischer Glaubwürdigkeit, sozialem Vertrauen, bereits durchgeführter Maßnahmen und der Bewertung ihrer Wirksamkeit.

Für uns, die wir uns im Paradigma der Fürsorge verorten und die Negierung des angeblichen „Grippchens" ablehnen, ist die Frage, ob „Zuhause bleiben" und sich zu isolieren nicht nur, wie viele meinten, eine moralische Entscheidung, sondern Gegenstand einer nicht abgeschlossenen Debatte. Es ist auch eine ökonomische, affektive, multidimensionale Frage. Jene, die sich über längere Zeit kompromisslos als einzig ethisch vertretbare Haltung

ans Prinzip Isolation klammerten, hatten letztlich – ohne es zu wollen, mit gegenteiliger Absicht –, einen Anteil daran, Milei den Weg zu öffnen Sie suchten keinen Ausgleich zwischen konkurrierenden Bedürfnissen und Forderungen, sondern schufen eine eindimensionale, unausgewogene Politik und sorgten so dafür, dass eine politische Kraft, die Gleichgewichte verabscheut, an die Macht gelang.

In Argentinien war die gesellschaftliche Anstrengung zur Überwindung der Pandemie enorm, die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen waren massiv und die politische Enttäuschung über den Präsidenten, ausgelöst durch das Foto, das ihn auf der *fiesta de Olivos* zeigt, umso verheerender. Dieses Foto wurde im August 2021 öffentlich, stammte aber aus dem Vorjahr. Genau zu dem Zeitpunkt als die Quarantäne gerade am rigidesten durchgesetzt wurde, als es Angehörigen untersagt war, sich von ihren Verstorbenen zu verabschieden, wurde also ein Bild aufgenommen, das zeigt, wie die Lebensgefährtin des Präsidenten in seiner Anwesenheit in der Präsidentenvilla ihren Geburtstag feiert. Niemand trug eine Maske. In anderen Ländern hatten ähnliche Vorfälle zum Sturz von Regierungen geführt. In Argentinien führte es zu einem Wahlfiasko und dem endgültigen Verlust der Glaubwürdigkeit dieser Regierung.

Eine Gesellschaft inmitten einer wirtschaftlichen Krise, ohne staatliche Verschuldungskapazität, die frühzeitig und streng eine Quarantäne mitgetragen hatte, sah sich mit endlosen oder willkürlich wiederkehrenden Mobilitätseinschränkungen konfrontiert. Die moralisch höchste Autorität in Sachen Fürsorge hatte gegen die eigene Gesetzgebung verstoßen. Mit der Veröffentlichung des Fotos im August 2021 war das Vertrauen in den Präsidenten, in die Regierung und in den Staat unwiederbringlich verloren.

Im Auftreten der „Anti-Quarantäne"-Proteste erkennen wir die Keimzelle vieler diskursiver Elemente der extremen Rechten. Diese zeigten sich beispielsweise in der offenen Leugnung der Pandemie und dem Bestreben, den Fürsorgevertrag zu untergraben. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wurde unterwandert, während das Prinzip des „Jeder ist sich selbst der Nächste" an Einfluss gewann. Es kam zu einem Anstieg verschwörungsideologischer Diskurse, laut denen Covid-19 ein Plan gewesen sei, um die Freiheit der Menschen einzuschränken und Restriktionen durchzusetzen. Politische Gegner für den Tod von Menschen verantwortlich zu machen, verstärkte die gesellschaftliche Polarisierung erheblich.

Die gesellschaftliche Erschöpfung folgt einer unerbittlichen Dynamik. Politische Ausnutzung dieses Unbehagens verschärft sie stark. Zwischen Pandemie, Quarantäne und den daraus resultierenden Maßnahmen wuchsen im Jahr 2021 Wut, Überdruss, Erschöpfung und Enttäuschung

gegenüber der Politik. Es entstand das Gefühl, dass es keine Zukunft mehr gebe – ein kollektives, subjektives Leiden.

Die Wirtschaftskrise, die Abwertung der Währung, der Preisanstieg und die Inflation hatten lange vor der Pandemie begonnen. Im Mai 2018 setzte die tiefgreifendste Wirtschaftskrise in vierzig Jahren Demokratie ein. Während wir diesen Essay schreiben (Mitte 2024), ist diese Krise noch immer nicht überwunden. Zu Recht sprechen viele Ökonom*innen von einer Stagnation, die in den ersten Jahren des zweiten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts mit dem Rückgang der Rohstoffpreise einsetzte. Doch die Mega-Abwertung mit Inflation, Einkommensrückgang und wachsender Armut begann erst 2018. Seitdem waren in Argentinien die Preise relevanter Produkte nicht mehr vorhersehbar.

Man kann also erkennen, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie im Fall Argentiniens besondere Züge tragen. Die Krise führte dazu, dass das ökonomisch-soziale wie auch das subjektive Leiden im internationalen Vergleich besonders langanhaltend war. Es geht dabei selbstverständlich nicht um einen Wettbewerb zwischen Ländern, wer mehr oder weniger gelitten hat. Vielmehr stellt sich die Frage, wie die Indikatoren in jedem Land kontextualisiert werden und wie sie mit sozialen Wahrnehmungen, kollektiver Angst und den emotionalen Landschaften der jeweiligen kulturellen Konfiguration verknüpft sind.

Bis 2023 war die Krise weniger tiefgreifend als die von 2001, aber deutlich langwieriger. In der Bevölkerung waren verschiedene Emotionen miteinander verflochten: die Angst vor Ansteckung, die Solidarität mit gefährdeten Angehörigen, der Druck, Einkommen zu erzielen, die Unsicherheit, das Gefühl multipler Verluste sowie Veränderungen in allen sozialen Beziehungen. Hinzu kamen die materiellen Belastungen der Isolation aufgrund der Wohnverhältnisse (z. B. Überbelegung und beengte Verhältnisse in benachteiligten Stadtteilen).[29]

Im Bericht der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) von 2020 heißt es, dass „soziales Unbehagen eine subjektive Erfahrung“ sei. Es könne ein Motor für Veränderung sein oder politische Apathie erzeugen. Oder, wie wir hinzufügen möchten, eine Dämonisierung der Berufspolitik hervorrufen. Im CEPAL-Bericht steht hierzu: „Das Ausbleiben einer Reaktion der Regierungen und Institutionen auf das Unbehagen kann zu erheblichen Spannungen führen. (...) Die Ursachen des

29 Die Sozialwissenschaften haben sehr bedeutende Beiträge zum Studium und zur Arbeit in benachteiligten Stadtvierteln geleistet. Dieses vermeintlich nebensächliche Thema wurde von Beginn an zu einem zentralen Aspekt für die Dynamik und das Management der Pandemie. Und dasselbe geschah auch mit anderen Themen – von den indigenen Völkern bis hin zu Fragen der Geschlechterverhältnisse.

Unbehagens anzugehen, ist entscheidend, um sich intensivierende Konflikte, Gewalt und Krisen zu vermeiden." (S. 37)

Die Betrachtung interpersonaler sozialer Beziehungen stellt eine Möglichkeit dar, das Unbehagen zu analysieren. Sowohl Diskriminierung als auch das Fehlen von Gleichbehandlung oder grundlegendem Respekt im Umgang miteinander führen zu vermindertem zwischenmenschlichem Vertrauen, Angst vor anderem, übersteigertem Individualismus – und münden schließlich in einem deutlichen Absinken der Solidarität.

Laut dem Latinobarómetro 2018 ist das Maß an zwischenmenschlichem Vertrauen in Lateinamerika von etwa 23 % auf 14 % gesunken. Das Misstrauen gegenüber anderen und das Gefühl von Unsicherheit können sich negativ auf die Nutzung öffentlicher Räume auswirken, die gemeinschaftliche Bindungen stärken.

„Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie hat eine tiefe Krise und enorme Unsicherheit ausgelöst", stellte die CEPAL bereits 2020 fest. Nach diesem Bericht litten 52 % der Jugendlichen unter erhöhtem Stress, 47 % berichteten über Momente von Angst und Panik, und 20 % erklärten, psychologische Unterstützung durch das Gesundheitssystem in Anspruch nehmen zu wollen. Abschließend wurde gewarnt, dass die Pandemie starke Auswirkungen auf die psychische Gesundheit habe.

Anfang 2022 führte ich zahlreiche Interviews mit Psychotherapeut*innen, die mit unterschiedlichen sozioökonomischen Gruppen arbeiten. Ihre Praxen waren Resonanzräume für Ängste und subjektive Beschwerden. Dort fand ich Hinweise auf diese Leiden, auf eine emotionale Landschaft von hoher Intensität. Eine Konstellation, die politische Ausformungen und Entwicklungen nach sich ziehen würde, die ich im Folgenden zusammenfasse.

Das vorherrschende Gefühl war das der Verlassenheit oder des Ausgeliefertseins. Es umfasste eine lange Kette von Emotionen wie Frustration, Demütigung, Mutlosigkeit, Angst, Schutzlosigkeit, Enttäuschung, Wut über Betrug oder Diebstahl, Perspektivlosigkeit, Erschöpfung, Resignation und Nervosität. Die allgemeine Stimmung war von Unsicherheit und Verbitterung geprägt. Es tauchten Hinweise auf die später diskutierte Wiederkehr einer „Kastengesellschaft" auf, was sich in der Diskussion über Privilegien und Vorteile im Zusammenhang mit fehlendem Schutz zeigte.

Was den Menschen fehlte waren Dinge wie Gewissheit, Schutz, Anerkennung, Lösungen, wirksame Antworten, Sicherheit in einem umfassenden Sinne. Nicht im Sinne von Polizeipräsenz, sondern im Sinne von gesellschaftlichem Schutz. Was vermisst wurde oder als abwesend empfunden wurde, war eine autonome und glaubwürdige Führung, die in der Lage wäre, wirtschaftliche Fragen anzugehen, eine positive Haltung einzunehmen, Optionen abzuwägen und dringliche Probleme zu lösen.

Wie man sieht, zeichnete sich in dieser Spannung bereits vieles von dem ab, was zwischen 2022 und 2023 geschehen sollte. Die Pandemie – wie jede schwerwiegende Notlage, die das Leben aus der Bahn wirft – erzeugt kollektiven Stress. „Die Pandemie ist ein multidimensionaler Stressfaktor" (OPSA/UBA 2021). Sie kann ähnlich wie ein Krieg Traumata auslösen. So kam es zu einem deutlichen Anstieg von Angstzuständen und Depressionen. Viele Menschen litten unter Schlafstörungen.

Covid war eine Bedrohung. Eine Hyperreaktivität setzte ein. Im Zustand erhöhter Wachsamkeit hört man weniger zu und neigt eher zu Fehlern. Es entsteht Reizbarkeit und Zorn. Alles kann als bedrohlich empfunden werden. Aus diesem Zustand heraus entsteht soziale Gereiztheit, schlechte Laune. Der Konsum von Alkohol oder Psychopharmaka nahm im Jahr 2020 im Vergleich zu 2019 zu – gerade weil diese den Zustand der übersteigerten Alarmbereitschaft dämpfen.[30]

Die Pandemie war eine vorübergehende Situation, die sich jedoch als viel zu langwierig erwiesen hat. Wenn sich Krisen in die Länge ziehen, ist kein Horizont in Sicht. Das trägt zu einer allgemeinen Erschöpfung bei, und einer enormen Empfindlichkeit. Oft richtet sich der Ärger, das Unbehagen, gegen den Überbringer der Botschaft, also gegen jene Personen, die über die Situation und Schutzmaßnahmen informieren und kommunizieren.

Aus Sicht der meisten hochrangigen Regierungsbeamten lag der Schwerpunkt darauf, dass neben den strengen Einschränkungen das Gesundheitssystem gestärkt und Maßnahmen zur Abfederung der sozioökonomischen Folgen ergriffen worden seien. Aus Sicht der Gesellschaft hingegen handelte es sich um schwache Eingriffe angesichts einer Vielzahl von Verlusten, die eine traumatische Erfahrung bedeuteten. Die Angst vor Ansteckung, der Verlust geliebter Menschen, der Verlust von Arbeit, Wohnung, das Ansteigen der Armut – all das erzeugt ein Gefühl der sozialen Schutzlosigkeit und Vernachlässigung.

In Argentinien ziehen viele Menschen Vergleiche zwischen dieser Krise und der von 2001, sowohl in Bezug auf die sozialen als auch auf die psychologischen Folgen. Diese Krisen nehmen den gesamten Raum des Alltagslebens ein. Die gesellschaftliche und politische Realität beginnt, alles zu dominieren. Und je länger das anhält, desto schwerer ist es zu ertragen. Es führt zu einer allgemeinen Intoleranz.

30 Die Argentinische Apothekerkonföderation (*Confederación Farmacéutica Argentina*) und Forschungseinrichtungen dokumentierten einen Anstieg des Konsums von Psychopharmaka im Jahr 2020 im Vergleich zu 2019 – sowohl mit Rezept als auch ohne. (Infobae, 5.10.2021)

Die Pandemie als traumatische Erfahrung

In vielen Gesellschaften war die Pandemie eine traumatische Erfahrung. Sowohl in der Sozialtheorie als auch in der psychoanalytischen Theorie gibt es eine umfangreiche theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff des sozialen Traumas. Hier sei nur in knapper Form gesagt, dass ein Trauma im Wesentlichen aus einem Ereignis hervorgeht, das durch eine derart hohe Intensität gekennzeichnet ist, dass eine angemessene Reaktion, die die Gesellschaft oder bestimmte Kollektive vor einem langfristigen subjektiven Einfluss bewahren könnte, unmöglich wird.[31]

Offensichtlich ist die Entstehung eines Traumas das Ergebnis einer Begegnung zwischen einem objektiven Ereignis – im Sinne eines vom Subjekt unabhängigen Geschehens (ein Unfall, ein Krieg, eine Pandemie) – und einer einzigartigen, subjektiven Geschichte, die eine spezifische Art der Erfahrung und Einschreibung dieses Ereignisses mit sich bringt. So wie ein und derselbe Unfall auf unterschiedliche Weise erlebt werden kann, handelt es sich bei der Pandemie um ein globales Phänomen, dessen Bedeutung und Einschreibung auf verschiedenen Ebenen variiert. Offensichtlich auf individueller Ebene – manche Menschen erleben Stress, Angst oder Depressionen, andere nicht. Doch die Tatsache, dass in einer Gesellschaft infolge einer Pandemie solche oder ähnliche Krankheitsbilder signifikant zunehmen, ist ein soziales Phänomen – nicht ausschließlich ein individuelles.

Ebenso ist es entscheidend, nach den vorangegangenen traumatischen Erfahrungen zu fragen, die diese Gesellschaft möglicherweise durchlebt hat und die für die Erfahrung der Pandemie bedeutsam sein könnten. Umso mehr, wenn die folgenden Jahre von einem Krieg in Europa, von Inflation und Ankündigungen möglicher „apokalyptischer Preissteigerungen bei Lebensmitteln" geprägt sind.

Ausgehend von der Vorstellung, dass ein Trauma aus dem Zusammentreffen eines Ereignisses mit einer einzigartigen Subjektivität resultiert, gehe ich davon aus, dass die Pandemie in Argentinien als Reaktivierung bestimmter traumatischer Erfahrungen des letzten halben Jahrhunderts erlebt wurde. In einer früheren Studie habe ich dargelegt, dass die argentinische Gesellschaft vor dieser Pandemie mindestens vier traumatische Erfahrungen durchlebt

31 Es handelt sich um eine „erlebte Erfahrung, die in sehr kurzer Zeit eine so starke Steigerung der Erregung im psychischen Leben hervorruft, dass deren Verarbeitung oder Bewältigung mit den üblichen und normalen Mitteln scheitert, was zwangsläufig zu dauerhaften Störungen im energetischen Funktionieren führt" (Laplanche und Pontalis, 1996, 447–448). Die traumatische Neurose ist dabei ein „Typus von Neurose, bei dem die Symptome auf ein emotionales Schockerlebnis folgen, das in der Regel mit einer Situation verknüpft ist, in der das Subjekt sein Leben bedroht sah".

hat: den Staatsterrorismus, den Falklandkrieg, die Hyperinflation von 1989–1990 und die Krise von 2001 (Grimson 2004, 2007).

Ebenso wie Nachkommen von Überlebenden von Konzentrationslagern unter den psychologischen Folgen dieser grausamen Erfahrung leiden, ist es nicht notwendig, jede dieser Situationen individuell erlebt zu haben, um in einer Gesellschaft zu leben, die kulturell durch diese Serie traumatischer Erfahrungen geprägt wurde.

Ebenso wie in anderen Gesellschaften wurde die Pandemie auch in Argentinien als Trauma erlebt, mit dem Unterschied, dass sie sich hier in eine einzigartige Reihe traumatischer Erfahrungen eingeschrieben hat. Daher ist es zur Erklärung bestimmter Phänomene, die ab 2021 auftraten, notwendig, auf diese traumatische Reihe zurückzugreifen. Mich interessiert die Frage, wie sich diese traumatische Erfahrung in die traumatische Serie unterschiedlicher gesellschaftlicher Kontexte einschreibt.

Im Rahmen dieser gesellschaftlichen Analyse schlagen wir vor, die ursprüngliche Freud'sche Idee von der „Zweizeitigkeit des Trauma" zu erweitern.[32] Das heißt: die Vorstellung, dass im zweiten Ereignis Schmerzen und Leiden aktualisiert oder erneut erlebt werden, die im ersten entstanden sind. Wie eine Wunde, die nicht ganz verheilt ist und über die sich eine neue, aber zugleich mit der ersten verbundene legt und sie wieder aufreißt. Mir ist bewusst, dass ich Freuds Konzept der Zweizeitigkeit des Traumas nur teilweise aufgreife, um zunächst die Bedeutung der Geschichte und dann die Bedeutung der Serie traumatischer Erlebnisse einer Gesellschaft hervorzuheben. Mich interessiert insbesondere, wie die Bedeutung eines Ereignisses unweigerlich mit früheren traumatischen Ereignissen verknüpft ist. Es geht also nicht so sehr um die persönlichen, sondern vielmehr um die kulturellen Dimensionen dieser traumatischen Prozesse und wie unterschiedlich diese von der Gesellschaft verarbeitet wurden.[33]

---

32 Die ersten freudianischen Texte mit einer originellen Vorstellung vom Trauma stammen aus den Jahren 1895 und 1896, etwa „Entwurf einer Psychologie", „Die Vererbung und Ätiologie der Neurosen", „Weitere Bemerkungen über die Abwehr-Neuropsychosen" und „Die Ätiologie der Hysterie". Abgesehen davon, dass das Trauma bei Freud einen sexuellen Charakter hat, interessiert uns hier vor allem, dass sich das Trauma in der Zeitlichkeit des *après-coup* konstituiert. Freud schlägt eine vollkommen neuartige Logik vor, um zu erklären, warum es zwei zeitlich getrennte Momente braucht, damit sich ein Trauma bildet. Er stellt eine Verbindung her zwischen einem aktuellen Ereignis und einem früheren, wobei Letzteres durch das spätere Ereignis *nachträglich (après-coup)* seine traumatische Wirkung entfalten kann. Ich betone: Uns interessiert an dieser Stelle diese Geschichtlichkeit verschiedener Momente, die die Vergangenheit aktiviert, sowie der besondere Charakter der traumatischen Serie. Außerdem ist die ab 1919 entwickelte Vorstellung der „Kriegsneurose" von äußerstem Interesse, da sie eine Verbindung zwischen subjektivem Leiden und gewaltigen gesellschaftlichen Ereignissen herstellt.

Zu verstehen, dass in einer Gesellschaft die Pandemie als traumatische Erfahrung erlebt wurde, die frühere Erfahrungen reaktiviert, kann entscheidend sein, um die neue emotionale Landschaft zu erfassen – eine Landschaft, die Gefühle wie Wut, Traurigkeit, Unbehagen, Depression, Frustration und Ohnmacht miteinander verknüpft. Diese Konfigurationen von Sensibilität können sich zeitlich viel weiter ausdehnen, als es zu erwarten wäre, wenn nicht frühere traumatische Erfahrungen reaktiviert würden.

So etwa wird der subjektive Eindruck der globalen Inflation in jedem Land und in jeder Gruppe unterschiedlich erlebt. Die Annahme ist, dass dieselbe Inflation in Ländern mit oder ohne hyperinflationäre Vergangenheit unterschiedliche Bedeutungen hat und unterschiedliches Unbehagen hervorruft. Die Ausweitung der für Krisen typischen Unsicherheiten ruft dort unterschiedliche subjektive Erfahrungen hervor, wo es frische Erinnerungen an ähnliche Situationen gibt – oder eben keine. Mit anderen Worten: Der unaufhörliche Anstieg der Inflation verknüpfte sich in Argentinien mit den traumatischen Erinnerungen an die Hyperinflation vergangener Jahre.

Zu Beginn der Pandemie erreichte die Popularität des Präsidenten 80 %, der bei vielen als „beschützender Vater" wahrgenommen wurde. Die bereits erwähnten Verluste, die schwache staatliche Präsenz angesichts von 130.000 Todesfällen,[34] und das Foto von der Geburtstagsfeier in der Präsidentenvilla während der Quarantäne führten zu einem Gefühl der Enttäuschung über die Regierung. Diese Enttäuschung hat klare Vorläufer in der Episode des Falklandkriegs und in den 1990er-Jahren. Der Krieg war ein Versprechen auf Rückgewinnung und endete als monumentale Täuschung. Die Niederlage im Krieg führte zur Mobilisierung, die das Ende der Diktatur einleitete. Das Ende der Regierung Alfonsín war (wie in vergleichbaren Jahren in Mexiko und Brasilien) von Hyperinflation geprägt, eine weitere große Enttäuschung. Hinzu kam die Enttäuschung der 1990er-Jahre: Die Parole

33 Collette Soler (1998) sagt: „Vom Trauma sprechen wir, wenn es zu einem Einbruch des Schmerzes, des Leidens, des Entsetzens durch ein unerwartetes Zusammentreffen kommt."

34 Ich kenne die Perspektive der verschiedenen öffentlichen Amtsträgerinnen und Amtsträger jener Zeit sehr gut und bin mir sicher, dass sie über die Aussage zur Fragilität des staatlichen Handelns überrascht sein werden. Die meisten von ihnen arbeiteten Tag und Nacht, es wurden Krankenhäuser gebaut, die Herstellung und Verteilung von Beatmungsgeräten wurde vorangetrieben, 50 % der Gehälter aller registrierten Privatbeschäftigten wurden bezahlt, die Beschäftigten im Gesundheitswesen gaben alles an vorderster Front, ein riesiges Netz zur Lebensmittelhilfe wurde aufgebaut, der Familien-Notfallzuschuss wurde im Jahr 2020 dreimal ausgezahlt – und die Liste ließe sich fortsetzen. Doch angesichts einer so lang andauernden Pandemie und einer so strikten und früh eingeführten Quarantäne wird umso deutlicher, dass nichts eine funktionierende Wirtschaft ersetzen kann. Wenn man dazu noch 130.000 Todesfälle und eine brutale moralische Enttäuschung hinzuzählt, ist es nachvollziehbar, dass ein Großteil der Gesellschaft die Dinge sehr anders wahrnimmt.

„Ein Peso, ein Dollar“ endete im Ruf „Que se vayan todos“ („Alle sollen verschwinden“) während der Krise 2001/2002.

Wie verarbeitet eine Gesellschaft eine derart wuchtige Serie von Enttäuschungen? Es ist ein offener Prozess. Traumatische Erfahrungen hinterlassen Schmerz, eine Spur. Jede Situation, die diesen Schmerz in Erinnerung ruft, löst eine negative Reaktion aus. Sobald das Trauma subjektiv verankert ist, erzeugt jedes Ereignis, das diese Spur reaktiviert, Überdruss, Erschöpfung oder Ablehnung. Um diesen Schmerz zu vermeiden, ziehen es viele Menschen vor, jeglichen Kontakt mit Wörtern, Personen oder Symbolen, die sie an das Trauma erinnern, um jeden Preis zu meiden. Das wären in diesem Fall die Pandemie und die damit verbundenen Begriffe und Bilder.

Noch vor der Anklage gegen Fabiola Yañez machte der damalige Präsident Alberto Fernández regelmäßig politische Aussagen. Doch schon längst hörte ihm niemand mehr zu, seine Worte waren nur eine erneute Erinnerung an Schmerz und Enttäuschung. Es hatte nichts mit dem Inhalt seiner Aussagen zu tun. Was er getan hatte, hatte seine Position bereits über Jahrzehnte hinweg geprägt. Es konnte nur noch schlimmer werden und das geschah dann auch mit den nachfolgenden Skandalen.

Die schon erwähnte Reizbarkeit führt dazu, dass sich die Wut der Bevölkerung auf politische Führungsfiguren und bestimmte politische Entscheidungen richtet. Die Hypersensibilität schafft ein Umfeld, in dem es zu unerwarteten sozialen Reaktionen kommen kann. Um diese erklären zu können, muss man die Komplexität des Problems verstehen.

Ich habe öffentlich gesagt, dass die Regierung, der ich angehörte, unsensibel war und zunehmend einen Mangel an Sensibilität an den Tag legte. Ich spreche hier nicht von einzelnen Amtsträgern, die ich durchaus als sensible Menschen betrachte, sondern von der Art und Weise wie eine Regierung das Verhältnis zur Gesellschaft beeinträchtigt, wenn sie sich weigert, dieses Trauma, dieses Unbehagen, diesen Schmerz zu verstehen. Man könnte einwenden, dass Berufspolitik ein gewisses Maß an Unsensibilität erfordert, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Aus meiner Sicht haben wir jedoch wiederholt erlebt, wie die Verleugnung ernsthafter sozialer Probleme in Argentinien mehrere Regierungen zu Fall gebracht hat. Falls also ein gewisses Maß an Unsensibilität notwendig wäre, dann würde Professionalität bedeuten, diese dennoch unter Kontrolle behalten zu können. Andernfalls führt Verleugnung zum Scheitern.

Eine der Thesen dieses Essays ist, dass der Schmerz, der mit der beschriebenen traumatischen Serie verbunden ist, entscheidend dafür ist, zu verstehen, wie sich in den folgenden Jahren die emotionale Landschaft der Gesellschaft und der Politik in Argentinien formierte. Mit anderen Worten: Stimmen die Menschen gegen ihre eigenen Interessen? Oder glauben sie,

dass durch diese Wahl eine gewisse Wiedergutmachung möglich ist? Die vorherige Regierung war selbst Urheber des Schadens und daher politisch nicht in der Lage, sich als Kraft der Wiedergutmachung zu präsentieren. Wahrscheinlich wird die aktuelle Regierung eine weitere Enttäuschung sein, das werden wir bald erfahren.

Ich vertrete hier eine Kritik am Ökonomismus der progressiven Linken, die sich einbildet, dass es nur ein wenig Geduld benötigt, bis die Bevölkerung selbst erkennt, dass rechte Parteien nur für die Reichen regieren. Am ersten Tag der Regierung Macri glaubten Tausende Menschen, dass seine Präsidentschaft nur wenige Monate dauern würde. Dasselbe wiederholte sich mit Milei – als wäre es unmöglich, aus Erfahrung zu lernen. Ähnlich wurde das bereits 2005 in den USA beobachtet: „Die Demokraten sehen sich eine Situation wie die im heutigen Kansas an und reiben sich die Hände in Erwartung der Früchte, die sie ernten werden: ‚Warte nur ab, wie Ronald Reagans Sozialpolitik ihnen noch um die Ohren fliegen wird'" (Frank 2008, S. 155). Diese Perspektive verhindert das Verständnis für das intersubjektive und politische Geflecht, durch das Mittel- und Unterschichten unter bestimmten Umständen rechte Optionen wählen.

Von der Ungewissheit zur Gewissheit

Mit der Pandemie hat die Ungewissheit die Welt erobert. Sie drang in das Leben in all seinen Dimensionen ein. Niemand wusste, ob er sich anstecken würde, ob er sterben könnte, ob seine Angehörigen diese Situation überstehen würden. Die große Mehrheit erlebte enorme wirtschaftliche Verluste und konnte nicht absehen, wann ein Ende in Sicht war. Covid bedeutete Ungewissheit, die Inflation bedeutete Ungewissheit – und die *Infodemie* verstärkte diese Ungewissheit noch.

Die Rolle bestimmter Medien verdient eine gesonderte Analyse. Ihr „Geschäft" bestand schon immer aus schlechten Nachrichten. Krisen beginnen, aber sie enden nicht. Der Dollar steigt, fällt aber nicht. Die Popularität der Regierung sinkt, verbessert sich aber nicht. Doch mit Covid geschah etwas anderes. Nach den ersten Monaten legten die Medien einen rigorosen doppelten Standard an den Tag. Ganz gleich, was getan wurde – es war schlecht und verschlechterte die Lage noch weiter. Sie trugen erheblich zur sozialen Unzufriedenheit bei – mit gravierenden Folgen. In Zeiten der Ungewissheit ist Information entscheidend. Deshalb trägt die Verbreitung von falschen oder irreführenden Informationen zur Erzeugung von Unzufriedenheit und Leid bei. Weltweit war dieses Problem so schwerwiegend, dass die WHO den

Begriff *Infodemie* prägte, um eine Überfülle an Informationen zu beschreiben, in der sich wissenschaftliche Daten mit Fehlern und Fake News vermischten.

In Argentinien gab es politische Handlungen, die gezielt soziale Angst und Unsicherheit schürten: Es war von einer „Infektatur" die Rede, von Impfstoffen als „Gift", es wurden Mundschutzmasken verbrannt und Anti-Lockdown-Demonstrationen organisiert.

Neben dem Verlust geliebter Menschen verloren die Menschen auch die minimalen Gewissheiten, die für das tägliche Leben nötig sind. Sie verloren eine positive Perspektive auf die Aussichten des Landes, auf die persönliche und kollektive Zukunft. Ungewissheit kann unerträglich werden. Tatsächlich kann man eine Katastrophe, die sich hinzieht, nur überleben, indem man glaubt, dass sie bald zu Ende sein wird. Mit kleinen Lichtblicken, mit gewissen Sicherheiten, und sei es nur in bescheidenem Maß. Das Leid wird umso unerträglicher, je mehr man akzeptiert, dass man wenig über das Virus weiß, dass man es nicht sehen kann. Den Zufall in einem Kontext von Ansteckung und Tod anzuerkennen, verstärkt das Unwohlsein.

In diesem Zusammenhang wird ein entscheidender Punkt deutlich. Verantwortliche zu finden, gibt den Menschen das Gefühl, die Ungewissheit und das Leiden reduzieren zu können. Deshalb suchen viele Menschen nach Schuldigen – sei es in einer „internationalen Verschwörung" oder bei der amtierenden Regierung. Zorn ist in solchen Fällen, wie wir bereits gesehen haben, eine Möglichkeit, mit dem eigenen Leiden umzugehen.

Die politische Polarisierung bot eine Art von Gewissheit, an der man sich festhalten konnte. Für einige Monate herrschte zu Beginn eine breite Einigkeit. Später, mit der Erschöpfung, der Unzufriedenheit und den Fehlern, wuchs die Tendenz, den politischen Gegnern die Schuld zuzuschieben. In den meisten Ländern fiel die Pandemie mit Dynamiken politischer Polarisierung zusammen, in denen lautstarke alterophobe Minderheiten bereits gestiegenen Einfluss gewonnen hatten. Dieses Phänomen war global (in Dutzenden von Ländern gab es Anti-Lockdown-Proteste). Es kam zu einem Anstieg hasserfüllter Diskurse, die zu Gewaltsituationen führen, fürsorgliche Praktiken untergraben und solidarisches Handeln aushöhlen können.

Der Fanatismus gegenüber dem politischen Gegner ist eng an die Schaffung einer Gewissheit gekoppelt, die die Angst lindert. Einen „Schuldigen" zu finden erlaubt es, die Ungewissheit besser zu bewältigen. Es ist weniger schmerzhaft zu glauben, dass das „alte Bekannte" die Ursache ist, und dem, was man nicht benennen kann, mit altbekannten Begriffen zu beschreiben. Ein klar identifizierbarer Feind wird geradezu herbeigesehnt. Das Unbegreifliche ist unerträglich. Eine vereinfachende Erzählung bietet eine Identität, an der sich die Schuldzuweisung festmachen lässt.

Hinzu kommt, dass schwerwiegende Fehler von der politischen Führungspersonen die vorgefasste Meinung weiter Teile der Bevölkerung bestätigen. Eine Folge der Pandemie ist ein Anstieg paranoider Tendenzen. Das Virus „verfolgt" einen. Man beginnt, in einer Art Verfolgungsmodus verfolgende Weise zu leben. Wenn die Schuld dann auf andere – etwa die Regierung oder die Opposition – projiziert wird, wirkt das kurzfristig beruhigend.

Fanatische Identitäten können Unsicherheit beruhigen, aber dies geschieht zum Preis der Erzeugung eines kriegerischen Klimas, das weitaus zerstörerischer ist. Das Labyrinth der Konfrontation verstärkt das Gefühl von Hilflosigkeit, das die Pandemie ohnehin erzeugt hat. Es ist entscheidend, an der Entschärfung dieser Logik zu arbeiten, sonst etabliert sich eine neue emotionale Landschaft.

Dort, wo die Pandemie nicht als traumatische Erfahrung erlebt wurde oder zumindest nicht mit einer früheren traumatischen Erfahrung verschmolz, ist es wahrscheinlich, dass die materielle und symbolische Wundheilung mit der Zeit und dem wirtschaftlich-sozialen Aufschwung erfolgt. In einem solchen Szenario kann es individuelle oder familiäre Traumata geben, aber kein kollektives, die Gesellschaft als Ganzes betreffendes Trauma, wie wir es zuvor beschrieben haben.

Anders verhält es sich, wo diese traumatische Erfahrung tiefe Spuren hinterlassen hat, die noch heute spürbar sind. Dort wird der Prozess langwieriger und schwieriger sein. Auch über den weiteren Verlauf kann man keine Gewissheit haben – es bleiben nur Hinweise und Vermutungen. Die Zeit allein wird keine subjektive Heilung bewirken. Es braucht eine gesellschaftliche Aufarbeitung durch Rituale, öffentliche Auseinandersetzung, Debatten und politische Maßnahmen.

Diese traumatische Erfahrung sowie die doppelte Enttäuschung über Macrismus und Peronismus/Kirchnerismus erzeugten das neue Gefüge aus Emotionen und Rationalitäten. Nur ein charismatischer Führer, der bereit war, Metaphern von Wut, Groll und Überdruss zu benutzen, konnte die Wählerbasis der beiden gescheiterten politischen Kräfte ernsthaft erschüttern. Wahrscheinlich war es notwendig, dass dieser Führer selbst stark fanatische Züge trug, absolut überzeugt davon war, die Lösung zu kennen und sich als Träger einer Wahrheit empfand.

Das ist das Ergebnis der doppelten Enttäuschung. Die Hoffnung der nicht-peronistischen oder antiperonistischen Mehrheit des Landes war 2015 riesig. Die Regierung scheiterte bei Inflation, Dollar und Armut – und verlor 2019 die Wahlen. Die Hoffnung der mehrheitlich peronistischen (aber auch teils nicht-peronistischen) Bevölkerung war 2019 ebenfalls groß. Die Regierung scheiterte bei Inflation, Dollar und Armut – und verlor die Wahlen

2023. Enttäuschung ist ein tiefgreifendes emotionales und politisches Phänomen. Sie kann große Veränderungen bewirken.

Die doppelte Enttäuschung schuf eine neue emotionales Landschaft,[35] die von enormer Frustration, tiefer Traurigkeit, Erschöpfung, Wut und Groll gegenüber jenen, die alles ruiniert haben, geprägt war Der Psychoanalytiker Nasio hat zentrale Fragen zur Enttäuschung aufgeworfen. Sein Buch trägt den Titel *La depresión es la pérdida de una ilusión [Die Depression ist der Verlust einer Illusion]* (2022). Aus meiner Sicht hat in Argentinien diese doppelte Enttäuschung jene emotionale Landschaft hervorgebracht, die wir beschrieben haben. Deshalb schlage ich vor, dort, wo Nasio aus klinisch-psychoanalytischer Sicht von Depression spricht, Forschungsfragen auf gesellschaftlicher Ebene zu formulieren.

Nasio schreibt: „Der Depressive ist nicht nur traurig, weil er etwas verloren hat, sondern weil er verloren hat, was er war – oder besser: weil er die Illusion verloren hat, die ihm die Kraft gegeben hat, das zu sein, was er war" (2022, 13). Die Traurigkeit, die Wut, die Erschöpfung der argentinischen Gesellschaft lässt sich dadurch erklären, dass die doppelte Enttäuschung die vorherige narzisstische Illusion zerstörte, auf dem richtigen Weg zu sein und sich in gewisser Weise selbst verwirklichen zu können. Es ist das Gefühl eines tiefen Falls, das durch einen „emotionalen Schock" ausgelöst wird (2022, 13). Dieser Schock kann plötzlich erfolgen (wie etwa durch das Foto von der Olivos-Party), „plötzlich und massiv, oder in einer Serie von Mikro-Erschütterungen, die allmählich einen Zustand extremer Empfindlichkeit gegenüber der geringsten Frustration erzeugen" (2022, 17). Im argentinischen Fall geschah beides, was durch das Zusammenspiel verschiedener Faktoren den Aufstieg der radikalen Rechten begünstigte.

35 Der Begriff der affektiven Landschaften wurde von Lawrence Grossberg in seiner Analyse des Trumpismus entwickelt. „So wie die Landkarten des Alltagsverstandes, in denen wir den Sinn unserer Erfahrungen finden, sind affektive Landschaften die Wirkungen, sowohl direkt als auch indirekt, vieler Ereignisse und Kämpfe, auch wenn sie niemals vollständig unter unserer Kontrolle stehen noch vollständig der Ausdruck einer einzelnen Verschwörung oder eines einzelnen Sieges sind" (2018, 11). „Es heißt oft, man könne der eigenen Weltanschauung (oder Ideologie) nicht entkommen, aber es ist noch schwieriger – sowohl für die Rechte wie auch für die Linke –, außerhalb der bestehenden affektiven Landschaften zu handeln. Dies sollte uns mindestens dazu bringen, neue Arten von reflexiven Strategien und neue Arten von Gegensichten zu suchen, die von den Wünschen der Menschen sprechen und mit ihrem Sinn für Möglichkeiten ringen." (2018, 14).

Eine Regierung, die ihre Sensibilität verloren hat

Der Sieg der *Frente de Todos* im Jahr 2019 stand in direktem Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, die 2018 begann. Bevölkerung, Bürger und Wähler setzen bei einer Regierung ein mehr oder weniger großes Maß an Sensibilität voraus. Nicht allen ist das gleichermaßen wichtig, aber es ist eine Qualität, die an Bedeutung gewinnt, wenn Menschen Not leiden.

Meiner Meinung nach war der Mangel der Regierung an Empathie im Angesicht dieser Aneinanderreihung von Verlusterfahrungen von großer Bedeutung. Wenn sie zumindest diskursiv auf diese Stimmungslage eingegangen wäre, wenn schon nicht durch praktische Politik, hätte man wohl von Heuchelei gesprochen. Doch da sie nicht einmal auf diskursiver institutioneller Ebene registriert wurden, muss man von Verleugnung sprechen. Verleugnung ist ein Phänomen, das verschiedene Etappen des Kirchnerismus durchzogen hat, besonders aber die Regierung der *Frente de Todos*.

Während der Pandemie starben in Argentinien etwa 130.000 Menschen an Covid. Ohne irgendwelche Vergleiche zu ziehen, lässt sich festhalten, dass das viele Menschen sind und sehr viele betroffene Familien. In vielen Städten der Welt wurde etwas ganz Elementares aus Sicht der Anthropologie getan: ein Ritual. Ein vom Staat organisiertes Ritual ist ein Akt der Anerkennung und der Verarbeitung kollektiven Schmerzes. In Argentinien wurde ein solches Ritual durchgeführt, aber es ging unter. Der Präsident und die vierundzwanzig Gouverneure nahmen daran teil. Wahrscheinlich war es der letzte Akt auf dieser Ebene institutioneller Repräsentation. In der Inszenierung war er ähnlich wie in anderen Ländern. Doch er wurde an einem Sonntagmorgen ohne vorherige Ankündigung ausgestrahlt. Das heißt, er blieb völlig unbemerkt, die Bevölkerung wurde nicht eingeladen, von zu Hause aus teilzunehmen, den Akt im Fernsehen zu verfolgen, es gab keine Vorankündigung. Nichts. Der Akt wurde weder wiederholt noch wurde ein weiterer organisiert. Es wurde kein Denkmal für die 130.000 Covid-Opfer geschaffen. Nichts. Es wurde keine Skulptur entworfen, die in jeder Provinz stehen könnte. Nichts. Die Steine, die einige Angehörige bei einer Protestaktion vor der Quinta de Olivos als symbolische Grabsteine gegen die Regierung warfen, wurden in einem Innenhof der Casa Rosada abgelegt, dort, wo Kirchner und Maradona aufgebahrt wurden. Das geschah zwei Jahre vor dem Ende der Präsidentschaft von Alberto Fernández. Und sie endete damit, dass die Steine noch immer an diesem Ort herumlagen.

Was man hier beobachten konnte, war die Verleugnung des Schmerzes der Gesellschaft, die man regiert, die Verleugnung des Ausmaßes der Inflation, der Bedeutung der Todesfälle, der subjektiven und psychologischen Folgen der Quarantäne, die Verleugnung des Einkommensverlustes, der

sozialen Notlagen, die in immer mehr Landesteilen herrschen, die Verleugnung der Folgen einiger katastrophaler Entscheidungen während der Quarantäne, von wirtschaftlichen und anderen Fehlentscheidungen.

Hinzu kommt, dass sich nach der Wahlniederlage der *Frente de Todos* bei den Vorwahlen zur Parlamentswahl 2021 der Konflikt zwischen Alberto Fernández und Cristina Fernández de Kirchner öffentlich entlud, was zu immensen politischen Spannungen und noch größerer Unsicherheit als der ohnehin schon in dieser politischen Phase herrschenden führte. Drei Tage nach der Wahl reichten fünf Minister, die Cristina nahestanden, ihren Rücktritt ein. Am nächsten Tag wandte sich Cristina Fernández mit einem offenen Brief an die Argentinier*innen. Darin erklärte sie, dass sie auf eigene Initiative hin 19 Gespräche mit dem Präsidenten geführt habe. Sie habe ihm mitgeteilt, dass sie mit dem laufenden Sparkurs nicht einverstanden sei. Dass dieser Sparkurs zur Wahlniederlage führen werde. Dass es Regierungsmitglieder gebe, die gezielte Medienkampagnen gegen sie führten. Und dass es an der Zeit sei, dass der Gouverneur von Tucumán, Juan Manzur, das Amt des Kabinettschefs der Nation übernehme. Von den fünf Ministern wurde nur der Rücktritt des Wissenschaftsministers akzeptiert. Manzur wurde Kabinettschef, und Alberto Fernández' rechte Hand, Santiago Cafiero, verließ die Casa Rosada und wurde Außenminister. Der Regierungssprecher trat, wie von Cristina gefordert, zurück.

Zwei Monate später verlor man die Hauptwahl, obwohl der Stimmenabstand in der Provinz Buenos Aires verringert werden konnte. Im Januar 2022 verkündete der Präsident, dass er eine Einigung mit dem IWF erzielt habe. Im März musste das Land 20 Milliarden Dollar zahlen und eine Umschuldung war nötig. Daraufhin veröffentlichte der Vorsitzende der Regierungsfraktion im Abgeordnetenhaus, Máximo Kirchner, einen offenen Brief, in dem er seinem Rücktritt verkündete, weil er das Abkommen ablehnte. Im März stimmte die Regierungskoalition im Abgeordnetenhaus und im Senat nicht einheitlich ab. Das Abkommen wurde verabschiedet, weil die Rechte das Projekt des Präsidenten unterstützte.[36]

36 In einer interessanten begrifflichen Kritik stellt Balsa fest, dass „die Linken, die Teil der Koalition sind, sich nicht auf die Anklage des 'Verrates' oder der 'Halbherzigkeit' der moderaten Sektoren ausruhen dürfen, sondern dass sie ernsthaft die beiden zentralen Fragen dieser Spannung angehen müssen: ein gewisses Ideal einer sozialistischen Gesellschaft neu erschaffen, nach dem die Massen streben können" (Balsa 2024, 112). Wir wollen klarstellen, dass von den drei Sektoren, die 2019 den *Frente de Todos* bildeten – also dem Peronismus, repräsentiert durch Alberto Fernández, den Gouverneuren und der CGT, der *Frente Renovador* unter der Führung von Sergio Massa sowie dem Kirchnerismus unter der Leitung von Cristina Fernández de Kirchner (die über den größten Teil der Stimmen verfügte) – keiner den Sozialismus anstrebt. Cristina Kirchner verteidigt ausdrücklich einen Kapitalismus, der dank öffentlicher Regulierung eine gerechte Verteilung erreicht.

Bei verschiedenen Auftritten und Konferenzen testete die Vizepräsidentin einen Diskurs, der Probleme anerkannte (im Gegensatz zum Präsidenten, der sie leugnete), wobei sie die Schuld explizit oder implizit einzelnen Ministern zuwies. Nach einer solchen Episode forderte sie den Rücktritt des Produktionsministers, was umgehend geschah.

Der Wirtschaftsminister hatte schon lange darauf hingewiesen, dass das Niveau der Energiesubventionen makroökonomisch untragbar sei. Außerdem sei es ungerecht, weil alle Personen, auch die obere Mittelschicht und die Reichen, subventioniert würden. Doch ein Beamter niedrigen Ranges, mit Rückendeckung der Vizepräsidentin, weigerte sich, die Unterlagen zur Neuregelung des Systems zu unterschreiben. Der Minister forderte seinen Rücktritt, was jedoch der Beamte, unterstützt vom Kirchnerismus, nicht tat. Nach mehreren Monaten sagte der Minister dem Präsidenten, er könne nicht weitermachen, ohne die Erhöhung der Energiepreise für Mittel- und Oberschicht. Daraufhin kritisierte Cristina Fernández de Kirchner ihn öffentlich. Zwei Minuten später twitterte der Minister seinen Rücktritt. Das Publikum feierte dies, als sei das Tor gefallen, das eine Fußballmeisterschaft entscheidet. Am nächsten Tag begann eine Währungskrise. Eine relativ unbekannte Ministerin übernahm das Amt für zwei Wochen. Dann trat sie zurück, und Sergio Massa, der ein Jahr später gegen Milei die Wahl verlor, wurde Minister. In diesem Zeitraum verdreifachte sich die Inflation, und der Dollar verdoppelte seinen Wert.

Diese Vorgänge spielten eine wesentliche Rolle bei einem Prozess der Entfremdung, in dem die Wähler*innen die Regierung zunehmend als völlig empathielos und gefühllos empfanden. In dieser Wahrnehmung leben „die Politiker*innen“ in ihrer eigenen Welt, mit ihren eigenen Problemen, die nichts mit denen der Wähler*innen zu tun haben. Ging es nicht um einen außergewöhnlichen Kampf zur Verhinderung von Tariferhöhungen? Das wurde als interne Machtfrage wahrgenommen, denn, wie sich später zeigte, die Verhinderung der Tariferhöhungen beschleunigte letztlich die allgemeine Inflation. Jeder hat seine Obsessionen und die der Politiker*innen unterscheiden sich sehr oft von denen der Wähler*innen.

Sehen wir den Kontrast zu den USA: „Die Demokraten haben den Kontakt zu den Menschen verloren, die am härtesten unter einem zunehmend brutalen und arroganten freien Markt leiden“ (Frank 2008, S. 175). Laut Frank liegt das Problem darin, dass die Demokraten selbst neoliberale Positionen übernommen haben, sodass die öffentliche Debatte zu einer moralischen Debatte geworden ist (Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehe, Gender usw.). Doch Bolsonaros Wahlsieg in Brasilien hatte nichts damit zu tun. Und noch viel weniger der von Milei: Gerade weil die Peronisten unfähig waren, die Wirtschaft zu stabilisieren, wählten über 55 % Milei, um genau das zu

tun. In dieser Wählerschaft gibt es sehr unterschiedliche Ansichten zu Genderfragen und vielen anderen Themen. Was können wir daraus schließen? Dort, wo die extreme Rechte gewonnen hat, ist das aus ganz unterschiedlichen Gründen auch auf das Versagen der demokratischen Kräfte für soziale Gerechtigkeit zurückzuführen. Und das hat zu einem kulturellen Wandel beigetragen, der sich parallel in Europa und Amerika vollzieht.

Spezifika der argentinischen Konfiguration

Das Wachstum der extremen Rechten ist ein globaler Prozess mit nationalen Besonderheiten. Eine nationale Konfiguration zu untersuchen bedeutet, diese Schnittstelle zu analysieren und zu interpretieren. Argentinien gehörte zwischen 1930 und 1983 zu den Ländern Lateinamerikas mit der größten institutionellen Instabilität. Seit nunmehr vierzig Jahren besteht im Land eine liberale Demokratie, womit es sich um die längste Phase dieser Art in seiner Geschichte handelt. Der erste Präsident dieser vier Jahrzehnte, Raúl Alfonsín, führte seinen Wahlkampf mit einem berühmten Satz: „Mit der Demokratie isst man, mit der Demokratie heilt man, mit der Demokratie bildet man sich." Auch diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Es herrscht Entmutigung, Frustration und Wut in der Bevölkerung. Marina Franco (2024) analysiert ausführlich die Versprechen und Hoffnungen der Demokratie in ihren Anfangsjahren und die späteren Entwicklungen des *Nunca Más* [„Nie wieder"].

Unsere Hypothese lautet, dass sich im argentinischen Fall eine Besonderheit in der Funktionsweise dieser Emotionen manifestiert. Das Land hat seit 1975 eine der schlechtesten makroökonomischen Entwicklungen in der Region erlebt. Argentinien hat heute noch das dritthöchste BIP pro Kopf in Südamerika. Es wurde von Chile und Uruguay überholt und hat den Vorsprung zu den übrigen Ländern eingebüßt. Das macht die Vorstellung eines „nationalen Niedergangs" plausibel und erzeugt eine übersteigerte Frustration. Doch es ist ein Trugschluss, dass der Rückschritt vor einem Jahrhundert begonnen habe. Er begann vor einem halben Jahrhundert und zwar mit dem Beginn neoliberaler Politiken.

Andererseits hat die argentinische Gesellschaft seit 1983 (insbesondere 1985 und 2003) wichtige Etappen durchlaufen, in denen ein großer Konsens für das demokratische Zusammenleben entstand, der sich in der Prämisse des „Nie wieder" gegenüber dem Staatsterrorismus und der politischen Gewalt widerspiegelt. Bis zur Pandemie war daher keine Figur wie Bolsonaro in Brasilien, Camacho in Bolivien oder Kast in Chile aufgetaucht. Repressive, sicherheitspolitisch orientierte und klassistische Agenden mit rassistischen Komponenten waren zwar präsent und relevant, doch während

der Regierung Macri (2015–2019) kam es gleichzeitig zum Aufstieg einer als „grüner Welle“ bekannt gewordenen feministischen Massenbewegung, die bereits vor seiner Präsidentschaft im Jahr 2015 begann.

In den darauffolgenden Jahren wuchsen diese Massenmobilisierungen, die zu den größten dieses Jahrhunderts zählten, weiter an. Ebenso kam es in genau diesen Jahren zu einer spontanen und massenhaften Mobilisierung, als der Oberste Gerichtshof beschloss, einem wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilten Militär Straferleichterung zu gewähren. Die Proteste führten zur Rücknahme der Maßnahme und verhinderten, dass die Straflosigkeit weiter voranschritt. In derselben Gesellschaft, die mit knapper Mehrheit die Rechte gewählt hatte, entstand auf der Straße eine Bewegung, die sich für eine Agenda der Bürgerrechte und die Verteidigung der Menschenrechte starkmachte. Gelichzeitig gab es auch politische und wirtschaftliche Mobilisierungen gegen die Rentenreform und die neoliberalen Kürzungen.

In derselben Zeit nahmen aber auch mit einer dezidiert repressiven Rhetorik Diskurse und politische Aktionen gegen indigene Völker und die Protestbewegung zu. Auch wenn sich noch keine extreme Rechte herausbildete, warnte Daniel Feierstein (2023) bereits 2019 davor, dass die Bedingungen für eine politische Entwicklung wie die heutige gegeben seien.

Abwesenheit affektiver Governance in Argentinien

Gibt es Emotionen, die in liberalen Demokratien gefördert werden sollten oder von denen man die Bevölkerung eher abbringen sollte? Diese Frage steht im Zentrum des Buches von Martha Nussbaum (2014). So kann es beispielsweise in bestimmten Kontexten eine Korrelation zwischen „Ekel“, Rassismus und anderen Formen von Ausgrenzung geben. Ähnliches gilt für Grausamkeit, die in Einstellungen wie Solidarität und Mitgefühl Gegenspieler hat, die für das Zusammenleben zentral sind.

Im vierten Kapitel dieses Buches erläuterten wir die Rolle affektiver Regierungsführung in Deutschland, wie sie von Shoshan (2017) untersucht wurde. Der Vergleich zwischen Deutschland und Argentinien in dieser Hinsicht ist bemerkenswert. Es handelt sich nicht um einen ungewöhnlichen Vergleich, da beide Länder eine grausame Vergangenheit mit Konzentrationslagern und Verbrechen gegen die Menschlichkeit teilen, auch wenn die Ausmaße des Zweiten Weltkriegs und seine quantitativen wie qualitativen Folgen natürlich ungleich größer sind.

In den vierzig Jahren Demokratie in Argentinien gab es verschiedene Phasen. Die erste, während der Regierung Alfonsíns, war geprägt vom

großen Prozess gegen die Militärjuntas, von militärischen Aufständen zur Verteidigung der Straffreiheit sowie von der Verabschiedung der ersten Amnestiegesetze, die als „Gehorsamspflicht“ und „Schlusspunkt“. Bekannt wurden. Es sei angemerkt, dass in dieser Phase auch die früheren Anführer der Guerilla verurteilt wurden.

In der zweiten Phase erließ Präsident Menem Begnadigungen für alle – Militärs wie ehemalige Guerilleros – und rief zur „Versöhnung“ auf. Zudem besiegte er den letzten rechtsnationalistischen Aufstand militärisch. In den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts, in denen Straffreiheit herrschte, initiierten Menschenrechtsorganisationen sogenannte Wahrheitsprozesse und Strafverfahren wegen der Aneignung von Babys und Kindern, die in Gefangenschaft geboren worden waren und deren wahre Identität verschleiert worden war. Dieser Vorwurf war im Prozess von 1985 nicht berücksichtigt worden, sodass er weder verhandelt wurde noch Gegenstand einer Begnadigung werden konnte. Im Jahr 2003 wurden alle Amnestiegesetze aufgehoben, und es begann ein zwei Jahrzehnte andauernder Zeitraum von Prozessen, in denen rund tausend Personen durch die Justiz verurteilt wurden.

Was sind die großen Unterschiede? Erstens: Argentinien hat etwa tausend Angeklagte durch ordentliche Gerichte verurteilt. Zweitens: Argentinien ist im Gegensatz zu Deutschland keine „wehrhafte Demokratie“. Die deutsche Verfassung beginnt mit dem Satz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ In Argentinien jedoch wurde mit Ausnahme von Verherrlichung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit die Meinungsfreiheit letztlich über den Schutz der Menschenwürde gestellt. So kam es etwa ohne jegliche Konsequenzen zu xenophoben Äußerungen hoher Funktionäre in der Regierung Menem, von Gewerkschaften oder von Mauricio Macri während seiner Amtszeit als Bürgermeister von Buenos Aires. In Argentinien kann man öffentlich, und auch in den Medien, Lügen und Fake News verbreiten. Es gibt kein Recht auf Gegendarstellung und auch keine Sanktion gegen diejenigen, die lügen, selbst wenn sich die Lügen gegen Minderjährige richten. Die einzige Ausnahme besteht, wenn man „reale Böswilligkeit“ nachweisen kann, also belegen, dass die Person bewusst log. In der Praxis ist das kaum möglich.

Darüber hinaus herrscht in Argentinien die Sichtweise vor, dass jemand, der die Zahl von 30.000 Verschwundenen leugnet, dies im Rahmen der durchaus plausiblen Möglichkeit einer Verschwörung tut, also als eine Methode, um zu sagen, „es war nicht so schlimm“, was ab 1976 geschah. Wenn solche Aussagen von armen oder arbeitenden Menschen kommen, gilt dies hingegen als Folge von Unwissenheit (man müsse ihre Bildung verbessern) oder von Marginalisierung (man müsse wirtschaftlich-soziale Inklusionsprogramme auflegen). Es handelt sich um eine Logik der „Ausweitung von Rechten“ und der Schaffung eines Bewusstseins, aber niemals um affektive

Regierungsführung. Die einzige Institution mit föderaler Zuständigkeit für den Kampf gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus – das Nationale Institut gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus (INADI) – hat in fast drei Jahrzehnten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ohne Strategie und ohne Budget gearbeitet. Mit *Strategie* meine ich nicht die spezifische Politik einer jeden Regierung, sondern das Fehlen eines überparteilichen Konsenses über Äußerungen und Meinungen, die für das demokratische Zusammenleben inakzeptabel sind, so wie er in Deutschland besteht.

Heute macht sich der aktuelle Präsident der Nation über die Zahl von 30.000 Verschwundenen lustig. Die neue Regierung hat einen Prozess der Rehabilitierung der Streitkräfte eingeleitet, selbst im Hinblick auf deren beschämendes Verhalten im Falklandkrieg (das auch Verbrechen wie Folter an argentinischen Soldaten einschloss). Die Regierung kündigt an, die „vollständige Geschichte" der 1970er Jahre erzählen zu wollen, und produziert dazu ein zehnminütiges Video mit einem Opfer eines Guerilla-Anschlags – aber ohne ein einziges Opfer des Staatsterrors. Wie kann eine vollständige Geschichte ohne die *Madres de Plaza de Mayo* erzählt werden? Jegliche Scham scheint abhandengekommen zu sein.

In eben diesem Kontext fand am 24. März 2024 wie jedes Jahr eine Massendemonstration statt, um den Militärputsch von 1976 und den Staatsterrorismus zu verurteilen und damit klar auf Konfrontationskurs zur nationalen Regierung ging. Die Vorstellung, dass das *Nunca Más* ein argentinisches Markenzeichen sei, das über den politischen Spaltungen stehe, ist vorbei. Auch wenn die extreme Rechte der Alternative für Deutschland (AfD) in ihrem Land keine Exekutivmacht innehat, unterscheidet sich die derzeitige Lage deutlich von der „präventiven Arbeit" affektiver Regierungsführung, wie sie Shoshan in der ersten Dekade des Jahrhunderts beschrieben hat. Die extreme Rechte ist in Deutschland zu einem echten Massenphänomen geworden.

Dieses komplexe Gefüge, das Shoshan zur affektiven Regierungsführung und zum Umgang mit Hass in Deutschland beschrieben hat, existiert in Argentinien nicht einmal in der Vorstellung. Es gab in den vergangenen Jahrzehnten auch keine unaufhörlichen Bestrebungen den politischen Extremismus zu stärken. Trotz unterschiedlicher historischer Entwicklungen war das Wachstum der extremen Rechten in Argentinien deutlich rasanter. Die Präsidentschaftsdebatte von 2015 war noch von dem vorherrschenden Glauben an die soziale Schutzfunktion des Staates geprägt. Es geht hier nicht um die „wahren" Überzeugungen der Kandidaten, sondern um das, was wahlstrategisch funktionierte. Das war ähnlich wie bei der mexikanischen Präsidentschaftsdebatte 2024. Weder in Argentinien im Jahr 2015 noch in Mexiko 2024 trat jemand mit einer Kampagne für Kürzungen und

Staatsabbau an, unabhängig davon, was die Kandidaten und Kandidatinnen tatsächlich dachten.

Die neoliberale unternehmerische Rhetorik war jedoch vom ersten Tag der Regierung Macri an sehr präsent. Seine Vertiefung des neoliberalen Modells verlief „graduell" bis zum Sieg bei den Parlamentswahlen 2017. Danach beschleunigte er das Tempo, doch der Dollar und die Inflation gerieten außer Kontrolle. Als Macri spürte, dass er die Wiederwahl vermutlich verlieren würde, begann er einen epische Aufholjagd, stark antiperonistisch und neoliberal geprägt. Er konnte zwischen den Vorwahlen und der Hauptwahl um zehn Prozentpunkte zulegen. Doch es reichte nicht.

Die letzten Steine auf dem Weg Mileis zur Macht räumte die Regierung von Alberto Fernández aus dem Weg. Was im Zusammenhang mit Covid geschah, schuf die Grundlage dafür, dass das verschwörungstheoretische Freiheitsnarrativ rasch an Bedeutung gewinnen konnte. Gleichzeitig verfügte die Regierung über keine Devisenreserven mehr und hatte keine Möglichkeit, sich zu verschulden. Um den Einbruch des BIP um 10 % im Jahr 2020 auszugleichen, entschied sich die Regierung dafür, die Löhne des privaten Sektors zu 50 % zu finanzieren und ein Notfall-Grundeinkommen an neun Millionen Menschen zu verteilen. Zudem wurden Krankenhäuser gebaut und eine ganze Reihe wichtiger Infrastrukturmaßnahmen umgesetzt. In einem wirtschaftlich bankrotten Land entschied man sich, die Wirtschaftstätigkeit stillzulegen und Geld zu drucken. In den darauffolgenden Jahren explodierte die Inflation und löste eine soziale, kulturelle und politische Erschütterung von großer Intensität aus. 2023 war Argentinien das Land mit der höchsten Inflation in Amerika.

Die Gesellschaft interpretierte die Regierungsinvestitionen nicht als Fürsorge, zumindest ein Teil von ihr verurteilte sie gar als Verschwendung. Viele wollten arbeiten gehen, anstatt drei Mal im Jahr 65 oder 85 Dollar zu erhalten (um mehr ging es nämlich nicht). Das Einfühlungsvermögen der höchsten Autoritäten angesichts von Tod, Krankheit, Isolation, dem Fehlen von Präsenzunterricht, wirtschaftlichen Verlusten und Arbeitsplatzverlust war gering oder nicht vorhanden. Die Regierung wurde als zutiefst unsensibel wahrgenommen. Ihre affektive Politik war also vielmehr eine desaffektive. Im Februar 2021, als die Impfkampagne begann, berichtete ein von jeher als Linker bekannter kirchneristischer Journalist öffentlich, dass er sich über einen vom Gesundheitsminister des Landes organisierten Gefallen hatte impfen lassen. Das löste Enthüllungen über sogenannte „VIP-Impfzentren" aus und führte zu großer Empörung über die Privilegien der Politiker.

Aber das war noch nicht alles. Die Regierung weigerte sich zu Beginn der Quarantäne, als Zeichen der Sparsamkeit die Gehälter der Amtsträger zu senken. Präsident Fernández forderte, dass Regierungsmitglieder nicht im Ausland Urlaub machen sollten. Wenig später wurde eine Spitzenfunktionärin

auf einer Karibikinsel fotografiert. Der Präsident belohnte sie, indem er wenige Tage nach ihrer Rückkehr eine Ankündigung gemeinsam mit ihr machte. Es kursierten Tonaufnahmen einer hochrangigen Funktionärin, in denen sie mit ihrer Haushälterin über die Nutzung öffentlicher Mittel sprach. Sie wurde in ihrem Amt bestätigt. Später segelte der Kabinettschef der Provinz Buenos Aires auf einer Yacht namens *Bandido* durchs Mittelmeer. In diesem Fall entließ der Gouverneur der Provinz ihn im Gegensatz zum Präsidenten in fünf Minuten. Doch der Schaden war bereits angerichtet. Empathie mit dem Leid? „Besser zurückkommen"?

Dazu ließen sich unzählige weitere Beispiele anführen, etwa die landesweit im Fernsehen ausgestrahlten Korruptionsfälle wie jener von José López, einem Funktionär unter Cristina Kirchner. Stimmt es nicht, dass es sich hier um eine privilegierte Kaste handelt? Offensichtlich ist das glaubwürdig. Warum wird behauptet, dass Menschen, die solche Politiker*innen abwählen, gegen ihre eigenen Interessen wählen? Angeblich deshalb, weil die von diesem Unmut profitierenden Gegner ihre Einkommen kürzen würden. Die Vorstellung, dass jene, die solch unethisches Verhalten dulden, die Interessen des Volkes vertreten, ist entweder völlig abwegig oder absurd eigennützig.

Die emotionale Landschaft konfigurierte die Notwendigkeit für einen kategorischen Wandel: Schmerz, Überdruss, Wut, Entmutigung, das Bedürfnis nach einem neuen Horizont. Um mit Shoshan zu argumentieren, glaube ich, dass das Scheitern der affektiven Governance und des Umgangs mit gesellschaftlichen Empfindungen die Vorstufe der politischen Niederlage darstellt.

Daten kommunizieren, um Emotionen wiedereinzufangen: Ein Scheitern

Eine Frage beschäftigt die Gesellschaft immer wieder: Nützt die Politik überhaupt etwas? Angesichts der enormen Herausforderung durch die Pandemie stellte die Regierung mit ihren Maßnahmen die Bedeutung des Staates unter Beweis. Die Gesellschaft unterstützte mehrheitlich das Familiennotfall-Einkommen, die Arbeits- und Produktionshilfe sowie die Impfkampagne. Dennoch muss gesagt werden, dass angesichts der konkreten Notlage wahrscheinlich keine Unterstützung als ausreichend wahrgenommen worden wäre. Während die Bilanz der politischen Maßnahmen der Regierung während der Pandemie umstritten bleibt, gibt es eine Parallele: So wie die Politik das Leid der Pandemie nicht verhindern konnte, gelang es ihr erst recht nicht, die wirtschaftliche Lage zu stabilisieren. Die Wachstumszahlen des BIP von 5 % im Jahr 2022 änderten nichts an der Stimmung

einer erschöpften Gesellschaft, die unter der Regierung von 2019 bis 2023 einer unaufhaltsamen Inflation ausgesetzt war. Die Mehrheit der Bevölkerung verarmte in diesem Zeitraum. Und das ist ein enormer Verlust, da es nicht nur den Kaufkraftverlust bedeutet, sondern auch einen Identitätsverlust, weil das persönliche Wohlbefinden in einer Konsumgesellschaft stark vom konkreten Zugang zu Gütern und Dienstleistungen geprägt ist.

Wenn jemandem das Geld nicht reicht und die Inflation das allgemeine Gefühl von Unsicherheit verstärkt, und man dieser Person dann mit quantitativen Daten über das industrielle Wachstum kommt, überzeugt das nicht nur nicht. Es vergrößert sogar die Distanz zwischen der Regierung und denjenigen, die ihr zuhören. Ein emotionaler Zustand der Gereiztheit, der sich aus den Daten der eigenen Haushaltsökonomie und aus traumatischen Erfahrungen speist, lässt sich nicht mit Makrodaten bekämpfen. Emotionen lassen sich nicht mit Daten bekämpfen. Hier lässt sich eine weitere Dimension des Scheiterns der argentinischen Regierung zwischen 2019 und 2023 konstatieren. Dabei hatte dieses Scheitern nichts mit der Dürre, dem IWF oder internen Streitigkeiten zu tun. Es war vielmehr die spezifische Art, wie sich die Gefühllosigkeit der Regierung ausdrückte.[37]

Daraus ergibt sich die ständige Frage nach dem Nutzen der Politik. Diese Frage ist zugleich eine schlechte und eine gute Nachricht. Einerseits kann die Wahl von *Frente de Todos* im Jahr 2019 als Hoffnung interpretiert werden, dass die Politik die Wirtschaft ankurbeln könnte, andererseits war im Jahr 2022 eine „Anti-Politiker-Bewegung" stärker geworden, auch wenn sie zu diesem Zeitpunkt noch keine dominante Rolle eingenommen hatte. Der Ausgang der Auseinandersetzung war damals noch offen.

Ein Teil der Basisaktivist*innen, der mittleren Führungsebene und der sozialen Akteure vor Ort fühlte sich erschöpft: Sie häuften politische Frustration an, trotz all ihrer Anstrengungen. Viele von ihnen kämpften gegen das mit einer Niederlage verbundene Gefühl der Enttäuschung an, da dies einen kaum vorstellbaren Anstieg des Gefühls der Hilflosigkeit mit sich bringen würde. Sie brauchten praktische Lösungen und mussten wieder Hoffnung schöpfen. Doch sie fanden nicht die nötigen Bezugspunkte, um dies zu erreichen.

37 Colette sagt: „Wenn es einen konsistenten Diskurs gibt, d. h. einen Diskurs, der stabile Bedeutungen vorschlägt, die mehr oder weniger von allen geteilt werden und die die Bindungen ordnen, sind die Subjekte vor brutalen Einbrüchen geschützt und vor Traumata geschützt. Wenn hingegen der Diskurs seine Konsistenz verliert, wenn der Bildschirm Löcher bekommt, dann gibt es, um es mit einem Wortspiel von Lacan zu sagen, *troumatisme* (Loch-Matismus), denn *trou* bedeutet auf Französisch Loch" (1998, 2).

Neue Sensibilitätskonfiguration

Vor der ersten Enttäuschung (der Regierung Macri) und dem Beginn der Pandemie, in der Angst und kollektive Fürsorge dominierten, entwickelte sich allmählich ein emotionaler Überschuss. Dieser Überschuss war das Ergebnis der für die Behörden, die Bevölkerung und im Hinblick auf das, was in anderen Ländern parallel geschah völlig unvorhergesehenen Verlängerung der Quarantäne. Im Laufe des Jahres 2020 gab es ein Crescendo widersprüchlicher Emotionen („ich will achtsam sein, aber ich halte es nicht mehr aus"). Erste Episoden emotionaler Entfremdungen entstanden aus diesem Geflecht aus Angst und Fürsorge. Wie es oft bei Gletschern passiert, beginnen sich Eismassen, die abbrechen und ins Wasser fallen, von ihrem Ursprung zu entfernen und treiben dann zwischen riesigen Eisbergen. Die größte Schwäche an dieser Metapher ist, dass anstelle von Kälte in dieser Radikalisierung der Emotionen in Argentinien eine Aufheizung der Gefühle stattfand, die sich in Überdruss, Ressentiment und Hass niederschlug.

Als Daten zu den Privilegien der Politiker*innen öffentlich bekannt wurden, fügten diese sich wie fehlende Puzzleteile mit den bereits bestehenden Entfremdungen und Radikalisierungen zu einer neuen emotionalen Landschaft zusammen. Dies war die argentinische Soziogenese einer neuen Sensibilitätskonfiguration. Diese Konfiguration beinhaltet Enttäuschung und Ressentiment wegen des Verschwindens einer Aussicht auf Wohlstand, die Angst, dass irgendein plötzlicher Umstand das Wenige zerstört, was man hat, die Unmöglichkeit, Routine im Umgang mit der Ungewissheit zu gewinnen, da diese den Organismus bis aufs Äußerste reizt. Es liegt zumindest sehr nahe, dass auch verschwörungstheoretische Elemente ihren Beitrag zu diesem Unbehagen leisten.

In dieser Sensibilitätskonfiguration bildet sich ein neuer „Staat-Gesellschaft"-Nexus heraus, der auf der Wahrnehmung der Staatsbediensteten oder Berufspolitiker als „Kaste", als Privilegierte, basiert. Es ist keine antipolitische Bewegung, sondern eine gegen die Politiker*innen, gegen das Establishment. Hier taucht eine neue Art von Individualismus auf, der sich im Allgemeinen durch Ressentiment, durch Wut, durch Ausdrucksformen kathartischer Gewalt oder durch Gewalt gegenüber Migranten*innen, Frauen und Armen äußert. Zumindest im Fall Argentiniens, wo die Ideologie der sozialen Basis von Milei von Semán (2023) als *mejorismo* [„*Besser*ismus"] bezeichnet wird, muss die Bedeutung einer neuen Auffassung über das Verhältnis zwischen Menschen und „Grundrechten" hervorgehoben werden.

Semán geht den Gründen nach, die einige Sektoren dazu brachten, Milei zu unterstützen. Die Frage ist, wie hier globale Strömungen der Radikalisierung und lokale kulturelle Prozesse interpretiert wurden und in welche

ideologischen und politischen Formierungen diese münden. Antiintellektualismus, Maskulinismus, die Idee vom freien Markt als darwinistischer Überlebenskampf sowie Antietatismus als Antipaternalismus sind Merkmale dieser neuen Epoche. Es finden gleichzeitig sowohl ein kultureller Wandel als auch eine Transformation der Subjektivitäten statt. Die extreme Rechte kündigte an die wirtschaftliche Krise zu beenden, indem sie einen radikalen Wandel mit Kraft, Mut, Recht und Ordnung versprach und Bilder von Gewalt und der Zerstörung staatlicher Institutionen verbreitete.

Semán und Welshinger erläutern, wie die Jugendlichen, die sie *mejoristas* [„*Besser*isten"] nennen, sich selbst als produktive Einheiten sehen, die es zu optimieren gilt. „Ermächtigung, persönliche Autonomie, Selbstoptimierung und Unternehmertum sind Wege, um moralischen Fortschritt durch persönliche Anstrengung zu erreichen" (Semán und Welshinger 2023, S. 181). Den Autoren zufolge „haben die *mejoristas* keinen unerschütterlichen Glauben an den Fortschritt, verstanden als eine Kraft von der Größe der Gezeiten. Sie glauben an einen persönlichen, möglicherweise bescheidenen, Fortschritt, der vom persönlichen Erfolg auf dem Markt abhängt". Sie „sehen sich jedoch auch nicht als Atome: Ihr Leben verläuft zwischen Anstrengungen und Strategien, um diese profitabler zu machen sowie familiären Unterstützungen und Verpflichtungen" (ebd.). Die Verbindung zu den Ansprachen und Organisationen der Politik besteht darin, dass der *mejorismo* als Linse fungiert, als „ein spezifischer Filter, um auf sie zu reagieren" (ebd., S. 182).

Dieser Dialog zwischen ethnografischen Daten und Sozialtheorie verdient hier besondere Aufmerksamkeit. Zu den relevanten Faktoren für das Aufkommen des *mileísmo* zählt Pablo Semán „das Vorhandensein von etwas, das man erst sehr spät als Individualismus entdeckt". Er fährt fort:

> Das Verlangen nach innerer Entwicklung, Selbstverwirklichung und persönlichem Erfolg, die Idee von Autonomie – verkörpert in Aussagen wie ‚Mir sagt niemand, was ich zu tun habe' oder ‚Mir hat niemand etwas geschenkt', oder im Bedürfnis, sich frei zu äußern, die eigenen Potenziale zu entfalten, sich Zukunftsperspektiven zu sichern und sich selbst sogar als wirtschaftliche Einheit zu sehen und zu behandeln, die es zu optimieren gilt – eröffnet ein weites Feld von Vorstellungen über Subjekte, die im alltäglichen Leben legitim und praktisch sind" (ebd., S. 18-19).

Es ist interessant, dass Kessler und andere etwas sehr Ähnliches bei den Wählern von Bolsonaro feststellen:

> Die Wähler von Bolsonaro sehen sich als Unternehmer, selbstgenügsame Menschen, die Tag für Tag hart arbeiten, um voranzukommen und ihren Status zu

> verbessern, ohne etwas vom Staat zu erwarten. Im Gegensatz dazu seien die *petistas* [die Wähler des linken Partido dos Trabalhadores] Menschen, die sich mit den Behörden arrangiert und bequem eingerichtet hätten, gewohnt, staatliche Hilfe zu erhalten oder Positionen im öffentlichen Sektor zu besetzen, die weder Anstrengung noch persönliche Überwindung erfordern" (2024, S. 10).

Diese jüngsten Entwicklungen stellen einen kategorischen und geplanten Triumph neoliberaler Governance dar. Zu Beginn des Jahrhunderts stellten Ferguson und Gupta (2002, S. 989) fest, dass dieses Projekt darauf setzt, die Subjekte „in die Verantwortung zu nehmen" und diese dazu „ermächtigt" werden, sich zunehmend selbst zu disziplinieren. Am überraschendsten ist, dass Foucault bereits drei Jahrzehnte zuvor, Ende der siebziger Jahre, darauf hinwies, dass es darum gehe, in jedem Subjekt einen „Unternehmer seiner selbst zu schaffen, der sein eigenes Kapital, sein eigener Produzent, die Quelle seiner eigenen Einnahmen" ist (2007, S. 264-265; siehe auch Shoshan, 2017, S. 310). Es gab einen Plan und er wurde erfüllt.

> Wenn sich die Rechte radikalisiert, dann deshalb, weil sie authentische Vertreterin von Subjektivitäten ist, die sich ebenfalls in eine autoritärere Richtung bewegen. Und sie ist sowohl das Produkt von zweihundert Jahren individualistischer, „egoistischer" Pädagogik als auch der materiellen Transformationen des Kapitalismus in der Gegenwart" (Adamovsky 2023, S. 141).

Neue emotionale Landschaft

In den Tiefen der Gesellschaft findet ein Wandel statt, hauptsächlich unter den Jugendlichen, vielleicht stärker bei den Männern. Sie nehmen „solidarische" Narrative wie „niemand rettet sich allein" als falsch oder gescheitert wahr. Während der Pandemie und der strengen Quarantäne sprach die Regierung unter Verweis auf ihre Maßnahmen zur sozialen und gesundheitlichen Unterstützung der Bevölkerung von einem „präsenten Staat." Doch für viele Jugendliche, und nicht nur für sie, war das, was die Regierungspartei „präsenter Staat" nannte, ein Fiasko. Sie sahen den Staat als abwesend in Sicherheitsfragen, gescheitert im Bildungsbereich und als Hindernis für ihre wirtschaftlichen Projekte.

So entstand eine neue Konzeption von Rechten: „Wir wollen keine Rechte, die uns verarmen." Sie sagen: „Ein Recht muss man sich verdienen, denn es gibt eine vorhergehende Anstrengung, auf der dieses basiert." Der Fortschritt ist persönlich, er gehört nicht der „Nation". Und Milei übersetzt: „Wir wollen dir nicht deine Rechte wegnehmen, wir wollen denen ihre Privilegien wegnehmen."

Die Gender-Agenda hat eine besondere Bedeutung. Ein großer Teil der extremen Rechten und ihrer Unterstützer ist gegen die Rechte von Frauen und Diversität. Die *marea verde* [„grüne Welle"], mit ihrer transversalen Agenda und der immensen Jugendbeteiligung, war zentral bei den jüngsten Mobilisierungen in Argentinien und anderswo. Eine konservative Reaktion gegen den Feminismus lässt sich auf der ganzen Welt beobachten. Friedrich Hayek, Vordenker des Neoliberalismus, legte den Schwerpunkt auf die Verteidigung von Werten, wir würden sagen einer hegemonialen Tradition, und betonte die Familie. Deshalb unterstützen die wenigen real existierenden Liberalen Gesetze wie den freiwilligen Schwangerschaftsabbruch oder die gleichgeschlechtliche Ehe, während konservative Neoliberale deren Aufhebung betreiben und offen das patriarchale System verteidigen. Sie fordern ein optionales Vaterschaftsgesetz, die Abschaffung der umfassenden Sexualerziehung und die Stigmatisierung der inklusiven Sprache. Von Freiheit kann hier nicht die Rede sein.

Andrea Torricella (2024) analysiert Gruppen, die die Anwendung von Gesetzen verhindern, politische Parteien, die Vorschläge für Anti-Gender-Gesetze in ihre Plattformen aufnehmen, zunehmende Gewalt gegen sexuelle Minderheiten, antifeministische Diskurse, Biologisierung politischer Argumente rund um Familie, geschlechtliche Arbeitsteilung und Sexualität. Wir stehen vor einem Neoliberalismus, der mit Konservatismus und Familie verknüpft ist. Die konservative Gegenoffensive umfasst die reaktive Politisierung des Geschlechts (Vaggione 2005), der *cultural backlash* richtet sich gegen den sozialen Wandel in der geschlechtlichen Hierarchie und gegen die Ausweitung der Bürgerrechte in Bezug auf Sexualerziehung sowie reproduktive und Diversitätsrechte.

Was bedeutet diese neue Sensibilitätskonfiguration im politischen Alltag? Sie weist Ähnlichkeiten mit Konfigurationen auf, die typisch für Phasen akuter Krisen sind. Es gibt eine allgemeine Erwartung, dass jederzeit eine endgültige Nachricht eintreffen könnte. Instabilität wird nicht als Charakteristikum der Epoche begriffen, sondern der Schwindel erzeugt die Angst, dass sich bald etwas entscheiden könnte (obwohl es gerade so aussieht, als wäre eine definitive Entscheidung das Einzige, was nicht bald passieren wird). Das erzeugt einen Zustand sozialen Stresses. Mehr oder weniger vergleichbar mit einer Person, die mehrfach ihr E-Mail-Postfach überprüft oder schaut, ob eine Nachricht auf WhatsApp eingegangen ist, die Twitter nicht zur Unterhaltung nutzt, sondern um zu erfahren, ob es etwas Neues gibt, was zur Änderung des Kurses führen könnte. Man schaut Nachrichtenportale, Fernsehen oder hört Radio, in der Erwartung zu erfahren, dass der Präsident oder der Gegner, der Freund oder der Feind dies oder jenes gesagt haben, ob sie schuldig oder unschuldig sind, ob sie den Papst gelobt oder beleidigt

haben. Und wenn nichts davon passiert, also an den allermeisten Tagen, suchen sie hinter einer Meldung über ein Verbrechen oder über Migrant*innen, einer Beleidigung durch eine Person aus der Unterhaltungsbranche nach diesen „real existierenden" Nachrichten. Das sind die Nachrichten, die es gibt – oder besser gesagt, die die großen Medien liefern – und die das tägliche Brot gestresster Gesellschaften sind, die Ressentiments verstärken oder die Wut kanalisieren. Angesichts der Angst und der Wahrnehmung von Stillstand beginnen sie, in ihren eigenen Vierteln, an ihren Arbeitsplätzen, in Kirchen oder Fußballvereinen Überzeugungen und Erwartungen aufzubauen. Sie politisieren sich, nur eben nach rechts.

Ist diese These über die entscheidende Rolle der Entstehung einer neuen Sensibilitätskonfiguration als „kulturalistisch" zu bezeichnen? Nein. Die Krise und das Aufkommen einer neuen Konfiguration wird hier nicht als abhängig von der „Kultur" im Sinne des Wertesystems, der Symbole oder Gewohnheiten einer Gesellschaft verstanden. Sie hängen vielmehr von der sozialen Erfahrung, von der persönlichen und kollektiven Erfahrung sowie von den Formen ab, in denen diese Erfahrungen symbolisch aufgeladen werden. Die „Erfahrung", wie wir sie hier darlegen, ist kein mehr oder weniger zufälliges Ereignis. Erfahrung ist Geschichte, Sedimentierung und Subjektivierung. Anstatt zu fragen, was in den letzten drei Monaten geschehen ist, fragen wir, wie sich das Geschehene mit historisch konfigurativen Prozessen einer bestimmten Gemeinschaft verbindet.

Es stellt sich die Frage, wie die Wirtschaft die Sensibilitätskonfiguration beeinflusst. Wir haben zwei Antworten. Wenn wir uns fragen, wie bestimmte standardisierte Variablen mit dem Entstehen einer protoautoritären Konfiguration korrelieren, können wir feststellen, dass es nicht die eine hinreichende oder universelle Bedingung gibt. Milei ist ohne Inflation nicht erklärbar, aber weder Bolsonaro noch Trump gelangten wegen Inflation zur Präsidentschaft. Als Milei begann, in den Umfragen stärker zu werden, gab es keine langanhaltende Rezession. Es gab eine traumatische Postpandemie, ein Wachstum und eine Rezession in Form einer Sägezahnkurve, zusammen mit Beschäftigungswachstum und niedrigen Löhnen. Vielleicht hat Milei deshalb in einem Land mit so viel Fremdenfeindlichkeit wie Argentinien nicht auf dieses Mittel zurückgegriffen, als gäbe es zu viel Inflation, verursacht von der traditionellen Politik, um über Migrant*innen zu sprechen.

Ökonom*innen glauben, dass Inflation ein ausschließlich ökonomisches Phänomen ist. In Wirklichkeit ist sie multidimensional, umfasst alle sozialen Dimensionen. Heterodoxe Ökonom*innen vertreten daher die Auffassung, dass bei Inflation eine Lohnpolitik notwendig ist, die die steigenden Lebenshaltungskosten begleitet. So, meinen sie, löse sich das Inflationsproblem, das ihrer Meinung nach ein Verteilungsproblem sei. Doch sie irren

sich. Inflation zerstört die Organisation des Familienlebens, macht Urlaubsplanung unmöglich, verhindert das Sparen oder die Kreditaufnahme, vernichtet Hypothekarkredite, erzeugt Stress, macht die Menschen krank und hat gravierende psychologische Folgen für die Gesellschaft. Erfahrungen aus der internationalen Geschichte zeigen, dass die Inflation die Weimarer Republik und viele andere Prozesse zerstört hat. In Argentinien endete sie in der Erfahrung einer Hyperinflation, die in anderen Gesellschaften der Region ausgereicht hatte, um die Inflation in Schach zu halten. In Argentinien spielte man mit dem Feuer, und hier sind wir nun und schreiben direkt aus dem Feuer.

Wir beschränken uns hier strikt auf die politische Dimension. Polarisierung gab es in Argentinien seit 2008. Die Wahlen von 2015, als der Peronismus gegen Macri antrat, waren bereits stark polarisiert. Die extreme Rechte ging nicht aus dieser Polarisierung hervor, sondern aus dem Scheitern der beiden Pole beim Versuch die Inflation zu stoppen. Als Quevedo und Ramírez (2021) zu Recht schrieben, dass Polarisierung das Gravitationsgesetz der argentinischen Politik sei, bezogen sie sich auf sehr konkrete Fakten: Massa erhielt 2015 rund 20 % der Stimmen als dritte Option und unterstützte 2019 das Ticket Alberto Fernández und Cristina Kirchner. Und alle dritten Optionen wurden von den beiden Polen verschlungen. Plötzlich wurde die Sprache dieser beiden Pole als die einer „politischen Kaste" infrage gestellt. Milei polarisierte gegen beiden. Er besiegte erst Macri und dann Massa. Und er nahm Bullrich und Scioli in seine Regierung auf. Macri blieb als Berater, der alle in Schach hält.

Die doppelte Enttäuschung in Verbindung mit traumatischen Erfahrungen erzeugte eine emotionale Kette der Traurigkeit, die Frustration, Ohnmacht, Verlust, Überdruss und Ressentiment einschloss. Milei verstand es, diese Traurigkeit politisch zu nutzen und als Alternative eine auf die Zukunft ausgerichtete emotionale Kette der Freude und Hoffnung anzubieten. Indem man die Inflation für beendet erklärte, wurde eine neue Epoche ausgerufen, in der die Argentinier*innen sich selbst ermächtigen, in der sie nicht mehr länger Opfer der Kaste sein würden, und anfangen konnten, für sich selbst verantwortlich zu sein.

Ein Außenseiter wird Präsident

Der globale Trend des Aufstiegs der extremen Rechten als Massenphänomen erreichte Argentinien verspätet, möglicherweise aufgrund der historischen Bedeutung des Pakts des „Nie wieder", der Ablehnung politischer Gewalt und der Erfahrung von 2001. Gleichzeitig ist die strukturelle Krise,

die aus der Verschuldung, der Dürre von 2023, wirtschaftspolitischen Fehlern und dem Vertrauensverlust der Politiker*innen resultiert, in Argentinien gravierender als in anderen Ländern.

Wenn wir uns zwei vierjährige Amtszeiten von Regierungen der neuen politischen Strömungen ansehen (Trump und Bolsonaro), so zielte die konservative Offensive auf die Einschränkung von Bürgerrechten und Minderheitenrechten ab. In beiden Fällen gab es Misogynie, Rassismus, Klassismus oder Homophobie, ebenso wie die Leugnung der Pandemie und des Klimawandels. Beide setzten auf Fake News und Hassreden.

Der argentinische Fall begann als eine Bewegung gegen den Status quo, gegen die Berufspolitiker*innen, als Ausdruck einer Erschöpfung angesichts der längsten Krise seit Jahrzehnten. Javier Milei war ein radikaler Außenseiter. Er gehörte keiner Koalition oder Partei an. Als die Repräsentationskrise begann und die Unterstützung für die beiden Hauptkoalitionen kontinuierlich erodierte, trat Milei als charismatische Führungspersönlichkeit auf, als Retter in der Notlage, als „kraftvoller Poet" (Plot 2023). Im Wahlkampf strukturierte er seine Botschaft mit zwei Schlüsselwörtern: Alle Wut und alles Ressentiment wurden auf die „politische Kaste" gerichtet. Alle Illusionen und Hoffnungen bündelten sich in der Dollarisierung. Die Werkzeuge waren die „Kettensäge" und der „Mixer". Später, während seiner Regierung, gewannen diese Begriffe ein Eigenleben.

Wer ist Javier Milei? Er wurde 1970 in Buenos Aires geboren. Seine Kindheit war nicht einfach. In einem Interview von 2018 sagte er, er habe unter körperlicher und psychischer Gewalt seiner Eltern gelitten. Daher distanzierte er sich von ihnen. Trost fand er bei seiner Großmutter und seiner Schwester Karina, die heute Generalsekretärin des Präsidenten ist. Zu Beginn der Quarantäne verbesserte er die Beziehung zu seinen Eltern. In seiner Jugend spielte er als Torwart in der vierten Division eines Profifußballvereins. Danach gründete er eine Rockband, in der er Sänger und Komponist war. Mit 23 Jahren machte er seinen Abschluss in Wirtschaft an der Universidad de Belgrano. Anschließend erwarb er einen Master und einen Doktortitel in Wirtschaftswissenschaften. Als er 2021 als Kandidat für das Abgeordnetenhaus in die Politik eintrat, lebte er allein mit vier Hunden, zu denen er eine besondere Bindung hat, die bereits für Kontroversen sorgte. Er verfügt über eine lange Berufserfahrung als Ökonom im Privatsektor. In den letzten Jahren arbeitete er für einen der größten Unternehmer Argentiniens, Eduardo Eurnekian. Ab 2010 begann er, Interviews in den Medien zu geben, mit seiner speziellen Ausdrucksweise, die auch Beleidigungen beinhaltet, und mit seiner markanten Frisur. Schritt für Schritt wurde er einem breiten Publikum bekannt.

Auf diesem Weg knüpfte er diverse Verbindungen, zum Beispiel mit Guillermo Francos, dem heutigen Innenminister, der bereits unter Scioli, Massa und in der Regierung von Alberto Fernández tätig war – also ein Vertreter der Berufspolitik. Seine zentralen ideologischen Positionen beinhalten einen strikten wirtschaftlichen Neoliberalismus, die Leugnung des Klimawandels, die Leugnung der Zahl der Verschwundenen während der Diktatur, die Behauptung, dass Geschlechterungleichheiten nicht existieren, und dass alles dem Markt überlassen werden könne, selbst der freie Verkauf von Organen. Er stellte sich gegen die Quarantäne und gegen Impfungen. Er sagt, soziale Gerechtigkeit sei ein Diebstahl und eine Abscheulichkeit und dass er den Staat zerstören wolle. Offensichtlich meint die extreme Rechte damit nicht die Sicherheitskräfte, das Militär oder das Eigentumsrecht, sondern den Sozialstaat.

2021 stellte er eine Liste auf, die ausschließlich in Buenos Aires zur Wahl stand. Er selbst führte die Kandidatur für das nationale Abgeordnetenhaus an, begleitet von Victoria Villarruel. Ramiro Marra führte die Liste für die Stadt Buenos Aires an. Bei den Parlamentswahlen erreichten sie 17 %. Die Existenz der konservativen Partei *Propuesta Republicana* (PRO) und der peronistischen *Juntos por el Cambio* setzte seinem Potenzial eine Grenze. Doch bereits 2021 konnte man in den Stadtvierteln und Provinzen spüren, dass Mileis Erfolg nationale Ausstrahlung hatte. Buenos Aires war schon oft ein Schaufenster für die nationale Politik. Mauricio Macri und Fernando de la Rúa waren, bevor sie Präsidenten wurden, Bürgermeister der Stadt. Milei brauchte dieses Amt nicht. Die rasante Dynamik der Krise und der Inflation erleichterten seine schrittweise Etablierung in den Provinzen. Als er als Abgeordneter sein Mandat antrat, begann er, sein Gehalt monatlich zu verlosen. Er fuhr mit antipolitischen Gesten in diesem Stil fort. Als Abgeordneter vertrat er erstaunliche Positionen: Er lehnte das Gesetz für angeborene Herzfehler (eine häufige Todesursache bei Neugeborenen) und die Digitalisierung von Krankenakten ab. Im Präsidentschaftswahlkampf stimmte er für den Vorschlag der Peronisten, die fast einzige progressive Steuer Argentiniens, die sogenannte Einkommenssteuer (die nur die obersten 10 % der Löhne betrifft), abzuschaffen. Monate später, als Präsident, bat er den Kongress, diese Steuer wieder einzuführen.

Sein Präsidentschaftswahlkampf verfolgte eine besondere Strategie. Angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit und der Enttäuschung über Macri und den Kirchnerismus/Peronismus postulierte er eine neue Polarisierung: das Volk gegen die „politische Kaste“. Gegen die Inflation versprach er die Dollarisierung, verbunden mit der Ankündigung, kein Geld mehr zu drucken und später die Zentralbank zu schließen. Angesichts der

neoliberalen Vorstellung, dass der Staat zu viel und zu schlecht Geld ausgebe, versprach er, mit einer Kettensäge die Ausgaben radikal zu kürzen.
Milei beleidigte, beschimpfte und sprach unverblümt, ohne Filter. In einem derart von den Dynamiken des Marketings und des Coachings geprägten Argentinien, schuf das eine besondere Resonanz bei einem großen Teil der Wähler. Sein Zorn war eine Metapher für den gesellschaftlichen Zorn. Sein „Anti-Coaching" im Hinblick darauf, was die Leute hören wollten, wurde als Ehrlichkeit interpretiert. In dieser „Ehrlichkeit" beleidigte er eine der beliebtesten Persönlichkeiten der Argentinier*innen, Papst Franziskus, und lobte eine der am meisten verhassten Figuren der älteren Generationen, Margaret Thatcher, die während des Falklandkrieges den Befehl gab, ein argentinisches Schiff zu bombardieren. Bei diesem Angriff starb die Hälfte der argentinischen Soldaten, die in diesem Krieg ums Leben kamen. Als Argentinien 1986 England im Fußball-WM-Viertelfinale besiegte, mit der „Hand Gottes" und dem besten Tor der Geschichte, füllten sich die Straßen mit Menschen, die Thatcher und die Engländer beschimpften. Milei lobte sie in einem Präsidentschaftsduell mit extrem hoher Einschaltquote – und triumphierte bei der Wahl.

Beim Abschlussakt seiner Wahlkampagne im Movistar-Arena-Stadion, zu dem etwa 15.000 Menschen kamen, wurden auf der Großleinwand Bilder einer „sozialen Explosion" gezeigt, im Einklang mit der zuvor beschriebenen emotionalen Landschaft. Es wurden sogar klassische Bilder der Explosion einer Atombombe und der Pilzwolke gezeigt. Dazu lief das Lied „Se viene el estallido" [„Es kommt eine Explosion"] von Versuit Bergarabat, ein sehr prägnantes Symbol der Krise von 2002. Milei hat es bei einigen Veranstaltungen selbst gesungen, obwohl man die Band Versuit Bergarabat vermutlich dem „kulturellen Marxismus" zuordnen würde. Aber das verlieh ihm einen „rockigen" Touch, passend zu seinem zerzausten Look und seiner Showman-Attitüde.

Er sang auch das Lied „Panic Show" von der Band La Renga, mit folgendem Text:

Bitte rennt nicht vor mir weg
Ich bin der König einer verlorenen Welt
Ich bin der König und werde dich zerstören
Alle Komplizen fresse ich gleich mit
Renn nicht weg, komm zu mir
Zieh dich aus und stell dich meinen Zähnen
Ich bin der König, der Löwe
Komm her und spüre, wie sich das anfühlt

Die Band La Renga beschwerte sich und protestierte gegen Milei. Doch er hörte nicht auf, das Lied zu singen. Es ist sehr praktisch, wenn ein Land darüber debattiert, wie ein Präsident singt, anstatt politische Strategien zu diskutieren, um das neoliberale Projekt der extremen Rechten zu bekämpfen. Oder zumindest darüber zu sprechen, was im Angesicht von Rezession steigender Arbeitslosigkeit zu tun ist.

In der Präsidentschaftsdebatte zur Stichwahl schien es, als hätte sein Gegner Sergio Massa ihn mit der Argumentationskraft eines Berufspolitikers „fertiggemacht". Klassische Umfragen sahen Massa als Gewinner des Duells. Doch in verschiedenen Fokusgruppen interpretierten viele Menschen den Verlauf der Debatte eher so, dass ein Berufspolitiker, den sie verachteten, arrogant gegenüber einem mutigen und ehrlichen Mann aufgetreten war. Mit anderen Worten: Nach vier Jahren schlechter Wirtschaftspolitik konnte keine Debatte den allgemeinen Wahltrend mehr ändern. Der Peronismus glaubte an die Kraft der besseren Argumente im Wahlkampf, aber in Wirklichkeit hatten das Image der scheidenden Regierung und ihrer Protagonisten den Wahlkampf bereits entschieden.

Das Wahlsystem in Argentinien sieht mindestens zwei Wahlen vor: Die offenen und obligatorischen Vorwahlen, in denen die Kandidaten für die Hauptwahl bestimmt werden. Dort sorgte Milei für eine sehr große Überraschung, als er 30 % der Stimmen erhielt und sich so vor der rechten Mainstream-Kandidatin, die 28 % erzielte und dem Regierungskandidat mit 27 % positionierte.

Das Problem für Milei war, dass er in der Hauptwahl lediglich seinen Stimmenanteil halten konnte, während der Regierungskandidat auf 36 % stieg und die rechte Kandidatin auf 24 % fiel. Aber hier fand sich schnell eine Lösung. Schon am nächsten Tag schloss Macri ein Abkommen mit Milei, in dem er ihm ohne Gegenleistung zusicherte, ihn zu unterstützen. Die dritte Wahl, die Stichwahl, gewann Milei mit 55,65 % zu 45,35 %.

Bemerkenswert ist, dass Milei Stimmen aus verschiedenen sozialen Klassen gewinnen konnte. Schätzungen zufolge war die Wahl für Milei in den Vorwahlen klassenübergreifend bei rund 33 %, mit Ausnahme der Rentnerinnen und Rentner, von denen ihn weniger als die Hälfte dieses Prozentsatzes wählten. Betrachtet man die Beschäftigung, gab es größere Unterschiede: 42 % bei Selbständigen, 43 % bei Arbeitslosen, 37 % bei Arbeiter*innen und 69 % bei Studierenden ohne Job. Ein erheblicher Teil seiner Stimmen kam von Menschen in informeller Beschäftigung, bei denen er 41 % erzielte gegenüber 24 % bei jenen mit regulären Sozialversicherungsbeiträgen. Von diesen 41 % waren zwei Drittel junge Menschen (Balsa 2024, 282–284).

Der Erfolg von Javier Milei

Der Erfolg von Milei bestand darin, dass er eine wirksame Strategie entwickelte, um die Landkarte der politischen Repräsentation Argentiniens zu verändern. Jedes Land hat seine sozialen/kulturellen/politischen Spaltungslinien. Es sind die spezifischen Bruchlinien jeder nationalen Konfiguration. Die Sprache der argentinischen Spaltung war schon immer politisch. Im 19. Jahrhundert Föderalisten und Unitarier, im 20. Jahrhundert Konservative/Radikale und Peronisten/Antiperonisten.

In den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts überwog die Spaltung Kirchnerismus/Antikirchnerismus, besonders seit dem Konflikt mit dem Agrarsektor 2008. Wer waren die Antikirchneristen? Macri und sein Bündnis, der rechte Flügel des Peronismus, ein kleiner Sektor eines antiperonistischen Progressismus. Der Wahlkampf von Patricia Bullrich hatte als eines seiner Hauptziele „den Kirchnerismus für immer zu beenden".

Milei zeichnete hingegen eine andere Karte. Er erkannte die Veränderungen in der Konfiguration der Sensibilität und entsprechend seiner Kartografie spaltete er das Volk von der „politischen Kaste". Eines seiner bevorzugten Synonyme für „das Volk" war „rechtschaffene Argentinier". Wer gehörte während des Wahlkampfs zur politischen Kaste? Alle. Kirchneristen und Antikirchneristen. Indem er sich die doppelte Enttäuschung und den Verlust der Unterstützung beider Lager zu Nutzen machte, entwarf er mit den Elementen einer neuen Sprache eine neue Landkarte.

Seit dem Abkommen mit Macri und Bullrich am Tag nach der ersten Runde der Wahlen achtete Milei darauf, sich die Unterstützung von Mitgliedern der Kaste zu sichern, ohne dass sein Anti-Kasten-Diskurs an Schlagkraft verlor. Dies zeigte sich erneut bei den Ernennungen hochrangiger Regierungsbeamter, als er beispielsweise Patricia Bullrich als eine der erfahrensten Politikerinnen Argentiniens, die bereits lange Teil des politischen Establishments gewesen war, zur Sicherheitsministerin ernannte. Und auch, als Milei Daniel Scioli in seinem Kabinett akzeptierte – ein Politiker, der Vizepräsident von Néstor Kirchner gewesen war, Gouverneur der Provinz Buenos Aires während der beiden Präsidentschaften von Cristina Fernández de Kirchner und Präsidentschaftskandidat des Peronismus im Jahr 2015. Unabhängig von der „Teflonfähigkeit" dieser Beamten funktioniert das Kommunikationsmuster, weil es keine klassische Koalition und kein formelles Abkommen gibt. Seine Strategen wissen genau, was sie tun, und Milei hat Macris Bitte um ein Abkommen zurückgewiesen. Die Unterordnung unter Mileis Führung ist absolut.

Die Verbindung, die Milei zwischen der emotionalen Landschaft Argentiniens und seiner neuen Sprache herstellte, weist interessante Parallelen

und Unterschiede zum Entstehen des Thatcherismus auf. In beiden Fällen lässt sich beobachten, wie eine der jeweiligen Lage angepasste Affektivität erzeugt oder sich auf diese gestützt wurde und ein anderes „Weltbild" in Worte gefasst wurde, welches notwendigerweise auch mit einer anderen emotionalen Landschaft einherging. Um eine politische Strategie in Krisenzeiten zu entwickeln, muss die Regierungsführung eine programmatisch-affektive Verbindung herstellen. So entstand im Großbritannien der 1970er Jahre ein moralisches Panikgefühl (Hall et al., 2023). Es geht nicht so sehr darum, wie real oder eingebildet der dramatische Charakter der Krise ist, sondern darum, wie sie kategorisiert, symbolisiert, gedeutet und empfunden wird. Denn die Regierungsfähigkeit im Krisenkontext hängt von der Schaffung neuer Worte und der mit ihnen verbundenen Sensibilitäten ab. So wie Stuart Hall (und andere) in Großbritannien Anfang der 1970er Jahre die Zusammenhänge zwischen der künstlich geschürten Panik vor einer „Welle der Überfälle" und der politischen Dynamik beschrieb, ist es klar, dass Mileis Wahlerfolg und seine Popularität mit der Schaffung einer neuen Sprache zusammenhängen. Einer Sprache, die eine Konfiguration erfasst und verdichtet. Einer Sprache mit Kraft, die Hoffnung erzeugt.

Wenn es eine politische Kaste gibt, die sich bereichert hat, während das Land verarmte, an welche Gefühle sollen wir dann denken, wenn nicht an Hass, Ressentiment, Verachtung, instinktive Ablehnung? Wenn man das weitverbreitete Gefühl des „Nie wieder" im Angesicht der Inflation aufgreifen und sich zu Nutzen machen möchte, was wäre passender, als mit der Fantasie einer Dollarisierung eine optische Illusion zu schaffen? Wenn man einen Sparkurs, der als solcher benannt wird („der größte Sparkurs in der Geschichte der Menschheit", so Milei), durchsetzen und dabei diesen lange negativ belegten Begriff ins Positive wenden will, mit welchen Worten kann man ihm Kraft verleihen und Zustimmung erzeugen? Mit einer „Kettensäge" für den Schnitt bei den Staatsausgaben und einem „Mixer", um zum Ausdruck zu bringen, dass die Zinssätze der Zentralbank der Inflation keineswegs folgen sollen. Außerdem stehen diese Begriffe in einer semiotischen Reihe mit den Ideen von Explosion, Bruch, Zerstörung, Transformation, Revolution. Es steckt keinerlei Ironie in meinen Worten, es ist lediglich die Beschreibung des Erfolgs über eine panperonistische Koalition, die keine Worte für diese Situation fand. Auch jetzt nicht. Die Niederlage und die defensive Haltung korrelieren mit einer „residualen" Sprache im Sinne von Williams (1980).

Politik als Hyperstress

Bis jetzt wissen wir einige wichtige Dinge über Milei:

1. Niemand nahm ihm den Amtseid als Präsident ab: Er nahm ihn sich selbst ab. Niemand sagte ihm „wenn Sie dies nicht tun, mögen Gott und das Vaterland es von Ihnen verlangen" oder eine der verfügbaren Formeln. Dies wurde nicht vorher angekündigt, geschah aber dennoch.
2. Er weigerte sich, sich bei seiner Amtseinführung an die Legislativversammlung zu wenden. Das war erst das zweite Mal in vierzig Jahren, dass dies geschah.
3. Er unterzeichnete das sogenannte Dekret über Notwendigkeit und Dringlichkeit (DNU), das weitreichendste und umfassendste in der Geschichte Argentiniens. Wenn die Stunde der Justiz schlägt, wird sie dieses für verfassungswidrig erklären. Vorher nicht.
4. Der Präsident reichte das sogenannte Ley Omnibus ein, das vom Parlament abgelehnt wurde. Mitte 2024 erreichte er die Verabschiedung des im Vergleich deutlich abgespeckten Ley Bases, das jedoch immer noch riesige Vorteile für Großkapitale bei neuen Investitionen vorsieht.
5. Sein Sparplan gleicht einem Elefanten im Porzellanladen: Er streicht Zuschüsse für Bildung, soziale Sicherheit und den öffentlichen Nahverkehr. Ein nicht ganz unwichtiges Detail: die „Kaste" benutzt keine öffentlichen Verkehrsmittel und schickt ihre Kinder nicht in öffentliche Schulen.
6. Der IWF forderte, dass der Sparkurs nicht nur quantitativen, sondern auch qualitativen Charakter haben müsse. Die Tragfähigkeit der von Milei Mitte 2024 stolz verkündeten „größten Sparmaßnahmen in der Geschichte der Menschheit" ist zweifelhaft.
7. Alle seine Kritiker*innen werden vom Präsidenten beleidigt. Trotzdem ist der Journalismus (der Milei durchaus kritisiert hat) viel höflicher mit dem Präsidenten umgegangen als mit Cristina Fernández de Kirchner. Heute herrscht in Argentinien Selbstzensur, die Regierung verbreitet Angst. Wer bereit ist hinzusehen, erkennt, dass die Freiheit nur für ihn selbst und seine Anhänger gilt. Für alle anderen gibt es Beleidigungen und Diskreditierungen.

Obwohl die argentinische Presse es nicht so ausdrücken will, ist die Regierung Teil der neuen extremen Rechten. Wenn Präsident Milei sich mit Vox, Orbán, Trump, Meloni oder Bolsonaro trifft, heißt es in den meisten Medien, dass ausländische Journalisten ihn als rechtsextrem „einordnen". Emotionen wie Scham spielen im heutigen Journalismus kaum eine Bedeutung. Es ist wichtig, Merkmale der extremen Rechten zu skizzieren, denn

die Psychologisierung dessen, was in Argentinien geschieht – oder was in Brasilien geschah oder vielleicht in den USA wieder geschehen könnte – ist ein gravierender analytischer und politischer Fehler.

Mit „Psychologisierung" meine ich nicht die psychologische Analyse, die ich für entscheidend halte, sondern den Fehler zu glauben, dass all dies auf die Psyche des Präsidenten zurückzuführen ist: ob er emotional stabil ist, ruhig bleiben kann, ob er ein „Verrückter" ist. Eine der Thesen dieses Essays ist, dass die Psychologie der verschiedenen sozialen Sektoren, die unterschiedlichen Subjektivitäten im Kontext bestimmter Sensibilitätskonfigurationen emotionale Landschaften formen, die eine Persönlichkeit wie die von Milei verlangen oder akzeptieren. Er wurde gewählt und hält eine Zustimmung von etwa 50 % (ziemlich hoch), weil er genau so handelt, wie er handelt. Zugleich wissen wir, dass dies keine Garantie für die Zukunft ist, da Erwartungen entstanden sind, die Milei kaum erfüllen kann. Doch darauf werden wir zurückkommen.

In fast allen Ländern Amerikas und Europas ist eines von zwei Dingen geschehen: Entweder hat sich die traditionelle rechte Partei zu einer extrem rechten gewandelt oder es ist eine neue Kraft der extremen Rechten entstanden. In Argentinien sind beide Dinge passiert. Eine neue Kraft der extremen Rechten entstand und Macris PRO schloss sich nach internen Kämpfen der Regierung an. Trump setzte seine Führung durch, indem er die traditionelle Macht von Gouverneuren oder Abgeordneten der Republikaner drastisch beschnitt. Milei wird sich nur mit der PRO verbünden, wenn er es schafft, sie zu unterwerfen.

Diese neuen Kräfte sind das Resultat einer starken Polarisierung, die 2008 und dann 2013 einen Sprung machte und dazu beiträgt, dass die Demokratie in ihren Grundfesten erschüttert wird. In Lateinamerika verfolgen sie ein radikal neoliberales Wirtschaftsprogramm, das eine gewisse *cash transfer*-Komponente akzeptieren kann, kombiniert mit dem Maß an kulturellem Konservatismus, den die Gesellschaft zulässt. Den Kulturkampf sehen sie als Krieg, mit Feinden, die besiegt werden müssen. Es gibt nur Gewinner und Verlierer. Alle Gegner sind Teil einer Verschwörungserzählung. Führer der extremen Rechten wollen sich nicht an die Regeln der Politik halten. Sie beschimpfen Länder wie China, den spanischen Regierungschef (den zweitgrößten Investor in Argentinien), den Präsidenten Kolumbiens und die Präsidenten anderer demokratischer Länder.

Was für eine Person glaubt, dass alle, die anders denken, Idioten sind? Eine gewisse „Eleganz": Menschen, die nicht trainiert sind, zu vergleichen, mit anderen zu sprechen oder von ihnen zu lernen. Wer glaubt, alles zu wissen, ist der völligen Unwissenheit am nächsten. Die Argentinier*innen sind es leid, Regierungen zuzuhören, die sich selbst für jeden Erfolg rühmen und

anderen (der Opposition, Unternehmern, Gewerkschaften usw.) alle Probleme zuschieben. Sie traten zu Wahlen an, um dieses Land mit diesen Akteuren und Problemen zu regieren. Die Präsidenten Argentiniens sollten von einer tiefen Demut geleitet sein, der Demut eines Landes, das gescheitert ist. Ein argentinischer Bürger ohne Amt kann tun, was er will. Aber wie kann der Präsident eines armen, verschuldeten, sich in Rezession befindlichen Landes mit Rekordinflation arrogant gegenüber erfolgreichen Ländern wie China oder Spanien auftreten? All die Arroganz dient nur dem Zweck, sich hinter dem Skandal der Rezession und der Armut zu verstecken.

In der Welt von Trump, Johnson oder Bolsonaro beginnt jeder Tag mit einem Eklat, einer Kontroverse, dem Ausbruch eines Skandals. Kaum spricht jeder darüber, wird er schon vom nächsten überlagert – „in einer endlosen Spirale, die die Aufmerksamkeit bündelt und das Medienpanorama übersättigt". Dies ist „die harte Arbeit von Dutzenden von Werbespezialisten, Big-Data-Experten, Ideologen" (Da Empoli 2019, 11). Seine Studie handelt genau von diesen „Ingenieuren des Chaos."[38]

Natürlich wissen wir alle, dass diese und andere Kräfte über Troll-Armeen und Bots verfügen, die Fake News produzieren. Aber Da Empoli spricht von etwas anderem: Es gibt ein interdisziplinäres Expertenteam für jede Taktik und Entscheidung. In Brasilien wurde dieser tägliche kreative Koordinationsstab „das Kabinett des Hasses" genannt. Progressive regen sich über das auf, was ein rechter Führer sagt – obwohl genau diese Empörung von den Ingenieuren des Chaos geplant war. Sie haben hochkomplexe Karten der Gesellschaft, auf die sie einwirken, und zielen darauf ab, spezifische Reaktionen zu erzeugen, eine nach der anderen. Sie wollen emotionale Landschaften maßschneidern, um Wahlniederlagen zu verhindern und Mehrheiten zu sichern.

In einigen Fällen haben Regierungschefs Skandale und Kommunikation höher gewichtet als die Lösung von Verwaltungsproblemen (vgl. Strobl 2022). Mit Hilfe der internationalen Rechten füllen die Ingenieure des Chaos jede kommunikative Lücke. Jede libertäre oder neoliberale Vereinigung ist bereit, Milei einen Preis zu verleihen, oft im Rahmen eines Dinners mit einem Menü ganz nach dem Geschmack der reichsten Kaste. Ehrungen aus aller Welt lassen glauben, Milei habe die Armut reduziert (bislang ist sie unter seiner Regierung gestiegen), Argentinien sei ein Paradies (obwohl es in Wahrheit eher der Hölle ähnelt) oder er habe irgendeinen Erfolg erzielt, der

38 „Vorurteile und Irrtümer im Denken sind eine Folge der unserer Aufmerksamkeit und unserer Fähigkeit zu vernünftiger Überlegung innewohnenden Begrenzungen, sie werden jedoch auch systematisch geprägt durch das Geflecht von Ideen, das von verschiedenen Organisationen verbreitet wird, die von konservativen und libertären Multimillionären finanziert werden, deren Ziel es ist, die Demokratie zu untergraben und zu zerstören" (Illouz 2023, 9).

darüber hinausgeht, dass er bibliografische Referenzen zur Verteidigung der Freiheit des Großkapitals rausschreit. Aber nein. Ich glaube nicht, dass man nach sechs Monaten Amtszeit eine abschließende Bilanz ziehen kann. Aber ich glaube, dass das Verleihen und Annehmen von Preisen ohne wirtschaftliche oder soziale Erfolge in anderen Zeiten und unter anderen Führungen peinlich gewesen wären. In diesem Fall nicht. Wie schon gesagt scheint es ein Symptom der Zeit sein, dass die Scham tot ist.

So hielt Milei bei der Verleihung eines Preises in der Tschechischen Republik im Juni 2024 eine Rede voller Lob auf seine eigene Regierung. Bescheiden sagte er: „Mit meinem Chefberater Demian Reidel schreiben wir einen großen Teil der Wirtschaftstheorie neu. Wenn es uns gelingt, bekommen wir wahrscheinlich den Nobelpreis für Wirtschaft, gemeinsam mit Demian." Er fügte hinzu, dass angesichts der Probleme Argentiniens „klar war, dass man einen Experten für Wachstum und Geld brauchte. Nun, die Leute haben sich nicht geirrt, 56 % wählten den Experten für Wachstum und Geld, also mich." Und wie sieht es mit einem Experten für Bildung aus, wo es nicht einmal ein Bildungsministerium gibt und die Qualität des Unterrichts sich im freien Fall befindet?

Damit „es ihm gut gelingt", wie er sagt, integriere er soziale und politische Theorie in seine Wirtschaftstheorie. Parlamente sind keine Hindernisse für die Genialität abstrakter Wirtschaftstheorien. Parlamente sind in diesen Ländern die Form, in der die Menschen beschlossen haben zu leben. Opposition und Pluralismus sind die Basis des demokratischen Lebens, nicht wie Milei behauptet, eine skrupellose Hürde. Seine Theorie ist falsch, offensichtlich. Es ist eine formelhafte Theorie ohne Theorie der Macht oder des sozialen Wandels. Er prophezeite, dass Argentinien „der brillanteste Fall der Menschheitsgeschichte" werden könne, damit die Argentinier*innen „wieder reich" würden. Ist es nicht lächerlich, erklären zu müssen, dass die große Masse der Argentinier*innen nie reich waren und es nie sein werden?

Sein Erfolg besteht nicht in der totalen Zustimmung, die sucht ohnehin niemand ernsthaft in komplexen Gesellschaften. Sein Erfolg besteht darin, dass über die Themen gesprochen wird, die er vorgibt. Dabei ist seine Regierung nicht unbesiegbar. Politische oder wirtschaftliche Fehler oder Fehler von Kabinettsmitgliedern öffnen Risse. Aber ihre größte Stärke liegt im Verborgenen und darin, dass die Gegner glauben, nicht manipuliert zu werden. Das Kräfteverhältnis kann nur durch eine reflektierte Wahrnehmung der Situation, Wissen und eine koordinierte Gegenstrategie umgekehrt werden. Deshalb ist das aktuelle Kräfteverhältnis vorerst nicht umkehrbar.

Vergleichende Studien zeigen, dass es bereits mehrere Erfolge der extremen Rechten gibt. Der erste besteht darin, dass sie sich zu einer politischen Option mit Sympathien und Antipathien etabliert hat. Sie hat sich

normalisiert. Doch der Diskurs „Volk gegen Kaste" ist Teil eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Phänomens, das in vielen Ländern zu beobachten ist. So wie es jahrzehntelang beschämend war, „rechts" zu sein, gibt es heute einen Stolz auf die rechte Identität, zumindest bei einem großen Teil der Milei-Anhängerschaft. Deshalb schrieben Kessler, Calvo, Vommaro und Murillo (2024) einen exzellenten Artikel mit dem Titel „Nicht der Schrecken verbindet sie", um zu zeigen, dass die Wähler*innen von Javier Milei sich laut einer Wahlumfrage weiter rechts wahrnehmen als die Wähler*innen von Bullrich,

In mehreren Umfragen findet Javier Balsa zudem Hinweise auf eine Gesellschaft mit tief verwurzelten neoliberalen Werten: soziale Gerechtigkeit wird verachtet, Arme werden für ihre Armut verantwortlich gemacht, der Staat wird mit negativen Vorstellungen in Verbindung gebracht (Balsa 2024, S. 165 ff.). Doch neben dieser Frage gibt es noch eine weitere, sehr relevante. In einer Umfrage zeigte Balsa zwei Bilder und fragte, welches die argentinische Gesellschaft besser darstelle. Ein Bild links war ein Kreis, der kleinere Kreise umschloss, und wurde von diesem Satz begleitet: „In der argentinischen Gesellschaft gibt es verschiedene Gruppen, die gemeinsame Interessen haben, und keine Gruppe setzt sich über die andere hinweg." Ein anderes Bild rechts zeigte einen kleinen Kreis oben mit einem Pfeil, der auf einen großen Kreis unten deutete, begleitet von dem Satz: „In der argentinischen Gesellschaft setzt fast immer eine Minderheit ihre Interessen gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung durch."

24 % entschieden sich für das Bild links, als Symbol für soziale Harmonie, und 76 % wählten das Bild rechts. Aber wer ist diese Minderheit, die ihre Interessen in der Wahrnehmung der Mehrheit immer durchsetzt? Laut Balsa „identifizieren 20 % der Gesamtbefragten diese Minderheit mit ‚der Oberschicht', ‚der Oligarchie', ‚den Großunternehmern', ‚dem roten Zirkel' oder anderen ähnlichen Bezeichnungen" (Balsa 2024, S. 214). Dagegen sahen

> 23 % diese Minderheit in den sozialen Bewegungen oder progressiven und linken politischen Kräften: 14 % identifizierten sie mit ‚den *piqueteros*', ‚den Feministinnen', den LGBTQ+, ‚der Linken', ‚den Gewerkschaftern' oder mit den ‚Faulen', und 9 % sahen sie in ‚den Kirchneristen' oder seltener in ‚den Peronisten". Weitere 16 % setzten diese Minderheit mit ‚den Politikern' oder ‚den korrupten Politiker' gleich (Balsa 2024, S. 215).

Es handelt sich um eine neue Gesellschaft, eine Äquivalenzkette, die von Laclau nicht analysiert wurde. Wir beobachten eine „unterdrückende Minderheit", deren Bedeutung bisher noch von keinem Autor aus dem marxistischen oder postmarxistischen Lager zufriedenstellend erklärt werden

konnte. Es bleibt eine Herausforderung, die nur zu bewältigen ist, wenn neben klassischen Ideen wie „herrschende Ideologie" oder „Hegemonie" mindestens zwei weitere Elemente berücksichtigt werden. Erstens könnte man sich fragen, was Gramsci mit dem Gegensatz zwischen Korporativismus und Politik meinte. Denn wenn Gruppen ausschließlich Vorteile für sich selbst fordern, losgelöst von den Interessen des gemeinsamen Schicksals der Nation, handeln sie in diesem Sinne korporativ und nicht politisch. Wenn dieses Verhalten den politischen Interessen der großen Mehrheiten entgegensteht, kann es dazu beitragen, dass diese Gruppen als Minderheiten wahrgenommen werden. Zweitens lohnt es sich zu fragen, welchen Wahrheitsgehalt polemische Überspitzungen im Stil von „alle Politiker sind korrupt" enthalten. Denn auch wenn es wichtig ist zu betonen, dass dies nicht stimmt, ist es ebenso wichtig, eine eigenes Narrativ zu haben, um Korruption zu beseitigen und zu bekämpfen. Und dies war ein enormes Defizit der Bewegungen, die sich in Argentinien dem Neoliberalismus entgegenstellten.

Die ersten Monate der Regierung und aktuelle Dilemmata

Milei trat sein Amt als Präsident am 10. Dezember 2023 an. Die Abwertung des Pesos im offiziellen Wechselkurs lag bei über 100 %. Danach führte er ein *crawling peg* von 2 % pro Monat ein, wodurch der Peso in wenigen Monaten (im offiziellen Kurs) begann, sich aufzuwerten. Seine Botschaft schraubte er auf den Satz „Es gibt kein Geld" herunter. Die Inflation erreichte über mehrere Monate hinweg Rekordwerte im Jahresvergleich. So lag beispielsweise der Jahreswert im Februar bei 276 %. Die Lebensmittelpreise stiegen drastisch, Benzin verteuerte sich in den ersten Monaten um rund 100 %, der öffentliche Nahverkehr noch stärker. Es folgten große Erhöhungen bei den Preisen für öffentliche Dienstleistungen sowie in der privaten Medizin und Bildung. Die Reallöhne im öffentlichen Dienst und die Renten erlitten enorme Einbußen. Die privaten Löhne verloren etwas weniger an Kaufkraft, bedingt durch den Druck der Gewerkschaften, aber die Regierung setzte massiv darauf, dass Lohnerhöhungen weit hinter der Inflation zurückblieben. Tarifautonomie gibt es nicht.

Im Dezember unterzeichnete der Präsident das bereits erwähntes DNU (Dringlichkeits- und Notstandsdekret) mit mehr als dreihundert Artikeln. Im März erklärte der Senat der Nation das Dekret mit 42 zu 25 Stimmen für ungültig. Nach geltender Gesetzgebung wird es jedoch nur dann unwirksam, wenn auch die Abgeordnetenkammer dies so beschließt. Die „clevere" Lösung besteht anscheinend darin, zu verhindern, dass das Thema

überhaupt verhandelt wird. Jeden Tag, den das Gesetz nicht abgelehnt wird, bleibt es durch Untätigkeit in Kraft.

Die Regierung beklagt, dass es noch nie vorgekommen ist, dass auch nur eine Kammer ein derartiges Gesetz für ungültig erklärt hätte. Was sie verschweigt ist, dass es noch nie ein Notstandsgesetz gegeben hat, das ohne jegliche Begründung einer „Notwendigkeit und Dringlichkeit" (zu der die Exekutivorgane in solchen Fällen verpflichtet sind) in so viele Lebensbereiche hineinregiert hat. Die Justiz sieht darüber hinweg.

Der Präsident hat in äußerst abschätziger Weise über den Nationalkongress gesprochen, weil das Wahlergebnis, das ihn ins Amt brachte, gleichzeitig zur Folge hatte, dass seine Partei nur etwas mehr als 10 % der Abgeordneten und etwas weniger als 10 % der Senatoren stellt. Obwohl Mauricio Macri und Patricia Bullrich ihm im Parlament volle Unterstützung zugesichert haben, müssten sie sich mit „Mitte" und „Mitte-Rechts"-Kräften einigen, um diese zu gewährleisten, was ihnen jedoch schwerfällt.

Zudem hat die Regierung Polizeirepression gegen soziale Proteste in einem Maße angedroht, die einen Bruch mit der jüngeren argentinischen Geschichte darstellen würde. Als dieser Essay in den Druck ging, war unklar, ob sie diese Grenze überschreiten würde und – falls ja – wie die Gesellschaft darauf reagieren könnte.

Die Regierung lässt sich dafür feiern, dass sie aufgrund der harten Einschnitte kein Haushaltsdefizit generiert hat. Sie hat steuerliche Änderungen vorgenommen, um dies nachhaltig zu gestalten. Doch einige Maßnahmen sind kaum dauerhaft tragfähig, und sollte sich die Rezession vertiefen, droht ein Teufelskreis. Zudem hat es bereits Entlassungen in der nationalen Verwaltung gegeben und es wird sie weiterhin geben. Der Sparkurs ist noch lange nicht beendet.

Die öffentliche Bildung, die staatlichen Universitäten sowie das System für Wissenschaft und Technologie wurden bislang besonders stark getroffen. 2024 wird es zu sozialen Konflikten kommen – es wird ein langer Kraftakt. Der überraschendste, am wenigsten erwartete Widerstand gegen Mileis Modell war der Universitätsmarsch, an dem landesweit schätzungsweise mehr als eine Million Menschen teilnahmen. In vier Jahrzehnten Demokratie sind die staatlichen Universitäten auch in neuen sozialen Kontexten verankert. Sie sind Institutionen, die in der ganzen Gesellschaft hohes Ansehen genießen und zugleich die wichtigste institutionelle Garantie dafür darstellen, dass es Chancen auf sozialen Aufstieg gibt. Das bedeutet, dass die vom Staat verordnete finanzielle Strangulierung der Universitäten genau den Nerv seiner eigenen antipopulistischen Erzählung traf. Die „Libertären" beschuldigen die Linkspopulisten Demagogen zu sein, die Faulenzer subventionieren und Leistung und Verdienst nicht würdigen. Doch die

öffentlichen Universitäten gehören zu jenem institutionellen Netzwerk (wie auch der Nationale Rat für Wissenschaftliche und Technische Forschung, CONICET), in dem der Staat Leistung und Verdienst sehr wohl anerkennt – und in dem ein Abschluss sowohl eine Anerkennung als auch eine Chance ist.

Wir stellen also vor vielen großen Fragen. Wenn man die Lehren aus der argentinischen Geschichte berücksichtigt, lassen sich jedoch drei Dinge prognostizieren. Erstens: Milei wird Protagonist eines neuen argentinischen Staatsbankrotts sein. Die sinkende gesamtwirtschaftliche Nachfrage führt in die Rezession, er senkt Steuern für Reiche, erhöht sie für die Mittelschicht. Das ist ein nie endender Kreislauf, in dem es immer eine weitere Sparmaßnahme geben wird. Er hat einen rechtlichen Rahmen (*Ley Bases*) geschaffen, der für Kapitalanlagen ideale Bedingungen bietet. Doch es gibt einen Haken und dieser heißt Argentinien. Dividenden können nicht ins Ausland überwiesen werden, und die Devisen, die ins Land kommen, werden derzeit um 40 % schlechter bezahlt als auf dem freien Markt. Selbst wenn er dieses Problem löst, wer weiß, wer die nächsten Wahlen gewinnt und welche neuen Steuern dann kommen?

Nehmen wir einfach mal an, diese Analyse sei falsch und die Investitionen strömen in beträchtlicher Höhe ins Land. Wie sollen dann die Arbeitsverhältnisse und Arbeitsrechte verändert werden? Im Cono Sur fand die einzige tiefgreifende kulturelle und verfassungsmäßige Veränderung während der Diktatur Pinochets statt. Selbst Thatcher konnte die dringenden Empfehlungen Hayeks nicht umsetzen, da das Vereinigte Königreich auf die Zustimmung des Parlaments angewiesen war.

Zweitens: Jedes Mal, wenn es ein Problem gibt (der Dollar steigt, die Inflation sinkt nicht genug, argentinische Aktien fallen, das Länderrisiko steigt usw.), schiebt Milei die Schuld der Opposition zu. Wenn jedoch seine „absoluten Wahrheiten" in die Luft fliegen, wird er den anderen die Schuld dafür geben, dass sein Narzissmus unglaubwürdig und lächerlich geworden ist.

Drittens: Ein erheblicher Teil der Bevölkerung wird ihn weiterhin unterstützen bis der wirtschaftliche Misserfolg unübersehbar, umfassend und skandalös wird.

Seine Macht speist sich aus der extremen Schwäche der wenigen Oppositionskräfte. Es gibt keine wirkliche Opposition zu Milei. Die peronistische Fraktion im Abgeordnetenhaus stimmt ihrem politischen Mandat entsprechend gegen neoliberale Gesetzesprojekte. Mehrere Abgeordnete bemühen sich, den Block möglichst geschlossen zu halten, was im Senat bereits gescheitert ist. In der Oberkammer ist der direkte Druck der Gouverneure stärker, und so bestand Mileis großer Erfolg dort darin, bei seinem wichtigsten Gesetz ein Patt zu erzielen, da die Verfassung vorsieht, dass in solchen Fällen die Vizepräsidentin entscheidet.

Der Opposition fehlt es derweil an einer Erzählung, an einer Strategie, an Führungspersönlichkeiten. Nach den Korruptions- und Gewaltvorwürfen gegen Alberto Fernández sind der Peronismus, seine mittleren Führungskräfte, seine Basis und seine Wähler in eine Phase der Hilflosigkeit und Verzweiflung eingetreten, auf die ich im Postskriptum zurückkommen werde.

Streit um das *Nunca Más* und die politische Gewalt

In Argentinien entstand mit den Prozessen gegen die Diktatoren und Völkermörder Schritt für Schritt ein gesellschaftlicher und politischer Pakt, den wir *Nunca Más* („Nie wieder") nennen. Damit wird ein gesellschaftlicher Konsens beschrieben, der politische Gewalt zutiefst ablehnt. Es gab politische Morde wie den an Kostecki und Santillán, zwei junge Männer, die am 26. Juni 2002 bei einer *piquetero*-Demonstration erschossen wurden. Diese Morde lösten gewaltige Mobilisierungen und eine politische wie institutionelle Krise aus, die damit endete, dass Präsident Duhalde vorgezogene Neuwahlen ankündigte. Andere Morde, wie jener an dem Lehrer Fuentealba durch Polizisten der Provinz Neuquén, führten zu landesweiten gewerkschaftlichen Aktionen, und die Verantwortlichen wurden vor Gericht gestellt. Es gab Fälle mit großer öffentlicher Aufmerksamkeit, wie den von Santiago Maldonado oder Mariano Ferreira (ermordet von einer gewerkschaftlichen Schlägertruppe). Andere wurden unsichtbar gemacht, insbesondere wenn es sich um Angehörige indigener Völker handelte (wie Roberto López in Formosa, Rafael Nahuel in Patagonien und ähnliche Fälle) und die Morde in abgelegenen Regionen des Landes verübt wurden. Selbst unter Berücksichtigung dieser unsichtbar gemachten Fälle liegt das Niveau der institutionellen Gewalt und der Repression in Argentinien immer noch weit unter dem anderer Länder der Region.

Zweifellos hat Marina Franco (2024) recht, wenn sie sagt, dass Milei nur bei den Wahlen triumphieren konnte, weil ein Teil des sehr fragilen *Nunca Más*-Konsenses gebrochen wurde. Der Sieg einer Person wie Milei, der verbale Gewalt ausübt, eine Kampagne gegen Menschenrechtsorganisationen und Erinnerungspolitik führt, die Zahl der während der Diktatur Verschwundenen in Frage stellt, Berater eines Völkermörders[39] war und an der Seite von Victoria Villarruel auftritt (die eine Stiftung mit dem Namen „Zentrum für juristische Studien über den Terrorismus und seine Opfer" leitet), bedeutet einen Bruch mit diesem gesellschaftlichen Konsens.

39 Javier Milei war Berater von General Bussi, als dieser 1994 Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung war. Bussi war verantwortlich für die „Operación Independencia" in der Provinz Tucumán sowie für die dortige legale und illegale Repression. Er war der einzige Militär, dem es nach der Diktatur gelang, zum Gouverneur seiner Provinz gewählt zu werden.

Villarruels Vater ist ein Militär, der ebenfalls an der „Operation Unabhängigkeit“ mit Bussi beteiligt war und an den *carapintada*-Meutereien gegen die demokratische Regierung 1987. Die Vizepräsidentin wirbt für die sogenannte „vollständige Erinnerung“, die in Wahrheit ausschließlich eine Politik zugunsten von Militärs, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt oder bereits verurteilt sind, beinhaltet. Sie propagiert zudem die Selbstviktimisierung des Militärs und Entschädigungen für diejenigen, die vor der Diktatur Opfer von Anschlägen der Guerilla wurden.

Die Regierung trat im Dezember 2023 mit einer repressiven Law and Order-Rhetorik an. Sie warnte und drohte Demonstrierenden, sie müssten auf Gehwegen bleiben und dürften den Verkehr nicht beeinträchtigen. Falls sie „das Recht auf freie Bewegung verletzten“, würde die Polizei einschreiten und sie niederknüppeln. Dies stellte eine seit 1983 beispiellose Situation dar, doch in den darauffolgenden Monaten eskalierte die Lage nicht.

Als Antwort auf die riesige Mobilisierung am 24. März – einem demokratischen Ritual zum Jahrestag des Militärputsches von 1976 – veröffentlichte die Regierung ein provokantes Video. Darin wurde behauptet, es habe während der Militärdiktatur weit weniger Verschwundene gegeben, als behauptet. Die Opfer des Terrorismus (Anspielung auf die Guerilla) seien nicht anerkannt worden und nun werde es eine „vollständige Erinnerung“ geben (wobei das „vollständig“ unverständlich bleibt, da man den Opfern des Staatsterrorismus kein Gehör schenkte). Während der Demonstration kam es jedoch weder zu Repression noch zu Gewalt.

Es handelte sich hier um eine Entscheidung, die im Kontext verstanden werden muss. Es war klar, dass es zu einer Massenveranstaltung kommen würde. Die Strategie der Regierung bestand darin, dem Ereignis Bedeutung zu nehmen, indem sie erklärte, es handle sich um einen „kirchneristischen Marsch“. Doch die Tradition dieser Demonstration ist weitaus älter als der Kirchnerismus. Es nehmen sowohl Anhänger der Radikalen Partei als auch nichtkirchneristische Peronisten und vor allem Menschenrechtsorganisationen teil, die im Kampf gegen die Diktatur entstanden sind. Ganz zu schweigen von den zehntausenden oder gar hunderttausenden Menschen, die auf eigene Faust an den Demonstrationen teilnehmen.

Im März 2024, hatte die Regierung gerade entscheidende Abstimmungen im Kongress verloren und die Einkommen massiv entwertet. So fehlte ihr die Kraft, weitere Konfliktfelder zu eröffnen. Deshalb beschränkte sie ihre „Kulturkampf“-Attacke auf ein wenig wirkungsvolles Video und verzichtete darauf, ihr Vorhaben umzusetzen, Spannungen und Konflikte zu provozieren, indem man für die Massendemonstrationen nicht den Straßenverkehr blockieren würde. Wir gehen davon aus, dass der gesellschaftliche Konsens des *Nunca Más* im politischen Alltag und im allgemeinen

Bewusstsein nicht nach dem Motto „Alles oder Nichts" funktioniert, sondern Nuancen aufweist. Dass die Mobilisierung friedlich verlief war ein Erfolg, der diesem Umstand zu verdanken ist, auch wenn der Konsens des *Nunca Más* heute zumindest teilweise geschwächt ist.

Die Orientierungslosigkeit in den demokratischen Kräften ist weit verbreitet. Die wichtigsten Führungspersönlichkeiten erkennen ihre eigene Verantwortung für Mileis Wahlsieg nicht an. Sie sprechen, als hätte die Gesellschaft, die Jahre in der sie selber an der Regierung war nicht erlebt. Es ist äußerst anspruchsvoll, tragfähige Wirtschaftsmodelle zu entwickeln, umso mehr, wenn es an globalen Regulierungen für Großkapital fehlt, das die Länder in einen Standortwettbewerb zwingt. Im besten Fall beschränken sie sich darauf, den Status quo des Staates und der bestehenden Sozialsysteme zu verteidigen, die jedoch sehr zu wünschen übriglassen und in vielen Ländern ihre progressiven Züge verlieren. In anderen Fällen wagen sie nicht einmal mehr das Bestehende zu verteidigen, geschweige denn, die dringend nötigen neuen Regulierungen vorzuschlagen. Ihr „politischer Instinkt" sagt ihnen, dass sich die Gesellschaft in eine andere Richtung bewegt. Manche erregen sich nicht einmal mehr über die autoritären Maßnahmen der extremen Rechten, die in mehreren Ländern gezeigt haben, dass sie in der Lage sind, mit ihrem Programm und ihrer politischen Flexibilität zu regieren.

Wie können wir uns die neuen progressiven Kräfte und die demokratische Linke vorstellen, die eine Alternative zum Vormarsch der extremen Rechten anbieten? Neben den sich praktisch unendlich weiter in die Mitte bewegenden gemäßigten Linken gibt es die Thesen des linken Populismus, vertreten durch Optionen wie Sanders, Podemos, Mélanchon oder andere (Mouffe 2018). Das tiefere Problem ist jedoch, dass die extreme Rechte stark lokal verankert ist und zugleich eine internationale reaktionäre Vernetzung betreibt, während die Linke weder radikal noch lokal agiert und keine ernsthaften internationalen Allianzen schmiedet.

Die Kräfte, die in Argentinien das Gegenstück zu Macri und dem Neoliberalismus bildeten, haben noch nicht verstanden, wie stark das Geschehen zwischen 2019 und 2023 dazu beitrug, dass Milei die Wahlen haushoch gewann. Ohne dieses Verständnis ist es sehr schwierig, zu begreifen, was sie anders machen müssten. Gewöhnlich neigen sie dazu zu glauben, dass eine Niederlage an einer einzelnen Person liegt und man nur abwarten müsse, bis der Neoliberalismus scheitert, alles in die Luft fliegt und man sie bittet, zurückzukehren. In der Zwischenzeit gibt es Jahr für Jahr mehr arme und mittellose Kinder und Erwachsene in Argentinien (die Zahl steigt seit der Regierung Macri stetig), die öffentliche Bildung wird geschwächt, das Gesundheitssystem steckt in ernsten Schwierigkeiten, und eine neue

Abwanderung von Fachkräften bahnt sich an (die Gehälter in der Wissenschaft sinken seit 2015, unabhängig davon, wer regiert).

Abschließende Fragen

Wir befinden uns in einem Prozess mit offenem Ausgang, der erst ganz an seinem Anfang steht. Uns wurde unzählige Male die Frage gestellt, ob die Präsidentschaft von Javier Milei die gesamten verfassungsmäßigen vier Jahre Bestand haben kann. Warum wird uns diese Frage gestellt? Weil nach einem Jahrzehnt des entfesselten menemistischen Neoliberalismus, in dem politische Stabilität herrschte und weite Teile des Peronismus die Rezepte des IWF beklatschten, 1999 die Radikale Partei die Wahlen gewann und dem neoliberalen Regierungslager die Bombe der betrügerischen Devise „ein Peso, ein Dollar" in den Händen explodierte. Nach dem Wahlsieg Macri im Jahr 2015, war der Peronismus überzeugt, er werde in sechs Monaten stürzen, „weil er es gegen die Wand fahren würde". Anstatt dessen gewann er 2017 die Zwischenwahlen und besiegte gar Cristina in der Provinz Buenos Aires. Er blieb die vollen vier Jahre im Amt.

Unsere Prognose lautet, dass der Peronismus nicht so bald in die Exekutive zurückkehren wird. Er hat kein Programm, keinen Plan, hat kein Entwicklungsmodell für Argentinien, das die Inflation eindämmt und die Produktivität steigert, verfügt nur über sehr wenige integre und ethisch unanfechtbare politische Persönlichkeiten und ist nach wie vor in einer Sprache verhaftet, die bei breiten Schichten der Bevölkerung nicht mehr verfängt. Gerade jetzt, wo der Peronismus nach der Niederlage am Boden liegt, verstrickt er sich in absurde interne Machtkämpfe. Innerparteiliche Strömungen verwenden erhebliche Energie darauf, die besten Persönlichkeiten des eigenen Lagers zu bekämpfen.

Das bedeutet nicht, dass Mileis Wirtschaftsplan funktionieren wird. Niemand weiß es. Viele orthodoxe Ökonom*innen sind der Ansicht, dass er auf lange Sicht so nicht funktionieren kann. Der Präsident beschimpft sie. Falls Milei einen gewaltigen Misserfolg erleidet (was eine der Hypothesen ist), bedeutet das keineswegs die Rückkehr jener, die das Land Ende 2023 in diesem Zustand hinterließen.

Seit der Machtübernahme Mileis leiden Arbeiter*innen und Rentner*innen unter einem brutalen Verlust der Kaufkraft. Der Internationale Währungsfonds hat öffentlich erklärt, dass die soziale Frage entschieden angegangen werden müsse, da Mileis Agenda sonst nicht politisch tragfähig sei. Doch wie werden die Autoritäten in einem repressiven Klima reagieren, in dem angedroht wird, dass die Straßen nicht mehr für Demonstrationen

gesperrt werden, wenn die lange Tradition massiver Proteste in Argentinien wieder auflebt? Wird die Regierung die Linie überschreiten, die sie bisher entschieden hat, nicht zu überschreiten, und zu massiver institutioneller Gewalt greifen? Falls die Regierung das nicht tut, was wird verhindern, dass die Routine der regelmäßig blockierten Innenstadt zurückkehrt, die das Gefühl von „Chaos" erzeugte, mit dem sie zu brechen versprach? Und falls doch, wie lange kann die argentinische Gesellschaft eine Eskalation politischer Gewalt ertragen?

Wir halten es für besser, Fragen zu haben, die uns erlauben, die Dynamik der Situation zu beobachten, anstatt Antworten auf Spekulationen zu erfinden, die ausschließlich die Zukunft geben wird.

Öffentlich bekannt ist, dass Milei erklärt hat, soziale Gerechtigkeit sei eine Abscheulichkeit, „ungerecht, weil sie eine ungleiche Behandlung vor dem Gesetz impliziert, und außerdem weil ihr ein Diebstahl vorausgegangen ist". Er fügte hinzu, soziale Gerechtigkeit sei gewalttätig, „eine Farce", „die neue Barbarei", so wie früher die Barbarei durch Sarmientos „Facundo" dargestellt wurde. All diese Ideen kommen bei Milei zur Anwendung, wenn er das, was er „die größten Sparmaßnahmen der Menschheitsgeschichte" nennt, durchführt: eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben um 5 Prozentpunkte des BIP innerhalb weniger Monate.

Warum verfolgt er diesen Kurs? Die, denen am meisten durch seine Politik des Ausquetschens" genommen wird, sind Millionen von Rentner*innen und Pensionären, nicht die „Kaste". Von Mileis Amtsantritt bis Mitte 2024 hatten sie bereits etwa 30 % ihres realen Einkommens eingebüßt. Die Arbeitnehmer*innen verloren in dieser Zeit etwa 20 %. Durch Steueränderungen senkt er die Abgaben für das Großkapital und versucht dies auch bei großen Vermögen. In sehr wenigen Monaten hat Milei die Inflation deutlich gesenkt, dabei aber die gesamtwirtschaftliche Nachfrage massiv geschwächt und eine Rezession erzeugt.

Argentinien ist heute ein deutlich ungerechteres Land. Wenn es eine „Kaste" mit hohem Einkommen gibt, wurde sie vom Sparkurs nicht ernsthaft getroffen. Und falls doch einzelne hochrangige Beamte betroffen sind, ist dies strukturell ein zu vernachlässigendes Problem, das auf die Einkommensverteilung des Landes keine Auswirkung hat.

Warum genießt Milei derzeit dennoch weiterhin die Unterstützung der Bevölkerung? Weil niemand sonst glaubhaft vermittelt, einen Plan zu haben, der sowohl die Inflation als auch die Privilegien der Berufspolitik beseitigt. Was müssen die Mitte-Links-Parteien tun? Einen eben solchen Plan entwickeln, diesen Plan umsetzen und die Inflation bezwingen, dabei aber die Kosten gerecht verteilen, mit sozialer Gerechtigkeit und Schutz der Schwächsten.

Milei behauptet, Steuern seien Diebstahl. Das ist nicht nur philosophisch falsch. Steuern, die von demokratischen Institutionen festgelegt werden, sind Gesetz, und es hat niemals einen Staat gegeben, der keine Steuern erhoben hätte. Natürlich sagt er, er wolle keinen Staat. Aber das ist seine größte Täuschung. Denn wenn es keinen Staat gäbe, wer würde das Recht auf Privateigentum garantieren?

Milei wird Argentinien noch mehr in den wirtschaftlichen Ruin treiben, ganz gleich, welche Ausreden er später erfinden wird, um sein spektakuläres Scheitern zu rechtfertigen. Aber ohne Führungspersönlichkeiten und eine große, an den gesellschaftlichen Bedürfnissen und Gefühlen orientierte Basisbewegung wird es keine neue, kraftvolle und massenwirksame Option geben, die das Kräfteverhältnis und die Hegemonie verändern könnte.

Im Moment der Endredaktion dieses Essays kehrte Präsident Javier Milei gerade aus Madrid nach Buenos Aires zurück, nachdem er wieder einmal einen Preis entgegengenommen hatte. Unter den Argentinier*innen dürfte er zu den Menschen gehören, die in kürzester Zeit die meisten Auszeichnungen erhalten haben. Preise für die Senkung der Armut? Unter seiner Regierung ist diese bislang gestiegen. Würde man die Maßstäbe von 2002 anlegen, käme man 2024 vermutlich auf sehr ähnliche Werte. Preise dafür, dass Argentinien zu einer Weltmacht geworden ist? Das Land steckt in einer Rezession und ist äußerst fragil. Preise für die größten Investitionen der Welt? Bislang sieht es bei konkreten Investitionen nicht gut aus. Man hört vor allem großartige Ankündigungen. Es sind die libertären Gruppen und ihre Freund*innen aus der internationalen Rechten, die ihn massenhaft auszeichnen. Das einzige Ziel besteht darin, ihn mit Diplomen, Reisen und Umarmungen zu schmücken, damit er seine Aufgabe fortsetzt, Bürgerfreiheiten einzuschränken und dem Großkapital maximale Freiheit zu verschaffen.

Kann Milei wirtschaftlichen Erfolg haben? Wenn Erfolg bedeutet, dass mehrere Milliarden Dollar nach Argentinien fließen – sei es für Investitionen in Bergbau, Öl oder Gas, sei es als kurzfristige Finanzanlagen –, dann könnte er ihn haben. Das würde den Peso noch weiter aufwerten, obwohl Argentinien jetzt schon zu den teuersten Ländern des Kontinents zählt, vergleichbar mit Staaten mit gesunden Makroökonomien (von denen Argentinien weit entfernt ist). Diese Aufwertung des Pesos (wie zu Beginn der Diktatur, unter Menem und in einigen Phasen des 21. Jahrhunderts) erzeugt für ein paar Jahre die Illusion, Argentinien habe „jetzt endlich" den Sumpf verlassen. Warum? Weil importierte Waren billig sind, die Supermärkte mit zusätzlichen Angeboten glänzen, die Mittelschicht reist und Fotos aus Malls in Miami postet, Hypothekenkredite auftauchen und man ein schönes „kleines Sommermärchen" erlebt. zumindest ein Teil der Bevölkerung. Erinnern wir uns: Auf dem Höhepunkt des menemistischen Sommers waren zwischen

15 und 25 % der Gesellschaft vollständig vom allgemeinen Aufschwung ausgeschlossen. Und als der Abschwung begann, lebte mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Armut.

Auf diese Art von „Erfolg" könnte Milei hoffen: ein vorübergehendes Sommermärchen, das Argentinien hoch verschuldet zurücklässt, noch tiefer in der Zerstörung versunken, mit einer öffentlichen Bildung am Abgrund und einem zerstörten Staat. Am argentinischen Staat gibt es viel zu kritisieren. Aber wenn Milei seine Ziele erreicht, werden wir nicht mehr eine der hundert besten Universitäten der Welt haben, die öffentlich und kostenlos ist. Wir werden nicht mehr zu den wenigen Ländern gehören, die Satelliten herstellen (das macht der Staat). Wir werden keine Nuklearmedizin mehr produzieren (das macht ebenfalls der Staat). Die Liste könnte ewig fortgesetzt werden. Genau für diese Zerstörung, die bereits im Gang ist, wird Milei weltweit ausgezeichnet.

Wir wissen nicht, wie viel Erfolg Milei bei diesen Zielen haben wird und wie oft er dafür vor aller Augen die Verfassung verletzen muss. Wir wissen aber, dass nichts ewig währt, und schon gar nicht diese auf tönernen Füßen stehenden Wirtschaftsprogramme. Die demokratischen Kräfte für soziale Gerechtigkeit müssen versuchen, den Schaden so gering wie möglich zu halten, und auf alle Versuche der korporativen Vereinnahmung verzichten. Jetzt ist der Moment, Haltung für das Land und die Demokratie zu zeigen.

Sowohl die Radikale Partei, die 1983 nach fünfzig Jahren voller Staatsstreiche und Wahlniederlagen die Macht zurückeroberte, als auch der Peronismus 1989 nach seiner ersten großen Wahlniederlage, haben sich neu erfunden. Ebenso der Peronismus ab 2003. Für die Wahl hatten sie ein neues Programm, in dem sich ihre Geschichte widerspiegelte, eine zeitgemäße Sprache, die die Gesellschaft bewegte, und neue Führungspersönlichkeiten.

Es besteht die Möglichkeit, dass Milei aus seiner Sicht einen vollständigen Erfolg erzielt, dass es über viele Jahre hinweg keine konsistente Opposition gibt, dass keine ernsthafte, tragfähige, glaubwürdige politische Alternative entsteht, die Menschen begeistern kann. Wenn die untereinander zerstrittenen und ausgelaugten Oppositionsführer*innen sich alle auf ihre eigenen kleinen Interessen konzentrieren, wenn sie nicht den Weg für neue Generationen öffnen, die für enorme Herausforderungen ausgebildet wurden, wenn sie die Verbindung zur Gesellschaft nicht mit ehrlicher und tiefer Empathie erneuern, wenn sie nicht das Verhältnis zur akademischen Welt verändern, damit deren Akteure solide und nachhaltige Lösungen für die gravierenden Probleme Argentiniens entwickeln, wenn weiterhin der entpolitisierende Korporativismus der gewerkschaftlichen und parteipolitischen Zersplitterung dominiert, dann ist es wahrscheinlich, dass Milei weiterhin auf ein politisches Feld von ungewöhnlicher Fruchtbarkeit stößt, um

dort zu säen und Massen zu ernten, die in den emotionalen Landschaften der extremen Rechten gefangen sind.

Schließen wir mit einer Reflexion von Spinoza. Der Philosoph schrieb in seiner „Ethik": „Ein Affekt kann nicht gezügelt oder neutralisiert werden, außer durch einen entgegengesetzten Affekt, der stärker ist als derjenige, den man zügeln will." Es scheint ein Satz zu sein, der genau für diesen historischen Moment geschrieben wurde, den wir gerade erleben. Der Satz macht deutlich, wie verfehlt die Sichtweise der Kräfte für Demokratie und soziale Gerechtigkeit ist. Sie stellen die Rationalität der Wahlentscheidung in Frage, behaupten, die Menschen wählten gegen ihre eigenen Interessen. Sie verstehen die zentrale Bedeutung des Affektiven nicht und haben schon vor langer Zeit darauf verzichtet, Hoffnung zu erzeugen. Dachten sie etwa, die Hoffnung könne unbesetzt bleiben, ohne dass jemand kommen und sie – zusammen mit der politischen Hegemonie – an sich reißen würde?

Aber Spinoza darf nicht missverstanden werden. „Ein entgegengesetzter Affekt" ist kein Wort, keine Marketingstudie. Ein entgegengesetzter Affekt ist eine entgegengesetzte Ethik, eine entgegengesetzte Form der Führung, entgegengesetzte Ideen, ein entgegengesetzter Enthusiasmus, eine wirkliche Teilhabe. Vor einigen Jahren schrieb Eduardo Rinesi, dass er es den kirchneristischen Leitsatz unterstützt, der lautete, dass die wirtschaftlichen Kalkulationen auch für die „ganz normalen Menschen" aufgehen müssten, dass also das gewünschte Wirtschaftsmodell eines sei, was an den „ganz normalen Menschen" ausgerichtet sei. Aber zugleich hielt er es für nicht mehr möglich, weiterhin transformative Politik zu betreiben, ohne die direkte Beteiligung von „ganz normalen Menschen" in der Politik, also durch erweiterte Teilhabe und die Demokratisierung der Strukturen (Rinesi 2022). Um sich neu zu erfinden, und das ist meine eigene Ergänzung, werden die Kräfte für Demokratie und soziale Gerechtigkeit dafür sorgen müssen, dass die Professionalisierung der Politik nicht zur Folge hat, dass ein getrenntes Universum entsteht, das sich immer weiter von den Gefühlen der Bürger und der Bevölkerung entfernt und sich in Machtspielen, Selbstbeweihräucherung und kleinen Cliquen verliert, bis hin zur völligen Ausblendung der Tatsache, dass sich transformative Horizonte nicht aufbauen und festigen lassen ohne einen partizipativen Dialog mit der Masse in all ihrer Vielfältigkeit. Eine Politik „mit den ganz normalen Menschen " ist ein durchlässiges, offenes Konzept, das die Intersubjektivität und ihren dialogischen, vielstimmigen Charakter in den Mittelpunkt stellt. Wenn die „ganz normalen Menschen" dabei sind, gibt es keine höchstpersönlichen und weitreichenden Beschlüsse per Tweet und auch keine Angst oder Ablehnung gegenüber Kritik.

Mit dieser Einschätzung ist das geschehen, was mit solch hellsichtigen Kommentaren fast immer passiert: bei den politischen Führungspersönlichkeiten herrschte Schweigen, und die gleichen Praktiken wurden fortgesetzt. Das ist es, was wir die Oligarchisierung der Berufspolitik nennen. Nur, wenn diese Berufspolitiker*innen den Willen der Wähler*innen nicht verstehen, muss man ihnen die reine Wahrheit sagen: „Die Menschen wählen so wegen euch." Euch abzuwählen, ist in ihrem ureigenen Interesse. Gibt es Ausnahmen? Immer. Konnten sie bisher etwas aufbauen? Nein.

Doch der Zeitgeist signalisiert, dass es an der Zeit ist, eine neue Seite aufzuschlagen. Es bringt nichts, sich für eine demokratische Regierung mit sozialer Gerechtigkeit einzusetzen, die vier oder acht Jahre an der Macht sein wird, wenn wir weiterhin in diesem tragischen argentinischen Pendel leben. Wir stehen vor der vierten neoliberalen Offensive seit 1976. Das muss auf konsistente und nachhaltige Weise umgekehrt werden. Es hat keinen Sinn, auf einen neuen Anführer zu setzen, wenn man nicht bereit ist, das Scheitern – bedingt durch das Fehlen eines Programms, von Bindungen und funktionsfähigen Strukturen – zu überdenken.

Entweder wird es also einen entgegengesetzten Affekt geben, im Zuge dessen Emotionen und Rationalitäten mit der ganzen Kraft der Multitude die besten Traditionen aufnehmen und deren Forderungen zum Sieg führen werden. Oder es wird eine Fortsetzung des katastrophalen Zustands geben, bis die Multitude, noch tiefer im Morast versunken, aufsteht und sagt: „Es reicht."

Postskriptum.
Die Kraft der Enttäuschung

Die erste Version des Buches lieferte ich Ende Juni 2024 in Mexiko ab und kehrte daraufhin nach Argentinien zurück. Dieses Postskriptum schreibe ich zwei Monate später in Buenos Aires. Ich hatte versucht, mich auf den zu erwartenden Schock vorzubereiten. Von meinen Freunden und meiner Familie wusste ich, dass ich das Preissystem und den relativen Wert des Geldes nicht verstehen würde, und dass ich mich auf ein derart schlimmes Niveau von Armut und Obdachlosigkeit einstellen müsse, wie ich es noch nie erlebt hatte.

Während die Wochen vergingen, legte sich eine eisige Kälte über eine ohnehin feuchte Stadt. Die Kälte kroch in die Knochen, wie es im Volksmund heißt, und Hunderttausende von Familien mussten Woche für Woche im Freien, auf den Plätzen und in anderen Ecken der Stadt leben. Ein hochrangiger Beamter der Stadt Buenos Aires forderte: „Niemand soll den Familien, die auf der Straße leben, einen Teller Suppe bringen, denn so trägt man nur dazu bei, dass sie bleiben." Die Grausamkeit hatte sich der öffentlichen Amtsträger einer einst progressiven Stadt bemächtigt, während derselbe Beamte „schön warm" bei seiner Familie saß und sein Gehalt bezog. Niemand forderte seinen Rücktritt. Die Konservativen waren keine Christen mehr … Etwas Grundlegendes hatte sich verändert.

Es handelte sich nicht um den Hyperstress, den ich bereits beschrieben habe. Die Linke saß weitgehend in der Falle, die ihr durch das „Fluten der Zone mit Scheiße" gestellt worden war. Täglich vergingen die meisten Stunden der Sendezeit der demokratisch orientierten Radios damit, dass genau das diskutiert wurde, was die „Ingenieure des Chaos" für diesen Tag geplant hatten. Es konnte der Besuch Mileis in Spanien sein, wo er Sánchez beschimpfte und Preise von seinen Freunden von Vox und der PP entgegennahm, es konnte Mileis bereits zitierter historischer Satz sein, wonach er den Nobelpreis gewinnen werde „wenn es gut läuft", sein Streit mit Lula, ein rassistisches Lied, das von einigen Spielern der Nationalmannschaft angestimmt wurde und in schmerzvoller Weise die eurozentrische kulturelle Prägung Argentiniens widerspiegelt, die Erklärung der Vizepräsidentin gegen Frankreich, die Entschuldigung der Präsidentenschwester, die zur französischen Botschaft eilte, eine mögliche neue Liebesbeziehung von Milei, die Aussagen von Mileis Biograf und Freund, homosexuelle Menschen seien krank, Mileis Beschimpfungen gegen jeden Ökonomen (besonders orthodoxe), der seine Wirtschaftspolitik kritisierte, Mileis Beleidigungen gegen Journalist*innen (anfangs besonders aus dem rechten oder mitte-rechten

Spektrum), wenn sie seinen geringen Respekt vor den Normen im Allgemeinen und den republikanischen im Besonderen anprangerten, Mileis Beleidigungen gegen die politische Kaste, seine hemmungslose Misogynie, als er vier Frauen als Prostituierte beschimpfte, ein Auftritt Mileis, bei dem er mit 90 % der vermeintlichen Mitglieder der politischen Kaste (unter ihnen die Gouverneure aller Provinzen) den sogenannten *Pacto de Mayo* schloss – die Aufzählung könnte unendlich fortgesetzt werden.

Man kann seinen Ingenieuren des Chaos die Kreativität nicht absprechen, wenn man sich anschaut, wie sie es geschafft haben die Gesellschaft trotz verhältnismäßig hohem Bildungsniveau dazu zu bringen, ihre Agenda der Idiotien zu diskutieren. Denn gerade die „am besten Informierten" (diejenigen, die am meisten Informationsmedien konsumieren) sind am ehesten bereit, den ganzen Zirkus zu diskutieren, der vor allem organisiert ist, damit nicht auffällt, wie sie sich währenddessen mit dem ganzen Brot aus dem Staub machen. Ob der Zirkus nun für Applaus sorgt oder für Empörung, am Ende lässt sich doch festhalten, dass sich die Hausherren der Casa Rosada wie Clowns und Zauberer aufführen.

Kurz zur Erklärung: Milei erreichte die Verabschiedung seines umfassenden Gesetzespaketes (*Ley Bases*) mit Stimmengleichheit im Senat und dem entscheidenden Ja seiner Vizepräsidentin. Darin wird ein Investitionsregime festgelegt, von dem unklar ist, inwieweit es umgesetzt werden kann. Sollte es jedoch nur ansatzweise verwirklicht werden, wäre es mit Abstand die größte Auslieferung argentinischer Naturressourcen an transnationale Großkonzerne, an die man sich erinnern kann. Der Menemismus, der einschließlich der staatlichen Ölgesellschaft alle Staatsunternehmen verscherbelte (etwas, das die meisten Regierungen der Welt nicht geschafft haben), würde „zu einer Erbse schrumpfen", wenn Mileis Gesetz bei Lithium, Bergbau, Kohlenwasserstoffen, Wasserkraftwerken und anderen Naturressourcen zur Anwendung käme. Sie würden keine Steuern zahlen und einfach alles mitnehmen, was sie in zwei Jahrzehnten fänden. Die linke Opposition widmete diesem Thema weit weniger Zeit als den Gesängen der Nationalmannschaft.

Das bestimmende Thema während der Regierungszeit des Kirchnerismus war immer die große Kluft zwischen dem offiziellen Dollar (den fast niemand kaufen kann) und dem Parallel-Dollar. Milei reduzierte diese Spanne bei seiner Amtsübernahme durch eine brutale Abwertung auf ein Minimum. Ende Juli lag die Spanne wieder bei fast 50 %, teils darüber, und der Länderrisikoindex stieg auf 1.500 Punkte. Milei brachte Goldreserven außer Landes und begann, die äußerst knappen Dollarreserven der Zentralbank zu verkaufen, um auf den Wert des Parallelkurses einzuwirken. Das heißt: Mit 27 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden in den nächsten Jahren und weniger als fünf Milliarden in der Zentralbank begann er, diese Dollars zu verkaufen, um

zu verhindern, dass sich der Anstieg des Parallelkurses in einer gestiegenen Inflation niederschlägt und sein Image beschädigt. Es spielte ihm für seine öffentlichen Wahrnehmung zur Jahresmitte sehr in die Hände, dass er die Inflation auf etwa 4 bis 5 % monatlich senken konnte, natürlich zum Preis einer brutalen Rezession und dem völligen Stopp öffentlicher Bauvorhaben. Es ist wahrscheinlich, dass das BIP um 5 % sinken wird, ganz so als befände sich Argentinien im Krieg. Diese Fakten scheinen für große Mehrheiten weit weniger relevant zu sein als Mileis Beleidigungskampagnen gegen wen auch immer. Betrachtet man die Schachzüge der Ingenieure des Chaos und deren Erfolg, wirkt das Niveau der „öffentlichen Debatte" schlicht irre.

Vor diesem Hintergrund wird klar, warum sich diese Berater und Funktionäre den Titel die „Zauberer von Milei" redlich verdient haben. Eine Gruppe von Abgeordneten seiner Partei besuchte den wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilten Alfredo Astiz im Gefängnis. Astiz ist ein Symbol für die von den *Madres de Plaza de Playo* angeprangerten Verbrechen während der Diktatur und für die Feigheit gegenüber den Engländern. Manche sagen, das interessiere heutzutage niemanden. Das sind Hypothesen. Persönlich glaube ich, dass er längst begnadigt worden wäre, wenn es wirklich niemanden kümmerte. Doch die Regierung tastet sich vor, überschreitet mit Astiz eine Grenze und wartet darauf, dass die Opposition Fehler in ihren Reaktionen begeht. Oder darauf, dass an diesem Punkt der Antikirchnerismus stärker wirkt als elementare Prinzipien. Bislang funktioniert das, und die Idee der „Zauberer" scheint darin zu bestehen, diese Tendenz zu verstärken und auch auf neue Themen auszudehnen.

Die Veränderungen, die ich bei meiner Rückkehr wahrnahm, waren noch größer als erwartet und beschränkten sich keineswegs auf die Wirtschaft oder die Taschenspielertricks. Die emotionale Landschaft der Menschen, mit denen ich sprechen und interagieren konnte, hatte sich verändert. Ich beziehe mich auf zwei Dinge: erstens auf die Wähler*innen Mileis, zweitens auf die oppositionellen Wähler*innen nach den Anschuldigungen von Fabiola Yañez gegen Alberto Fernández (die einen Monat nach meiner Ankunft stattfanden).

Einige Tage nach meiner Rückkehr lud mich meine Kollegin Shila Vilker, die ein Institut für Meinungsforschung leitet, dazu ein, an einigen Fokusgruppen teilzunehmen. Besonders eindrücklich war eine Gruppe mit moderaten Wähler*innen Mileis, die sich aus jungen Menschen von etwa 30 Jahren aus der unteren Mittelschicht des Großraums Buenos Aires zusammensetzte. Im Unterschied zu den Fanatiker*innen, die ungeachtet ihrer persönlichen Umstände jede Regierungsentscheidung zelebrieren, machen die moderaten Wähler*innen Rechnungen auf, stellen Fragen und warten mit zunehmender Ungeduld. Sie warten darauf, dass die großen Opfer, die

sie bringen, Früchte tragen. Sie warten darauf, dass die Dinge aufhören, sich zu verschlechtern, und beginnen, sich zu verbessern.
Es ist eine aufkommende Angst vor einer neuen Enttäuschung spürbar, vor dem Scheitern, davor, dass die Dinge nicht funktionieren. „Es reicht nicht, aber so war es schon immer." Ein anderer erklärt: „Man muss einen Neustart machen, wir zahlen die Zeche." – „Wir haben schon das Schlimmste vom Schlimmsten durchgestanden", „die Transportpreise sind unmöglich", sagt einer; worauf ein anderer antwortet: „Es gibt einen Wandel, es wird Schwierigkeiten geben." – „Schritt für Schritt wird es gehen", bekräftigten die Optimistischeren. Doch ein anderer sagte: „Ich sehe den Horizont sehr weit entfernt, er meinte, der Wandel wird sich über 25 Jahre hinziehen." Doch jenseits dieser Angst positionieren sie sich mit einem moralischen Urteil: „Die Peronisten wollen, dass die Menschen vom Staat abhängig sind, die Libertären, dass sie selbständig sind."

Ein Monat später, in einer anderen Gruppe mit ebenfalls jungen Menschen aus der unteren Mittelschicht, die Milei gewählt hatten, hieß es: „Das Land ist in einem Prozess" – im Sinne von: es bewegt sich weiter, es ist noch zu früh, ein endgültiges Urteil zu fällen. „Den Leuten geht es schlechter, aber die Inflation sinkt", „man versucht, Stabilität zu erreichen", „das Geld reicht nicht", „es fehlt noch … bis das Geld reicht". – „Tut das weh? Ja, aber es ist realer als das, was vorher geschah", sagt einer. Ein anderer fasst zusammen: „Jetzt leben wir in der Wahrheit, vorher lebten wir in einer Lüge." Dieser Punkt ist entscheidend. Worin besteht für sie die Lüge? Das, was die Rechte als „demagogische oder klientelistische Pläne des Populismus" bezeichnen würde: Lohnerhöhungen oder Steigerung der Binnennachfrage, auf Raten finanzierte Käufe nationaler Konsumgüter, die Abschaffung der Einkommenssteuer. Die relative Geldfülle bei gleichzeitiger Inflation. All das konnte nicht aufrechterhalten werden, und daher schlug nun die Stunde der Wahrheit. „Es ist nicht schön, wie wir jetzt leben, aber so wie vorher konnte es nicht weitergehen."

Shila Vilker, die neben mir im Beobachtungsraum sitzt, interpretiert diesen Satz so: „Es geht uns schlecht, aber es könnte schlimmer sein." Damit spielt sie auf einen Satz von Carlos Menem an, der in einer wirtschaftlich schweren Phase seiner Regierung sagte: „Es geht uns schlecht, aber wir gehen in die richtige Richtung." Kaum hat Shila dies gesagt, wird in der Gruppe dieser Gedanke ausgesprochen: „Wir könnten Venezuela sein, wir waren auf dem Weg dorthin." Für die Wähler Mileis – und wahrscheinlich für viele andere – symbolisiert Venezuela das, was es unbedingt zu vermeiden galt. Mit einem massiven Exodus und Wahlbetrug ist es der einzige ökonomische Zusammenbruch, den sie kennen, der noch schlimmer ist als der Argentiniens. Doch

im Fokus liegt die Wirtschaft. Das Konzept ist einfach. Bereits jetzt hat Milei etwas erreicht: er hat verhindert, dass wir wie Venezuela werden.
Gleichzeitig tauchen erste Zweifel auf: „Ich weiß nicht, ob der Wandel möglich sein wird." Neun Monate Regierung sind vergangen, und es gibt keine Gewissheit über die Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen oder politischen Prozesses. Vielleicht wird die Opposition alles blockieren, vielleicht ist die Regierung nicht so kompetent wie behauptet, vielleicht sind die Bedingungen zu widrig, vielleicht ist die Gesellschaft zu „korrupt". Der Wandel, den Milei wie durch Zauberhand bringen sollte, ist nicht so sicher, es macht sich wieder etwas Ungewissheit breit. Jedoch nicht im selben Ausmaß wie zuvor, denn Milei genießt Autorität.

Unter den Teilnehmern und Teilnehmerinnen der Fokusgruppen scheint es manchmal, als würde sich eine neue Traurigkeit ausbreiten. Diese wird dann aber sofort negiert und zurückgewiesen. Denn sie ist inakzeptabel. In den Fokusgruppen hörte ich zahlreiche quantitative Erzählungen, eine Liste logischer, wirtschaftlicher Dinge, wie zum Beispiel, dass die Preise stärker stiegen als die Löhne, dass Rentnerinnen und Rentner ein Drittel ihrer Kaufkraft verloren haben, registrierte Beschäftigte 20 %, die informellen Arbeiter und Arbeiterinnen noch weit mehr. Sie wissen, dass vor Mileis Sieg alles ein Desaster war. Sie wollen nichts von denen wissen, die vorher regierten. Die Inflation hat sie zerstört und verarmt und nun bringen sie ein Opfer, damit sich alles bessert. Aber die Zeit vergeht, und es ist eine sehr harte Zeit. Wenn der Zweifel aufkommt, ob dies nicht schon die dritte große Enttäuschung sein könnte, droht die Traurigkeit alles zu überrollen und hinwegzufegen. Doch in den Gruppen, die ich beobachtete, tritt genau in dem Moment, in dem alle ihre Rechnungen aufgestellt und abgeschlossen haben und sich fragen, wann sich ihre Situation ändern wird, eine Leere auf. Sie wissen nicht, ob es geschehen wird. Sie sind moderat, sie haben Hoffnungen, aber keine Gewissheiten. Auch nicht viel Zeit.

An dieser Kreuzung verspüren sie eine Leere. Denn was, wenn das nicht funktioniert? Was ist die Alternative zu dieser Gegenwart? Im Unterschied zu den Führungsfiguren des Kirchnerismus, die überzeugt sind, dass die Alternative zu dieser Misere sie selbst und ihre glorreiche Vergangenheit seien, habe ich keine*n einzige*n moderate*n Wähler*in Mileis gesehen, der/die auch nur entfernt so denkt. Der Kirchnerismus und seine Anführer*innen lösen bei ihnen Entsetzen aus. Für sie hieße das, den Weg in Richtung der venezolanischen Katastrophe wiederaufzunehmen. Und angesichts dieses Entsetzens, angesichts dieser Leere, bekräftigen sie mit neuer Energie die Aussage, dass sie zu Milei halten, dass sie ihn unterstützen, dass man Opfer bringen und durchhalten müsse.

Die Identität der argentinischen Mitte-Rechts-Kräfte ist so stark an ihre antipopulistische und antikirchneristische Position geknüpft, dass es unvorstellbar war, wie in Frankreich oder Deutschland eine Art Brandmauer gegen die extreme Rechte zu errichten. Im Grunde war die Mitte-Rechts-Kraft gerade daran beteiligt, eine Brandmauer gegen den Kirchnerismus aufzubauen, als mit schwindelerregender Geschwindigkeit die extreme Rechte auftauchte. Die gesellschaftliche Ablehnung des Peronismus und des Kirchnerismus war so stark, dass es nicht einmal mit Milei als Gegner genug Unterstützung für die Kräfte gab, die sich ihm entgegenstellten.

Genau das ist es, was die kirchneristischen Führungskräfte und Aktivisten nicht begreifen. Für alle, die Jahr für Jahr am Ritual des 24. März teilnehmen (einer riesigen Demonstration zum Gedenken an den Staatsterrorismus unter der Militärdiktatur), sagt der Besuch von Mileis Abgeordneten bei Astiz alles. Dass die Vizepräsidentin den „Kampf gegen die Subversion" rechtfertigt, überschreitet alle Grenzen. Dass der Präsident ein Video gutheißt, das genauso gut von denen hätte produziert sein können, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, macht die Verbindungen offensichtlich.

Doch für die jungen Menschen aus der unteren Mittelschicht, die Teil des moderaten Milei-Wählerlagers sind, ordnen sich die Prioritäten anders. Ihre größte Sorge ist ihre Arbeit und ihre Zukunft. Sie sehen Mileis Gegner*innen als eine ernsthafte Bedrohung für ihre Anstrengungen, ihre Fähigkeiten und ihre Zukunft. Wir wissen nicht, wie sich diese Spannung zwischen Erwartungen und Realität entwickeln wird, aber so wie die Dinge heute stehen, wirkt die Hoffnung mancher peronistischer Führungskräfte, dass die Wähler*innen schon „wieder zu uns zurückkommen werden, wenn das nicht funktioniert", völlig verfehlt – ein Ausdruck jener immer größeren Kluft zwischen der Berufspolitik und sehr breiten Gesellschaftsschichten.

Es gibt bestimmte soziale Ereignisse von solcher Wucht, dass sie in der Lage sind die gesamte emotionale Landschaft verändern. Der Beginn oder das Ende eines Krieges erzeugt manchmal solche Dynamiken. In Argentinien war das 1982 der Fall. Ein solcher Sprung von einer emotionalen Landschaft in eine andere ereignete sich auch, als die ehemalige First Lady Fabiola Yañez den Ex-Präsidenten Alberto Fernández beschuldigte, sie geschlagen und geschlechtsspezifische Gewalt ausgeübt zu haben, und als Beweise Bilder und Chats mit dem Ex-Präsidenten an das Gericht weiterleitete. Im Vergleich dazu wurden die Anschuldigungen und Verdachtsmomente im Zusammenhang mit dem sogenannten „Versicherungsfall" wie ein Kavaliersdelikt behandelt, welches sich allein schon dadurch relativierte, dass sich die meisten wichtigen politischen Führer*innen des Landes in den letzten Jahrzehnten ähnlichen Vorwürfe ausgesetzt sahen.

Mehrere peronistische Politiker*innen sind nun wegen geschlechtsspezifischer Gewalt oder sexueller Belästigung angeklagt worden, ein ehemaliger Gouverneur ist sogar wegen Vergewaltigung verurteilt worden. Der Peronismus hatte sich zum größten Teil die Forderungen der Frauenbewegungen zu eigen gemacht, ganz im Gegensatz zum Konservatismus Mileis, der die Geschlechtergleichheit leugnet, sich misogyn verhält und praktisch alle Programme zur Prävention von Gewalt gegen Frauen gestrichen hat. Doch die Anschuldigung gegen den peronistischen Ex-Präsidenten Fernández mit Bildern, die beweisen, dass er seine Partnerin geschlagen hatte, erzeugte einen emotionalen Schock tektonischen Ausmaßes.

In polarisierten Gesellschaften kann es gegensätzliche emotionale Landschaften geben. Die Hoffnung der Sieger ist die Kehrseite der Traurigkeit der Besiegten. Frustration, Enttäuschung und ähnliche Gefühle dominierten im Umfeld peronistischer mittlerer Kader, Aktivist*innen und Wähler*innen. Es gab keine Führungspersönlichkeiten, die in der Lage gewesen wären zu erklären, warum sie verloren hatten, wie man wieder eine Mehrheit gewinnen würde, wie man verhindern könnte, dass Milei die Naturressourcen des Landes verschenkt und die besten öffentlichen Unternehmen privatisiert. Sergio Massa schwieg, Alberto Fernández war nicht mehr hörbar, auch wenn er sprach, und Cristina ergriff nur noch sehr sporadisch das Wort, jedes Mal mit weniger Gewicht. Sie war nur noch ein Schatten der Cristina der Jahre 2016 bis 2019, die damals das Epizentrum der wachsenden Opposition gegen Macri verkörpert hatte.

Wenn die Gefühle, die die emotionale Landschaft bestimmten, bisher Frustration und Enttäuschung waren, so dominierte nach der Anzeige von Fabiola Yañez die Verzweiflung, die so schnell um sich griff wie ein Flächenbrand. Das Gefühl der Verlassenheit radikalisierte sich zu dem Gefühl Opfer des größten Verrats geworden zu sein, den ein politischer Führer begehen kann - ganz wie ein Dolchstoß gegen eine Fahne, die vorher noch stolz wehte. Fernández hatte die Quarantäne verordnet und gleichzeitig eine Feier in seinem Haus veranstaltet; er hatte gesagt, er sei nicht korrupt, doch wachsende Indizien stellten sein Wort infrage; er hatte peinlicherweise erklärt, er habe das Patriarchat beendet, als er Gesetze verkündete, die von der Frauenbewegung gefordert worden waren und nun wurde sein Verhalten als Partner auf schonungslose Weise bloßgestellt.

Das Gefühl der Verlassenheit ging einher mit dem Empfinden von Abwesenheit, von Leere und Schutzlosigkeit. Diese Erschütterung hatte jedoch eine andere Qualität, denn die Person, die man gewählt, unterstützt und verteidigt hatte, die man kritisieren, aber auch schätzen konnte, wurde eines der ethisch verurteilungswürdigsten Vergehen beschuldigt, das ein Mann begehen kann. Genau in dem Moment, als ich die Korrekturen beendete

und dieses Postskriptum schrieb, erklärte Fabiola Yañez, dass sie vor einigen Jahren schwanger geworden sei, er sie zur Abtreibung gezwungen und sie ebenfalls geschlagen habe. „Was wird uns dieser Typ noch antun?", begannen Basisaktivist*innen und peronistische Wähler*innen zu fragen. Der immense Schaden für das politische Lager der sozialen Gerechtigkeit im Kampf gegen Milei ist momentan noch nicht abzusehen.

Unmittelbar nach der Anzeige, als die schlimmsten Bilder noch nicht bekannt waren, beschrieben junge peronistische Wähler*innen in den Fokusgruppen ihre Stimmung mit den Worten Angst, Verzweiflung, Traurigkeit, Stress. Einerseits war Milei für sie unerträglich: „Das Geld wird immer knapper", „es gibt immer mehr Menschen auf der Straße" und ähnliche Sätze. Die harte, antagonistische Grenze zum anderen Lager, die ihre Identität definierte, war spürbar. Aber zugleich sagten sie: „Das mit Alberto Fernández war schockierend", „enttäuschend", „ich versuche, das nicht zu sehen, weil ich deprimiert bin", „ich erwarte nichts mehr von niemandem", „ich habe mich im Namen von Alberto Fernández engagiert, für wen kann ich mich jetzt noch engagieren?", „es gibt keine Führung, die unsere Generation repräsentiert", „was jetzt geschieht, ist auch die Schuld des Peronismus", „der Peronismus muss sich erneuern". Und alle waren sich einig, dass das Schlüsselwort für das, was kommen müsse, Empathie sei: verstehen und sich in den anderen hineinversetzen. Empathie wurde sogar öfter als ein anderer, klassischerer peronistischer Begriff genannt: Solidarität.

Es lässt sich eine neue emotionale Landschaft erkennen, die von Verlassenheit und Verzweiflung geprägt ist. Gleichzeitig ist eine kulturelle und politische Barriere zwischen den Menschen spürbar, die nur schwer zu überwinden ist. Wir können keine Zahlen nennen. Aber die Strategie Mileis, die darin besteht, die Enttarnung eines Ex-Präsidenten zu nutzen, um den Antifeminismus zu stärken, die Idee der sozialen Gerechtigkeit zu diskreditieren und einen Wertewandel zu befördern, mag in einem Sektor funktionieren, hat aber auch Gegenreaktionen hervorgerufen. Unter jetzt viel schlechteren Voraussetzungen wird der Grundkonflikt weitergehen. Die Konflikte um Fragen der Verteilung, der Souveränität, der Moral und der Werte werden nicht verschwinden. Dort können die extremen Rechten mit ihren leeren Versprechungen ansetzen, aber auch sie haben keine wirkliche Verankerung in der argentinischen Gesellschaft.

In jeder Gesellschaft gibt es im Laufe der Zeit Sedimentierungen und zugleich Veränderungen. In der argentinischen Gesellschaft sind Werte wie die Demokratie, der kulturelle und religiöse Liberalismus, die staatliche Bildung (insbesondere die Universitäten) und die Wertschätzung von Wissenschaftler*innen tief verankert. Es gibt gewisse Dimensionen des Nationalismus, die nützlich sind, um zu verhindern, dass landeseigene Naturressourcen

ausverkauft werden. Die allgemeine Ermüdung in Bezug auf Themen wie Menschenrechte und andere Bürgerrechte kann stark damit zu tun haben, dass sie oft parteipolitisch genutzt wurden, um wirtschaftliches Scheitern zu kompensieren und um die Unterstützung für die Gegner zu schwächen. Aber das bedeutet nicht, dass die Werte automatisch verloren sind, sondern dass sie aus neuen diskursiven und praktischen Perspektiven wiederbelebt werden müssen.

Es lässt sich also konstatieren, dass das, was die aktuelle Regierung „Kulturkampf" nennt, eine politische und ethische Auseinandersetzung von enormem Ausmaß sein wird. Derzeit haben diejenigen, die demokratische und egalitäre Werte verteidigen, das Problem, dass ihre politische Führung abwesend oder durch sehr konkrete Taten befleckt ist. Zugleich gibt es eine Vielfalt von Stimmen, die die Regierung mit ad-hominem-Argumenten zu diskreditieren versucht. Und es gibt junge Führungspersönlichkeiten, die an Kraft gewinnen und sich ihren Weg bahnen werden. Ihre Herausforderung wird darin bestehen, eine reale Transformation der politischen Vorstellungen und Praktiken zu erreichen, einschließlich eines dialogischen Prozesses, um Beziehungen zwischen Vergangenheit und Zukunft zu knüpfen, die sie stärken, anstatt Mauern zu errichten, hinter denen eine Hälfte der Bevölkerung unerreichbar bleibt.

Der Weg ist schwierig, aber er ist möglich. In Kontexten enormer Widrigkeiten hat es die argentinische Gesellschaft geschafft, sich vom Staatsterrorismus, von der neoliberalen Hegemonie der 1990er Jahre und von vielen anderen Prozessen zu erholen. Es wird Zeit brauchen, aber eine neue Generation wird neue Horizonte eröffnen.

Literaturverzeichnis

Adamovsky, Ezequiel. 2023. *Del antiperonismo al individualismo autoritario. Ensayos e intervenciones (2015-2023)*. Buenos Aires: UNSAM Edita.

Aguiar, Thais Florencio. 2020. *Demofobia e demofilha*. São Paulo: Editora Unifesp.

Arditi, Benjamín. 2021. "El pueblo del resentimiento y la redención versus la emancipación". *Heterotopías* 4, Nr. 7: 1-12. https://revistas.unc.edu.ar/index.php/heterotopias/article/view/33524

Arditi, Benjamin. 2024. "Three Provocations concerning the Uses of Populism". *Populism* 7, Nr. 1: 1-20. DOI: https://doi.org/10.1163/25888072-bja10058

Arditi, Benjamin. 2025. *Is There Such a Thing as Populism? 3 Provocations and 5 1/2 Proposals*. New York: Routledge.

Balsa, Javier. 2024. *¿Por qué ganó Milei?* Buenos Aires: Fondo de Cultura Económica.

Balthazar, Ana Carolina. 2017. "Made in Britain: Brexit, Teacups, and the Materiality of the Nation". *American Ethnologist* 44, Nr. 2: 220-24. DOI: https://doi.org/10.1111/amet.12471

Banks, Marcus & Andre Gingrich, eds. 2006. *Neo-nationalism in Europe and Beyond: Perspectives from Social Anthropology*. New York: Berghahn Books.

Banks, Antoine & Nicholas Valentino. 2012. "Emotional Substrates of White Racial Attitudes". *American Journal of Political Science* 56, Nr. 2: 286-97. DOI: https://doi.org/10.1111/j.1540-5907.2011.00561.x

Banks, Antoine. 2014. *Anger and Racial Politics: The Emotional Foundation of Racial Attitudes in America*. Cambridge: Cambridge University Press.

Beck, Ulrich. 1998. *La sociedad del riesgo. Hacia una nueva modernidad*. Barcelona/Buenos Aires: Paidós.

Berg, Ulla & Ana Ramos-Zayas. 2015. "Racializing affect: A theoretical proposition". *Current Anthropology* 56, Nr. 5: 654-677.

Besserer Alatorre, Federico. 2014. "Regímenes de sentimientos y la subversión del orden sentimental: Hacia una economía política de los afectos". *Nueva antropología* 27, Nr. 81: 55-76. https://www.redalyc.org/articulo.oa?id=15936205004

Bodei, Remo. 1995. *Geometría de las pasiones. Miedo, esperanza y felicidad. Filosofía y uso politico*. México: Fondo de Cultura Económica.

Bonikowski, Bart. 2017. "Ethno-Nationalist Populism and the Mobilization of Collective Resentment". *The British Journal of Sociology* 68: 181-213. DOI: https://doi.org/10.1111/1468-4446.12325

Brown, Wendy. 2021. *En las ruinas del neoliberalismo. El ascenso de las políticas antidemocráticas en Occidente*. Madrid: Traficantes de Sueños/Futuro Anterior/Tinta y Limón.

Caggiano, Sergio. 2024. "La extrema derecha y los dilemas de la batalla cultural. Moral, individualismo y sentido de pertenencia". In: *Desquiciados. Los vertiginosos cambios que impulsa la extrema derecha*, hg. von Alejandro Grimson, 103-124. Buenos Aires: Siglo XXI.

Calvo, Ernesto, Gabriel Kessler, Maria Victoria Murillo & Gabriel Vommoro. 2024. "No los une el espanto". *Revista Anfibia*, https://revistaanfibia.com/no-los-une-el-espanto/

Casals, Xavier. 2015. "Por qué los obreros apoyan a la ultraderecha? Diez reflexiones para elaborar una respuesta". *Working Paper*, Nr. 341. Barcelona: Instituto de Ciencias Políticas y Sociales.

Chakrabarty, Dipesh. 2009. "The climate of history: Four theses". *Critical Inquiry* 35, Nr. 2: 197-222. DOI: https://doi.org/10.1086/596640

Chomsky, Noam. 2019. *Malestar global. Conversaciones con David Barsamian sobre las crecientes amenazas a la democracia*. Madrid: Sexto Piso.

Clough, Patricia & Jean Halley, Hg. 2007. *The Affective Turn: Theorizing the Social*. New York: Duke University Press Books.

Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL). 2021. Panorama Social de América Latina, 2020. (LC/PUB.2021/2-P/Rev.1). Santiago. https://repositorio.cepal.org/server/api/core/bitstreams/500c9ce1-b11e-49d9-99a3-b3f371332f70/content

Cortina, Adela. 2017. *Aporofobia, el rechazo al pobre. Un desafío para la democracia*. Barcelona: Paidós.

Costa, Sergio. 2023. "Unequal and Divided: The Middle Classes in Contemporary Brazil". In: *Middle Class Identities and Social Crisis. Cultural and Political Perspectives on the "Global Rebellion"*, hg. von Alejandro Grimson, Menara Guizardi & Silvina Merenson. Londres y New York: Routledge.

Cramer, Katherine. 2016. *The Politics of Resentment: Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker*. Chicago: University of Chicago Press.

Da Empoli, Giuliano. 2019. *Os engenheiros do caos. Como as fake news, as teorías da conspiracao e os algoritmos estao sendo utilizados para diseminar ódio, medo e influenciar eleicoes*. São Paulo: Vestígio.

Damasio, Antonio. 2005. *En busca de Spinoza. Neurobiología de la emoción y los sentimientos. Traducción de Joandomènec Ros*. Barcelona: Crítica.

Damasio, Antonio. 2010. *El error de Descartes. La emoción, la razón y el cerebro humano*. Barcelona: Crítica.

Dardot, Pierre, Haud Guéguen, Christian Laval & Pierre Sauvêtre. 2024. L*a opción por la guerra civil. Otra historia del neoliberalismo*. Madrid: Tinta Limón/LOM/Traficantes de Sueños.

Debray, Regis. 1994. "Dios y el planeta político". *Nexos* 198 (junio): 33-35.

Deleuze, Gilles. 2004. *Spinoza: filosofía práctica*. Barcelona: Tusquets.

Deleuze, Gilles. 2008. *En medio de Spinoza*. Buenos Aires: Cactus.

De Soto, Hernando. 1987. *El otro sendero*. México: Diana.

Diamand, Marcelo. 1983. “El péndulo argentino: ¿hasta cuándo?”. En Conferencia sobre Medidas de Cambio Político Económico en América Latina.

Dimaggio, Paul, John Evans & Bethany Bryson. 1996. “Have American’s Social Attitudes Become More Polarized?” *American Journal of Sociology* 102, Nr. 3: 690-755. DOI: https://psycnet.apa.org/doi/10.1086/230995

Dubet, François. 2020. *La época de las pasiones tristes. De cómo este mundo desigual lleva a la frustración y el resentimiento, y desalienta la lucha por una sociedad mejor*. Buenos Aires: Siglo XXI.

Elias, Norbert. 2009. *Los alemanes*. Buenos Aires: Nueva Trilce.

Etchevers, Martín, Cristian Garay, Natalia Putrino, Jimena Grasso, Natalia Helmich & Lautaro Rojas. 2021. *Relevamiento del estado psicológico de la población argentina*. Observatorio de Psicología Social Aplicada, Facultad de Psicología, Universidad de Buenos Aires. http://www.psi.uba.ar/opsa/#informes

Feather, Norman & Rebecca Sherman. 2002. “Envy, Resentment, Schadenfreude, and Sympathy: Reactions to Deserved and Undeserved Achievement and Subsequent Failure”. *Personality and Social Psychology Bulletin* 28, Nr. 7: 953-961. DOI: https://doi.org/10.1177/014616720202800708

Febbro, Eduardo. 2018. “‘¿Por qué crece el evangelismo en Brasil y qué consecuencias políticas tiene?’ Entrevista con Lamia Oualalou.” *Nueva Sociedad*. https://nuso.org/articulo/por-que-crece-el-evangelismo-en-brasil-y-que-consecuencias-politicas-tiene/

Feierstein, Daniel. 2023. *La construcción del enano fascista: los usos del odio como estrategia política en Argentina*. Buenos Aires: Clave Intelectual.

Ferguson, James & Akhil Gupta. 2002. “Spatializing States: Toward an Ethnography of Neoliberal Governmentality”. *American Ethnologist*, 29: 981-1002. DOI: https://doi.org/10.1525/ae.2002.29.4.981

Finchelstein, Federico. 2023. *Mitologías fascistas. Historia y política de la irracionalidad en Borges, Freud y Schmitt*. Barcelona: Taurus.

Fleury, Cynthia. 2023. *Aquí yace la amargura. Cómo curar el resentimiento que corroe nuestras vidas*. Buenos Aires: Siglo XXI.

Forti, Steven. 2021. *Extrema derecha 2.0. Qué es y cómo combatirla*. Madrid: Siglo XXI.

Foucault, Michel. 2007. *El nacimiento de la biopolítica*. Buenos Aires: Fondo de cultura Económica.

Franco, Marina. 2024. "La fractura del 'Nunca Más'". Le Monde Diplomatique, dossier 24M: Toda memoria es política.

Franco, Marina. 2024. "El final del 'pacto del Nunca Más', nuestro mito contemporáneo". In: *Desquiciados. Los vertiginosos cambios que impulsa la extrema derecha*, hg. von Alejandro Grimson, 211-232. Buenos Aires: Siglo XXI.

Frank, Thomas. 2008. *¿Qué pasa con Kansas? Cómo los ultraconservadores conquistaron el corazón de los Estados Unidos*. Madrid: Acuarela Libros y Machado Libros.

Fraser, Nancy. 2017. "The End of Progressive Neoliberalism". *Dissent*, https://www.dissentmagazine.org/online_articles/progressive-neoliberalism-reactionary-populism-nancy-fraser/

Fraser, Nancy. 2017. "Saltar de la sartén para caer en las brasas. Neoliberalismo progresista frente a populismo reaccionario.". In: *El gran retroceso. Un debate internacional sobre el reto urgente de reconducir el rumbo de la democracia*, hg. von Heinrich Geiselberger, 66-76. Barcelona: Seix Barral.

Fraser, Nancy. 2023. *Capitalismo caníbal. Qué hacer con este sistema que devora la democracia y el planeta, y hasta pone en peligro su propia existencia*: Siglo XXI.

Freud, Sigmund. 1981. "Proyecto de psicología (1895)". In: *Obras completas: Publicaciones prepsicoanalíticas y manuscritos inéditos en vida de Freud, 1886-1899*, hg. von José Luis Etcheverry. Buenos Aires: Amorrortu.

Freud, Sigmund. 1981. "La herencia y la etiología de las neurosis (1896)"; "Nuevas puntualizaciones sobre las neuropsicosis de defensa (1896)" y

"La etiología de la histeria (1896)". In: *Obras completas: Primeras publicaciones psicoanalíticas, 1893-1899*, Buenos Aires: Amorrortu.

García Canclini, Néstor. 2019. *Ciudadanos reemplazados por algoritmos*. Bielefeld: Bielefeld University Press.

García Linera, Alvaro. 2024. *La democracia como agravio*. Buenos Aires: CLACSO y Facultad de Ciencias Sociales de la UBA.

Geiselberger, Heinrich (Hg.). 2017. *El gran retroceso. Un debate internacional sobre el reto urgente de reconducir el rumbo de la democracia*. Barcelona: Seix Barral.

Gené, Mariana & Gabriel Vommaro. 2023. *El sueño intacto de la centroderecha y sus dilemas después de haber gobernado y fracasado*. Buenos Aires: Siglo XXI

Göpffarth, Julian. 2021. "Activating the Socialist Past for a Nativist Future: Far-Right Intellectuals and the Prefigurative Power of Multidirectional Nostalgia in Dresden". *Social Movement* Studies 20, Nr. 1: 57-74. DOI: https://doi.org/10.1080/14742837.2020.1722628

Grimson, Alejandro, (Hg.). 2004. *La cultura en las crisis latinoamericanas. Buenos Aires: Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales*, CLACSO. https://biblioteca.clacso.edu.ar/clacso/gt/20100918083912/grimson.pdf

Grimson, Alejandro. 2004. "La experiencia argentina y sus fantasmas". In: *La cultura en las crisis latinoamericanas*, hg. von Alejandro Grimson, 177-193. Buenos Aires: Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales, CLACSO. https://biblioteca.clacso.edu.ar/clacso/gt/20100918090931/9grimson.pdf

Grimson, Alejandro. 2007. *Pasiones nacionales. Política y cultura en Brasil y Argentina*. Buenos Aires: Edhasa

Grimson, Alejandro. 2011. *Los límites de la cultura. Crítica de las teorías de la identidad*. Buenos Aires: Siglo XXI.

Grimson, Alejandro. 2012. *Mitomanías Argentinas. Cómo hablamos de nosotros mismos*. Buenos Aires: Siglo XXI.

Grimson, Alejandro. 2019. *¿Qué es el peronismo? De Perón a los Kirchner, el movimiento que no deja de conmover la política argentina*. Buenos Aires: Siglo XXI.

Grimson, Alejandro. 2023. "La pandemia como experiencia traumática. El caso argentino". In: *Perú y América Latina en tiempos de pandemia. Desigualdades, salud pública y poder*, hg. von Jorge Morel & Omayra Peña Jimenez, 39-55. Lima: Instituto de Estudios Peruanos.

Grimson, Alejandro, Menara Guizardi & Silvina Merenson (Hg.). 2023. *Middle Class Identities and Social Crisis: Cultural and Political Perspectives on the "Global Rebellion"*. London/New York: Routledge.

Grossberg, Lawrence. 2018. *Under the Cover of Chaos. Trump and the Battle for the American Right*. Londres: Pluto Press.

Guizardi, Menara (Hg.). 2021. *The Migration Crisis in the American Southern Cone: Hate Speech and its Social Consequences*. Cham: Springer.

Guizardi, Menara & Pablo Mardones. 2020. "Las configuraciones locales de odio. Discursos antimigratorios y prácticas xenofóbicas en Foz de Iguazú, Brasil". *Estudios Fronterizos* 21. DOI: https://doi.org/10.21670/ref.2003045

Gutiérrez-Rubí, Antoni. 2021. *La fatiga democrática*. Barcelona: Antoni Gutiérrez-Rubí.

Hall, Stuart. 2014. *Sin garantías. Trayectorias y problemáticas en estudios culturales*. Popayán: Universidad del Cauca y Editorial Envión.

Hall, Stuart, Chas Critcher, Tony Jefferson, John Clark & Brian Robertset. 2023. *Gobernar la crisis. Los atracos, el Estado y "la ley y el orden"*. Madrid: Traficantes de Sueños.

Han, Byung Chul. 2022. *Infocracia. La digitalización y la crisis de la democracia*. Buenos Aires: Taurus/Penguin Random House.

Harvey, David. 2001. *Spaces of Capital: Towards a Critical Geography*. New York: Routledge.

Huddy, Leonie, Stanley Feldman y Erin Cassese. 2007. "On the Distinct Political Effects of Anxiety and Anger". In: *The Affect Effect: Dynamics of Emotion in Political Thinking and Behavior*, hg. von Russell Neuman, George Marcus, Ann Crigler & Michael MacKuen, 202-230. Chicago: University of Chicago Press.

Illouz, Eva. 2023. *La vida emocional del populismo. Cómo el miedo, el asco, el resentimiento y el amor socavan la democracia*. Buenos Aires: Katz Editores.

Informe Latinobarómetro. 2018. *Informe Anual 2018*. https://www.latinobarometro.org/latContents.jsp

Informe Latinobarómetro. 2023. *La recesión democrática de América Latina*. https://www.latinobarometro.org/lat.jsp?Idioma=724

Institute for Economics and Peace. 2024. *Global Peace Index 2024: Measuring Peace in a Complex World*. Sídney: IEP. https://www.visionofhumanity.org/resources/

Ipar, Ezequiel, Micaela Cuesta & Lucía Wegelin (Hg.). 2022. *Desafíos de la democracia argentina en la pospandemia. Discursos de odio, prejuicios sociales y problemas de legitimación democrática*. Buenos Aires: UNSAM Edita.

Jodelet, Denise. 2020. "Sobre el Espíritu del tiempo y las representaciones sociales". *Cultura y Representaciones Sociales* 15, Nr. 29: 19-36. https://www.culturayrs.unam.mx/index.php/ CRS /article/view/816

Kalb, Don & Gábor Halmai. 2011. *Headlines of Nation, Subtexts of Class: Working Class Populism and the Return of the Repressed in Neoliberal Europe*. New York y Oxford: Berghahn Books.

Kaur, Ravinder. 2014. "The 'Emerging' Middle Class: Role in the 2014 general elections". *Economic and Political Weekly* 49, Nr. 26-27: 15-19. https://www.jstor.org/stable/24480515

Kessler, Gabriel, Gabriel Vommaro & Gonzalo Assusa. 2023. "El proceso de polarización en América Latina: entre la secularización y el conflicto distributivo". *Mecila Working Paper Series*, Nr. 53: 1-34. DOI: https://doi. org/10.46877/kessler-et-al.2023.53

Kessler, Gabriel & Gabriel Vommaro. 2024. "¿Cómo se organiza el descontento en América Latina? Polarización, malestar y liderazgos divisivos". *Nueva Sociedad*, Nr. 310: 92-105. https://static.nuso.org/media/articles/downloads/6.TC_Kessler_y_Vommaro_310.pdf

Kessler, Gabriel, Gabriel Vommaro, Juan Carlos Rodríguez-Raga & Juan Andrés Calderón Herrera. 2024. "La sociedad contra las élites: aproximación a las bases sociales del apoyo electoral a Petro en Colombia". *Colombia Internacional* 117. http://journals.openedition.org/colombiaint/19566

Kessler, Gabriel, Richard Miskolci & Gabriel Alejandro Vommaro. 2024. "The ideology of Bolsonaro voters". *Sociologia & Antropologia* 14, Nr. 1: 2-23. DOI: https://doi.org/10.1590/2238-38752024V14110

Kessler, Gabriel, Ernesto Calvo, María Victoria Murillo & Gabriel Vommaro. 2024. "No los une el espanto". *Revista Anfibia*. https://www.revistaanfibia.com/no-los-une-el-espanto/

Kimmel, Michael. 2013. *Angry White Men: American Masculinity at the End of an Era*. New York: Nation Books.

Laje, Agustín. 2022. *La batalla cultural: reflexiones críticas para una nueva derecha*. Buenos Aires: Hojas del Sur.

Laplanche, Jean & Pontalis, Jean-Bertrand. 1996. *Diccionario de psicoanálisis. Leitung Daniel Lagache*. Buenos Aires: Paidós.

Leys, Ruth. 2011. "The turn to affect: A critique". *Critical inquiry* 37, Nr. 3: 434-472. DOI: https://doi.org/10.1086/659353

Luna, Félix. 1971. *El cuarenta y cinco. Crónica de un año decisivo*. Buenos Aires: Sudamericana.

Mackuen, Michael, Jennifer Wolak, Luke Keele & George Marcus. 2010. "Civil engagements: resolute partisanship or reflective deliberation". *American Journal of Political Science* 54: 440-458. DOI: https://doi.org/10.1111/ j.1540-5907.2010.00440.x

Martín-Barbero, Jesús. 1987. *De los medios a las mediaciones. Comunicación, cultura y hegemonía*. Barcelona: Editorial Gustavo Gili.

McElhinny, Bonnie. 2010. "The Audacity of Affect: Gender, Race, and History in Linguistic Accounts of Legitimacy and Belonging". *Annual Review of Anthropology*, 39, Nr. 1: 309-328. DOI: https://doi.org/10.1146/annurev-anthro-091908-164358

Michelsen, Nicholas, Pablo de Orellana & Filippo Costa Buranelli. 2023. "The reactionary internationale: the rise of the new right and the reconstruction of international society". *International Relations* 0. DOI: https://doi.org/10.1177/00471178231186392

Miller, Luis. 2020. *Polarizados. La política que nos divide*. Barcelona: Deusto.

Mouffe, Chantal. 2018. *Por un populismo de izquierda*. Buenos Aires: Siglo XXI.

Mounk, Yascha. 2018. *The People vs. Democracy: Why Our Freedom Is in Danger and How to Save It*. Harvard: Harvard University Press.

Mounk, Yascha & Roberto Stefan Foa. 2018. "The end of the democratic century: Autocracy's global ascendance". *Foreign Affairs* 97: 29. https://www.foreignaffairs.com/articles/2018-04-16/end-democratic-century

Mudde, Cas. 2021. *La ultraderecha hoy*. Barcelona: Paidós.

Murmis, Miguel & Juan Carlos Portantiero. 1971. *Estudios sobre los orígenes del peronismo*. Buenos Aires: Siglo XXI.

Nasio, Juan David. 2022. *La depresión es la pérdida de una ilusión*. Buenos Aires: Paidós.

Nietzsche, Friedrich. 2000. *La voluntad de poder*. Madrid: Edaf.

Nobre, Marcos. 2022. *Limites da democracia: De junho de 2013 ao governo Bolsonaro*. São Paulo: Todavia.

Nunes, Rodrigo. 2022. *Do transe à vertigem: ensaios sobre bolsonarismo e um mundo em transição*. São Paulo: Ubu Editora

Nussbaum, Martha. 2014. *Emociones políticas ¿Por qué el amor es importante para la justicia?* Barcelona: Paidós.

Oz, Amoz. 2019. *Contra el fanatismo*. Madrid: Siruela.

Passeron, Jean Claude & Pierre Bourdieu. 2014. *La reproducción. Elementos para una teoría del sistema de enseñanza*. Ciudad de México: Fontamara.

Petra, Adriana. "Javier Milei y las figuraciones del anticomunismo en la política argentina". Präsentation auf dem Kolloquium *Quo vadis, Argentina?* CALAS / Universidad de Guadalajara, Februar 2024.

Pinheiro Machado, Rosana & Lucía Scalco. 2021. "Humanising fascists? Nuance as an anthropological responsibility". *Social Anthropology/Anthropologie Sociale* 29, Nr. 2: 329-336. DOI: https://doi.org/10.1111/1469-8676.13048

Pinheiro Machado, Rosana & Tatiana Vargas Maia. 2023. "Introduction." In: *The Rise of the Radical Right in the Global South*, hg. von Rosana Pinheiro Machado & Tatiana Vargas Maia, 1-14. London/New York: Routledge.

Pinheiro Machado, Rosana, Cristina Marins, Pamela Combinido & Fabio Malini. 2023. "Populism in emerging economies: authoritarian politics, labour precariousness, and aspirational classes in Brazil, India, and the Philippines (BIP)". In: *The Rise of the Radical Right in the Global South*, hg. von Rosana Pinheiro Machado & Tatiana Vargas Maia, 78-91. London/New York: Routledge.

Plot, Martín. 2023. "Poetas vigorosos". In: *Le Monde Diplomatique*, September. https://www.eldiplo.org/notas-web/poetas-vigorosos/

Plot, Martín, Daniela Slipak & Tomás Borovinsky. 2024. "Milei y los horizontes de lo político. Crisis de régimen, anhelo de clausura de la incertidumbre democrática". In: *Desquiciados. Los vertiginosos cambios que impulsa la extrema derecha*, hg. von Alejandro Grimson, 169-188. Buenos Aires: Siglo XXI.

Przeworski, Adam. 2019. *¿Por qué tomarse la molestia de hacer elecciones? Pequeño manual para entender el funcionamiento de la democracia*. Buenos Aires: Siglo XXI.

Przeworski, Adam. 2022. *La crisis de la democracia: ¿a dónde pueden llevarnos el desgaste institucional y la polarización?*. Buenos Aires: Siglo XXI.

Quevedo, Luis Alberto & Ignacio Ramirez, coords. 2021. *Polarizados: ¿Por qué preferimos la grieta? (aunque digamos lo contrario)*. Buenos Aires: Clave Intelectual.

Quijano, Aníbal. 2015. "Colonialidad del poder y clasificación social". *Contextualizaciones latinoamericanas* 2, Nr. 5. http://contexlatin.cucsh.udg.mx/index.php/CL/article/view/2836

Radetich, Natalia. 2022a. "La smartphonización de la vida social". *Cuestiones de Sociología*, Nr. 27, e148. DOI: https://doi.org/10.24215/23468904e148

Radetich, Natalia. 2022b. *Cappitalismo. La uberización del trabajo*. México: Siglo XXI.

Ranciére, Jacques. 1996. *El desacuerdo. Política y filosofía*. Buenos Aires: Ediciones Nueva Visión.

Reguillo, Rossana. 2006. "Los miedos contemporáneos. Sus laberintos, sus miedos, sus conjuros". In: *Entre miedos y goces ciudadanos. Comunicación, vida pública y ciudadanías*, hg. von José Miguel Pereira & Mirla Villadieog. Bogotá: Editorial Universidad Javeriana.

Reguillo, Rossana. 2021. *Necromáquina. Cuando morir no es suficiente*. Barcelona: Ned.

Richmond, Matthew Aaron. 2020. "Narratives of Crisis in the Periphery of São Paulo: Place and Political Articulation during Brazil's Rightward Turn". *Journal of Latin American Studies* 52, Nr. 2: 241–267. DOI: http://dx.doi.org/10.1017/S0022216X20000012

Rico, Guillem, Marc Guinjoan & Eva Anduiza. 2017. "The emotional under-pinnings of populism: How anger and fear affect populist attitudes". *Swiss Political Science Review* 23, Nr. 4: 444–461. DOI: https://doi.org/10.1111/spsr.12261

Rinesi, Eduardo. 2022. "Con la gente adentro". *La Tecla Eñe Revista*, 27 de marzo.

Sandel, Michael. 2020. *La tiranía del mérito: ¿qué ha sido del bien común?* Traducido por Albino Santos Mosquera. Barcelona: Debate/Penguin Random House.

Semán, Pablo (Hg.). 2023. *Está entre nosotros. ¿De dónde sale y hasta dónde puede llegar la extrema derecha que no vimos venir?* Buenos Aires: Siglo XXI.

Semán, Pablo & Nicolás Welschinger. 2023. "Juventudes Mejoristas. La crítica al Estado, la política y la economía en la generación pandémica". *Cuadernos de Antropología Social*, Nr. 58: 29-52. DOI: https://doi.org/10.34096/cas.i58.13357

Shiller, Robert. 2021. *Narrativas económicas. Cómo las fake news y las historias virales afectan la marcha de la economía*. Barcelona: Deusto.

Shoshan, Nitzan. 2016. *The Management of Hate: Nation, Affect, and the Governance of Right-Wing Extremism in Germany*. Princeton: Princeton University Press.

Shoshan, Nitzan. 2017. *El manejo del odio. Nación, afecto y gobernanza de la derecha extrema en Alemania*. Ciudad de México: El Colegio de México.

Shoshan, Nitzan. 2021a. "Homeland, Far-Right Nationalism, and Environmentalism beyond Trump". *Anthropology Now* 13, Nr. 1: 44-48. DOI: https://doi.org/10.1080/19428200.2021.1903523

Shoshan, Nitzan. 2021b. "Epílogo: Desafíos comparativos en el estudio de la ultraderecha. Una mirada desde Europa". *Población y Sociedad* 28, Nr. 2: 127-137. DOI: http://doi.org/10.19137/pys-2021-280207

Smith, David Norman & Eric Allen Hanley. 2018. "The Anger Games: Who Voted for Donald Trump in the 2016 Election, and Why?". *Critical Sociology* 44, Nr. 2, 195-212. DOI: https://doi.org/10.1177/0896920517740615

Solano, Esther (Hg.). 2018. *O ódio como política. A reinvenção das direitas no Brasil*. São Paulo: Boitempo.

Solano, Esther, Pablo Romá & Thais Paves. 2024. *El votante moderado de Milei: entre la esperanza y el sacrificio*. Buenos Aires: Friedrich Ebert-Stiftung.

Soler, Collete. 1998. "El trauma. Conferencia pronunciada en el hospital Álvarez, en Buenos Aires 15 de diciembre de 1998". In: *¿Que se espera*

del psicoanálisis y del psicoanalista? Buenos Aires: Asociación Psicoanalítica de Buenos Aires.

Spinoza, Baruch. 1958. *Ética demostrada según el orden geométrico*. Ciudad de México: Fondo de Cultura Económica.

Spinoza, Baruch. 1986. *Tratado político*. Madrid: Alianza Editorial.

Stefanoni, Pablo. 2021. *¿La rebeldía se volvió de derecha? Cómo el antiprogresismo y la anticorrección política están construyendo un nuevo sentido común (y por qué la izquierda debería tomarlos en serio)*. Buenos Aires: Siglo XXI.

Strobl, Natascha. 2022. *La nueva derecha. Un análisis del conservadurismo radicalizado*. Buenos Aires: Katz Editores.

Suhay, Elizabeth & Cengiz Erisen. 2018. "The Role of Anger in the Biased Assimilation of Political Information". *Political Psychology* 39: 793-810. DOI: https://doi.org/10.1111/pops.12463

Tokatlian, Juan Gabriel. 2018. "Una Internacional Reaccionaria. Entrevista a Juan Gabriel Tokatlian". *Revista Crisis*, 6. Dezember. https://revistacrisis.com.ar/notas/una-internacional-reaccionaria

Torricella, Andrea. 2024. "La reacción cultural y la cuestión de género". In: *Desquiciados. Los vertiginosos cambios que impulsa la extrema derecha*, hg. von Alejandro Grimson, 147-168. Buenos Aires: Siglo XXI.

Traverso, Enzo. 2021. *Las nuevas caras de la derecha. ¿Por qué funcionan las propuestas vacías y el discurso enfurecido de los antisistema y cuál es su potencial político real?* Buenos Aires: Siglo XXI.

Treminio, Ilka & Adrián Pignataro. 2021. "Jóvenes y el voto por la derecha radical: el caso de Costa Rica". *Población y Sociedad* 28, Nr. 2, 101-126. DOI: http://dx.doi.org/10.19137/pys-2021-280206

Vaggione, Juan Marco. 2005. "Reactive Politicization and Religious Dissidence. The Political Mutations of the Religious in Social Theory and Practice". *Social Theory and Practice*, 31 Nr. 2: 233-255. DOI: https://doi. org/10.5840/soctheorpract200531210

Valentino, Nicholas, Vincent Hutchings, Antoine Banks & Anne Davis. 2008. "Is a worried citizen a good citizen? Emotions, political information seeking, and learning via the internet". *Political Psychology* 29: 247–273. DOI: https://doi.org/10.1111/j.1467-9221.2008.00625.x

Vasilopoulou, Sofia & Markus Wagner. 2018. "Fear, anger and enthusiasm about the European Union: Effects of emotional reactions on public preferences towards European integration". *European Union Politics* 18, Nr. 3: 382-405. DOI: https://doi.org/10.1177/1465116517698048

Vasilopoulos, Pavlos, George Marcus, Nicholas Valentino, & Martial Foucault. 2019. "Fear, Anger, and Voting for the Far Right: Evidence From the November 13, 2015 Paris Terror Attacks". *Political Psychology* 40, Nr. 4: 679-704. DOI: https://doi.org/10.1111/pops.12513

Webster, Steven & Alan Abramowitz. 2017. "The Ideological Foundations of Affective Polarization in the U.S. Electorate". *American Politics Research* 45, Nr. 4: 621-647. DOI: https://doi.org/10.1177/1532673X17703132

Williams, Raymond. 1980. Marxismo y Literatura. Barcelona: Península.

Wodak, Ruth. 2015. *The Politics of Fear: What Right-Wing Populist Discourses Mean*. London: SAGE Publications Ltd.

Wodak, Ruth. 2019. "Entering the 'post-shame era': the rise of illiberal democracy, populism and neo-authoritarianism in Europe". *Global Discourse* 9, Nr.1: 195-213, DOI: https://doi.org/10.1332/204378919X15470487645420